

Am den Sachausschuß V endlich geht ein Antrag der SPD-Fraktion zum Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Unterstützung größerer Landeskulturprojekte.

Ich höre keinen Widerspruch und stelle fest, daß so beschlossen ist.

Dann habe ich mitzuteilen — ich bitte um Aufmerksamkeit —:

Die Sachausschüsse tagen, wie folgt:

I. Sachausschuß	morgen	10 Uhr,	Zimmer	36,
II.	"	9½ "	"	38,
III.	"	10 "	"	6,
IV.	"	10 "	"	5,
V.	"	9½ "	"	3.

Dann habe ich auf Wunsch der Zentrumsfraktion mitzuteilen, daß die Fraktionsitzung des Zentrums

jetzt nicht in dem Provinzial-Ausschuß-Sitzungsaal, sondern in der Verlängerung der Wandelhalle stattfinden soll.

Dann wird jetzt eine Sitzung des Provinzialausschusses stattfinden.

Meine Damen und Herren! Ich bitte um die Ermächtigung, die Tagesordnung für die Plenarsitzung am Donnerstag, die um 10 Uhr beginnen soll, nach dem Ergebnis der Beratung der Sachausschüsse von morgen festzustellen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; ich bin demnach ermächtigt.

Wird das Wort sonst noch gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 4 Uhr 10 Minuten.)

## Vierte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Donnerstag, den 7. April 1927.

(Beginn 10 Uhr 20 Minuten.)

### Tagesordnung:

1. Eingänge.
2. Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1925 bis 31. März 1926.
3. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hauptverwaltung für das Rechnungsjahr 1927.
4. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Ruhegehälter und Hinterbliebenenrenten für das Rechnungsjahr 1927.
5. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Landesarbeits- und Berufsamt für das Rechnungsjahr 1927.
6. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung für das Rechnungsjahr 1927.
7. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1927.
8. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank um 6,2 Millionen RM.
9. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung der Satzung der Landesbank.
10. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Freiherr v. Loë u. a., betr. die Kreditnot der Landwirtschaft.
11. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Verwendung der auf Veranlassung des 68. und 69. Provinziallandtags von der Landesbank der Rheinprovinz bereitgestellten Mittel zur Förderung des Wohnungsbauwes.
12. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Beteiligung der Provinzialverwaltung an einer gemeinnützigen Baugesellschaft zur Erstellung von Wohnungen für Beamte und Angestellte der Verwaltung.
13. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD-Fraktion, betr. Auftragserteilung von Bimsbaustoffen seitens der Provinz, der Reichs- und Staatsregierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit in den Kreisen Neuwied und Koblenz.
14. Antrag des I. Sachausschusses
  - a) zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betr. Behebung der Kreditnot in der mittleren und kleinen rheinischen Industrie durch Zuführung langfristiger Hypothekarkredite seitens der Landesbank und
  - b) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion hierzu.

15. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1927.
16. Antrag des I. Sachausschusses zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion, betr. Beeinträchtigung der Technischen Hochschule Aachen durch die von der Staatsregierung beabsichtigte Einrichtung technischer Fakultäten an der Universität Münster.
17. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Uebernahme der Bürgerschaft für die Beteiligung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt an der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft.
18. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Befoldungen und anderen persönlichen Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ für das Kalenderjahr 1927.
19. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1927.
20. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufteilung der unter Titel V 1 des Haushaltsplans über die Förderung von Kunst und Wissenschaft für 1927 vorgeesehenen Mittel im Betrage von 200 000 Mark.
21. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzialmuseen für das Rechnungsjahr 1927.
22. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke für das Rechnungsjahr 1927.
23. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1927.
24. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1927.
25. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Taubstummenwesen: Provinzial-Taubstummenanstalten (Schulen) für das Rechnungsjahr 1927.
26. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. das Provinzial-Taubstummenheim in Guskirchen für das Rechnungsjahr 1927.
27. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Schaffung von Einrichtungen für schwache Kinder in der Rheinprovinz.
28. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Blindenwesen für das Rechnungsjahr 1927.
29. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Hebammenwesen für das Rechnungsjahr 1927.
30. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1927.
31. Antrag des V. Sachausschusses zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion, betr. Notlage der Landwirtschaft.
32. Antrag des V. Sachausschusses
  - a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Unterstützung größerer Landeskulturprojekte,
  - b) zu dem Zusatzantrag der KPD-Fraktion hierzu.
33. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Zurverfügungstellung erhöhter Mittel seitens der Staatsregierung zwecks Verbesserung der Wasserversorgung in den ärmeren Teilen der Provinz.
34. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Landwirtschaftskammer auf Anstellung von Obstbauwanderlehrern.
35. Antrag des V. Sachausschusses, betr. Obst- und Gemüßebau.
36. Antrag des V. Sachausschusses, betr. Förderung und Unterstützung der Geflügelzucht.
37. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bewilligung eines Provinzialzuschusses von 400 000 Mark zu dem Bau einer Aggertalsperre bei Dümmlinghausen (Kreis Gummersbach).
38. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1927.
39. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. Viehseuchenentschädigungen für das Rechnungsjahr 1927.
40. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Ersuchen an die Staatsregierung, für Händlervieh, das als Milch- und Nutzvieh eingeführt wird, wieder eine mindestens zehntägige Quarantäne einzuführen.
41. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Baumholder (Reßkreis St. Wendel) und in Much (Siegkreis) sowie Errichtung einer landwirtschaftlichen Gemüsebauschule in Fischenich (Landkreis Köln) und einer Gemüsebauschule in Düsseldorf.
42. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Hhrweiler für das Rechnungsjahr 1927.

43. Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Bereitstellung von 100 000 Mark zur Bekämpfung der Winzernot und für die Zwecke des Weinbaues, nebst Antrag der KPD.-Fraktion zu vorstehendem Antrage.
44. Antrag des V. Sachausschusses zu den Anträgen der Wirtschaftlichen Vereinigung, betr. Zuerkung der Weine der Provinzial-Weinbauschulen pp.
45. Antrag des IV. und I. Sachausschusses
- zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Stand der Vorarbeiten, den Voranschlag und die verschiedenen Anträge der KPD. bezüglich der Entlohnung der Arbeiter beim Bau der Autobahn Köln-Düsseldorf,
  - zu der Entschließung der Zentrumsfraktion, betr. beschleunigte Durchführung des Projektes der Autobahn.
46. Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Prüfung der Frage, ob durch Aenderung der Gesetzgebung eine Verminderung der Straßenunterhaltungskosten erreicht werden kann.
47. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Unterstützung von Hochwasserschutzmaßnahmen aus Provinzialmitteln.
48. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Genehmigung einer Aenderung des § 12 der Geschäftsordnung des Provinzialausschusses.
49. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung des § 4 des 2. Statuts für den Provinzialverband der Rheinprovinz.
50. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Gewährung von Beihilfen an die Studentenwohlfahrts Einrichtungen der Universitäten Bonn und Köln und der Technischen Hochschule Aachen.
51. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Beteiligung der Provinzialverwaltung an der Gründung eines Beethoven-Archivs in Bonn.
52. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Versetzung des Landesbaurats Hirschhorn in den Ruhestand.
53. Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit der Landesräte Westermann und Dr. Schellmann.
54. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Abänderung des § 2 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreis-Kommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz.
55. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Rheinprovinz.
56. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für das Rechnungsjahr 1927.
57. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betr. die Provinzial-Erziehungsheime für das Rechnungsjahr 1927.
58. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Aufsicht über die Fürsorgezöglinge.
59. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Erholungskur für schulpflichtige Fürsorgezöglinge nach ihrer Einlieferung.
60. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. Einweisung von Fürsorgezöglingen in das evangelische Fürsorgeheim II in Niedersefmar und in das Fürsorgeheim I in Summersbach.
61. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der KPD.-Fraktion, betr. die Unterbringung von Fürsorgezöglingen oder sonstigen Pfleglingen in Privatanstalten.
62. Antrag des II. Sachausschusses zu den Anträgen der KPD.-Fraktion, betr. Durchführung der Fürsorgeerziehung.
63. Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Landesjugendamt für das Rechnungsjahr 1927.
64. Antrag des II. Sachausschusses
- zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Bereitstellung eines Betrages von 250 000 Mark zum Ausbau des rheinischen Jugendherbergnetzes,
  - zu dem Antrage der KPD.-Fraktion auf Erhöhung dieses Betrages auf 500 000 Mark.
65. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1927.
66. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Anstaltsfürsorge für Geisteskranke usw. für das Rechnungsjahr 1927.
67. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Bau eines Hauses für ansteckende Krankheiten in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Sau.

68. Antrag des III. Sachausschusses
- a) zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Heil- und -Pflegeanstalten einschließlich der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme und des Provinzial-Fürsorgeheims für psychopathische Mädchen (Fürsorgezöglinge) für 1927, und in Verbindung hiermit
  - b) zu dem Antrag der SPD.-Fraktion.
69. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Landesfürsorgewesens für das Rechnungsjahr 1927 in Verbindung mit dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung des Entwurfs des Haushalts 1927.
70. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Fürsorge für arbeits- und mittellose jugendliche Wanderer.
71. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1927.
72. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Erlass neuer Bestimmungen über die Aufnahme von Krüppeln nach dem Gesetz vom 6. Mai 1920 und die Aufnahme in die Orthopädische Provinzial-Kinderheilanstalt Süchteln.
73. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Orthopädischen Provinzial-Kinderheilanstalt Süchteln für das Rechnungsjahr 1927.
74. Antrag des III. Sachausschusses
- a) zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler für das Rechnungsjahr 1927, und in Verbindung hiermit
  - b) zu dem Antrag der SPD.-Fraktion auf Erhöhung des Titels IV 1.
75. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Aufnahme von entmündigten Trinkerinnen, Hausordnung und Anweisung für die Verwaltung der Arbeitsanstalt Brauweiler; in Verbindung hiermit die Abänderungsanträge der SPD.-Fraktion.
76. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Prüfung der Frage des Neubaus eines Frauenlazarets bei der Arbeitsanstalt Brauweiler.
77. Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Austausch von Grundstücken zwischen der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk.
78. Antrag des III. Sachausschusses
- a) zu dem Haushaltsplan der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für das Rechnungsjahr 1927, in Verbindung mit
  - b) dem Antrage der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft und
  - c) dem Antrage der SPD.-Fraktion.
79. Antrag des III. und V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Domäne Lammersdorf für das Rechnungsjahr 1927.
80. Antrag des III. und V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Provinzialgutes Bylerward für das Rechnungsjahr 1927.
81. Antrag des III. und V. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Vorlage einer Aufstellung über die Größe der landwirtschaftlichen Flächen bei den einzelnen Provinzialanstalten, Zahl der Insassen usw.
82. Antrag des III. und V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Erwerbung der Nettemühle in Weizenthurn und Verwendung eines Teiles dieses Anwesens zur Errichtung einer Kolonie für 50 weibliche Geistesranke.
83. Antrag des III. Sachausschusses zu der Eingabe des Viehhändler-Vereins für den Regierungsbezirk Düsseldorf, e. V., in Grefrath wegen Einkaufs von Vieh für die Provinzialanstalten.
84. Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der Stadtverordneten-Versammlung Mörz, Verkehrsverband „Linker Niederrhein“, betr. Wiederaufnahme der infolge Botschafternote vom 27. Mai 1922 eingestellten Bauarbeiten an der Reichsbahnlinie Mörz—Geldern.
85. Antrag des I. Sachausschusses
- a) zu dem Antrag der Stadtverordneten-Versammlung zu Wittburg, der Stadtverordneten-Versammlung zu Neuerburg, Kreis Wittburg, der Gemeinde Bollendorf, Kreis Wittburg, und des Verkehrsausschusses zu Bollendorf auf Befürwortung der von den Antragstellern gewünschten Eisenbahnlinien,
  - b) zu der Entschliebung der kommunistischen Fraktion an die Reichs- und Staatsregierung, betr. Aufnahme der Bahnlinie Irrel—Echternacherbrück—Bollendorf—Schwarzenbruch—Sinspelt—Neuerburg in das Arbeitsbeschaffungsprogramm,
  - c) zu der Entschliebung der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung an die Reichsregierung, betr. Aufnahme des Bahnbaues Wittburg—Neuerburg—Irrel in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Vorsitzender Dr. J a r r e s : Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die letzte Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses zur Einsicht offen.

Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Hauck und Elses. Ich bitte sie, hier Platz zu nehmen.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung ist Ihnen zugegangen. Auf Grund der mir erteilten Ermächtigung habe ich auf diese Tagesordnung alles gesetzt, was bis gestern nachmittag 4 Uhr in den Ausschüssen fertig geworden ist und dem Büro mitgeteilt war. Damit Sie eine Uebersicht über die zahlreichen Eingänge und Anträge erhalten, sind die Anträge, die nach der Tagung noch eingegangen sind, noch einmal im Umdruck hergestellt worden und Ihnen numeriert zugegangen, so daß wir auf die Nummern der Anträge in Zukunft Bezug nehmen können.

Noch folgende Anträge sind nachträglich eingegangen:

Antrag der Zentrumsfraktion, betr. Verbilligung des landwirtschaftlichen Realkredites — mit diesem Antrag hat sich der Sachausschuß bereits befaßt; er steht auf der Tagesordnung —,

Antrag der Zentrumsfraktion zum Erlaß eines Nierengesetzes,

Antrag der K P D. = Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 50 000 Mark in den Haushaltsplan der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bonn zur Schaffung einwandfreier Arbeitsräume, Modernisierung der Anstalt pp.,

Antrag der K P D. = Fraktion, betr. Unterbringung von Fürsorgezöglingen oder sonstigen Pflegelingen in Privatanstalten.

Diese vier Anträge sind in den Sachausschüssen behandelt worden. Sie stehen auf der Tagesordnung.

Dann: Antrag der K P D. = Fraktion, betr. Kündigung des Mietvertrages mit dem katholischen Erziehungsfürsorgeverein Maria Been und Benützung der Anstalt Galkhausen in vollem Umfange als Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskrante. — Er ist noch nicht verhandelt und geht dem Sachausschuß III zu —;

Antrag der S P D. = Fraktion auf Einsetzung eines Betrages von 100 000 Mark in den nächstjährigen Haushalt der Provinzialverwaltung zur Verbilligung der von der Landesbank zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues ausgeliehenen Hypotheken. Noch nicht verhandelt. Der Antrag wird dem Sachausschuß I überwiesen.

Dann sind eingegangen:

Antrag der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten der Rheinischen Provinzialverwaltung auf Besserstellung in ihren Bezügen,

Antrag der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten bei der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auf Schaffung weiterer Beförderungstellen in Gruppen 10 und 11. Diese Anträge sind verspätet eingegangen und können nach der Auffassung des Ältestenrates nicht mehr verhandelt werden. Damit wird sich der Provinzialausschuß zu beschäftigen haben.

Dann eine Entschliebung der K P D. = Fraktion zu Drucksache 24:

„Der 73. Rheinische Provinziallandtag richtet an Reichs- und Staatsregierung das Ersuchen, sämtliche an Kleinwinzer in den letzten Jahren gewährten Kredite niederzuschlagen, jede Pfändung zur Eintreibung rückständiger Notstandskredite zu unterlassen und, wo solche erfolgen sollen, die Winzer für erlittenen Schaden zu entschädigen.“

Dieser Antrag würde dem V. Sachausschuß zu überweisen sein. Ich stelle fest, daß Widerspruch sich gegen diesen Antrag nicht erhebt. Dann: Antrag der K P D. = Fraktion, bei der Reichsregierung dahingehend zu wirken, den Bau der seit Jahren projektierten Eisenbahnlinien Neuwied—Engers—Selters und Neuwied—Wiedmühle in das gegenwärtige Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzunehmen.

„Die Provinzialverwaltung wird beauftragt, sich für den Bau dieser Strecken bei der Reichsbahnhauptverwaltung und der Reichsbahndirektion Köln einzusetzen.“

Der Antrag würde dem Sachausschuß I zu überweisen sein. Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich habe mitzuteilen, daß die K P D. ihren Antrag auf Außerkraftsetzung der Fürsorgepflichtverordnung vorläufig zurückgezogen hat.

Dann ist zu den laufenden Nummern 79 und 80 der Tagesordnung zu bemerken, daß der Berichterstatter des V. Sachausschusses zu diesen Punkten Herr Abgeordneter Heuser ist.

Ferner bitte ich davon Kenntnis zu nehmen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Battberg sein Amt als Mitglied des Provinzialausschusses wegen Arbeitsüberlastung niedergelegt hat. Der Provinzialausschuß hat inzwischen auf Grund des § 30 des Wahlgesetzes für die Provinziallandtage festgestellt, daß an seine Stelle der Herr Abgeordnete Dr. Hold tritt.

Meine Damen und Herren! Wir hatten für heute nachmittag den Ausflug nach Duisburg vorgesehen. Bei der mißlichen Wetterlage und nach Lage der Geschäfte, wie sie damals übersehen werden konnte, waren die Sachausschüsse in ihrer Mehrheit der Auffassung, daß dieser Ausflug bis auf die nächste Tagung verschoben werden sollte. Zwischenzeitlich hat sich das Wetter gebessert, und zwischenzeitlich läßt sich auch übersehen — jedenfalls war man im Ältestenrat dieser Meinung —, daß wir fertig werden, auch wenn der Ausflug eingeschoben wird. Der Ältestenrat schlägt Ihnen deshalb vor, den Ausflug morgen nachmittag zu derselben Zeit vorzunehmen. Ich nehme an, daß auch das Hohe Haus damit einverstanden ist. Das ist der Fall. Dann möchte ich diejenigen Damen und Herren, welche noch teilzunehmen wünschen und sich bisher nicht angemeldet haben, und diejenigen, die sich angemeldet

haben, aber nicht teilnehmen können oder wollen, bitten, das dem Büro sofort mitzuteilen, damit wir das Nötige weitergeben können.

Wegen der Geschäftslage ist der Ältestenrat folgender Auffassung: Es wird nach Auffassung des Ältestenrats nach der außerordentlich fleißigen Vorarbeit, die die Sachausschüsse gestern geleistet haben, möglich sein, die ganze Tagesordnung, wie sie Ihnen vorliegt, heute zu erledigen. Der Ältestenrat sieht davon ab, eine Beschränkung der Redezeit Ihnen jetzt vorzuschlagen. Aber wie das letzte Mal hat er als Richtschnur aufgestellt, daß von jeder Fraktion zu den einzelnen Punkten nicht länger als 10, höchstens 15 Minuten, gesprochen werden soll. Es wird da auf die Minute genau nicht ankommen. Es kommt aber auf den guten Willen des Hauses an, mit der umfangreichen Tagesordnung fertig zu werden. Sollte es sich herausstellen, daß dieser gute Wille nicht zur Tat wird, dann behält sich der Ältestenrat vor, die Redezeit zu beschränken und Ihren Beschluß dann herbeizuführen. Wir sind aber der Auffassung, daß es möglich ist, dieses ganze, umfangreiche Programm heute zu erledigen. Mit Rücksicht auf das stenographische Büro wird es aber notwendig sein, eine Mittagspause einzulegen (Sehr richtig!), und zwar von einer Stunde. Je nach der Geschäftslage möchte ich vorschlagen, diese einstündige Mittagspause etwa zwischen 12 und 2 Uhr eintreten zu lassen. Ich darf annehmen, daß Sie damit einverstanden sind.

Nun wollen wir flott an die Arbeit gehen. Wir kommen gleich zu

Punkt 2: Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr vom 1. April 1925 bis 31. März 1926.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Hartmann.

Abgeordneter Hartmann, Remscheid: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Bericht durch Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären:

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird dazu nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 3: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hauptverwaltung für das Rechnungsjahr 1927.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Schäfer.

Abgeordneter Schäfer: Der I. Sachausschuß beantragt die unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 4: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten für das Rechnungsjahr 1927.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Schäfer: Es wird unveränderte Annahme beantragt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Auch hier ist so beschlossen, da Wortmeldungen nicht vorliegen.

Punkt 5: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Landesarbeits- und Berufsamt für das Rechnungsjahr 1927.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Schäfer: Der gleiche Antrag wird gestellt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist so beschlossen.

Punkt 6: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für das Provinzialinstitut für Arbeits- und Berufsforschung für das Rechnungsjahr 1927.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Schäfer: Unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Auch hier ist so beschlossen.

Punkt 7: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Landesbank der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Saafen.

Abgeordneter Dr. Saafen: Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme und hat mich beauftragt, für das vorzügliche Ergebnis, das die Landesbank im vergangenen Jahre erzielt hat, die Verwaltung der Landesbank den besonderen Dank auszusprechen. Wir haben insbesondere anerkannt, daß dieses Ergebnis erzielt werden konnte, obwohl die Landesbank im vergangenen Jahre den zahlreich an sie herangetretenen Wünschen auf Herabsetzung der Zinsen für die der Landwirtschaft gewährten Darlehen in weitestem Maße entsprochen hat, und haben mit Freude davon Kenntnis genommen, daß die Landesbankverwaltung gewillt ist, auf diesem Wege im Rahmen des Möglichen weiter fortzuschreiten. (Bravo! rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Dem Antrag ist entsprochen.

Punkt 8: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Erhöhung des Stammkapitals der Landesbank um 6,2 Millionen RM.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saafen: Ich beziehe mich auf die Drucksache 10, die sich in Ihren Händen befindet, in der Ihnen vorgeschlagen ist, den Reingewinn der Landesbank in den Jahren 1924 bis 1926 mit 1,9 Millionen Mark zur Schaffung eines neuen Stammkapitals zu verwenden und dies entsprechend dem Geschäftsumfang weiter um einen Betrag von 6,2 Millionen

Mark zu verstärken, wovon ein Betrag von 3,1 Millionen Mark von dem Provinzialverband aufzubringen ist.

Es wird vorgeschlagen, das Stammkapital mit Wirkung vom 1. Januar um 6,2 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Der Provinzialverband wolle sich hieran mit 3,1 Millionen Mark beteiligen. Dieser Betrag soll einer Anleihe entnommen werden, deren Bedingungen bezüglich Verzinsung und Tilgung vom Provinzialausschuß festgesetzt werden sollen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Dem Antrage ist entsprochen.

Punkt 9: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aenderung der Satzung der Landesbank.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saaben: Ich beziehe mich auf Drucksache 11. Es erscheint erwünscht, in den Satzungen der Landesbank ihre Eigenschaft als gemeinnützige Kreditanstalt stärker zum Ausdruck kommen zu lassen und die §§ 1 und 17 entsprechend zu ändern, wie es in der Vorlage Nr. 11 vorgeesehen ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen.

Punkt 10: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage des Abgeordneten Freiherrn v. Loë u. a., betr. die Kreditnot der Landwirtschaft.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saaben: Es handelt sich um den Antrag, der in Drucksache 98 niedergelegt ist. Wie ich eben bereits ausgeführt habe, billigt der I. Sachausschuß ganz besonders das Bestreben der Landesbank, die Zinssätze für die landwirtschaftlichen Hypotheken, die sich ja weit über der Bodenrente halten, zu verbilligen. Infolgedessen begrüßt er auch die Tendenz dieses Antrages. Er eignet sich aber nicht zur sofortigen Erledigung. Es wird deshalb gebeten, ihn dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Der Antrag des Ausschusses, diesen Antrag des Freiherrn von Loë u. a. dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen, birgt die Gefahr in sich, daß, wenn auch nicht restlos im Sinne dieses Antrages die Wünsche der Antragsteller durchgeführt werden, so doch immerhin in einer nicht zu verantwortenden Weise hier bestimmte Kreise der Landwirtschaft begünstigt werden.

Das, was Herr Abgeordneter v. Loë über die Landwirtschaft sowohl hier wie im I. Sachausschuß gesagt hat, gilt nicht generell für die Landwirtschaft, sondern gilt nur für die kleinen Landwirte, gilt nur für die-

jenigen, die bloß eine Nahrung und nichts mehr haben. Aber für die Landwirte der Kreise des Herrn v. Loë ist diese Notlage in dem Maße nicht vorhanden, daß zu ihrer Linderung öffentliche Mittel erforderlich sind, die für andere Zwecke viel dringender notwendig wären.

Ich erinnere daran, daß nicht nur durch die Politik der Getreidehandelsgesellschaft der Roggenpreis zur Zeit ungefähr 260 Mark die Tonne beträgt, sondern daß auch durch die Lebensmittelzölle gerade die Großagrarien ungeheure Profite bekommen haben, wogegen diese Zölle nicht ein Vorteil für den Kleinbauer sind, sondern ihn belasten, weil sie zur Auswirkung haben, daß die Industrieprodukte im Preise steigen und daß die übrigen Bedürfnisse des Kleinbauern, vor allen Dingen die Futtermittel, die er zusätzlich kaufen muß, im Preise ganz gewaltig steigen, so daß auch durch die Agrarzölle die Kleinbauern noch von den großen ausgeplündert werden. Infolgedessen muß das, was an öffentlichen Mitteln zur Linderung der Not der Landwirtschaft angewandt wird, den Kreisen der Landwirtschaft zugeführt werden, die unter dieser Not leiden. Da müssen wir Verwahrung dagegen einlegen, daß diejenigen, die die entsprechende Verbindung haben — Herr v. Loë und seine engeren Freunde —, billige Kredite von der Landesbank bekommen. Wir sind daher der Auffassung, daß nur nach Prüfung der Verhältnisse im einzelnen diese Kredite an die kleinen Landwirte gegeben werden dürfen, soweit überhaupt eine Kreditgewährung möglich ist.

Wir sind aber weiter der Meinung und werden bei einem anderen Punkte der Tagesordnung dazu noch ausführlich reden, daß, wenn die Landesbank in der Lage ist, Zinsermäßigungen zu gewähren, dann nicht Sie, Herr v. Loë, sondern lediglich die notleidende Landwirtschaft diese Vorzüge genießt, daß vor allen Dingen auf einem anderen Gebiete diese Mittel angewandt werden, und zwar auf dem Gebiete des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Hier herrscht eine andere Not als die Not der Landwirte. Diese Wohnungsnot mit all ihren ungeheuren Schäden kann man nicht weiterlaufen lassen, sondern da muß versucht werden, wirkliche Abhilfe zu schaffen. Deshalb sind wir schon der bescheidenen Auffassung, daß aus den Ueberschüssen der Landesbank von 2¼ Millionen Mark im letzten Jahre nun hier wirklich in wesentlicher Weise die Darlehen für den gemeinnützigen Wohnungsbau verbilligt werden können, damit die Arbeiterschaft auch die Miete dieser Wohnungen tragen kann.

Im Sinne unserer Ausführungen beantragen wir Ablehnung des Antrages in dieser Form, nicht Uebersetzung an den Provinzialausschuß, weil wir der Auffassung sind, daß dadurch bestimmte Kreise der Landwirtschaft bevorteilt werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat zu diesem Antrag (Drucksache 98) erklärt, daß der Sachausschuß I dem Antrag eine wohlwollende und befürwortende Behandlung mit auf den Weg gibt. Nicht der gesamte Sachausschuß I hat sich auf diesen Standpunkt gestellt, vielmehr fühle ich mich verpflichtet, für meine Freunde zum Ausdruck zu bringen, daß wir der Auffassung sind, daß auch für die Landesbank jetzt und für die nächste Zukunft der Wohnungsbau und seine Förderung in erster Linie Aufgabe sein muß. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Wir können nicht billigen, daß hier in der Rheinprovinz die Landwirtschaft und ihre Bedeutung so stark in den Vordergrund geschoben wird, wie es der Herr Freiherr v. Loë und seine Freunde wünschen. Wie stark man die Landwirtschaft bei der Landesbank wieder zur Geltung bringen will, geht aus dem zurückgezogenen Antrag Nr. 99 hervor, wo man nicht mehr und nicht weniger wünschte als ein Recht für die Rheinische Landwirtschaftskammer, 5 Herren ihrer Vertretung zu repräsentieren, die bei der Landesbank mit an den Beratungen maßgeblich teilnehmen (Abgeordneter Hoffmann: Hört, hört!) und grundlegend auf die Politik der Landesbank ihren Einfluß geltend machen sollten. Wenn man bedenkt, daß jetzt schon im Verwaltungsrat der Landesbank zwei Vertreter der Landwirtschaft sind, und man ferner der Landwirtschaft konzediert hat, daß sie zwei weitere Vertreter mit beratender Stimme in den Verwaltungsrat bekommen hat, dann kann man nicht anders, als auch öffentlich gegen diese Bestrebungen Stellung zu nehmen, die versuchen, kommunales Geldinstitut ganz in den Dienst der Rheinischen Landwirtschaftskammer zu stellen. Wir sind der Auffassung, daß gerade Herr Freiherr v. Loë und seine Freunde heute sich nicht über mangelnden Einfluß der Landwirtschaft in der Gesetzgebung beklagen dürfen. Jetzt, wo die Reichsregierung von der Landwirtschaft maßgeblich beeinflusst wird, liegt erst recht kein Grund vor, das noch einmal in den einzelnen Provinzen zu korrigieren.

Darum sind wir nicht in der Lage, der von dem Herrn Berichterstatter gegebenen Begutachtung zuzustimmen. Wir glauben aber auch, daß für die Landesbank folgende Erwägungen mit in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden müssen: Sie wird nur dann das geldliche Institut sein, was sie sein soll, wenn sie in erster Linie den Gemeinden für ihre kommunalen Bedürfnisse zur Verfügung steht.

Es ist natürlich interessant, daß dieselben Kreise, die gegen die öffentlichen Bankinstitute schärfstens in der Denkschrift der deutschen Wirtschaft Stellung genommen haben, hier im Provinziallandtag von denselben Instituten das verlangen, wogegen sie in der Denkschrift Stellung genommen haben. Ich stelle das jetzt mit der Bitte, auch jetzt, wenn der Antrag an den Provinzialausschuß geht und dann dem Verwaltungs-

rat der Landesbank zugestellt werden muß, so verantwortlich dazu Stellung zu nehmen, daß unter keinen Umständen der Wohnungsbau und seine Förderung, sowie die Kreditwürdigkeit dieses kommunalen Instituts darunter zu leiden hat, was zweifellos dann geschehen würde, wenn den Wünschen des Freiherrn v. Loë Rechnung getragen würde.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Freiherr v. Loë.

Abgeordneter Freiherr v. Loë: Meine Herren! Ich möchte mir schenken, auf die Ausführungen des letzten Redners hier einzugehen. Deshalb möchte ich nur feststellen, daß die Darlehen der Landesbank im Durchschnitt 7000 Mark betragen haben. Damit zeigt sich von vornherein, daß es sich nur um mittleren und kleinen Landbesitz handelt, der in den schweren Zeiten des Augenblicks durch reale Darlehen unterstützt worden ist.

Dann möchte ich aber ausdrücklich feststellen, daß ich nicht etwa Vertreter der Großlandwirtschaft bin, sondern es dürfte wohl auch den Herren der Linken allmählich klar geworden sein, daß ich Führer des Rheinischen Bauernvereins bin, der sich zur ersten Aufgabe gestellt hat, die Interessen des kleinen und mittleren Bauernstandes zu vertreten. Nur in der Richtung habe ich meine öffentliche Tätigkeit eingestellt.

Meine Damen und Herren! Dann hat der letzte Herr Redner noch von dem zweiten Antrag in Drucksache 99 gesprochen, der inzwischen zurückgezogen worden ist. Der Antrag Nr. 99 liegt also gar nicht mehr vor. Ich muß aber, wenn er schon auf dieses Gebiet geht, hier feststellen, daß die Landesbank ursprünglich die Provinzial-Hilfskasse war, um das Problem des landwirtschaftlichen Realkredits zu lösen. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Das ist sie aber nicht mehr!) Leider ist sie das nicht mehr. Die Konjunktur der Zeit hat eben die Unmöglichkeit ergeben, nach der Inflation so die Dinge wieder aufzugreifen und zu regeln, wie es vor dem Kriege möglich war. Es ist aber zweifellos Pflicht und Auffassung der Landesbank und auch sicher der Provinzialverwaltung, daß jenes große Kulturproblem, welches bezüglich des landwirtschaftlichen Realkredits zu lösen ist, immer noch die erste und vornehmste Aufgabe der Landesbank darstellt. Die Verwaltung steht zweifelsohne auf dem Boden, dieses Problem auch weiterhin so aufzufassen und zu behandeln.

Zum Schluß darf ich feststellen, daß von einem Vorwiegen des landwirtschaftlichen Einflusses in der Verwaltung der Landesbank jedenfalls gar keine Rede sein kann. Von den 13 Herren des Verwaltungsrats gehören zwei beschließende Mitglieder der praktischen Landwirtschaft an. Außerdem sind zwei Herren mit beratender Stimme zugezogen worden. Es haben also von 13 Herren nur zwei bestimmend mitzuwirken. Das ist natürlich ein Zustand, der der Billigkeit widerspricht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich schließe die Besprechung. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Abgeordneter Dr. Saaben: Ich lege zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Göltinger Wert darauf, festzustellen, daß der I. Sachausschuß nicht etwa den Standpunkt vertreten hat, als ob die Landesbank sich ausschließlich dem landwirtschaftlichen Kreditwesen widmen solle. Der I. Sachausschuß verkennt nicht die Notwendigkeit, auch für den Wohnungsbau Mittel bereitzustellen. Der Hauptgrund, der ihn veranlaßt hat, auch seinerseits warm für die Bestrebungen der Landwirtschaft einzutreten und auch dem vorliegenden Antrag seine Zustimmung zu geben, ist der, daß er den Standpunkt vertritt, daß die Förderung der Landwirtschaft nicht nur ein rein landwirtschaftliches, sondern ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse hat, weil an einer Gesunderhaltung der Landwirtschaft alle in gleichem Maße interessiert sind. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr richtig!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 11: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht des Provinzialausschusses über die Verwendung der auf Veranlassung des 68. und 69. Provinziallandtags von der Landesbank der Rheinprovinz bereitgestellten Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saaben: Es handelt sich um den Bericht in Drucksache 29. Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen. Er hat mit Freude festgestellt, daß bis jetzt insgesamt 20 Millionen Mark für den Wohnungsbau bereitgestellt worden sind, zu denen noch 6,7 Millionen Mark kommen, die aus Mitteln der Landesbank ebenfalls für Wohnungsbauten hergegeben worden sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird nicht gewünscht. Ich stelle die Annahme fest.

Punkt 12: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Beteiligung der Provinzialverwaltung an einer gemeinnützigen Baugesellschaft zur Erstellung von Wohnungen für Beamte und Angestellte der Verwaltung.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saaben: Es handelt sich hier um den Bericht und Antrag in Drucksache Nr. 6. Es ist festgestellt worden, daß noch eine größere Zahl von Provinzialbeamten ohne Wohnung ist, für die eine Bereitstellung von Wohnungen dringend erwünscht erscheint. Hierzu wird die Bildung einer Wohnungsfür-

sorge-Gesellschaft vorgeschlagen, an der sich die Provinz mit einem Stammkapital von 30 000 Mark beteiligen soll.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Wir sind mit der Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft, deren Träger neben der Provinzialverwaltung die übrigen Anstalten sind, einverstanden. Wir wünschen aber, daß die von dieser Gesellschaft errichteten Wohnungen auch im Besitz der Gesellschaft bleiben und daß nicht von vornherein dem einen oder anderen Hoffnungen gemacht werden, daß er sich nun ein von dieser Gesellschaft errichtetes Haus als Eigenheim erwerben kann. Er soll es vielmehr nur zur Miete bewohnen können. Einmal ist diese unsere Forderung damit begründet, daß wir in jedem Falle verhindern wollen, daß diese Wohnungen in späteren Zeiten der Spekulation irgendwie ausgeliefert werden. Das ist doch immerhin möglich, auch wenn ein Erbbauvertrag mit dem Eigenheimbesitzer geschlossen wird. Wir wünschen, daß, wenn diese Familien oder ihre Nachkommen in späterer Zeit nicht mehr als Angestellte der Provinz tätig sind, dann diese Wohnungen, die doch vorwiegend in unmittelbarer Nähe der Provinzialanstalten errichtet werden, auch wirklich wiederum als Wohngelegenheit für die in den Provinzialanstalten Beschäftigten Verwendung finden können.

Aus diesem Grunde halten wir es für erforderlich, daß nicht die Errichtung von Häusern vorgesehen wird, die späterhin als Eigenheime übertragen werden können, und bitten, daß diese Einschränkung dabei gemacht wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesoberbaurat Balzer.

Landesoberbaurat Balzer: Meine Damen und Herren! Wie Sie aus der Vorlage ersehen wollen, ist die Voraussetzung, die der Herr Vorredner zur Bedingung gemacht hat, im wesentlichen auch in der Vorlage zum Ausdruck gebracht. Das schließt aber nicht aus, daß, dem dringenden Wunsche der Beamenschaft entsprechend, in denjenigen Fällen, wo die Beamten über soviel Eigenkapital verfügen, daß sie mit Zug und Recht später Eigentümer einer Wohnung werden bzw. in einem angemessenen Zeitraum die entsprechende Tilgung vornehmen können, auch ein derartiges Eigenheim erwerben bzw. die Bauschuld abtragen. Die Wohnungen sollen abseits von dem eigentlichen geschlossenen Anstaltsgebiet errichtet werden. Es besteht keine Gefahr, daß die Anstaltsinteressen dadurch gestört werden, wenn in einem einzelnen Falle ein Beamter oder Angestellter nach einer Reihe von Jahren ein solches Häuschen erwerben kann.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird zu diesem Punkte von der Wirtschaftspartei Abstimmung verlangt. Ich bitte

diejenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 13: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Antrage der S.P.D.-Fraktion, betreffend Auftragserteilung von Bimsbaustoffen seitens der Provinz, der Reichs- und Staatsregierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit in den Kreisen Neuwied und Koblenz.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saaken: Ich beziehe mich auf die Drucksachen 60 und 114. Der I. Sachausschuß empfiehlt Ihnen den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Annahme mit den Aenderungen, die sich aus Drucksache 114 ergeben und die ihre Begründung darin finden, daß auch in der Sandsteinindustrie im Trierer Bezirk sich ein starker Auftragsmangel seit langer Zeit bemerkbar macht.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Meurer.

Abgeordneter Meurer: Zu Punkt 13 der Tagesordnung liegt Ihnen ein Antrag der S.P.D.-Fraktion vor, der sich mit der wirtschaftlichen Lage im Koblenz-Neuwieder Gebiet beschäftigt. Wir werden diesem Antrage als Fraktion zustimmen. Aber ich muß darauf eingehen, unter welchen Bedingungen wir diesem Antrage zustimmen.

Es steht fest, daß im Wirtschaftsgebiet Koblenz-Neuwied die Erwerbslosigkeit auf Grund der Betriebsstilllegungen eine ganz enorme ist und daß infolge der Rationalisierungsmaßnahmen speziell in der Bimsindustrie dort Entlassungen und Stilllegungen zu verzeichnen sind. Wir stellen fest, daß durch diese Maßnahmen die Belegschaften zum großen Teil abgebaut und entlassen werden und der öffentlichen Fürsorge anheimfallen. Auf Grund der Steigerung der Erwerbslosenziffer in diesem Gebiet konnten wir die Auswirkungen dieser Entlassungen und dieser Maßnahmen auf die Gemeindefassen feststellen. In der Stadt Bendorf z. B. führten sie dazu, daß sämtliche Zahlungen im Laufe des vorigen Jahres eingestellt wurden, und daß in der Bürgermeisterei Engers selbst die Einstellung der Zahlungen an die Unterstützungsempfänger in Aussicht steht. Wir erklären daher, daß vor allen Dingen versucht werden muß, durch Ausführung von Notstandsmaßnahmen in diesem Gebiete der Erwerbslosigkeit Rechnung zu tragen.

Wir stellen fest, daß in einzelnen ländlichen Ortschaften die Verhältnisse in bezug auf Wegebau und Wasserleitungen ganz miserabel sind, und wir verlangen, daß zur Beseitigung der übergroßen Erwerbslosigkeit dort entsprechende Maßnahmen finanziert und durchgeführt werden.

Wir erklären, daß durch die Auftragserteilung an die Bimsindustriellen den Erwerbslosen nicht gedient wird, weil bei solchen Auftragserteilungen die Profite

selbstverständlich den Bimsindustriellen wieder zugute kommen, während die Arbeitszeit- und die Lohnverhältnisse in der Bimsindustrie ganz miserabel sind. Wir erklären, daß wir unsere Zustimmung geben mit dem Verlangen, daß die Instanzen, die die Aufträge erteilen, sich dafür einsetzen, daß erstens einmal die achtstündige Arbeitszeit eingehalten wird, und daß zweitens die Arbeiter tariflich so entlohnt werden, daß sie ihr Leben fristen können. Heute müssen wir feststellen, daß die Arbeiter in der Bimsindustrie auf Grund des Akkordsystems von morgens 6 bis abends 6 und teilweise 7 Uhr mit Frau und Kindern in der Stellage stehen und dort die Steine produzieren. Deshalb verlangen wir, daß vor allen Dingen in dieser Saison 1927, die im Höchstfalle drei bis vier Monate dauern wird, die Aufträge erteilt werden und dafür Sorge getragen wird, daß unseren Forderungen entsprochen wird.

Wir erklären außerdem, daß es vor allem notwendig ist, die bereits angeführten Notstandsarbeiten zu machen. Wir haben Gemeinden, wo die Erwerbslosenzahl übergroß ist, wo aber absolut keine Notstandsarbeiten und -maßnahmen durchgeführt worden sind, die der Erwerbslosigkeit Rechnung tragen.

Aus diesem Grunde erklären wir, daß wir diesem Antrage zustimmen unter der Bedingung, daß diesen Leuten wenigstens die Löhne gezahlt werden, die ihnen zukommen, und daß wenigstens die schmalen tariflichen Rechte, die sie besitzen, beachtet werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Pitard. (Zuruf: Ich verzichte!)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 14: Antrag des I. Sachausschusses

- a) zu dem Antrage der Arbeitsgemeinschaft, betr. Behebung der Kreditnot in der mittleren und Kleinen rheinischen Industrie durch Zuführung langfristiger Hypothekarkredite seitens der Landesbank und
- b) zu dem Antrage der Zentrumsfraktion hierzu.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Saaken: Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, beide Anträge dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle die Annahme fest.

Punkt 15: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvor-

standes der rheinischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Kalenderjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Der I. Sachausschuß empfiehlt unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Punkt 16: Antrag des I. Sachausschusses zu der Entschließung der Zentrumsfraktion, betr. Beeinträchtigung der Technischen Hochschule Aachen durch die von der Staatsregierung beabsichtigte Einrichtung technischer Fakultäten an der Universität Münster.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hold.

Abgeordneter Dr. Hold: Meine Damen und Herren! Die I. Sachkommission hat sich mit diesem Antrage der Zentrumsfraktion beschäftigt und empfiehlt Ihnen, soweit ich mich entsinne, einstimmige Annahme. Aber ich möchte mir zu diesem Antrage einige Worte gestatten.

Laut Zeitungsberichten soll die Staatsregierung aus folgenden Gründen die Errichtung von technischen Fakultäten an der Universität Münster beabsichtigen: Erstens wegen Ueberfüllung der Fakultäten für Maschinenbau an den bestehenden Technischen Hochschulen Berlin und Hannover, zweitens wegen der durch die Ueberfüllung verursachten mangelhaften Ausbildung der Maschinen- und Elektroingenieure und drittens wegen der Schädigung der Forschungstätigkeit der Professoren durch die Ueberfüllung.

Meine Damen und Herren! Zum ersten Punkte: Die Ueberfüllung ist wohl bis zu einem gewissen Grade an den Technischen Hochschulen in Berlin und Hannover vorhanden, aber keineswegs an der Technischen Hochschule zu Aachen.

Zum zweiten Punkte ist zu bemerken, daß durch eine dauernde Ueberfüllung die Ausbildung sicher leiden würde. Es ist aber festzustellen, daß die Zahl der Studierenden im Studienjahr 1926/27 gegenüber dem Jahre 1925/26 schon ganz erheblich zurückgegangen ist (Abgeordneter Krawinkel: Hört, hört!), und zwar soll der Rückgang der Studierenden an allen preussischen Hochschulen bei den Studierenden der Hüttenkunde 42 Prozent, bei den Studierenden der Maschinenwirtschaft etwa 25 Prozent und bei den übrigen Fachrichtungen etwa 21 Prozent betragen.

Aber viel größere Schädigungen als durch die Ueberfüllung treten dadurch ein, daß die nötigen Mittel an den Technischen Hochschulen nicht vorhanden sind. Vielsach finden die Vorlesungen auch in völlig ungeeigneten Räumen statt. (Sehr richtig! rechts.)

Darauf ist die im dritten Punkte erwähnte Schädigung der Forschungsarbeit zurückzuführen. Das Kultusministerium möge für ausreichende Räume und für die Bereitstellung genügender Mittel sorgen.

Die an den meisten Technischen Hochschulen, besonders in Aachen und an der Universität Bonn, zur Verfügung stehenden Lehr- und Forschungsmittel entsprechen auch nicht den allerbescheidensten Anforderungen. (Sehr wahr!) Durch eine Besichtigung der Technischen Hochschule in Aachen, die ich im vergangenen Jahre vornehmen konnte, habe ich leider feststellen müssen, und bei der Universität Bonn ist es ebenso, daß nicht einmal das Minimum an Mitteln zur Verfügung steht, um einen ordnungsmäßigen Unterricht durchzuführen. (Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Unter den vorliegenden Verhältnissen ist es wirklich nicht zu verstehen, wenn das Kultusministerium beabsichtigt, mit einem Kostenaufwand von sage und schreibe 9 Millionen Mark neue Institute zu schaffen, und zwar durch Errichtung von technischen Fakultäten an der Universität Münster. Aber für den Ausbau der vorhandenen Technischen Hochschulen sind angeblich keine Mittel da. (Hört, hört!) Um aber vollkommene Ausbildungsarbeit leisten zu können, müssen den Technischen Hochschulen die nötigen Lehrmittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn dies geschieht, dann werden die vorhandenen Technischen Hochschulen selbsttätig zur Entlastung der Ueberfüllung beitragen. Bei den jetzt vorhandenen Zuständen ist es kaum möglich, aus den staatlichen Mitteln die laufenden Betriebskosten zu decken. (Hört, hört!) An die Ausführung größerer wissenschaftlicher Forschungsarbeiten ist überhaupt nicht zu denken.

Ferner wird seitens der Hochschulprofessoren — das möchte ich in diesem Zusammenhang auch sagen — sehr viel über den Mangel an Assistenten geklagt. Dem Vornehmen nach sollen die meisten Anträge der Technischen Hochschule Aachen zum Haushalts 1927 wegen Mangel an Mitteln nicht in die Vorlagen für den Landtag aufgenommen worden sein.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Bedürfnisfrage für die Errichtung technischer Fakultäten an der Universität Münster ist zu verneinen. (Abgeordneter Krawinkel: Sehr wahr!) Der notwendige Ausbau der Technischen Hochschule in Aachen ist zu bejahen. Der Ausbau naturwissenschaftlicher Institute im allgemeinen ist dringend notwendig, um sie auf den modernen Stand der Wissenschaft zu bringen. Hierüber herrscht auch in den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie keine Meinungsverschiedenheit. Bei der Bedeutung, die diese Angelegenheit für die Stadt Aachen und die dortige Technische Hochschule hat, ist es m. E. Pflicht des Rheinischen Provinziallandtags als der berufenen Vertretung des rheinischen Volkes, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß die Errichtung von technischen Fakultäten an der Universität Münster

unterbleibt, um dadurch schwere Nachteile und Schädigungen für Nachen, das noch heute unter fremder Besatzung leidet, zu verhindern. (Lebhaftes Bravo!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben worden. Es ist so beschloffen.

Punkt 17: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Uebernahme der Bürgerschaft für die Beteiligung der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt an der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Koenzgen.

Abgeordneter Koenzgen: Meine Damen und Herren! Da es sich hier um die Finanzierung des Kleinwohnungsbaues handelt, empfiehlt der I. Sachausschuß die unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Auch zu diesem Punkte wird von der Wirtschaftspartei Abstimmung verlangt. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Sachausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 18: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Besoldungen und anderen persönlichen Ausgaben der Provinzialbeamten bei der Landesversicherungsanstalt „Rheinprovinz“ für das Kalenderjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Bemerkenswerte Aenderungen liegen im Etat für 1927 gegenüber dem Vorjahre nicht vor. Infolgedessen schlägt Ihnen der I. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschloffen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Ich beantrage, die Punkte 19 und 20 zu verbinden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist beantragt, die Punkte 19 und 20 zu verbinden. Das wird sich auch empfehlen. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht. Es werden also verbunden:

Punkt 19: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Förderung von Kunst und Wissenschaft für das Rechnungsjahr 1927;

Punkt 20: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Aufteilung der unter Titel V 1 des Haushaltsplans über

die Förderung von Kunst und Wissenschaft für 1927 vorgesehenen Mittel im Betrage von 200 000 Mark.

Der Berichterstatter ist derselbe.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Meine Damen und Herren! Die Mehrheit des I. Sachausschusses hält die Förderung von Kunst und Wissenschaft ebenso wie die Denkmalspflege, wie sie bisher geschehen ist, für eine vornehme Aufgabe der Provinzialverwaltung. Daher begrüßt auch die Mehrheit die Mehrausgabe von 40 000 Mark in dem diesjährigen Haushaltsplan, zumal mehr als 100 unerledigte Anträge vorliegen.

Die Mehrheit ist sich auch darüber klar, daß die gesamte rheinische Bevölkerung es mit Freuden begrüßen wird, daß die Rheinische Provinzialverwaltung sich mit 50 000 Mark an den Instandsetzungsarbeiten des Kölner Doms beteiligen will.

Der I. Sachausschuß schlägt Ihnen darum unveränderte Annahme des Haushaltsplans vor, ebenso die Verteilung, wie sie Ihnen in der Drucksache Nr. 31 vorgeschlagen worden ist.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schröder, Essen.

Abgeordneter Schröder, Essen: In diesen Etat sind 200 000 Mark eingesetzt. Welche Begriffe der Vorlage zur Förderung von Kunst und Wissenschaft zugrunde liegen, ersieht man am besten aus den Positionen, die hier aufgestellt sind. Darunter sind allein 31 im Gebrauch befindliche Kirchen, und nur neun Kirchen, die nicht in Benutzung sind, von denen man vielleicht annehmen konnte, daß sie einen bestimmten historischen Wert haben. Wir haben natürlich keine Veranlassung, etwa den Kirchengemeinden die Möglichkeit zu geben, aus öffentlichen Mitteln ihre Institutionen zu erhalten. Wir beantragen deshalb, daß 150 000 Mark davon gestrichen und in den Etat für Kindererziehungen eingesetzt werden.

In den Kommentaren, die den einzelnen Positionen beigegeben sind, finden wir unter Nr. 12 eine Bemerkung über die katholische Kirche in Stoppenberg im Landkreis Essen. Da wird eine kleine Geschichtsfälschung begangen. Hier heißt es in der Vorlage: „Im Jahre 1921 hat die Kirche bei einem Gefecht zwischen Roten Front-Kämpfern und Polizei erheblich gelitten. Zwei Granateinschläge beschädigten das Dach an der Südseite und den Turm.“ Wir müssen zur Steuer der Wahrheit feststellen, daß im Jahre 1921 überhaupt keine Kämpfe stattgefunden haben, bei denen angeblich mit Kanonen geschossen wurde. Wenn Kämpfe stattgefunden haben, so war es im Jahre 1920. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es kommt denen nicht so genau darauf an!) Aber die Aufstellung ist auch insofern falsch, als uns berichtet worden ist, daß es sich nicht um Granateinschläge handelt, sondern daß angeblich Maschinengewehrfeuer auf den Turm gerichtet worden ist, weil sich auf dem Kirchturm Beobachtungs-

posten, wahrscheinlich von Seiten der Kirche, befunden haben sollen. Aber noch eine weitere Geschichtsfälschung liegt darin, daß behauptet wird, Rote-Front-Kämpfer seien bei diesem Akt beteiligt gewesen. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Der Rote-Front-Kämpferbund ist erst 1924 gegründet worden!) Hier wollen wir feststellen, daß im Jahre 1921 überhaupt noch kein Roter-Front-Kämpferbund bestanden hat. Zur Steuer der Wahrheit wird auch diese Berichtigung unsererseits gemacht, damit nicht den bürgerlichen Parteien durch diese Vorlage Argumente geliefert werden, wieder eine kleine Hezse zu unternehmen, um gegen die Roten Front-Kämpfer in irgendeiner Form vorzugehen.

Weil hier die Förderung von Kunst und Wissenschaft nicht so gewertet wird, wie es von unserem Gesichtspunkte aus wünschenswert und notwendig wäre, sind wir nicht in der Lage, dem Etat zuzustimmen. Wir beantragen daher, wie ich schon sagte, 150 000 Mark aus diesem Etat zu streichen und der Förderung für Kinderpreise zu überweisen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich schlage getrennte Abstimmung vor. Ich bitte diejenigen, die für Annahme des Punktes 19 sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Dann bitte ich diejenigen, die für die Verteilung nach dem Vorschlage zu Punkt 20 sind, sich zu erheben. — Das ist ebenfalls die Mehrheit.

Punkt 21: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Provinzialmuseen für das Rechnungsjahr 1927.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Hartmann, Remscheid: Meine Damen und Herren! Auch hier schlägt Ihnen der I. Sachausschuß unveränderte Annahme vor.

Bei den Erörterungen über diesen Haushaltsplan wurde aber an die Verhandlungen über den Ankauf der Wesendonk'schen Sammlung erinnert. Seinerzeit war hier im Hause der Wunsch geäußert worden, daß diese Sammlung, die gemeinschaftlich mit der Stadt Bonn angekauft wurde, auch anderen Städten zur Ausstellung zugänglich gemacht werden sollte. Diesem Wunsche ist bisher nicht Rechnung getragen worden. Er war damals so dringend, daß viele Mitglieder dieses Hauses ihre Zustimmung zu dem Ankauf von der Zusage abhängig gemacht haben. Es wird deshalb namens des I. Sachausschusses der Herr Landeshauptmann dringend gebeten, doch dafür Sorge zu tragen, daß es in Zukunft möglich wird, die Wesendonk'sche Sammlung auch in anderen Städten auszustellen.

Ebenso wurde die Bitte ausgesprochen, doch einmal prüfen zu wollen, ob es nicht möglich ist, auch Gegenstände anderer Museen so zusammenzustellen, daß kleine Ausstellungen herauskommen, und diese Ausstellungen in anderen Städten darzubieten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Punkt 22: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für gewerbliche Zwecke für das Rechnungsjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Görlinger.

Abgeordneter Görlinger: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Es ist auch erörtert worden, daß die Höhe der hier vorgeschlagenen Zuschüsse je nach dem Zuschuß, den die Städte zu ihren eigenen Einrichtungen geben, bemessen wird. Diese Grundlage wurde auch als gerecht anerkannt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Punkt 23: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Koenzgen.

Abgeordneter Koenzgen: Der I. Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Keine Wortmeldungen, kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 24: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan für die Verwaltungskosten der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz für das Kalenderjahr 1927.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Koenzgen: Ebenso unveränderte Annahme.

Vorsitzender Dr. Jarres: Keine Wortmeldungen, kein Widerspruch. Es ist demnach beschlossen.

Punkt 25: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Taubstummenwesen: Provinzial-Taubstummenanstalten (Schulen) für das Rechnungsjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kranz.

Abgeordneter Kranz: Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Keine Wortmeldungen, kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 26: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betreffend das Provinzial-Taubstummenheim in Euskirchen für das Rechnungsjahr 1927.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Kranz: Hier schlägt der II. Sachausschuß ebenfalls unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ebenso beschlossen.

Punkt 27: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Schaffung von Einrichtungen für sehgeschwache Kinder in der Rheinprovinz.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Kranz: Der II. Sachausschuß schlägt einstimmig die Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Keine Wortmeldungen, kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 28: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Blindenwesen für das Rechnungsjahr 1927.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker: Meine Damen und Herren! Der II. Sachausschuß schlägt Ihnen die unveränderte Annahme des Haushaltsplans für das Blindenwesen vor.

Wie uns berichtet wurde, wird die Zahl der Blinden Kinder sich in diesem laufenden Jahre auf 300 erhöhen. Es ist auch von der Verwaltung vorgesehen, die Kinder nicht, wie bisher, erst mit dem siebten Lebensjahre einzuschulen, sondern schon mit dem sechsten, weil sich herausgestellt hat, daß die blinden Kinder auch schon mit dem sechsten Jahre unterrichtet werden können. Die Ausbildungsmöglichkeiten machen der Verwaltung Schwierigkeiten. Die Konkurrenz im freien Betriebe, in den Bürstenfabriken und dergleichen hindert eben daran, all diese blinden Kinder in einem Handwerk auszubilden. Es wird aber von der Verwaltung darauf hingewirkt, daß die musikalische Veranlagung in den blinden Kindern geweckt und gefördert wird.

Wir bitten Sie deshalb, den Antrag des II. Sachausschusses anzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Frau Becker als Abgeordnete.

Abgeordnete Frau Becker: Ich möchte dem Hohen Hause noch einen Wunsch vortragen, den meine politischen Freunde haben und den, glaube ich, auch das ganze Haus mit uns teilen wird. Ich habe diesen Wunsch auch gestern schon im Sachausschuß geäußert.

Wir wissen, daß draußen so vielerorts arme Blinde sind, die keine Kriegsblinde sind, die auch nicht durch die Blindenanstalt gegangen sind und dort ein Handwerk erlernt haben. Ich denke hierbei auch nicht an diejenigen, die durch einen Unfall ihr Augenlicht verloren haben, weil diese durch die Rente in etwa gesichert sind. Ich spreche von denjenigen, die durch irgendeine Krankheit blind geworden sind und dann natürlich unter die Ortsarmen fallen. Die Bezirksfürsorgeverbände müssen für diese Leute sorgen. Daß aber für solche Leute, die besonders hilfsbedürftig sind, die nicht allein überall hingehen können, die sich nicht allein pflegen können, also eine ständige Aufsicht bei sich haben müssen, die Lebensbedürfnisse zu teuer sind,

brauche ich nicht an näheren Beispielen zu erklären. Diese Leute bekommen von den Kommunen nur den Richtsatz, der jeweilig in den Kommunen festgesetzt ist. Die Kommunen sind auch nicht alle egal sozial eingestellt; die Unterstellungen sind teils höher, teils niedriger. Ich weiß, daß der Provinziallandtag und der Landesfürsorgeverband hierfür nicht zuständig sind. Ich möchte aber doch nach außen hin den Wunsch bekunden, den wir hier haben, daß die Bezirksfürsorgeverbände gerade gegen diese Leute etwas tolerant sind und sich hier nicht so genau an die Richtsätze halten, die von den jeweiligen Organen vorgeschrieben sind. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich bitte, daß alle, die da draußen in der städtischen Wohlfahrtspflege, sei es beruflich, sei es ehrenamtlich, tätig sind, darauf hinwirken, daß gerade diesen Ärmsten der Armen etwas mehr gegeben wird als denjenigen, die noch das Augenlicht haben und sich körperlich selbst helfen können. Ich bitte Sie, diesen Anregungen nach draußen zu entsprechen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ein Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle die Annahme des Antrages des Sachausschusses fest.

Punkt 29: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan über das Hebammenwesen für das Rechnungsjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Der II. Sachausschuß empfiehlt unveränderte Annahme, hat aber den Wunsch, daß ihm im nächsten Jahre eine Uebersicht über die durch die Aufgabe der Hebammenlehranstalt in Köln bedingte Erweiterung der Anstalt in Eiberfeld und die an sich notwendige Erweiterung in Eiberfeld gegeben wird, auch über die Kosten, die dadurch entstanden sind.

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch wird nicht erhoben. Es ist so beschlossen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Ich bitte, die Punkte 30 bis 35, da sie im allgemeinen dasselbe oder ziemlich Verwandtes behandeln, zusammen zu erledigen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich habe keine Bedenken. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann werden die Punkte 30 bis 35 einschließlich zu gemeinschaftlicher Erörterung verbunden.

Punkt 30: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der landwirtschaftlichen Angelegenheiten für das Rechnungsjahr 1927;

Punkt 31: Antrag des V. Sachausschusses zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion, betreffend Notlage der Landwirtschaft;

Punkt 32: Antrag des V. Sachausschusses  
a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Unterstützung größerer Landeskulturprojekte;

b) zu dem Zusatzantrag der R.P.D.-Fraktion hierzu;

Punkt 33: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Zurverfügungstellung erhöhter Mittel seitens der Staatsregierung zwecks Verbesserung der Wasserversorgung in den ärmeren Teilen der Provinz;

Punkt 34: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Landwirtschaftskammer auf Anstellung von Obstbauwanderlehrern;

Punkt 35: Antrag des V. Sachausschusses, betreffend Obst- und Gemüsebau.

Das Wort zu sämtlichen Punkten als Berichtserstatter hat Herr Abgeordneter von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Meine Damen und Herren! Der Sachausschuß empfiehlt Ihnen, den Etat der landwirtschaftlichen Angelegenheiten anzunehmen, mit folgenden Bemerkungen.

Unter Ziffer II auf Seite 60 des Haushaltsplans ist ein Betrag von 20 000 Mark zur Gewährung von Zinsereicherungen für Meliorationsdarlehen aufgeführt. Diese Meliorationsdarlehen sind in diesem Jahre zum ersten Male wieder in den Etat eingeseht, was sehr wünschenswert ist, da sie für ärmere Gegenden bis 3,5 % Zinsereicherung bedeuten. Der Ausschuß hat jedoch die Bitte ausgesprochen, daß diese Summe im nächsten Jahre nach Möglichkeit erhöht werden möchte. Die Provinzialverwaltung glaubt, diesem Wunsche Rechnung tragen zu können.

Zu dem Absatz 3 hat die kommunistische Fraktion den Antrag gestellt, die Pensionen, welche über Gruppe 9 hinausgehen, nicht zu bewilligen. Dieser Auffassung konnte sich der Ausschuß natürlich nicht anschließen, da in Gruppe 10 sämtliche Direktoren der landwirtschaftlichen Schulen vom Staate eingruppiert sind, so daß wir darauf gar keinen Einfluß haben.

Bei Abteilung VI bittet der Ausschuß auf Antrag des Herrn Geffinger, im nächsten Jahr etwas größere Mittel zur Hebung der Geflügelzucht einzusetzen.

Im Zusammenhang mit dem Etat der allgemeinen landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist dann die Drucksache 25 in Verbindung mit der Drucksache 96 — das ist der Antrag der Kommunistischen Partei — behandelt worden.

Meine Damen und Herren! Bei der Drucksache 25 handelt es sich nicht etwa um den Westfonds, der sein Unterkommen in dem Titel II, den ich eben behandelt

habe, hat, sondern um ein Extraordinarium des Staates für besonders lohnende Kulturprojekte. Die Befürchtung, daß der Süden der Provinz, für den ja in erster Linie der Westfonds bestimmt ist, unter diesem Antrage leiden könnte, hat sich nicht als gerechtfertigt herausgestellt. Es tritt keine Schädigung des Südens der Provinz ein, so daß auch der V. Sachausschuß bittet, den Antrag der Provinzialverwaltung, wie er in Drucksache 25 enthalten ist, unverändert anzunehmen.

Den Antrag der Kommunistischen Partei aber bittet der Ausschuß, abzulehnen. Wenn man diesem Antrage nachgeben würde, so würde das eine Erhöhung der Provinzialumlage bedeuten. Er beschäftigt sich außerdem mit Arbeiterfragen usw., die gar nicht zur Zuständigkeit der V. Sachkommission gehören.

Weiter empfiehlt der Sachausschuß, die laufende Nummer 31 so anzunehmen, wie sie in der Drucksache 115 — das ist eine geringe Aenderung gegen Drucksache 51 — niedergelegt ist.

Weiter empfiehlt der Sachausschuß unveränderte Annahme des Zentrumsantrages Nr. 33, der ja in der Drucksache 53 niedergelegt ist.

Dann käme laufende Nummer 34. Dazu wird unveränderte Annahme nach der Drucksache 108 vorgeschlagen. Ich bin aber beauftragt, dabei vor allen Dingen die Herren Landräte und Vertreter der ländlichen Kreise darauf aufmerksam zu machen, daß die Anstellung von Obstbauinspektoren wirkungslos bleiben wird, wenn nicht auch die Kreise ihrerseits zur Hebung der Obstzucht dadurch beitragen, daß seitens der Kreise ein Unterbau für die Obstbauinspektoren geschaffen wird. Diesen Unterbau für die Obstbauinspektoren denken wir uns so, daß innerhalb der Kreise unter wissenschaftlichen Beamten Obstbauinspektoren, Obstbautechniker und Obstbauwärter seitens der Kreise angestellt werden.

Es wird unveränderte Annahme nach Drucksache 108 empfohlen, ebenso unveränderte Annahme des Vorschlages unter laufender Nummer 35, Drucksache 112, worin eine bessere Berücksichtigung von Obst und Gemüse bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen gefordert wird.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Nohl.

Abgeordneter Nohl: Unsere Anträge beziehen sich hauptsächlich auf die Frage der Flußregulierungsbauten der Issumer-, Gelderner- und der Schwalmregulierung. Wir haben gefordert, daß an Stelle der in der Vorlage vorgesehenen Summe die Summe für die Gelderner Fleuth von 75 000 auf 300 000 Mark erhöht wird und daß zur Finanzierung der Binnenentwässerung wieder 100 000 Mark eingesetzt werden. Wir haben das damit begründet, daß, wenn die Vorlage nur so angenommen wird, wie sie hier steht, dann die kleinen Anlieger dabei zu kurz kommen, weil ein Teil der Summe auf die kleinen An-

lieger abgewälzt werden soll. Es wäre vielleicht möglich, daß die Großgrundbesitzer, die dort oben Land haben, imstande wären, die Lasten zu tragen. Aber die Kleinbauern werden diese Belastung nicht tragen können, da sie sowieso schon sehr schlecht gestellt sind.

Das selbe gilt für die Binnenentwässerung, die Wegenlegung usw. Auch diese Summen sollen von den Anliegern anteilig getragen werden. Wir können den kleinen Bauern nicht zumuten, daß sie diese Summen tragen, und glauben, daß es, wenn dieses Projekt überhaupt durchgeführt wird, notwendig ist, daß dann die Provinz einen angemessenen Zuschuß zahlt.

Die Summen, die wir gefordert haben, sind den Forderungen angemessen, die hier in Frage kommen.

Das selbe gilt für die Issumer Fleuth. Wir haben in dem Antrage niedergelegt, daß diejenigen Kleinbauern, die ein Besitztum in der Größe einer Ackerparzelle haben, berücksichtigt werden, damit nicht hinsichtlich der Verteilung der Mittel Unklarheiten bestehen.

Ein weiterer Antrag bezieht sich auf die schon erwähnte Forderung in bezug auf die Ausführung der Arbeiten, und zwar handelt es sich um diejenigen Arbeiter, die die Regulierung durchführen sollen. Bisher ist es so gewesen, daß die Landräte und die Arbeitsämter einfach eine Anzahl Erwerbsloser kommandierten und einen sogenannten Gestellungsbeehl schickten. Diese Erwerbslosen mußten dann in diesem Schlamm und Dreck arbeiten. Sie bekamen dafür zum Teil nur Pflichtarbeiterlohn, der mitunter nicht einmal so hoch ist wie die Erwerbslosenunterstützung. Wenn z. B. eine Anzahl Regentage eintritt, dann bekommen sie diese Regentage nicht bezahlt, so daß sie in manchen Wochen nur die Hälfte der Erwerbslosenunterstützung hatten, also sozusagen direkt dem Hunger ausgeliefert waren.

Wir sind nicht der Meinung der Zentrumsfraktion und der Fraktion der S.P.D., daß diese Frage nicht zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Provinz hier Gelder zuschießt, dies auch von der Festlegung des Tariflohns abhängig gemacht werden muß. Die Arbeiter, die dort bisher gearbeitet haben, sind zum Teil organisiert. Aber trotz ihrer gewerkschaftlichen Organisation haben es die zuständigen Stellen abgelehnt, ihnen den Tiefbauarbeiterlohn, der zuständig ist, zu zahlen. Man hat schließlich den Clever Tarif bezahlt, der bedeutend niedriger ist als derjenige Tarif, der eigentlich zuständig ist, nämlich der Tarif des Krefelder Wirtschaftsgebietes.

Es kommt noch hinzu, daß diese Zwangsarbeit, die bisher von den Erwerbslosen ausgeführt werden mußte, unter Umständen durchgeführt werden muß, die jeder Beschreibung spotten. Die Arbeiter müssen dort im Schlamm stehen, manchmal bis über die Hüften, es fehlt jede Schutzvorrichtung, jede Schutz-

maßnahme für die Erwerbslosen. Sie bekommen keine Arbeitskleidung, keine Stiefel gestellt, womit sie im Wasser arbeiten können. Sie müssen auf schmalen Boden arbeiten, und wenn sie einmal bei der Arbeit fehltreten, rutschen sie bis über den Hals in Schlamm. Der Schlamm ist dort, trotzdem er ausgeworfen wird, drei bis vier Meter tief. Es ist nur unter höchster Lebensgefahr möglich, daß die Arbeiten dort ausgeführt werden. Da die Arbeit an sich außerordentlich gesundheitschädlich ist und die Arbeiter schon durch die lange Erwerbslosigkeit außerordentlich geschwächt sind, verlangen wir, daß in die Vorlage der Provinzialverwaltung eingefügt wird, daß die Arbeiter 50 Prozent Schlammzulage bekommen und daß, wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird, das Geld nicht bewilligt wird.

Wenn das Zentrum es ablehnt, dieser Forderung beizutreten, so zeigt es damit, daß es ihm mit der Vertretung der Belange der Arbeiter, die bisher noch unter seinem Einfluß gestanden haben, gar nicht ernst ist. Wir werden nicht verfehlen, die Haltung der Zentrumsfraktion entsprechend zu brandmarken, falls unser Antrag zur Vertretung der Interessen der Erwerbslosen der Bezirke von Geldern und der Fleuthregulierung abgelehnt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Meine Damen und Herren! Wir von der sozialdemokratischen Fraktion nehmen zu dieser landwirtschaftlichen Angelegenheit grundsätzlich dahin Stellung, daß, wenn wir der Landwirtschaft wie auch den Winzern helfen wollen, wir uns von anderen Gesichtspunkten leiten lassen, als es im allgemeinen hier angegeben wird. Wir lassen uns vor allen Dingen vom volkswirtschaftlichen Standpunkt leiten, von der Betrachtung auch anderer notleidender volkswirtschaftlicher Stände, die nicht zum mindesten im Deutschen Reich und auch im Rheinland genügend vorhanden sind.

Wir stimmen dem Antrage des Provinzialausschusses bezüglich der landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu, möchten aber bemerken, daß wir für die Ausgaben, die heute in dem Etat für landwirtschaftliche Angelegenheiten für Ziegenzucht, Rindviehzucht, Pferde- und Schweinezucht stehen, wünschen, daß eine Abordnung des Provinzialausschusses oder des Kleinen Ausschusses sich an der Verteilung dieser Mittel beteiligt, das heißt daß nicht allein die Landwirtschaftskammer, der diese Mittel überwiesen werden sollen, in Verbindung mit den betreffenden Zuchtorganisationen die Verteilung der Mittel vornimmt, sondern daß die Mittelverteilung vom Provinzialausschuß mit überwacht wird.

Zu den verschiedenen Anträgen, die zu diesen Sachen bezüglich der Meliorationen gestellt sind, geben wir unsere Zustimmung, müssen aber dabei bemerken, daß wir grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß es

das Bestreben der Provinz sein muß, die durch Meliorationen urbar und nutzbar gemachten Flächen möglichst in ihren Besitz zu ziehen.

Bezüglich der Aufbringung der Kosten stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir auf Grund des Kommunalabgabengesetzes nach dem Grundsatz von Leistung und Gegenleistung die Kostenverteilung vorgenommen wissen möchten.

Dann zu den Fragen der Winzernot. Es sind in dem vorhergehenden Landtag sowohl wie auch jetzt wieder des öfteren für die Winzer große Summen ausgeworfen worden. Sowohl die Winzerorganisationen sowie die Berufsvertretung der Händler wie auch die Fachauschüsse haben sich mit dieser Frage beschäftigt.

Von einer Seite wünschte man, daß man durch erhöhte Zölle den notleidenden Winzern helfen sollte. Wir sind gegenteiliger Ansicht. Wir sind nicht der Meinung, daß durch hohe Schutzzölle ein Gewerbe oder ein Stand geschützt werden kann, sondern wir stehen schon auf dem Standpunkt, daß, wenn ein Gewerbe überhaupt geschützt werden kann, dies nur durch vernünftige Handelsverträge geschehen kann. Vor allen Dingen haben es diejenigen Parteien, die sich heute auf den Standpunkt stellen, daß da nicht genügend getan wird, es doch in der Hand, den genügenden Schutz den Winzern und vor allen Dingen der Landwirtschaft angedeihen zu lassen. Es ist in verschiedenen Fachauschüssen zum Ausdruck gebracht worden, daß bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen vor allem mit Frankreich über die Weinausfuhr und Weineinfuhr verhandelt werden soll. Ich will bemerken, daß nach neuesten Zeitungsnachrichten das Handelsprovisorium mittlerweile abgeschlossen worden ist, und ich will weiter bemerken, daß dieses Handelsprovisorium Vertreter der Parteien mit abgeschlossen haben, die hier nicht genug gegenüber der Regierung wettrennen können. Das provisorische Handelsabkommen, das vom 15. April bis 30. Juni läuft, sieht vor, daß in Deutschland während dieser Zeit 58 000 Hektoliter Wein eingeführt werden können, die nach meiner Schätzung einen Wert von 4 bis 5 Millionen haben werden. Ob darin ein Schutz der Winzer liegt, weiß ich nicht. Man soll sich aber nicht verleiten lassen, diejenigen Leute, die die Handelsvertragsverhandlungen geführt haben, zu — sagen wir einmal — desavouieren und zu sagen: Ihr kennt von diesen Dingen nichts. Wenn der deutsche Winzer hier zu einem Handelsobjekt wird, so stehen dem wieder andere Argumente gegenüber, die wir ohne Zweifel anerkennen können und die zur Hebung der deutschen Industrie und des Handwerks wesentlich beitragen. Als Äquivalent wurde uns bei den Handelsvertragsverhandlungen gestattet, daß wir während der Zeit ausführen können: für 4 Millionen Mark Maschinen, für 3 Millionen Mark elektrotechnische Artikel, für 2 Millionen Mark Chemikalien, für 1½ Millionen Mark Holzwaren und, sagen wir, rund für 1½ Millionen Mark bayerisch Bier. Damit ist auf jeden Fall den Bayern genügend geholfen. Ich schätze,

daß die 300 000 Hektoliter Bier, die als Handelsobjekt gebient haben, unsere Handelsvertragsverhandlungen genügend beeinflußt haben. Sie sehen also, man soll nicht einen Stand allein herausheben, sondern soll auch an andere Stände denken und nicht vergessen, daß bei derartigen Handelsvertragsverhandlungen die Dinge wesentlich anders liegen.

Wenn man auf diese Leute schimpft, so will ich allen denjenigen, die das besorgen, den guten Rat geben, bei ihren eigenen Parteien das zu machen. Wir sind an diesen Dingen nicht beteiligt. Wir geben zu, daß den deutschen Winzern geholfen werden muß. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß aus ethischen und kulturellen Gründen allein schon der deutsche Weinbau erhalten und unterstützt werden muß. Aber es kann nicht angehen, daß man einen einzelnen Berufsstand in der Form bevorzugt, wie dies durch verschiedene der Anträge geschehen ist.

Wenn wir uns vor Augen führen, daß die deutschen Winzer 300 000 Familien darstellen und alles in allem 2½ bis 3 Millionen Menschen in diesem Gewerbe beschäftigt sind (Beruf des Abgeordneten Dunder: Wir sind doch noch gar nicht bei der Winzerfrage!) — doch, wir sind dabei, wir behandeln diese Fragen insgesamt —, wenn wir uns weiter vor Augen führen, daß 90 Prozent der Winzer, Kleinbauern, Kleinwinzer, Winzerproletarier sind, so können Sie verstehen, daß wir versuchen, ihnen zu helfen. Wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß den Winzern nur dadurch zu helfen ist, daß man ihnen rät, nur anbauwürdige und anbaufähige Flächen überhaupt zu bepflanzen. Das ist zunächst das Wichtigste.

Wir erklären weiter, daß die Provinz und damit in Verbindung Reich und Staat alles zu tun haben, den Winzern vor allem anbauwürdiges Material zu verschaffen. Das ist das Wichtigste. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß für die Winzer in bezug auf ihre technische Beratung nicht genügend getan wird, da wir uns des Wertes des deutschen Weinbaues vollständig bewußt sind. Aber ich befinde mich, wenn ich dies von dieser Stelle aus sage, in der guten Gesellschaft eines großen Weinbauern, der ebenfalls auf dem Standpunkt steht, daß in Zukunft diese Unterstützungen, die seitens der Länder und der Provinz gegeben werden, nicht mehr durchgehalten werden können. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir dahin streben müssen, daß wir in Zukunft von diesen Dingen abkommen, daß der Winzerstand sich selbst erhalten muß und erhalten kann.

Wenn ich soeben sagte, daß ich mich da in guter Gesellschaft befinde, so meinte ich damit den Weingutsbesitzer Andres, der in einer längeren Auslassung in der „Rheinischen Zeitung“ denselben Standpunkt vertreten hat. Sogar in der Fachkommission wurde der Standpunkt vertreten, daß die großen Winzer keine Unterstützung wollten und sie nicht benötigten, sondern, daß das nur den kleinen Winzern zukommt.

Wir stimmen restlos für die Positionen, die in dieser Beziehung vorgegeben sind. Bemerken aber möchten

wir eins: Wenn Anträge vorliegen, die an die Winzer gegebenen Kredite restlos zu streichen, so können wir uns damit nicht einverstanden erklären. Wir können es deshalb nicht, weil es Konsequenzen hat. Denken Sie einmal daran, wieviel Handwerker, Industrielle usw. im übrigen Deutschland Kredite bekommen haben. Wenn wir den Winzern dies konzedieren, müssen wir konsequenterweise auch den übrigen Berufsständen, die solche Kredite erhalten haben, dies konzedieren. Wohin wir dann kommen, das zu erraten, meine Herren, ist wohl nicht schwer. Ich glaube, es wird sich auch in diesem Hause keiner finden, der dafür eintritt. Wohl sind wir dafür, daß in bezug auf die Rückzahlung der Kredite ein Härteparagraf eingeführt wird, der die Rückzahlung auf bessere Zeiten hinauschiebt, und auch, wenn es im Einzelfalle einmal nötig und möglich ist, dem einen oder anderen den Kredit zu streichen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Heuser.

Abgeordneter Heuser: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Etatsredner der sozialdemokratischen Fraktion hat bei seinen Ausführungen in breiter Form und mit sehr viel Temperament sich mit den Verhältnissen der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz befaßt. Wenn ich mich anschide, in kürzester Form auf diese Ausführungen zu antworten, so muß ich eine Bemerkung persönlicher Art vorausschicken.

Vom parteipolitischen Standpunkte aus habe ich keinerlei Veranlassung, mich schützend vor die Landwirtschaftskammer und vor den Herrn Baron von Münch zu stellen. Meine politischen Freunde und ich sind grundsätzlich der Auffassung, daß parteipolitische Erwägungen bei der Besprechung von Angelegenheiten einer berufsständischen Vertretung absolut kein Recht haben, mitberücksichtigt zu werden. Wir lehnen dies grundsätzlich auch aus der Erwägung heraus ab, weil wir glauben, mit diesem System der rheinischen Landwirtschaft, der die Arbeit der Landwirtschaftskammer zu dienen hat, keinen Dienst zu erweisen. Ich halte es auf der anderen Seite aber für meine Pflicht, sowohl als Mitglied dieses Hauses wie auch als Mitglied der Landwirtschaftskammer, Ausführungen von dieser Stelle aus entgegenzutreten, die auf Grund falscher Informationen — wie ich selbstverständlich annehme, und es für mich feststeht — geeignet sind, das Ansehen der Landwirtschaftskammer herabzusetzen und ein nicht absolut verzerrtes Bild von dieser Institution und ihrer Arbeit zu geben.

Die Zahlen, die der Herr Kollege Hölken genannt hat, waren ungefähr folgende: Er hat von den hohen Verwaltungskosten der Landwirtschaftskammer gesprochen. Er hat die Zuschüsse von Reich, Staat und Provinz in einer Höhe von 2 013 800 Mark rund angegeben. Er hat die Personalkosten der Verwaltung mit 1 750 000 Mark angegeben und er hat von einem Beamtenapparat und einer Angestelltenchaft von

253 Köpfer gesprochen und dabei bemerkt, daß von diesen 253 Beamten und Angestellten 139 die Bezüge der Gruppen über 10 hätten und der Rest in den unteren Dienstgruppen untergebracht sei. Er hat ferner den Dienstaufwand des Vorsitzenden der Kammer mit 18 000 Mark beanstandet und auch an den hohen Reisekosten der Kammermitglieder Aussetzungen gemacht.

Für die Richtigkeit der Zahlen, die ich in Entgegnung auf die Ausführungen des Kollegen Hölken anführe, übernehme ich die Gewähr absoluter Richtigkeit.

Die Staatszuschüsse für die Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz nach dem Etat des Jahres 1926 betragen 652 900 Mark, die Staatszuschüsse von Provinz und Kreisen 505 000 Mark. Ich bemerke dabei, daß in den Staatszuschüssen rund 369 000 Mark und in den Zuschüssen von Provinz und Kreisen rund 208 000 Mark enthalten sind, die ausschließlich der Unterhaltung der landwirtschaftlichen Schulen zuzuwenden sind, eine Aufgabe, die die Landwirtschaftskammer im Auftrage des Staats nach den gesetzlichen Bestimmungen zu erfüllen hat. (Hört, hört! rechts.)

Von den 253 Beamten der Landwirtschaftskammer — diese Zahl hat Herr Kollege Hölken richtig angegeben — sind 126 Oberbeamte, die in Gruppen 10 und über 10 eingestuft sind. (Hört, hört! links.) Das stimmt. Aber das Bild wird in ein ganz anderes Licht gerückt, wenn ich Ihnen sage, daß von diesen 126 Oberbeamten 81 Direktoren und Landwirtschaftsschullehrer sind (Zuruf des Abgeordneten Hölken: Das habe ich ja gesagt!), die mit einer abgeschlossenen Hochschulbildung ein Anrecht auf die Besoldung der Gruppe 10 haben. Dazu kommt noch eine ganze Reihe von akademisch gebildeten Sachbeamten des bakteriologischen Instituts und der chemischen Versuchsanstalt, sowie die 6 Tierzuchtinspektoren, die auch nach den Bestimmungen der Besoldungsordnung in diese Klassen einzustufen sind. Ich glaube, meine Herren, Ihnen damit gezeigt zu haben, daß unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ein Vergleich der Landwirtschaftskammer, ihrer Arbeiten und auch ihrer Besoldungsverhältnisse mit irgendeiner Verwaltungsbehörde sachlich absolut ungerechtfertigt und sich nicht durchhalten läßt.

Was den Dienstaufwand des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer anlangt, so habe ich Ihnen dazu folgendes zu sagen. In den Haushaltsplan des Jahres 1925 — ich spreche ganz offen darüber — ist die Dienstaufwandsentschädigung des Vorsitzenden der Kammer ursprünglich mit 18 000 Mark eingesetzt worden. Auf Bedenken des Preussischen Landwirtschaftsministeriums hin ist diese Position insofern geändert worden, als 10 000 Mark in den Etat gesetzt wurden und 8000 Mark unter Zustimmung des Preussischen Landwirtschaftsministeriums aus den Erträgen der Saatkartoffelstelle, G. m. b. H., genommen werden sollten. Die Notwendigkeit, dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer eine solche Dienstaufwandsentschädigung zu geben, ergibt sich aus dem Umstande, daß es in der

Praxis als Entgelt für die Tätigkeit des Mannes, der an der Spitze einer solchen Kammer steht, die 253 Beamte und Angestellte hat und für die nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Gehalt nicht in Frage kommen kann (Abgeordneter Kravinkel: Hört, hört!), natürlich die Form der Dienstaufwandsentschädigung allein möglich ist. (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Also Schiebung!) Herr von Lünind bezieht keinerlei Gehalt, sondern diese 18 000 Mark sind die Gesamtvergütung, die Herr von Lünind als Chef einer Verwaltung mit 253 Beamten und Angestellten erhält. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Also Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen über die ehrenamtliche Verwaltung!) Ich stelle dem Zuruf des Herrn Kollegen Gerlach gegenüber fest, daß das Preussische Landwirtschaftsministerium über diese Form mit aller Offenheit informiert worden ist und daß auch das Preussische Staatsministerium, in dem auch die politischen Freunde des Herrn Gerlach nicht ganz ohne Einfluß sein sollen, zu dieser Regelung seine Zustimmung gegeben hat. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie kennen doch das Verhältnis Braun—Lünind!) Sie haben von dem Verhältnis Braun—Lünind gesprochen. Ich möchte mich korrekter ausdrücken. Ich glaube, wir leisten der Sache des preussischen Staates und der Landwirtschaftskammer einen größeren Dienst, wenn wir nicht von dem Verhältnis von Personen und Persönlichkeiten zueinander reden, sondern von dem Verhältnis des Preussischen Staatsministeriums zu der Landwirtschaftskammer. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Dann dürfen Sie auch nicht von sozialdemokratischen Ministern reden!) Ich persönlich stehe nicht an, von meinem Standpunkte als rheinischer Bauer und als Mitglied der Zentrumsfraktion dieses Hauses von dieser Stelle aus die Behauptung zu wagen und es mit allem Nachdruck zu sagen, daß ich mich freue, daß die zeitweise recht getrübbten Beziehungen zwischen dem Preussischen Staatsministerium und der Rheinischen Landwirtschaftskammer (Hört, hört! links) sich wesentlich gebessert haben und daß ich es für sehr wertvoll halte, daß diejenigen, die es mit dem Staat und dem rheinischen Bauernstande gut meinen, sich die Pflege der Besserung dieser Verhältnisse angelegen sein lassen. Ich glaube, daß Ausführungen, wie sie der verehrteste Herr Kollege Hölken als Redner der sozialdemokratischen Fraktion gemacht hat, diesem von uns allen anzutrebenden Ziel keinen besonders guten Dienst geleistet haben. (Sehr gut! rechts.)

Meine Herren! Dann habe ich Ihnen etwas über die Kosten der Instandsetzung der Wohnung, in der Herr von Lünind wohnt, zu sagen. Es ist Tatsache, daß dieses Haus vor dem Einzuge des Herrn von Lünind mit einem Kostenaufwande von 15 000 Mark in Ordnung gebracht worden ist. Das hatte aber nicht den Zweck, dem Herrn von Lünind eine pompöse Wohnung zu geben, sondern es war in der einfachen Tatsache begründet, daß dieses Haus bis zu diesem Zeitpunkt zehn Jahre anderen Zwecken gedient hatte; es

hatte zehn Jahre lang eine Kleinfiedlerschule und eine landwirtschaftliche Schule beherbergt. Bei der Durchführung der Instandsetzungen stellte sich heraus, daß ein ganz neues Dach auf das Haus gelegt werden mußte. Das hat allein 4000 Mark gekostet. (Hört, hört! rechts. Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Ist das eine Dienstwohnung?) Es ist keine Dienstwohnung, Herr Kollege Steinbüchel, sondern in diesem Hause wohnen außer dem Herrn von Lünind noch der Dezerent für das landwirtschaftliche Schulwesen und der Direktor der landwirtschaftlichen Schule in Bonn, im ganzen also drei Familien; sie zahlen für das Haus eine jährliche Miete von 3500 Mark. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Das ist sehr billig!) Ich bitte die Herren der Linken, von diesem Zahlenergebnis Kenntnis nehmen zu wollen. (Zuruf des Abgeordneten Kravinkel: Sie sind ja schon still!)

Auch die Verwaltungskosten sind in ihrer Höhe beanstandet worden. Meine verehrtesten Damen und Herren! Ich habe eben schon darauf hingewiesen, daß ein Vergleich der Landwirtschaftskammer mit irgendeiner Verwaltungsinstanz nicht möglich ist. Ich glaube auch, daß Sie, meine Herren, diese Bemerkungen grundsätzlich nicht zu widerlegen imstande sein werden.

Ueber die Höhe der reinen Verwaltungskosten im Vergleich zu den anderen Kosten der Kammer für effektive Leistungen kann ich Ihnen nur sagen, daß die Verwaltungskosten nach dem Etat des Jahres 1926 sich insgesamt auf 261 680 Mark belaufen und damit 9½ Prozent des Gesamtetats der Landwirtschaftskammer ausmachen. (Abgeordneter Kravinkel: Hört, hört!) Ich würde jede Kommunalverwaltung der Rheinprovinz glücklich schätzen, in der das Verhältnis der persönlichen Verwaltungskosten zu dem, was effektiv für die Bevölkerung geleistet wird, ein ebenso gesundes wäre wie in der Verwaltung der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hölken hat in seinen Ausführungen auch die hohen Reisekosten der Mitglieder der Landwirtschaftskammer beanstandet. Ich gehöre selber der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz an, bin aber nicht Mitglied des Vorstandes. Ich kann Ihnen aber sagen: Wenn die Mitglieder der Kammer sich mit einem Tagegeld von 10 Mark und den Fahrkosten dritter Klasse begnügen, so habe ich die Ueberzeugung, daß sie damit sehr vielen Leuten des öffentlichen Lebens ein gutes Beispiel persönlicher Uneigennützigkeit geben (Sehr gut! rechts und in der Mitte), das weitesten Kreisen derer, die heute im öffentlichen Lebens sich betätigen, zur Nachahmung nur wärmstens empfohlen werden kann. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Verehrtester Herr Kollege Hölken, wenn Sie in Zukunft noch einmal Attaden dieser Art reiten wollen, dann gebe ich Ihnen freundschaftlichst den Rat, Ihren Gaul besser aufzuzäumen und sich nach zuverlässigeren Informationen umzusehen. Wenn die Herren glauben,

auf diese Art und Weise parteipolitisch bei der rheinischen Landwirtschaft und bei den besonders heiß umworbenen rheinischen Kleinbauern Geschäfte machen zu können (Zuruf links: Wir wollen Sie nur aufklären!), dann will ich Ihnen eins sagen: Der rheinische Bauer, namentlich der rheinische Kleinbauer, ist viel zu hellhörig und viel zu pfiffig, um auf einen so gestrichenen Leim zu kriechen. (Lauter Beifall rechts und in der Mitte.)

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter von Detten.

Abgeordneter von Detten: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Albergh hat vorhin erklärt, daß die Sozialdemokratie geneigt ist, den Winzern zu helfen und sie zu unterstützen. Er hat weiter erklärt, daß sie der Ansicht sind, daß der Winzerstand erhalten werden muß und auch erhalten werden kann. Ferner hat er erklärt, daß die Weinzölle kein Mittel sind, den Winzern zu helfen.

Meine Herren! Zunächst freuen wir uns außerordentlich über diese Wandlung, denn es ist noch nicht lange her — und zwar gestern noch im Ausschuß —, daß erklärt wurde, daß die Winzer doch ihre Weinberge ausbauen und Kartoffeln pflanzen sollten. (Zuruf: Wer hat das gesagt?) Und Minister Söllmann hat im „Vorwärts“ erklärt, wir sollten Tomaten pflanzen. Meine Herren! Diese Wandlung ist eklatant.

Nun aber etwas anderes. Herr Kollege Albergh, wenn Sie sagen, daß dem Winzerstande in seiner Entwicklung mit Weinzöllen nicht geholfen werden könne, so möchte ich Sie bitten, sich einmal gründlich das deutsche Weingesez anzusehen. Das deutsche Weingesez ist bekanntlich das puristischste, das wir in der ganzen Welt haben. Die Weinzölle sind lediglich ein Mittel, diejenigen Weine, die in Deutschland nicht hergestellt werden dürfen, auf Grund unseres Weingesezes so hoch zu belasten, daß sich ein Ausgleich ergibt. Der Schluß ist einfach folgender: Wenn die ganze Welt das deutsche Weingesez so annähme, wie es ist, und es auch so mit der Kontrolle durchführte wie Deutschland, brauchten wir keinerlei Zölle auf Auslandsweine. Meine Herren! Das mag nach der Ansicht des Herrn Kollegen Albergh ein Widerspruch sein, weil wir bekanntlich an der nördlichen Grenze des Weinbaues unsere Weine ziehen. Aber Sie alle wissen, daß es quasi ein Imponderabile ist, daß wir die besten und schönsten Weine der ganzen Welt besitzen. Uns kann nur dadurch geholfen werden, daß wir gegen die minderwertigen Qualitäten des Auslandes durch die notwendigen Zölle geschützt werden, Qualitäten, die, was ich nochmals betonen möchte, in Deutschland nach dem Gesez nicht hergestellt werden dürfen, obwohl wir es könnten.

Meine Damen und Herren! Dann noch ein paar Worte zu den Obstbauwanderlehrern. Ich glaube kaum, daß dies ein Mittel ist, dem Obst- und Gemüsebau zu helfen. Wir werden nach den Ausführungen

des Herrn von Stedman doch nur wieder einen neuen Wasserkopf von Beamten ziehen, denn man hörte vorhin: Obstbauinspektoren, Obstbautechniker, Obstbaulehrer, Obstbauwanderlehrer usw. Das Ganze soll wieder eine neue Organisation werden. Der deutsche Obstbau ist doch nur dadurch an den Rand des Ruins gekommen, daß wir im Reiche eine Politik getrieben haben, daß wir im vorigen Jahre allein sechs fast zollfreie Kontingente hereingelassen haben. Das ist der Grund, daß der Obst- und Gemüsebau vollständig darniederliegen, daß sie ihre Produkte zum mindesten an Orten, die Wasserhäfen haben und in deren Umkreis nicht absetzen können. Wir bitten deshalb, recht, recht vorsichtig zu sein und nicht neue Steuern und neue Lasten — ich glaube, die Gruppe 9 wird für die betreffenden Herren maßgebend sein — dem Obst- und Gemüsebau und der gesamten Bevölkerung aufzuerlegen, womit doch letzten Endes nicht geholfen wird. Die Regierungsparteien werden sich am besten dafür einsetzen, daß im nächsten Jahr nicht wieder durch ein Stirnrnzeln Frankreichs neue Obst- und Gemüsekontingente zu uns hereingelassen werden, und im Anschluß daran Holland für sich das Gleiche beansprucht. Meine Freunde und ich möchten Sie deshalb bitten, zunächst einmal die Obstbauwanderlehrer und die neue Organisation, die uns da in Aussicht gestellt ist, abzulehnen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Ich konnte ja erwarten, daß die Herren prominenten Vertreter der Landwirtschaftskammer meine vorgestrichen Ausführungen nicht einfach so hinnehmen würden, weil sie ihnen sehr un bequem waren. Ich habe inzwischen — auch wir, Herr Kollege Heuser, haben mit den Kleinbauern gute Fühlung — aus Kleinbauerkreisen lebhafteste Zustimmungserklärungen zu meinen Ausführungen bekommen. Diese Kleinbauern können, wie ich vorgestern schon ausführte, gar nicht verstehen, wie man in der Landwirtschaftskammer wirtschaftet.

Was war denn eigentlich die Ursache meiner Ausführungen? Die Ursache war die, daß die prominenten Vertreter der Landwirtschaft wie der Wirtschaft überhaupt, wie ich vorgestern schon sagte, immer wieder die Verschwendungssucht der Gemeinden, Kreise usw. bezüglich der Verwaltungskosten kritisieren. Da war es notwendig, auch einmal in den ganzen Verwaltungsapparat der Landwirtschaftskammer hineinzuleuchten. Und, Herr Kollege Heuser, ich habe einen Ihnen ganz bekannten Gaul geritten (Zuruf des Abgeordneten Heuser: Der war aber lendenlahm!), und zwar den Gaul, den Ihr Parteifreund Schmelzer im Abgeordnetenhaus geritten hat. Meine Damen und Herren! Die Angaben des Herrn Schmelzer sind durch die Angaben des Herrn Ministers durchweg bestätigt. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!)

Meine Zahlen, Herr Kollege Heuser, stützen sich einmal auf eine Zusammenstellung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, wie sie dem Preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen ist, und sie stützen sich zum anderen auf den Etat der Landwirtschaftskammer 1927, in den wir auch Einblick genommen haben. (Abgeordneter Gerlach: Hört, hört!) Wir haben die Zahlen dem Etat 1927 entnommen und glauben, die richtigen Zahlen da herausgenommen zu haben. Entweder stimmen also Ihre Zahlen nicht, Herr Kollege Heuser, oder im Etat der Landwirtschaftskammer stimmt irgendetwas nicht. (Abgeordneter Gerlach: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Ich will weiter noch sagen, daß ich mit meiner Kritik an den Verwaltungskosten und den Zuständen in den Landwirtschaftskammern überhaupt nicht allein stehe. Ich habe hier vor mir ein Organ „Die Bergische Wacht“, die gerade in Kleinbauerkreisen sehr viel gelesen wird. Ich empfehle dem Herrn Kollegen Heuser, den Artikel „Der Schritt der Herren von Loë und Lüninck“ einmal zu lesen. Auch dort werden die hohen Verwaltungskosten beanstandet. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Herrschaften, die sich hier als die prominenten Vertreter der Kleinbauern immer so aufspielen, alles andere sind wie Kleinbauern, es sind Mittergutsbesitzer usw. Ich will die feudalen Namen nicht alle vorlesen, ich darf nur ein paar solcher Namen erwähnen, die das Zentrumsblatt anführt, wie: von Oppen, von Rheden, Graf Douglas, Freiherr von Wangenheim (Bursch des Abgeordneten Heuser: Keiner aus der Rheinprovinz!), aber, Freiherr v. Loë, Freiherr v. Lüninck. Also der Adel spielt sich hier als die Vertretung des Kleinbauertums auf.

Meine Damen und Herren! Herr von Lüninck soll meines Wissens ehrenamtlich seine Tätigkeit ausüben. Der Vorsitz in der Landwirtschaftskammer ist doch, wie das auch aus den Satzungen hervorgeht, ein Ehrenamt. Ich bin deshalb erstaunt, daß Herr von Lüninck für diese ehrenamtliche Tätigkeit ungefähr das Gehalt des Herrn Oberpräsidenten bezieht. Ich muß weiter meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß der Generalsekretär, der bei der Landwirtschaftskammer angestellt ist, auch ungefähr das Gehalt eines Oberpräsidenten erhält. Meine Herren! Da dürfen Sie sich doch nicht hinstellen und über die ungeheure Verschwendungssucht der Kommunen und der Selbstverwaltungskörper bezüglich der Verwaltungskosten reden. (Bursch des Abgeordneten Heuser: 10 Prozent Verwaltungskosten im Verhältnis zum Gesamtetat!) 64 Prozent, Herr Kollege Heuser, nach den Feststellungen Ihres eigenen Zentrumskollegen, was vom Minister bestätigt wird. Im Jahre 1925 betragen nach der Aufstellung des preussischen Landwirtschaftsministers die Einnahmen der Kammer 1031 035 Mark, die Ausgaben dagegen 642 261 Mark, also rund 60 Prozent, immer nach den

Angaben des Herrn Landwirtschaftsministers, die er im Abgeordnetenhaus gemacht hat.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kollege Heuser hat in keiner Weise meine Behauptungen, die sich u. a. auf die Angaben des Zentrumsabgeordneten Schmelzer im Landtage und auf die Statistik des Landwirtschaftsministers stützen, entkräften können.

Wenn ich noch ein Wort zu den vom Herrn Kollegen Heuser erwähnten Jahrgeldern sagen darf, so möchte ich fragen: Wenn Herr von Lüninck und Freiherr von Loë zu den Pferderennen fahren, fahren sie dann auch dritter oder vierter Klasse wie der kleine Bauer? (Heiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Gerlach: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Nummer 30 wird unveränderte Annahme beantragt. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Ausschusses entsprechend beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Zu Punkt 31 lautet der Antrag des Sachausschusses, der in Drucksache 115 verzeichnet ist:

„Der Provinziallandtag wolle der Entschliebung der Zentrumsfraktion zustimmen mit der Maßgabe, daß im zweiten Absatz hinter „gebeten“ eingefügt wird, „dafür einzutreten, daß“, und die Schlußworte „besorgt zu sein“ in „Sorge getragen wird“, abgeändert werden.“

Mit dieser Abänderung soll der Antrag angenommen werden. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 32 wird unveränderte Annahme des Antrages des V. Sachausschusses beantragt. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir haben soeben über a) des Antrages Drucksache 96 abgestimmt. Jetzt kommen wir zu b). Hier beantragt der Sachausschuß Ablehnung des Zusatzantrages, der von der KPD. gestellt worden ist. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Es ist so beschlossen. Der Zusatzantrag der KPD. ist somit abgelehnt.

Bei Punkt 33 wird unveränderte Annahme beantragt. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich stelle ohne Abstimmung die Annahme fest.

Zu Punkt 34 sind Änderungen auf Drucksache 108 vorgeschlagen:

„Provinzialausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß wie bei den Weinbauwanderlehrern auch bei Anstellung eines Obstbauwanderlehrers für den Regierungsbezirk Koblenz ein Provinzialzuschuß unter der Voraussetzung gewährt wird, daß sich Staat, Kammer und Provinz in die Kosten zu je einem Drittel teilen. Der Betrag wäre in diesem Jahre

aus der Ausgabeposition XVII des Haushalts „Verschiedenes“ zu entnehmen und vom nächsten Jahr ab im landwirtschaftlichen Etat vorzusehen.“

Ich bitte diejenigen, die mit dieser Abänderung dem Antrag des V. Sachausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. — Es ist so beschlossen.

Zu Punkt 35 wird vom Sachausschuß beantragt, bei der Reichs- und Staatsregierung nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen die Lebensbedingungen des deutschen, insbesondere des rheinischen Obst- und Gemüsebaues mehr als bisher gewahrt werden.

Wer demgemäß beschließen will, den ersuche ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Dann kommen wir zu

Punkt 36: Antrag des V. Sachausschusses, betreffend Förderung und Unterstützung der Geflügelzucht.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Steidl.

Abgeordneter Steidl: Der V. Sachausschuß unterbreitet Ihnen einen Antrag, betreffend Förderung und Unterstützung der Geflügelzucht. Ich verweise auf Drucksache 109. Wir bitten um Zustimmung.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wenn kein Widerspruch erhoben wird, darf ich annehmen, daß das Haus so beschlossen hat.

Wir kommen zu

Punkt 37: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Bewilligung eines Provinzialzuschusses von 400 000 Mark zu dem Bau einer Aggertalsperre bei Dümmlinghausen (Kreis Gummersbach).

Berichterstatter ist Herr Steidl.

Abgeordneter Steidl: Ich verweise auf die Drucksache 26. Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch gegen diesen Vorschlag höre ich nicht. (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Zu dem Punkt liegt eine Wortmeldung vor!)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Mohl.

Abgeordneter Mohl: Wir sind mit der Formulierung des Antrages in der Form nicht einverstanden. Wir haben im Sachausschuß gestern bereits einen Antrag folgenden Wortlautes gestellt:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die Bewilligung der 400 000 Mark zum Bau einer Aggertalsperre bei Dümmlinghausen erfolgt nur, wenn sich die Genossenschaft verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei der Durchführung der Arbeiten die tarifmäßigen Tiefbauarbeiterlöhne gezahlt werden und eine achtstündige Arbeitszeit eingehalten wird.“

Wir begründen das mit denselben Worten, die zur Gelberner Fleuthregulierung gebraucht worden sind. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Notlage der Erwerbslosen im Kreise Gummersbach wieder ausgenutzt werden wird und daß die Unternehmer letzten Endes den einzigen Profit aus der Herstellung der Talsperre haben, indem sie billigen Strom beziehen können, daß sie gar nicht daran denken, bei der Ausführung der Arbeiten den Arbeitern den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, sondern mit den Landräten und Bürgermeistern des Kreises unter einer Decke stecken, die die Arbeiter zur Zwangsarbeit ihnen zuweisen. Wir verlangen in unserem Antrage, daß die Arbeiter hier anständigen Lohn garantiert bekommen.

Wenn die Herren vom Zentrum und von der SPD im V. Sachausschuß sich wieder dahin ausgesprochen haben, daß diese Sache nicht der Zuständigkeit des Provinziallandtages unterliegt, so wissen wir, daß das eine alte Phrase ist, um sich wieder an einer klaren Stellungnahme vorbeizudrücken. Es müßte ja mit dem Teufel zugehen, wenn diese Leute nicht irgendwo einen Gesetzesparagrafen fänden, wohinter sie sich verschancen, um ihren Wählern für die verräterische Politik, die sie treiben, nicht Rechenschaft geben zu brauchen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Da Widerspruch erhoben ist, kommen wir zur Abstimmung. Der V. Sachausschuß beantragt unveränderte Annahme. Ich bitte diejenigen, die so beschließen wollen, sich zu erheben. — Es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 38: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Rittergutes Desdorf für das Rechnungsjahr 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Sommer.

Abgeordneter Sommer: Bei der Durchsicht des Etats über das Rittergut Desdorf ist im V. Sachausschuß eine Diskussion dadurch entstanden, daß in diesem Jahre der Ausgabenposten für Bekleidung und Unterbringung der Waisenknaben im Etat von 2000 Mark auf 1200 Mark heruntergesetzt worden ist. Dasselbe trifft auf die Heruntersetzung der Position für Ausbildung der Waisenknaben von 1000 auf 500 Mark zu. Nachdem sich aber die Mitglieder des V. Sachausschusses, die diese Heruntersetzung kritisierten, davon überzeugt hatten, daß ja der Ueberschuß von 3400 Mark dem betreffenden Fonds zugewiesen wird und daß aus diesem Fonds immer wieder die Mittel bereitgestellt werden können, haben sie diesem Etat und diesem Fonds zugestimmt, und zwar unter Berücksichtigung dessen, daß es sich nur um die Unterbringung von fünf bis sechs Waisenknaben handelt.

Wir empfehlen deshalb, daß der vorliegende Etat des Rittergutes Desdorf unverändert angenommen wird.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht er-

hoben. Ich stelle die Annahme des Antrages des V. Sachausschusses fest.

Wir kommen zu

Punkt 39: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan, betreffend Viehseuchenentschädigungen für das Rechnungsjahr 1927.

Der Herr Berichterstatter wünscht, daß wir den

Punkt 40: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Ersuchen an die Staatsregierung, für Händlervieh, das als Milch- und Rindvieh eingeführt wird, wieder eine mindestens zehntägige Quarantäne einzuführen,

mit verhandeln. Sie sind wohl damit einverstanden. Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Schroer, Hochhalen.

Abgeordneter Schroer, Hochhalen: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß bittet Sie, den Haushaltsplan der Viehseuchenentschädigung unverändert anzunehmen. Im vergangenen Jahre hat die Maul- und Klauenseuche ganz besonders schwer gewütet. Es sind 3002 Tiere entschädigt worden, welche eine Summe von 600 000 Mark erforderten. An Tuberkulose sind 1400 Tiere gefallen, die eine Summe von 230 000 Mark erforderten.

Der außergewöhnlich hohe Schaden, den die Maul- und Klauenseuche verursacht hat, hat den V. Sachausschuß veranlaßt, den Antrag der Zentrumsfraktion einstimmig anzunehmen. Der V. Sachausschuß bittet daher den Landtag, die Staatsregierung zu ersuchen, für das Händlervieh, das als Milch- und Rindvieh eingeführt wird, wieder eine zehntägige Quarantäne zu verlangen, wie das in den früheren Jahren sich auf das Beste zur Abwehr der Maul- und Klauenseuche bewährt hat. Auf das Vieh, das dem Schlachthof zugeführt wird, soll diese Quarantäne keine Anwendung finden. Es liegt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, daß die Staatsregierung die Quarantäne wieder einführt, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Mehne.

Abgeordneter Mehne: Meine Damen und Herren! Ich habe einige Worte zu der von der Zentrumsfraktion eingebrachten Entschließung über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche zu sagen. Der Herr Berichterstatter hat eben zum Ausdruck gebracht, daß der V. Sachausschuß einstimmig beschlossen hat, Ihnen die Entschließung zur Annahme zu empfehlen. Bei der Berichterstattung unserer Fraktionsmitglieder, die der V. Sachkommission angehören, haben sich in unserer Fraktion jedoch Bedenken ergeben, die ich im einzelnen noch etwas darlegen will.

Zunächst besteht bei uns die Befürchtung, daß aus den Quarantänen Vorschriften erwachsen, wie sie sich

seinerzeit vor dem Kriege ergeben hatten. Damals wurde die Quarantäne gewissermaßen mißbraucht, um die Fleischpreise in die Höhe zu treiben bzw. hochzuhalten. Dieser Mißbrauch dürfte wohl von keiner Seite heute bestritten werden. Aber bei näherer Durchsicht der Entschließungen haben wir uns davon überzeugt, daß im vorliegenden Falle dieser Mißbrauch wohl nicht beabsichtigt ist, denn der letzte Satz der Entschließung sagt wörtlich, daß auf das dem Schlachthof zugeführte Vieh die vorgeschlagene zehntägige Quarantäne keine Anwendung finden soll. Also in dieser Hinsicht entfallen unsere Bedenken. Sie liegen aber auf folgendem Gebiete:

Die Verhältnisse bezüglich der Nutzvieh- und Milchviehhaltung, wie sie den Antragstellern vorgeschwebt haben, sind nicht überall in der Rheinprovinz die gleichen. Diese Entschließung mag sachlich ihre durchaus berechtigte Begründung für gewisse Verhältnisse der Rheinprovinz haben. Sie aber so allgemein, wie sie hier gefaßt ist, als nützlich hinzunehmen, erscheint doch noch außerordentlich bedenklich. Die Beratung sowohl im V. Sachausschuß als auch im Plenum kann nicht alle Gründe und Gegengründe hinreichend berücksichtigen. Wir sind hier im Provinziallandtag nicht in der Lage, auch die Gegengründe eingehend zu würdigen, vor allen Dingen die gegnerischen Interessenvertreter anzuhören. Es werden ja dabei nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, nicht nur die Interessen der allgemeinen Volkswirtschaft berührt, sondern auch Sonderinteressen, z. B. der Kleinbauern in der Rheinprovinz, namentlich in der südlichen Rheinprovinz, der Kleinbauern z. B. in den Kreisen Neuwied und Altkirchen, ferner die Interessen der Viehhändler, der Veterinärärzte und dergleichen. Deshalb hat auch der Landwirtschaftsminister bisher die Einführung dieser Quarantäne auf wiederholte Eingaben der für diese Bestimmungen interessierten Kreise abgelehnt. Ich glaube auch nicht, daß die Zentrumsfraktion — es handelt sich ja nicht um eine parteipolitische Angelegenheit — so ohne weiteres die Stellungnahme des Landwirtschaftsministers, der doch aus Ihrer Fraktion hervorgegangen ist, desavouieren und diese Resolution so ohne weiteres sich hier im ganzen zu eigen machen kann. Wenigstens scheint mir das Gremium, in dem wir hier sind, nicht der Ort zu sein, um eine solche durchgreifende Maßnahme von vornherein annehmen zu können.

Es wird hier verlangt, daß das Vieh, das zu Milch- und Nutzwwecken in die Rheinprovinz eingeführt wird, dieser besonderen Quarantäne unterworfen werden soll, und zwar nicht nur das Vieh, das aus dem Auslande eingeführt wird, sondern auch das Vieh, das aus den benachbarten Provinzen kommt. Ich erinnere an einzelne Teile der Rheinprovinz, die außerordentlich verzwickte Grenzen gegenüber den Nachbarprovinzen haben, wo ein Verkehr des Viehes hinüber und herüber namentlich bei den Kleinbauern nicht einer derartigen Quarantäne unterworfen werden kann, die doch un-

bedingt zu einer Verteuerung des Viehes führen muß. Nun mag diese Verteuerung für den Weidewiehbefitzer auf der einen Seite sich in gewisser Form rechtfertigen, weil dadurch für ihn die Gefahren der Maul- und Klauenseuche eingeschränkt werden; aber auf der anderen Seite werden die Interessen der Kleinbauern verletzt.

Unsere Fraktion kann deshalb der Entscheidung in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Sie verkennt nicht, daß für einzelne Teile der Rheinprovinz eine Berechtigung dafür vorliegt. Sie glaubt aber, auch den übrigen Mitgliedern des Provinziallandtags eine einstimmige Annahme nicht empfehlen zu können.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Jörg.

Abgeordneter Dr. Jörg: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner ist bei der Beurteilung der Materie von einer ganz falschen Voraussetzung ausgegangen.

Wenn zunächst die Zuständigkeit des Provinziallandtags bezweifelt wird, zu der Materie Stellung zu nehmen, so möchte ich für meine Person ganz anderer Ansicht sein. Es handelt sich um eine Spezialfrage der gesamten rheinischen Volkswirtschaft, mithin doch auch nicht etwa um eine Frage, die lediglich den Bauernstand interessiert, sondern um eine Frage, die genau so gut die übrigen Volkskreise angeht. Wichtig ist, daß das Ministerium zweimal Anträge der Landwirtschaftskammer und des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen auf Wiedereinführung der Quarantänefrist abgelehnt hat. Der Grund dafür waren aber die Bestrebungen, die gerade aus den Kreisen des Handels und des Händlertums kamen, jener Kreise, die in der Fleischfrage ebenso wie in der Viehfrage nicht nur gegen die Interessen der Landwirtschaft stehen dürften, sondern die gerade bezüglich des Punktes Fleisch genau so gegen die Interessen der Arbeiterschaft, überhaupt der gesamten konsumierenden Bevölkerung, stehen.

Meine Damen und Herren! Wie ist in Wirklichkeit die Sachlage? Diese Quarantäne galt damals allerdings für alles eingeführte Vieh. Wenn Sie den Antrag der Zentrumsfraktion, den sich der V. Sachausschuß zu eigen gemacht hat, ansehen, so will dieser Antrag nicht etwa die Quarantäne für alles Vieh einführen, sondern es ist ausdrücklich das Vieh ausgenommen, das in den Schlachthof kommen soll, das also direkt dem Konsum zugeführt werden soll. Anders liegt die Sache für das Vieh, das in unsere Abmelkstätten, in unsere Weidewirtschaft kommen soll. Nun meinte der Herr Vorredner, daß auf diesem Gebiete eine Gegnerschaft seitens der Kleinbauern und der Veterinärärzte vorliege. Von der Gegnerschaft der Händler will ich nicht reden. Was die Gegnerschaft der Veterinärärzte anlangt, so ist mir dieser Gesichtspunkt allerdings ganz neu. Gewiß gebe ich zu, daß vielleicht der eine oder andere Veterinärarzt dadurch etwas mehr und un-

quemere Arbeit bekommt, namentlich bezüglich der verlangten Führung der amtlichen Statistiken. Aber das kann doch für uns kein Grund sein, der Sache skeptisch gegenüberzustehen, weil der Veterinärarzt oder Kreisveterinärarzt vielleicht hier oder dort dadurch infolgedessen etwas mehr Arbeit hat. In Frage kommt für uns doch lediglich das Gesamtinteresse.

Wenn hier von den Schäden gesprochen wird, die den Kleinbauern bevorstehen, so bin ich für meine Person doch ganz anderer Ansicht. Bedenken Sie doch die praktische Seite. Praktisch sieht die Sache so aus: Es müssen heute die Tiere allerdings bereits geimpft werden, wenn sie eingeführt werden. Aber die Inkubationsfrist für die Impfung dauert nach den heutigen Erfahrungen 3 bis 8 Tage. Es ist also infolgedessen leicht möglich, daß ein Tier, das heute geimpft wird, nach 5 oder 6 oder 7 Tagen die Ansteckung noch weiter-schleppen kann. Praktisch ist also die Sache so: Wird heute ein Vieh eingeführt, so wird es zunächst geimpft, wird dann vom Händler verkauft, kommt auf die Weide oder in den Stall, und am 4., 5. oder 6. Tage kommen auf einmal die Ansteckungserscheinungen. Um die Volkswirtschaft vor derartigen Gefahren zu schützen, wird seitens des V. Sachausschusses verlangt, daß die Quarantäne wieder eingeführt wird, und zwar nicht für Schlachtvieh, sondern für Milch- und Nutzvieh, auch nicht für 14 Tage, wie früher, sondern, um die Kosten zu vermindern, nur für 10 Tage. Aber auf dieser Quarantäne von 10 Tagen für Milch- und Nutzvieh müssen wir bestehen.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zu Punkt 39 ist Widerspruch nicht erhoben worden. Ich darf deshalb wohl die Annahme des Antrages des Sachausschusses feststellen.

Zu Punkt 40 ist Widerspruch erhoben worden. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Sachausschusses zustimmen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist demgemäß beschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 41: Antrag des V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Errichtung von landwirtschaftlichen Schulen in Baumholder (Reckreis St. Wendel) und in Much (Siegbkreis), sowie Errichtung einer landwirtschaftlichen Gemüsebauschule in Fischenich (Landkreis Köln) und einer Gemüsebauschule in Düsseldorf.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß hat sich eingehend mit der Materie der Denkschrift 27 befaßt. Er empfiehlt unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch gegen diesen Vorschlag ist nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages des Fachausschusses fest.

Wir kommen zu

Punkt 42: Antrag des V. Fachausschusses zu dem Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft in Trier, Kreuznach und Alrweiler für das Rechnungsjahr 1927.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Bergweiler.

Abgeordneter Bergweiler: Meine Damen und Herren! Der V. Fachausschuß hat den Haushaltsplan der Provinzial-Lehranstalten für Weinbau, Obstbau und Landwirtschaft für 1927 geprüft und keine Beanstandungen gemacht. Er empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme.

Nun noch einige Worte. Der Etat schließt ab mit einem Zuschuß von 393 000 Mark. Vor einigen Jahren war es noch möglich, den Etat mit einem weit geringeren Zuschuß zu balancieren. Sie sehen daraus, wie schlecht die Weinernten der letzten fünf Jahre waren, ebenfalls die Preise für die Weine. Sie können daraus die ungünstige Lage des deutschen Weinbaues beurteilen, auf die ich noch bei der Ihnen vorliegenden Resolution zum französischen Handelsprovisorium zu sprechen kommen werde. Die Anstalten selbst nehmen immer mehr einen erfreulichen Aufschwung. Sie waren im letzten Jahre von 220 Schülern besucht, und es mußten infolge der großen Schülerzahl die Klassen geteilt werden, was allerdings die Kosten für die Anstalten erhöht hat.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist auch nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu

Punkt 43: Antrag des V. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Bereitstellung von 100 000 Mark zur Bekämpfung der Winzernot und für die Zwecke des Weinbaues nebst Antrag der K.P.D.-Fraktion zu vorstehendem Antrage.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Bergweiler: Meine Damen und Herren! Der V. Fachausschuß hat den Bericht und Antrag des Provinzialausschusses (Drucksache Nr. 24) geprüft und empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme.

Die V. Fachkommission ist der Ansicht, daß, wenn im nächsten Jahre die Finanzlage der Provinz besser sein sollte, mehr als 100 000 Mark zur Behebung der Winzernot zur Verfügung gestellt werden müssen. Mit der verhältnismäßig geringen Summe von 100 000 Mark kann den einzelnen notleidenden Winzern, wo

es sich um eine halbe Million Betriebe handelt, nicht geholfen werden. Der V. Fachausschuß ist deshalb der Ansicht, es dem Provinzialausschuß zu überlassen, wie die Summe Verwendung finden soll. Eine der wichtigsten Aufgaben für den gesamten Weinbau ist die Rebzüchtung. Die Kommission ist der Ansicht, daß von diesem Betrage die Lehranstalten Rebschulen anlegen sollen, um den kleinen und mittleren Winzern billiges und gutes Sekholz zu beschaffen und, wenn möglich, den weinbautreibenden Kreisen, die Rebschulen anlegen, Beihilfen zu geben.

Ferner ist die V. Fachkommission der Ansicht, daß die Entschädigung für die Winzer, deren Weinberge durch die Bekämpfung der Reblaus vernichtet werden müssen, zu gering ist. Der Provinzialausschuß soll beauftragt werden, deswegen Ermittlungen anzustellen und eventuell beim Reich eine bessere Entschädigung zu beantragen.

Den Antrag der Kommunistischen Partei zur Behebung der Winzernot empfiehlt die Kommission, abzulehnen, da die notwendigen Mittel der Provinz nicht zur Verfügung stehen und die einzelnen Positionen des Antrages auch nicht zur Kompetenz des Provinziallandtags gehören.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Sommer.

Abgeordneter Sommer: Während Sie im vergangenen Jahre, als wir als Kommunisten zu den Winzern Stellung nahmen, darauf hinwiesen, daß durch die Hebe der Merikalen Kreise bei unserer damaligen Arbeit unter den Winzern unsere Genossen in die Mosel geworfen wurden, machte sich noch ein höhnisches Grinsen, besonders beim Zentrum und der Sozialdemokratie, bemerkbar. Ich möchte feststellen, daß sich das wesentlich geändert hat und daß wir heute bereits ohne Lebensgefahr vielleicht zum größten Bedauern der Herren von der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei dorthin gehen können. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Nun haben wir gestern bei der Behandlung dieser Anträge im V. Fachausschuß ein interessantes Theater erlebt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Zunächst einmal war der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Herr Albers, der Auffassung, daß eine Hilfe für die Winzer in der augenblicklichen Situation zwecklos sei (Hört, hört! bei den Kommunisten), da doch der deutsche Weinbau auf dem Aussterbeetat stehe und es zwecklos sei, noch mit derartigen Palliativmitteln an die Bearbeitung dieser Dinge heranzugehen. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Natürlich haben sich sowohl die Vertreter der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei als auch die Vertreter der Kommunistischen Partei gegen diese Einstellung gewehrt. Ich habe mir die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Albers sehr genau aufgeschrieben. Ich war erstaunt, daß er eben bereits, nachdem er beantragt hatte, die Punkte 30 bis 35 zusammenzufassen, ohne ein Eingreifen des Präsidenten des Hauses hier zu Punkt 43 sprechen konnte. Wenn ein Kommunist

das getan hätte, so hätte man zweifelsohne eingegriffen, besonders wenn es ein sozialdemokratischer Präsident gewesen wäre. (Lolche des Vorsitzenden.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß es Ihnen nicht zusteht, die Geschäftsführung des Vorsitzenden einer solchen Kritik zu unterziehen.

Abgeordneter Sommer (fortfahrend): Jedenfalls erlauben wir uns diese Kritik auch in Zukunft, wenn man, wie in diesem Falle, wo nur die Verbindung der Punkte 30—35 beschlossen war, bereits zu Punkt 43 spricht.

Nun kommen wir zu den anderen Anträgen. Auch hier fühlte sich die Zentrumsparlei ziemlich unwohl, besonders da wir ihr nachwiesen, daß die Weinbauern, besonders auch die kleinen Landwirte, die Gemüsebau usw. betreiben, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich als Schacherobjekte der Schwerindustrie in Deutschland mißbraucht worden sind. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Es machte sich zunächst bei einigen Vertretern der Zentrumsparlei so etwas bemerkbar, als ob sie das auch selbst glaubten. Aber nachher war man der Auffassung: Wenn wir es als Kleinbauern, als Weinbauern wagen — man sagte das nicht so, man hatte dafür einen diplomatischen Ausdruck —, diese Stellung einzunehmen, kriegen wir Krach in unserer Fraktion. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Sehr richtig, das hat er wörtlich gesagt!) Wir können das verstehen. Wir können verstehen, daß es sehr unangenehm ist, wenn man in einer gewissen Fraktion derartig weit auseinandergehende Bestrebungen hat. Ich kann mir vorstellen, daß es den Herren Vertretern der Schwerindustrie unangenehm ist, von den Herren Vertretern der Weinbauern und der kleinen Landwirtschaft zu hören, daß man sie im Interesse der Schwerindustrie verschachert. Man versucht ja, diese Dinge mit allerhand schönen Redensarten zu verdecken. Aber es steht heute schon wieder fest, daß auch bei den letzten Verhandlungen, wo man erlaubte, daß wieder 70 000 Doppelzentner französischen Weines eingeführt werden, wiederum eine solche Verschacherung stattgefunden hat. Wir empfehlen hier den Vertretern der kleinen Weinbauern, einmal nachzusehen, was die deutsche Schwerindustrie wieder für Begünstigungen aus diesem Abkommen herausgezogen hat.

Ich kann Euch sagen: Ihr habt Euch zur größten Freude Eurer Freunde in Eurer Fraktion wieder das Fell über die Ohren ziehen lassen. Ihr müßt endlich den Mut aufbringen, Euch gegen derartige Dinge ganz rücksichtslos zu wehren. Da helfen keine schönen Reden von Nächstenliebe und Fraktionsfreundschaft, sondern hier spricht, auch bei den Herren Vertretern der Schwerindustrie, nur die Sucht nach dem Profit. Man wird sich den Teufel darum scheren, wenn der Weinbau dabei zugrunde geht. (Abgeordneter Kohl: Sehr richtig!) Man wird Euch höchstens mit einem schönen Gebet ins Grab bringen und sagen: sie haben sich im

Interesse des Volkes geopfert. Denn bei diesen Herren sind die Interessen des Volkes die Interessen der Schwerindustrie und des Finanzkapitals. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Sie machen eine Wallfahrt nach Revelaer!)

Nun zu den Anträgen selbst. Man hat die Uebersetzung, daß 100 000 Mark nicht ausreichen, und zwar aus dem Grunde, weil diese 100 000 Mark doch in gar keinem Verhältnis stehen zu den Verhältnissen, wie sie im Weinbau liegen. Man sagt aber: Wir sind nicht in der Lage, für höhere Summen zu stimmen, weil das finanziell nicht tragbar ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf eins hinweisen. Bei der Diskussion über den Finanzausgleich sollten die Herren von der Zentrumsparlei doch wenigstens den Mut aufbringen, auf ihre Freunde in Berlin einzuwirken, daß man, statt die enormen Summen für Reichswehr, Polizeietat und derartige Dinge einzusehen, etwas dem deutschen Weinbau zugute kommen läßt. Aber dann stoßt Ihr wieder auf den Widerstand Eurer Freunde von der Schwerindustrie und dem Finanzkapital. Denn die trinken nicht den deutschen Wein, die trinken besseren Wein, sie trinken ausländische Weine. Der Champagner wird nicht von Euch und auch nicht von der Arbeiterschaft getrunken. Ihr werdet dort wieder auf denselben Widerstand stoßen, weil man dort mehr Interesse an dem Bestand einer tüchtigen Wehrmacht nach innen und außen hat, als an der Existenz des deutschen Weinbaues.

Wir als Kommunisten haben auf Grund dieser Erkenntnis beantragt, zur Behebung der Winzernot durch Gewährung von Krediten 300 000 Mark und zur Entschädigung der kleinen Winzerbetriebe, die durch die Reblausbekämpfung beschädigt werden, eine Summe von 500 000 Mark bereitzustellen.

Ich habe diese Entschließung heute morgen hier abgegeben. Wir hatten sie mündlich im V. Sachausschuß vorgebracht, aber sie war heute morgen hier nicht zu finden.

Wir haben weiter beantragt, eine Entschließung zur Niederschlagung der Kredite anzunehmen, die sich an die Staats- und Reichsregierung richtet. Ihr werdet auch hier wieder auf Widerstand bei Euren Freunden stoßen. Die werden nämlich nicht für einige Millionen das Verständnis haben, das sie früher für 75, 175 und noch mehr Millionen hatten. Es handelte sich dort um die Industrie. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir empfehlen deshalb, daß hier die Vertreter der Winzer den Mut aufbringen, sich auch dagegen zu wehren. Wenn Ihr den Mut nicht aufbringt, so werden wir das den Winzern sagen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir sagen Euch weiter, daß wir den Winzern auch sagen werden, daß selbst die Vertreter der Zentrumsparlei eingesehen haben, daß sie als Schacherobjekt gebraucht werden, aber daß sie erklärt haben, sie könnten dieser Formulierung

nicht zustimmen, um Differenzen in ihrer Fraktion zu vermeiden. An Hand dieser Ausführungen werden wir beweisen, daß man in der Zentrumsparlei sich fügen muß, daß sich die Kleinwinzer, die Kleinbauern und die Arbeiter in dieser Partei den Interessen der Schwerindustrie unterordnen müssen und daß man, wenn sie es wagen, dies nicht zu tun, dann anders mit ihnen verfahren wird.

Weiter haben wir gestern bereits beantragt — auch mündlich — eine Abänderung des Antrages der Zentrumsparlei zur Drucksache 50, und zwar Zeile 2: „Beim Abschluß des Vertrages mit Frankreich die Interessen der rheinischen Kleinwinzer zugunsten der großkapitalistischen Interessen der Schwerindustrie zu verschächern und der französischen Weineinfuhr Meistbegünstigung zu gewähren.“ Auch das ist abgelehnt worden. Man verhütet alles, man unterdrückt alles, um gar nicht bei den Vertretern der Schwerindustrie anzudecken. Und wir, die Arbeiterschaft, haben erkannt, daß man mit solchen Dingen nicht vorankommen kann, so werden auch die Kleinwinzer das recht bald erkennen. Sie werden unter der heutigen Entwicklung sehr bald erkennen, daß sie von den Führern, wie sie heute bei der Zentrumsparlei sind, nichts zu erwarten haben, und sie werden auch einsehen, daß man hier, in den Kreistagen und den Gemeindep arlamenten großen Krach schlägt, großen Tamtam macht gegen die Gejeße, die die Freunde vom Zentrum selbst in Berlin zusammenfabrizieren und der schaffenden Bevölkerung aufkrotzieren, um sie dann, wenn nicht im Guten, so mit Gewalt durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Auch das werden sie einsehen. Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die kleinen Winzer alles das recht bald erkennen werden, und wir hoffen, daß sie so witzig und so helle sind, wie es eben Herr Heuser sagte, und sie dann zu der Ueberzeugung kommen werden, daß ihre Interessen zusammengehören mit den Interessen der Arbeiterschaft, der schaffenden Bevölkerung, und nichts gemein haben mit den Interessen (Zuruf des Abgeordneten Maus: der Kommunisten!) der Schwerindustrie, denn die Schwerindustriellen sind die Unterdrücker der Arbeiterschaft und des gesamten Mittelstandes. Wollen die Arbeiter und der Mittelstand existieren, dann muß der Schwerindustrie der Kampf angefangen werden, damit endlich die Herrschaft der Trustmagnaten gebrochen wird und wir endlich ein Land bekommen, auf dem jeder Mensch als freier Mensch einherwandeln kann. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender **Gherle**: Mir ist von dem Redner der kommunistischen Fraktion ein Abänderungsantrag überreicht worden, der lautet:

„Abänderungsantrag zum Antrag der Zentrumsparlei, Drucksache 50, Zeile 2: Bei dem Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich die Interessen der rheinischen Kleinwinzer zugunsten der großkapitalistischen Interessen der Schwerindustrie zu ver-

schächern und der französischen Weineinfuhr Meistbegünstigung zu gewähren.“

Ich bin im Zweifel darüber, ob ich jetzt, wo wir schon in die Beratung der ganzen Angelegenheit eingetreten sind, diesen Antrag zur Erörterung stellen kann. Aber ich sehe, daß die Drucksache 50 noch nicht erörtert worden ist. Es wäre vielleicht möglich, daß wir bei der Beratung der Drucksache 50 diesen Abänderungsantrag mit zur Erörterung stellen. (Zuruf des Abgeordneten Sommer: Einverstanden!) Der Antragsteller ist damit einverstanden. Aus dem Hause wird kein Widerspruch erhoben. Dann werde ich demgemäß verfahren.

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter **Pikard**.

Abgeordneter **Pikard**: Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir den Anträgen des Ausschusses beistimmen.

Zur Sache selbst möchte ich uns aber gestatten, einige Bemerkungen zu machen, und zwar dahingehend, daß bei der ganzen Frage der Winzernot insbesondere von den bürgerlichen Parteien weniger an Demagogie geleistet werden möchte, als bis her in dieser Frage geleistet worden ist. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren! Ich meine, wenn ein Menschen-schlag wie die Winzer unter solch schweren Wirtschaftsbedingungen leidet, dann sollten diese Menschen nicht das Objekt irgendwelcher parteitaktischer Erwägungen sein, sondern man muß in solchen Situationen auch den Mut aufbringen, das zu sagen, was gesagt werden muß. Wenn mein Parteifreund **Alberz** in der Kommission über die Lage der Winzer Ausführungen dahingehend gemacht hat, daß der Stand am Aussterben sei — ich weiß nicht, ob das Wort so gefallen ist —, so hat er m. E. damit sagen wollen, daß man den Winzerstand auch darauf aufmerksam machen muß, wie die Entwicklung geht, denn man hilft einem Stand und einem Menschen dann, wenn man ihn auf die Verhältnisse und die Entwicklung der Zukunft hinweist, ohne dabei natürlich zu vergessen, daß zur Stunde Abhilfsmittel geschaffen werden müssen.

Nun ein paar Worte zur Winzernot an sich. Man hat sowohl bei den spanischen Handelsverträgen wie jetzt wieder bei dem Abschluß des französischen Handelsabkommens demagogisch die Winzer seitens der Parteien aufzuputtschen versucht, die die Verträge im Reichstage beschlossen haben. (Hört, hört! links.) Dabei ist die Frage der Winzernot nicht einzig und allein von der Einführung fremder Weine abhängig, sondern ich bin der Meinung: Hier stehen Interessen des gesamten deutschen Volkes gegeneinander, die ausgeglichen werden müssen; auf der einen Seite die Not der Winzer und auf der anderen Seite die Not des großen deutschen Industriestaates, der gezwungen ist, mit Frankreich und Spanien zu erträglichen Handelsverträgen zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier abzuwägen, daß die große Masse des

Volk es sich auch ein Glas Wein leisten und insbesondere die kleinen Konsumweine trinken kann, ist mit ein Mittel, um den Winzerstand zu heben. Die Winzerfrage ist in starkem Maße eine Konsumentenfrage. Gehen die bürgerlichen Parteien dazu über und sorgen dafür, daß die breite Masse des deutschen Volkes menschenwürdig leben und an den Annehmlichkeiten des Lebens teilnehmen und auch Weine genießen kann, so wird ein ganzes Teil der heutigen Winzernot behoben sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das ist der Standpunkt, den wir einnehmen. Wir wehren uns dagegen, daß die Winzernot von Leuten mißbraucht wird, die Amateurwinzer sind, deren Hauptgeschäft der Weinhandel ist.

Als ich heute morgen den Herrn Kollegen von Detten hörte, kam er mir so vor wie der Fuchs, der den Gänsen gepredigt hat. Ich meine, man sollte dafür sorgen, daß die unerhört hohen Preise im Weinhandel nicht gefordert werden. Man soll dafür sorgen — das liegt bei der Händlervereinigung —, daß man auch hier in Düsseldorf ein Glas Wein für 30 oder 35 Pfennig trinken kann. Dann wird man der Winzernot ganz anders zuleibe gehen, als wenn man hier schöne platonische Erklärungen abgibt und den armen Winzern Worte vorredet, in der Tat aber dazu übergeht, ihnen den Absatz zu erschweren, damit man hernach zu jedem Preis ihre jährliche Arbeit im Keller kaufen kann. So liegen die Dinge doch in der Praxis. Hier klopfen man sich an die Brust und sorgen dafür, daß die Verhältnisse anders werden.

Was nun den Antrag der kommunistischen Fraktion anbetrifft, so habe ich für meine Fraktion die Erklärung abzugeben, daß wir zu diesem Antrage getrennte, absatzweise Abstimmung beantragen. Meine Fraktion wird für den zweiten Absatz stimmen, trotzdem nicht überall Winzergenossenschaften bestehen. Es müßten da erst Einrichtungen geschaffen werden, um diese Beihilfen durchzuführen. Die kommunistische Fraktion scheint über die Verhältnisse innerhalb des Weinbaugebiets nicht besonders gut unterrichtet zu sein, sonst wüßte sie, daß Winzergenossenschaften sehr selten vertreten sind. Verkaufsgenossenschaften sind vorhanden, aber nicht Winzergenossenschaften im Sinne dieses Begriffes.

Wir werden weiter für den Absatz 5 stimmen. Dagegen bei den Absätzen 3 und 4 sind wir der Ansicht des Ausschusses, daß hier Reichsinteressen in Frage kommen. Wir bitten aber die Provinzialverwaltung, insbesondere im Sinne des Absatzes 4 des kommunistischen Antrages bei den Staatsbehörden vorstellend zu werden, damit diese Kredite niedergeschlagen werden.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Albers.

Abgeordneter Albers: Meine Damen und Herren! Wenn vorhin der Herr Kollege von Detten die Liebeshwürdigkeit hatte, mir etwas zu unterstellen oder etwas zu behaupten, was ich nicht gesagt habe,

so sehe ich mich veranlaßt, das richtig zu stellen. Als ich gestern von der Umstellung des Weinbaues und davon sprach, daß man nur anbauwürdige und anbaufähige Flächen bebauen und bepflanzen und entsprechend die Winzer beraten solle, war Herr von Detten so freundlich, mir das, was mein Kollege Sollmann in einer Zeitung geschrieben hat, als meine Meinung unterzuschreiben. Ich war nicht der Meinung. Ich habe das auch nicht gesagt.

Wenn Herr Kollege Sommer glaubt, auf diesem Wege mir etwas nahezu kommen, so irrt er ganz gewaltig. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Ich stelle auch hier wiederum fest, daß ich gestern zu der Winzerfrage nichts anderes gesagt habe, als was ich vorhin zu der Frage ebenfalls gesagt habe. Ich habe des weiteren festgestellt, daß ich mich darüber gewundert habe, daß unsere Freunde von links bereit wären, Realpolitik zu machen. Aber diese Realpolitik kann ich wohl ausklingen lassen in das Wort des Berliners: *Nachtigall, ich hör' dir laufen!* (Heiterkeit.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es ist von Herrn Pikard jetzt erklärt worden, daß Sie gegen einen Absatz des Antrages stimmen werden. Darf ich nochmals hören, gegen welchen Absatz Sie stimmen? (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Wir stimmen für 2 und 5 des Antrages Nr. 83!) Dann muß ich natürlich zunächst über den Antrag der kommunistischen Fraktion abstimmen lassen, ehe ich zu der Abstimmung über den Antrag des Sachausschusses komme.

Die kommunistische Fraktion hat auf Drucksache 83 einen Antrag zu diesem Gegenstande gestellt. Da Herr Pikard gegen einige Absätze Einspruch erhoben hat und für einige andere stimmen will, werden wir absatzweise abstimmen. Zunächst, gegen welchen Absatz, Herr Pikard, haben Sie Einwendungen erhoben? (Zuruf des Abgeordneten Pikard: Absatz 1, 3 und 4!) Ich werde darüber abstimmen lassen. Ich bitte diejenigen, die für die Absätze 1, 3 und 4 des kommunistischen Antrages sind, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Ich bitte diejenigen, die für die übriggebliebenen Absätze sind, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der kommunistische Antrag ist abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Sachausschusses selbst. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Sachausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. — Ich stelle fest, daß das Haus einmütig dem Antrage zugestimmt hat.

Wir kommen dann zum 44. Gegenstande der Tagesordnung.

Punkt 44: Antrag des V. Sachausschusses zu den Anträgen der Wirtschaftlichen Vereinigung, betr. Zuckerrung der Weine der Provinzial-Weinbauschulen pp.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Bergweiler.

Abgeordneter Bergweiler: Meine Damen und Herren! Der V. Sachausschuß schlägt Ihnen vor, den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung (Drucksache Nr. 97) dem Provinzialausschuß zur Erledigung zu überweisen, da es nicht Sache des Provinziallandtags sein kann, über die Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte der Lehranstalten Beschluß zu fassen.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Wortmeldungen liegen nicht vor. Widerspruch ist nicht erhoben. Ich darf ohne besondere Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

Wir kommen zu

Punkt 45: Antrag des IV. und I. Sachausschusses

- a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Stand der Vorarbeiten, den Voranschlag und die verschiedenen Anträge der RPD bezüglich der Entlohnung der Arbeiter beim Bau der Autobahn Köln—Düsseldorf,
- b) zu der Entschliebung der Zentrumsfraktion, betr. beschleunigte Durchführung des Projektes der Autobahn.

Berichterstatter für den IV. Sachausschuß ist Herr Abgeordneter Meyer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Meyer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der IV. Sachausschuß bittet den Provinziallandtag, er möge den Beschluß, den der Provinzialausschuß vorgelegt hat, annehmen. Der Beschluß lautet:

„Der Provinziallandtag nimmt von dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Stand der Vorarbeiten, den Voranschlag und die verschiedenen Anträge der RPD. bezüglich Entlohnung der Arbeiter beim Bau der Autobahn Köln—Düsseldorf, Kenntnis und billigt die in der Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen der Provinzialverwaltung.“

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Berichterstatter für den I. Sachausschuß ist Herr Schäfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Schäfer, Essen: Der I. Sachausschuß beantragt die unveränderte Annahme.

Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß die eigenartig lage Behandlung der dringenden Anträge der Provinz im höchsten Grade unerfreulich ist und daß der Antrag der Zentrumsfraktion dieser Stimmung durchaus gerecht wird. Er legt Gewicht darauf, daß der Herr Landeshauptmann mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung zum Ausdruck bringt, daß diese Behandlung der Angelegenheit als im höchsten Grade unerfreulich empfunden wird.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Zffel.

Abgeordneter Zffel: Meine Damen und Herren! Wenn in der letzten Tagung des Provinziallandtags der Herr Landeshauptmann, als die kommunistische Fraktion dieser Autobahn, wie sie vorgeschlagen wurde, nicht zustimmen konnte, erklärte, die kommunistischen Arbeiter aus Opladen, Benrath und Düsseldorf würden den bürgerlichen Abgeordneten dankbar sein, daß sie dafür gesorgt haben, daß diese Leute Arbeit bekommen, so glaube ich heute feststellen zu können, daß die Dinge umgekehrt liegen, daß heute dieselben Leute es ablehnen würden, unter den Bedingungen, wie sie vorgesehen sind, die Arbeit zu übernehmen. Wenn Sie heute soviel von Arbeitsbeschaffung reden, so ist dies nichts anders als eine bewußte Irreführung der Arbeitermassen, nichts anders als eine verschärfte Ausbeutung der Erwerbslosen. Wenn Sie dauernd davon reden, daß es die erste und beste Hilfe sei, den Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, so kommt es unserer Meinung nach aber auch wesentlich darauf an, unter welchen Bedingungen diese Arbeit durchgeführt werden soll. Die Erwerbslosen denken nicht daran, irgendwie eine Arbeit anzunehmen, bei deren Uebernahme sie trotzdem noch verhungern müssen.

Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir die Änderungsanträge gestellt, die wir schon in der damaligen Tagung begründet haben. Wir müssen heute erklären, daß wir diese Anträge aufrechterhalten, weil es das mindeste ist, was wir hier fordern müssen.

Wir haben in erster Linie gefordert, daß Unterkunftsräume geschaffen und Sorge dafür getragen wird, daß für diejenigen Arbeiter, die von auswärtig kommen und des Abends nicht zurückfahren können, die Verpflegung sichergestellt wird. Der Provinzialausschuß hat dann dazu Stellung genommen und erklärt, daß eine derartige Bereitstellung eines Betrages nicht in Frage kommen könne, weil die Unterbringung überflüssig sei. Er muß aber selbst zugeben, daß bei einzelnen Arbeiten, die auch hier aufgezählt sind, diese Zustände doch eintreten können und daß da der Unternehmer verpflichtet werden könnte, diese Maßnahmen durchzuführen. Aber ich glaube, daß wir auf Grund der Erfahrungen, die wir gemacht haben, damit nicht einverstanden sein können. Wir verlangen nicht, daß die Unternehmer diese Dinge einrichten, sondern daß die Provinz dazu übergehen soll, die Unterkunftsräume zu schaffen und die Verpflegung sicherzustellen.

Wir haben weiter verlangt, daß der Achtstundentag gesichert werden solle und im ganzen eine 42 stündige Arbeitswoche vorgesehen werde. Wenn das, was Sie hier dauernd erklären, keine Phrasen sein sollen, müssen Sie diesen Antrag einstimmig annehmen. Es ist geradezu ein Hohn, wenn man heute noch feststellen muß, daß auf der einen Seite so und soviel Erwerbslose vorhanden sind und daß auf der anderen Seite in den meisten Betrieben noch 10 und 12 Stunden gearbeitet

wird, während für diejenigen, die erwerbslos sind, nicht einmal das aufgebracht werden kann, was sie zum Leben nötig haben. Wenn schon einmal eine achtstündige Arbeitszeit im allgemeinen vorgesehen würde, so könnte, glaube ich, ein großer Teil der Erwerbslosen beschäftigt werden. Es können aber noch mehr beschäftigt werden, wenn in diesem Augenblick, wo wir so viel Erwerbslose haben, die 42 stündige Arbeitswoche durchgeführt wird.

Wir haben weiter betreffs der Ausschreibung der Arbeiten beantragt, daß die Kubikmeter festgelegt werden, wie sie in dem Antrage vorliegen. Auch darüber geht man hinweg, obwohl doch auch die einzelnen Gemeinden auf Grund ihrer Erfahrungen hier davon mitreden können, daß es unbedingt notwendig ist, diese Mindestsätze festzulegen. Wenn Sie die Unterlagen und Kalkulationen zur Hand nehmen, die die Unternehmer bei den einzelnen Notstandsarbeiten einreichen, so ist es so, daß in der Kalkulation pro Tag 3 bis 4 Kubikmeter vorgesehen werden, daß man aber nachher versucht, von den Notstandsarbeitern das Doppelte herauszuholen. Infolgedessen ist die Tatsache zu verzeichnen, die wiederum bei allen Gemeinden festgestellt werden kann, daß bei den größeren Notstandsarbeiten, die durchgeführt werden, Tausende von Tagewerken erübrigt werden, die auf Kosten der Proleten von den Unternehmern herausgewirtschaftet worden sind. Darum ist es dringend notwendig, daß diese Mindestsätze festgelegt werden, weil wir kein Interesse daran haben, das für die Unternehmer herauszuholen.

Aus diesen Gründen ersuchen wir Sie, für die Anträge der Kommunistischen Partei zu stimmen.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter **O b e r d ö r s t e r**: Wenn wir bei Beratung des Baues dieser Autostraße immer verlangt haben, daß hier keine Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge verwandt werden, sondern der Bau durch eine allgemeine Anleihe finanziert wird, so einmal aus der Erkenntnis heraus, daß die Zurverfügungstellung der geforderten Mittel vielleicht große Schwierigkeiten bereiten wird, zum andern, weil wir befürchten, daß damit unwürdige Bedingungen für die beim Bau der Straße beschäftigten Arbeiter verbunden sind. Wir müssen heute feststellen, daß beide Argumente in der Praxis bestätigt worden sind. Heute ist der Bau der Autostraße bereits auf dem toten Punkt angekommen, trotzdem im Dezember angenommen wurde, daß man heute bereits mit der Ausführung hätte beginnen können.

Welche Gründe mögen hier vorliegen? Welches sind die Gründe für die Schwierigkeiten der Ministerien? Man muß hier einmal hinter die Kulissen schauen. In den Ausführungen einiger Redner von rechts bei den letzten Beratungen trat bereits deutlich in die Erscheinung, daß diese Leute kein Interesse daran haben,

besondere Gebühren für die Autostraße zu zahlen. Sie wissen ganz gut, daß die unmittelbare Abwälzung dieser Gebühren nicht gut möglich ist. Sie sind aber auch nicht gewillt, diese Gebühren zu zahlen, trotzdem sie weiter nichts sind wie eine Gegenleistung für die Benutzung der Straße, die durchaus gerechtfertigt ist. Wenn heute der Verwaltungsausschuß der deutschen Bourgeoisie in Berlin diese Schwierigkeiten macht, so versteckt sich dahinter der Kampf um die Beseitigung der Gebührenerhebung für diese Straße. Wenn diese Bahn auf Kosten der Allgemeinheit unter unwürdigen Bedingungen für die Arbeiter, die dabei beschäftigt wurden, gebaut sein wird, dann wird man gnädigst auch die Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge für den Bau dieser Straße zur Verfügung stellen. Das muß hier ganz klar zum Ausdruck gebracht werden.

Ich frage: Was gedenken Provinzialverwaltung und Provinziallandtag zu tun, wenn nun die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht bewilligt werden? Ist man dann bereit, diese Straße, die eine unbedingte Notwendigkeit ist, zu bauen und dafür eine Anleihe aufzunehmen? Ich glaube, diese Frage ist durchaus berechtigt. Aber weiter: Ist man bereit, mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge oder durch Aufnahme einer Anleihe die Straße zu bauen, wenn die Reichsregierung und der Reichsrat die Erhebung der Gebühren unterlagen? Ich glaube, diese Fragen müssen aufgeworfen werden. Diese Straße ist wirklich ein dringendes Bedürfnis, und ihre Ausführung ist durchaus möglich. Bei der heutigen Flüssigkeit des Kapitalmarktes ist es meiner Meinung nach nicht notwendig, auf Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zurückzugreifen. Andererseits ist auch durch angemessene Gebühren eine Verzinsung und Tilgung der Bau Summe durchaus möglich.

Ich hoffe, daß die Provinzialverwaltung zu diesen Fragen Stellung nimmt, weil ich sonst die Befürchtung hege, daß der Provinziallandtag auseinandergeht und die Sache damit ein Begräbnis erleidet oder aber, daß die Arbeiterbevölkerung nachher das Nachsehen hat und zusehen kann, wie diese Leute, die über ein Auto verfügen, die Straße ohne irgendeine Abgabe benutzen, während die Bevölkerung im allgemeinen die Kosten für diese Sache tragen muß.

Stellvertretender Vorsitzender **C h e r l e**: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu liegt lediglich der Antrag der beiden Sachausschüsse auf unveränderte Annahme vor. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 46: Antrag des IV. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betr. Prüfung der Frage, ob durch Aenderung der Gesetzgebung eine

Verminderung der Straßenunterhaltungskosten erreicht werden kann.

Berichterstatter ist Herr Lenz.

Abgeordneter Lenz: Meine Damen und Herren! Der IV. Sachausschuß empfiehlt die Annahme der Entschliebung.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Fränken.

Abgeordneter Fränken: Wir können eigentlich diesen Antrag der Zentrumsfraktion nicht verstehen. Warum? Weil das Zentrum von 1918 an immer in der Regierung gewesen ist und da Zeit und Muße hatte, sich mit der Frage zu beschäftigen, und den Gemeinden diese große Last, die ihnen so große Sorgen macht, abzunehmen. Das Zentrum hat das nicht getan. Auf Grund dessen sind wir der Ansicht, daß dieser Antrag des Zentrums nur eine leere Demonstration bedeutet, um diejenigen Kreise, die immer mehr und mehr vom Zentrum abfallen, wieder an sich zu ziehen.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß oberster Grundsatz sein muß, daß derjenige, der die Straßen der Gemeinden verunstaltet, auch die Kosten zu tragen hat. Aber in diesem Sinne ist Ihr Antrag nicht gehalten. Er besagt, daß an die Regierung herangetreten werden soll, daß Kollgummi nicht mehr verwendet, sondern Luftbereifung eingeführt wird, wie es in anderen Ländern der Fall ist. Wir sagen Ihnen, daß auch dann die Besitzer der Luxusautos noch genau so gut durch ihr rasendes Fahren in den Dörfern die Straßen und Wege verunstalten. Ich kenne eine ganze Anzahl Dörfer, wo nur ab und zu ein Lastkraftwagen durchfährt, wo aber in einem Jahr infolge der Raserei der Luxusautos die Straßendecke kaputtgefahren worden ist, während sie sonst drei, vier und sogar sechs Jahre gehalten hat. Meine Herren vom Zentrum, Sie hatten es in der Hand, da schon längst Wandel zu schaffen. Aber Sie haben es nicht getan. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß vor allen Dingen ein Gesetz kommen muß, das nicht Personenauto und Lastwagen gleichmäßig besteuert, sondern die Steuer nach dem Brennstoffverbrauch erhebt. Denn so, wie der Brennstoff von den einzelnen Last- oder Luxuswagenbesitzern verbraucht wird, so ist auch seine Fahrerei, so muß er auch herangezogen werden, soll die Heranziehung eine gerechte sein.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß kleine Lastwagenbesitzer, die Waren von einem Ort zum andern transportieren, unter keinen Umständen so herangezogen werden dürfen, wie die Herren der Industrie und des Kapitals. Unter allen Umständen muß da eingegriffen werden. Wir wissen aber ganz genau, daß, wenn dort eine größere Besteuerung eintritt, sie doch immer wieder abgewälzt wird und dadurch die Waren verteuert werden, die man befördert.

Wir sagen deshalb noch einmal: Dieser Antrag des Zentrums ist für uns eine leere Demonstration, um

die Schäfslein weiter an der Leine zu halten. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Antrage des Ausschusses auf unveränderte Annahme zustimmen wollen, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu

Punkt 47: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Unterstützung von Hochwasserschutzmaßnahmen aus Provinzialmitteln.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Der I. Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Jörg.

Abgeordneter Dr. Jörg: Meine Damen und Herren! Wider Erwarten haben sich in den letzten Jahren die Hochwassergefahren ganz gewaltig vermehrt. Während wir früher nur in bestimmten Zeitabschnitten von Hochwasser bedroht waren, sind die Hochwasser in den letzten Jahren so oft gekommen, daß wir im Dezember 1919, im Januar 1920, im November 1924, im Dezember 1925 und im Januar 1926 unter gewaltigen Hochwassern zu leiden hatten. Wie der Niederrhein, hat auch der übrige Teil der Provinz ganz gewaltigen Schaden erlitten. Besonders stark heimgesucht wurde der Niederrhein. Es wird Sie vielleicht interessieren, zu erfahren, wie hoch die Schäden im Regierungsbezirk Düsseldorf waren. Bei dem Hochwasser Dezember 1925 und Januar 1926 haben im Regierungsbezirk Düsseldorf nicht weniger als 59 000 Hektar unter Wasser gestanden; 7723 Häuser waren überschwemmt. Die staatliche Abschätzungskommission, die doch sicherlich sehr vorsichtig bei der Abschätzung derartiger Schäden ist, hat im Bezirk Düsseldorf allein einen Schaden von 18 Millionen Mark festgestellt. Meine Damen und Herren! Daß angesichts dieser überraschenden Hochwasserschäden Verbesserungen des Hochwasserschutzes vorgenommen werden müssen, ist ganz selbstverständlich. Die Staatsregierung hat infolgedessen auch einen großen Plan aufgestellt, in dem vorgesehen ist: 1. Verbesserung der Banndeiche, 2. neue Eindeichungen und hochwasserfreier Ausbau der Sommerdeiche, 3. Freilegung des Abflußgebietes, 4. künstliche Entwässerung der landwirtschaftlich benutzten Flächen.

Wenn Sie sich den Etat betrachten, so finden Sie dort für diesen Zweck 400 000 Mark vorgesehen. Daß wir mit diesen 400 000 Mark auf die Dauer nichts anfangen können, ist selbstverständlich. Seitens der Staatsregierung ist im preussischen Haushalt eine Summe von einer Million Mark vorgesehen, macht

zusammen 1,4 Millionen Mark. Auch diese Summe reicht bei weitem nicht. Die Maßnahmen, die vorgelesen sind, erfordern allein schon eine Summe von 25 Millionen Mark. Nun ist es selbstverständlich, daß angesichts der gegenseitigen Verständigung zwischen den verschiedenen Fraktionen dieses Hauses unter keinen Umständen in diesem Jahre die Provinzialsteuern erhöht werden sollen. Auch ich meinerseits nehme davon Abstand, etwa einen Antrag auf Erhöhung der Positionen zu stellen. Andererseits aber möchte ich schon heute in diesem hohen Hause die Bitte aussprechen, daß diese Position nicht mit dem Etatsjahr 1927 aus dem Etat verschwindet, sondern daß die Provinzialverwaltung im Einvernehmen mit der Staatsregierung für eine Reihe von Jahren — es werden zur Durchführung der Arbeiten etwa 8 bis 10 Jahre in Frage kommen — sich dahin festlegen oder wenigstens in Aussicht nehmen wolle, daß wir in den kommenden Jahren mit den gleichen oder, wie ich hoffe, höheren Summen rechnen dürfen, damit endlich einmal die Hochwassergefahr in Zukunft beseitigt wird. (Zuruf des Abgeordneten Mähl: Das sind nur Phrasen! Dafür kann sich kein Bauer etwas kaufen!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch ist nicht erhoben. Ich darf ohne besondere Abstimmung die Annahme des Antrages des Fachausschusses feststellen.

Wir kommen zu

Punkt 48: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Genehmigung einer Änderung des § 12 der Geschäftsordnung des Provinzialausschusses.

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Maus, das Wort.

Abgeordneter Maus: Der I. Fachausschuß beantragt unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu

Punkt 49: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Abänderung des § 4 des zweiten Statuts für den Provinzialverband der Rheinprovinz.

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Auch hier beantragt der I. Fachausschuß unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu

Punkt 50: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Gewährung von Beihilfen an die Studentenwohl-

fahrtseinrichtungen der Universitäten Bonn und Köln und der Technischen Hochschule Aachen.

Berichterstatter ist auch hier Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Unveränderte Annahme wird vom I. Fachausschuß beantragt.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu

Punkt 51: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Beteiligung der Provinzialverwaltung an der Gründung eines Beethoven-Archivs in Bonn.

Berichterstatter ist wiederum Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Auch hier beantragt der I. Fachausschuß unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme fest.

Wir kommen zu

Punkt 52: Antrag des I. Fachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Versetzung des Landesbaurats Hirschhorn in den Ruhestand.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Dichgans.

Abgeordneter Dr. Dichgans: Herr Landesbaurat Hirschhorn hat wegen eines körperlichen Leidens gebeten, ihn in den Ruhestand zu versetzen. Der Provinziallandtag wird gebeten, dementsprechend zu beschließen.

Die I. Fachkommission hat mich aber beauftragt, auch hier in der Öffentlichkeit auf die großen Verdienste hinzuweisen, die sich Herr Landesbaurat Hirschhorn in seiner fast 25jährigen Tätigkeit um die Provinz erworben hat. Unter seiner fachkundigen Leitung sind die Heil- und Pflegeanstalt Johannistal, die Heil- und Pflegeanstalt Bedburg, sowie die Krüppelanstalt errichtet und eingerichtet worden, die noch heute als mustergültig und vorbildlich zu bezeichnen sind.

Die I. Fachkommission und, ich darf wohl annehmen, auch der Provinziallandtag, sprechen dem Herrn Landesbaurat Hirschhorn für die Verdienste die Anerkennung und den herzlichsten Dank aus. (Bravo!)

Stellvertretender Vorsitzender Eberle: Widerspruch wird nicht erhoben. Ich stelle die Annahme des Antrages des I. Fachausschusses fest.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht darauf, daß der nächste Punkt der Tagesordnung voraussichtlich eine Diskussion entfesseln wird, an die sich wahrscheinlich eine Stimmzettelnwahl anschließen wird, möchte ich den Herrn Vor-

sitzenden ersuchen, die für ½ Uhr in Aussicht gestellte Mittagspause jetzt eintreten zu lassen und dann den Punkt erst nach der Mittagspause zu verhandeln.

Stellvertretender Vorsitzender Oberle: Wenn das Haus damit einverstanden ist, kann so verfahren wer-

den. Ich höre keinen Widerspruch. Die Mittagspause tritt jetzt ein. Wir treten in einer Stunde wieder zusammen, also um ½ 3 Uhr pünktlich.

(Schluß 1 Uhr 20 Minuten.)

## Fortsetzung der vierten Sitzung.

(Wiedereröffnung 2 Uhr 35 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Es sind noch folgende Anträge eingegangen, die im Ausdruck vorgelegt worden sind:

Entschließung der Volksrechtspartei des Provinziallandtags auf Vorlage eines Gesetzes, betr. restlose Verwendung der Hauszinssteuer zur Förderung des Wohnungsbaues. Diese Entschließung würde dem Sachausschuß I zu überweisen sein.

Antrag der Zentrumsfraktion und der K P D.-Fraktion, betr. die Eingabe der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten der Rheinischen Provinzialverwaltung auf Besserstellung ihrer Bezüge und Antrag der Fachgruppe der Sekretariatsbeamten bei der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt auf Schaffung weiterer Beförderungstellen in Gruppen 10 und 11. — Ebenso an Sachausschuß I.

Antrag der Zentrumsfraktion, betr. Antrag an die Reichs- und Staatsregierung dahingehend, bei Verwendung von Natursteinen zum Bau von öffentlichen Gebäuden, Brücken pp. die fast völlig zusammengebrochene Mayener und Weiberner Tuffsteinindustrie mit Aufträgen zu versehen. An den Sachausschuß I.

Abänderungsantrag der K P D.-Fraktion zum Antrag der Zentrumsfraktion (Drucksache 50), betr. die Gewährung einer Meistbegünstigung für die französische Weineinfuhr bei Abschluß des endgültigen Handelsvertrages mit Frankreich (Drucksache 124). An den Sachausschuß V.

Da ein Widerspruch sich nicht erhebt, stelle ich fest, daß Sie mit diesen Ueberweisungen einverstanden sind.

Wir fahren in der Tagesordnung fort und kommen zu

Punkt 53: Antrag des I. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Ablauf der Dienstzeit der Landesräte Westermann und Dr. Schellmann.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Dichgans.

Abgeordneter Dr. Dichgans: Der Provinzialausschuß hat zu diesem Punkte der Tagesordnung vorgeschlagen: Der Provinziallandtag wolle die Landesräte Westermann und Dr. Schellmann unter den zuletzt genannten Bedingungen wiederwählen.

Im I. Sachausschuß ist bei diesem Punkte von keiner Seite Widerspruch erhoben worden. Es ist ausdrücklich einmütige Annahme des Antrages festgestellt worden. Ich möchte daher bitten, daß auch der Provinziallandtag diesem Beschlusse der I. Fachkommission zustimmt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haut.

Abgeordneter Haut: Meine Damen und Herren! Wir beantragen, zunächst über diesen Antrag getrennt nach Nr. 1 und 2 abzustimmen. Es handelt sich ja um die Wiederwahl zweier Landesräte. Bezüglich des Herrn Dr. Schellmann haben wir Bedenken nicht zu erheben. Bezüglich der Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann sind meine Freunde der Meinung, daß bei der derzeitigen außerordentlichen Not und bei dem Bestreben, insbesondere in der Verwaltung zu sparen, diese Stelle eingespart werden kann. Wir glauben, daß die bisherigen Aufgaben des Dezernats, welches bisher von Herrn Westermann verwaltet worden ist, ebenso gut unter den anderen höheren Beamten aufgeteilt werden können. Wir sind also der Meinung, daß diese Stelle überhaupt eingespart werden kann, und aus dem Grunde auch eine Wiederwahl des hierfür zuständigen Landesrats nicht zu erfolgen braucht. Soll die Stelle nicht eingespart werden, so können wir uns für eine Wiederwahl des Herrn Westermann nicht einsetzen, zumal Herr Westermann auch schon ziemlich betagt ist.

Wir bitten also das Hohe Haus, die Stelle des Herrn Westermann einzusparen oder, falls eine solche Einsparung nicht beliebt wird, Herrn Westermann nicht wiederzuwählen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Herr Landeshauptmann hat das Wort.

Landeshauptmann Dr. Horion: Ich bitte, diesem Antrage nicht stattzugeben, sondern Herrn Westermann wiederzuwählen. (Bravo! rechts.) Herr Westermann ist 31 Jahre im Provinzialdienst. (Abgeordneter Dr. Hold: Hört, hört!) Er hat in dieser Zeit eine ganze Anzahl schwieriger und verantwortungsvoller Dezernate verwaltet, und nun soll ihm nach 31 Jahren bescheinigt werden, daß er, trotzdem sein Gesundheitszustand dazu keine Veranlassung gibt, nicht

mehr in der Lage ist, seinen Dienst zu versehen, und er soll auf die Straße gesetzt werden.

Meine Damen und Herren! Das hat eine Bedeutung, die weit hinausgeht über die Wiederwahl des einzelnen Landesrats Westermann. (Zustimmung rechts.) Was heute Herrn Westermann passiert, kann morgen jedem anderen passieren. Die ganze Stellung der auf 12 Jahre gewählten Beamten wird damit zu einer vollständig problematischen und in der Luft schwebenden gemacht. Was das für die Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit, des Arbeitsinteresses und des Interesses an dem Dezernat bedeutet, können Sie sich denken. Welche Konsequenzen m. E. dann aber auch für die Gehaltsfragen der Herren gezogen werden müssen, das können Sie sich auch denken. Dann gibt es keine Stelle in der Staatsregierung mehr, mit der die Stellung im Gehalt verglichen werden kann, sondern dann müssen die Gehälter ganz anders bemessen werden, wenn die Anstellung eine solche ist, daß die Beamten, auch ohne daß sie sich in ihrer Person das geringste haben zuschulden kommen lassen, nach 12 Jahren aus ihrem Amt herausgesetzt werden können.

Wie ist es denn mit der Ersparnis? Die Ersparnis beträgt ganze 3000 Mark, denn selbstverständlich bekommt Herr Landesrat Westermann seine volle Pension, und die Differenz zwischen Pension und Gehalt ist 3000 Mark. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: In zwei oder drei Jahren pensionieren Sie ihn ja doch!)

Es ist auch nicht möglich, die Stelle einzusparen. Gerade die Stelle der Verwaltung der Ruhegehaltskasse hat in den letzten Jahren eine weit größere Bedeutung bekommen, als sie früher gehabt hat. Sie verlangt heute eine Beherrschung der gesamten Beamtengesetzgebung. Fragen der Rechtsgültigkeit der Anstellung, der Pensionierung, der Anrechnung der Dienstzeit, der Möglichkeit der Aufnahme sind ständig zu entscheiden. Es kommt hinzu, daß gerade die Ruhegehaltskassen in den letzten Jahren eine Bedeutung gewinnen, die weit über ihren ursprünglichen Kreis hinausgeht. Ursprünglich waren sie nur dazu bestimmt, den Kreiskommunalverbänden und Landgemeinden die Pensionslasten abzunehmen. Jetzt aber machen in immer größerem Umfange Korporationen aller Art, vor allem die Krankenkassen, die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden und die Krankenhäuser, davon Gebrauch, ihre Beamten und Angestellten der Ruhegehaltskasse anzuschließen. Gerade da ist auch nach mancher Richtung eine besondere Vorsicht und Aufmerksamkeit am Platze. Es sind 27 000 Dienststellen an die Ruhegehaltskasse mit einem jährlichen Umschlag von 11 Millionen Mark angeschlossen.

Außerdem verwaltet Herr Landesrat Westermann noch die Viehseuchenabteilung. Da ist noch kürzlich von zuständiger Seite, von dem Herrn Dekonomierat Kemmann, der auf diesem Gebiete mit Herrn Landesrat Westermann viel zu arbeiten hat, bescheinigt worden, daß er auch da das volle Vertrauen der beteiligten

Stellen genießt, daß sie gerne mit ihm zusammenarbeiten und seine Mitarbeit wünschen.

Aus diesen Gründen bitte ich dringend, die Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann vorzunehmen. (Bravo! rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters ist im I. Sachauschuß von keiner Seite Widerspruch gegen die Wiederwahl erhoben worden. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben aus rein formellen Gründen nicht widersprochen, weil wir bei früheren Gelegenheiten wiederholt unsere grundsätzliche Stellungnahme zu den Landesräten, wie zu den oberen Beamten der Provinz überhaupt, dargelegt haben. Nicht aus irgendwelchen persönlichen Gründen lehnen wir die Wiederwahl ab, sondern weil wir jede Anstellung auf 12 Jahre, wie auch jede lebenslängliche Anstellung ablehnen, weil wir auch das System der heutigen Eingruppierung grundsätzlich ablehnen müssen. Aus diesen Gründen stimmen wir auch gegen die Wiederwahl der zur Wahl stehenden Landesräte.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kemmann.

Abgeordneter Kemmann: Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat bereits in vorzüglicher Weise dargelegt, wie ausgedehnt das Dezernat der Ruhegehaltskassen geworden ist, wie deshalb das Dezernat nicht abgeschafft werden kann, und wie es schon dieses Dezernats wegen notwendig ist, den Herrn Landesrat Westermann wiederzuwählen.

Aber Herr Landesrat Westermann verwaltet noch ein anderes Dezernat, das meiner Ansicht nach von ebenso großer Wichtigkeit ist, ein Dezernat, in welches ich einen tiefen Einblick habe; es ist das Dezernat der Viehseuchenentschädigung. Meine Damen und Herren! Wenn ein Herr dieses Dezernat mit Aufopferung und Selbstlosigkeit verwaltet hat, so ist es Herr Landesrat Westermann.

Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft kann auf die Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann unter keinen Umständen verzichten. (Sehr richtig! rechts.) Sie muß aufs dringendste verlangen, daß er bleibt und das Amt weiterverwaltet. Dieses Amt allein hat in den letzten Jahren eine derartige Ausdehnung gewonnen, daß dafür allein ein Landesrat bzw. ein höherer Beamter notwendig ist. Ich erkläre nochmals, daß die Landwirtschaft unter keinen Umständen auf die Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann verzichtet. Sie muß unter allen Umständen darauf bestehen, daß seine Wiederwahl erfolgt.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Meine Damen und Herren! Meine Freunde sind außerordentlich erstaunt darüber,

daß, nachdem in der Sachkommission I einstimmig die Wiederanstellung des Herrn Landesrats Westermann beschlossen worden ist, nunmehr im Plenum eine Personalfrage erörtert wird, was sonst nicht üblich ist. Meine Freunde werden in ihrer Gesamtheit für die Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann eintreten.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Zu den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns und des Herrn Kemmann möchte ich nur erklären, daß meiner Auffassung nach gerade aus den Gründen, die der Herr Landeshauptmann hier angeführt hat, daß die Tätigkeit in der Ruhegehaltstasse mit den Befoldungsfragen so eng verknüpft ist, dieses Dezernat sicherlich leicht von dem derzeitigen Personaldezernenten mit übernommen werden kann. Es ist fast ein und dieselbe Materie, weil es sich auch hier um Befoldungsfragen handelt.

Bezüglich der Tätigkeit bei der Viehseuchenentzündung würde es, glaube ich, auch keine Schwierigkeiten machen, daß derjenige Dezernent, welcher die Fragen der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu bearbeiten hat, auch die Frage der Viehseuchenentzündung mit bearbeitet. Die Viehseuchenentzündung ist mit den landwirtschaftlichen Interessen eng verbunden. Also Schwierigkeiten bezüglich der Aufteilung des Dezernats sehen wir durchaus nicht.

Nun erklärt der Herr Landeshauptmann, es müsse für die höheren Beamten der Provinzialverwaltung geradezu erschütternd sein, wenn sie nach 30jähriger Tätigkeit nicht damit rechnen könnten, auf weitere 12 Jahre gewählt zu werden. Ich bin doch der Meinung, wir haben es gerade bei diesen Stellen mit politischen Stellen zu tun. (Widerspruch rechts.) Es handelt sich hier um politische Vertrauensstellungen. (Lachen im Zentrum.) Jeder Oberbürgermeister muß es sich in der Kommune gefallen lassen, daß er nach Ablauf seiner Wahlperiode nicht wiedergewählt wird. Ebenso muß es sich schließlich auch jeder Landesrat gefallen lassen, daß er nicht wiedergewählt wird.

Nun hat der Herr Landeshauptmann den Popanz an die Wand gemalt, daß der Herr nun auf die Straße gesetzt wird. Ich wünschte nur, daß die Tausende und Millionen von Arbeitern, die auf die Straße gesetzt werden, so wenig Sorge um ihre Zukunft zu haben brauchen wie der nunmehr am Ende seiner Wahlperiode stehende Herr Landesrat Westermann.

Ich bitte Sie nochmals: Folgen Sie unserem Antrage. Wir beantragen im übrigen auch Zettelwahl.

Es wird hier gesagt, die Ersparnis sei nicht wesentlich. Gerade daraus ergibt sich ja, daß es auch keine Härte ist. Wir sind der Meinung, daß es für die Provinzialverwaltung viel besser ist, wenn sie die vielleicht 70 Prozent betragende Pension trägt, die sich bei Verlängerung der Wahlbauer wohl noch erhöhen dürfte. Wir werden diese Belastung zur Zeit wohl noch tragen

können, und die Provinzialverwaltung dürfte dabei wohl noch profitieren.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Ich möchte zunächst feststellen, daß auch von denjenigen, die die Wiederwahl des Herrn Westermann ablehnen, keine Einwendungen gegen Fähigkeiten und Leistungen des Herrn Landesrats Westermann erhoben worden sind. Angedeutet wurden politische Gründe. Ob sie vorliegen, vermag ich nicht zu beurteilen. Dann ist als zweiter Grund angegeben worden, es bestände die Möglichkeit, das Dezernat einem anderen zu übertragen. (Zuruf links: Es aufzuteilen!) Meine Herren! Das ist denn doch kein Grund, einen Landesrat nicht wiederzuwählen. Dann könnte man höchstens sagen, der Landeshauptmann müsse ihm ein anderes Dezernat oder mehr Arbeit übertragen. Aber deswegen, weil die Möglichkeit besteht, das Dezernat einem anderen zu übertragen, jemand nicht wiederzuwählen, die Logik verstehe ich nicht.

Dann wird die Möglichkeit der Uebertragung an einen anderen Herrn einfach damit begründet, daß der andere Herr auf Grund seiner Fähigkeiten und Erfahrungen in der Lage sei, das Dezernat zu verwalten. Ob der Herr nicht jetzt schon ein weit über das Maß des Normalen großes Dezernat hat, wird nicht gefragt. Gerade das letztere ist in jeder Weise der Fall. Jeder, der einen Einblick in die Verwaltung hat, weiß, was es heute heißt, ein Personaldezernat mit 4035 Beamten und Angestellten, ohne die Ruhegehaltsempfänger, zu verwalten. Vor dem Kriege war das noch eine weit einfachere Sache. Was das aber heute bedeutet, sehen die Herren in etwa an den vielen Eingaben, die ihnen auf diesem Gebiete zugesandt werden. Nebenbei hat der Herr noch das Dezernat für Kunst und Wissenschaft. Die Uebertragung eines weiteren Wirkungskreises an Herrn Landesrat Zillitens ist vollständig ausgeschlossen. Ich erwäge umgekehrt, ob nicht das Dezernat des Herrn Landesrats Zillitens nach der einen oder anderen Richtung hin verkleinert werden muß, da m. E. jetzt schon, wenn nicht der Herr eine so außergewöhnliche Arbeitskraft entfaltet, eine sachgemäße Erledigung seiner Arbeiten nicht möglich wäre.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Waterrodt.

Abgeordneter Waterrodt: Meine Damen und Herren! Es darf wohl festgestellt werden, daß Herr Kollege Hauck zwischen seiner ersten und zweiten Ausführung eine kleine Wandlung vorgenommen hat. Zunächst hat er den Standpunkt seiner Freunde mit sachlichen Gründen zu begründen versucht, und, als diese sachlichen Gründe vom Herrn Landeshauptmann durchaus zutreffend widerlegt worden waren, ist er dazu übergegangen und hat erklärt: Das Dezernat ist ein politisches; es handelt sich um eine politische Vertrauensstellung; da muß der betreffende Beamte her-

aus. Meine Damen und Herren! Wenn irgendetwas geeignet sein könnte, die Wiederwahl des Stelleninhabers zu befürworten, dann sind es nach der Auffassung meiner Freunde diese letzten Ausführungen des Herrn Hauck. Wir sind der Meinung, daß es bei den Dezernaten der Provinzialverwaltung und bei den Beamtenstellen, die die Provinzialverwaltung zu besetzen hat, überhaupt auf die Politik in gar keiner Weise ankommt (Zuruf des Abgeordneten Hauck: Das ist eine falsche Auffassung!), daß man, wenn bei irgendeiner Verwaltung, dann bei der Provinzialverwaltung, von politischen Dezernaten und politischen Beamtenstellungen nicht sprechen kann. Die Provinzialverwaltung hat mit Politik überhaupt nichts zu tun, sondern sie hat sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu befassen und nicht mit politischen Dingen.

Meine Damen und Herren! Die Forderung der Sozialdemokraten kann nur bedeuten, daß der gegenwärtige Stelleninhaber nicht der richtigen Partei angehört und daß er seine Stelle an einen abtreten muß, der dieser richtigen Partei angehört. Das werden meine Freunde unter keinen Umständen mitmachen. Wir bitten Sie, schon aus diesem Gesichtspunkte heraus die Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann vorzunehmen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dunder.

Abgeordneter Dunder: Wir können es begreifen, wenn sich der Herr Landeshauptmann hier schützend vor seine Beamten stellt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sonst für ihn die Gefahr bestände, daß die übrigen Landesräte in eine Oppositionsstellung gegen ihn gerieten (Lachen rechts) und somit eine Erschwerung der Verwaltungsarbeit eintreten würde. Wir können auch verstehen, daß die Herren Großagrarien sich schützend vor den Herrn Landesrat Westermann stellen, weil er ihren Wünschen geneigt zu sein scheint.

Sachliche Gründe, von denen hier gesprochen werden soll, brauchen wir unsererseits nicht anzuführen. Wir sagen ganz offen, daß für uns die Wahl eines höheren Beamten als Vertreter des heutigen Klassenstaates nicht in Frage kommt. Für uns sind politische Gründe entscheidend.

Ich muß schon sagen, daß die zweiten Ausführungen des Herrn Kollegen Hauck etwas deutlicher waren wie die ersten. Treffend war ja auch ein Zwischenruf seines Kollegen Marx (Zuruf: Der ist ja gar nicht da!) oder Pikard (Zuruf des Abgeordneten Steinbüchel: Karl Marx ist längst tot!) — das wissen wir auch —, daß sie die Wiederwahl ablehnen, weil er es ablehnte, mit sozialdemokratischen Landesräten zusammenzuarbeiten. Uns freut es immer, wenn wir hören, daß die Vertreter des heutigen Klassenstaates es ablehnen, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten. Wir finden darin nur eine Ehre und eine Anerkennung dessen, was wir vertreten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Ich sage noch einmal: Wir lehnen aus politischen Gründen nicht nur die Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann ab, sondern wir lehnen auch den anderen ab. (Zuruf des Abgeordneten Schroer-Hochhagen: Das ist konsequent!) Wir sagen das ganz offen, ohne irgendwelche Vorbehalte zu machen. (Sehr richtig! rechts.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Wortmeldungen liegen nicht weiter vor. Ich schlage vor, über die Wahlen getrennt abzustimmen. Ich habe keinen Widerspruch gegen die Wiederwahl des Herrn Dr. Schellmann gehört. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Doch, wir haben widersprochen!) Wollen Sie Zettelwahl haben? (Abgeordneter Oberdörster: Wenn Sie es für notwendig halten, wir beantragen keine Zettelwahl!) Ein Widerspruch im Sinne der Geschäftsordnung für die Wahlhandlung liegt dann nicht vor. Ich darf dann feststellen, daß die Wahl des Herrn Dr. Schellmann hiermit erfolgt ist.

Bei der Wiederwahl des Herrn Landesrats Westermann sind zwei Fragen zu entscheiden. Erstens, ob die Stelle überhaupt eingehen soll, und zweitens, wenn sie weiter bestehen soll, ob Herr Westermann gewählt wird.

Ich bitte diejenigen, die für ein Bestehenlassen dieser Stelle sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Nach § 11 der Wahlordnung für den Provinziallandtag können Wahlen, wenn niemand widerspricht, durch Zuruf, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen werden. In diesem Falle ist Widerspruch im Sinne der Wahlordnung erhoben und ausdrücklich Zettelwahl beantragt worden. Wir werden danach durch Stimmzettel zu wählen haben.

Da Zweifel darüber bestehen, wie abgestimmt werden muß, mache ich darauf aufmerksam, daß ein Name auf den Stimmzettel gesetzt werden muß.

(Schriftführer Haack vollzieht den Namensaufruf. Die Abgeordneten geben ihre Stimmzettel ab.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Sind noch Stimmen abzugeben? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Wahlhandlung geschlossen.

Das Ergebnis der Wahl ist folgendes: Es sind 110 Stimmen abgegeben. Davon hat Herr Westermann 87 Stimmen erhalten, eine Stimme Herr Hauck und eine Herr Steinbüchel, 19 weiße Zettel sind abgegeben worden, und 2 Zettel waren ungültig. Damit ist Herr Landesrat Dr. Westermann auf 12 Jahre wiedergewählt. (Bravo! rechts.)

Meine Damen und Herren! Darf ich noch wegen des Ausfluges für morgen etwas bemerken? (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Es regnet wieder!) Der Ausflug findet auf alle Fälle statt. Wie das Wetter sein wird, darüber sind sich die Sachausschüsse nicht einig. Der landwirtschaftliche Ausschuss glaubt, es würde nicht besonders gutes Wetter sein. Dagegen ist der Sachausschuss für das Irrenwesen der Meinung,

daß das Wetter sehr gut sein werde. (Heiterkeit.) Der Ältestenrat hat sich der letzteren Meinung angeschlossen. (Große Heiterkeit.) Und weil der Ältestenausschuß in letzter Instanz entscheidet, wird also morgen gutes Wetter sein. (Heiterkeit.)

Wir fahren also ab um 2½ Uhr, hier unten an der Anlegestelle dicht beim Düsselschloßchen.

Diejenigen, die sich noch anmelden wollen oder die sich entschließen würden, abzufagen, was ich bedauern würde, bitte ich, das möglichst bald zu tun.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Punkt 54: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Abänderung des § 2 der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Kreiskommunalverbände und Stadtgemeinden der Rheinprovinz.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Herrmann.

Abgeordneter Herrmann: Der II. Sachausschuß hat sich die Gründe des Provinzialausschusses zu eigen gemacht. Er empfiehlt Ihnen daher die unveränderte Annahme der Vorlage.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Ich muß namens meiner Freunde erklären, daß wir uns dem Antrage, wie er hier vom Provinzialausschuß vorgelegt worden ist, nicht anschließen können. Wir bedauern außerordentlich, daß sich der Provinzialausschuß unsere Gedankengänge bezüglich der Weiterversicherungsmöglichkeit der bei einer rückversicherten Klasse auscheidenden Angestellten und Beamten nicht hat zu eigen machen können. Die hier in der Vorlage geltend gemachten Gründe können uns auch heute noch nicht überzeugen, daß eine solche Möglichkeit nicht geschaffen werden könnte. Unserer Auffassung nach sind Schwierigkeiten dazu da, um überwunden zu werden. Ich bin persönlich der Auffassung, daß, wenn der Herr Dezerent wirklich sich einigermaßen Mühe gegeben hätte, er auch den Schlüssel gefunden hätte, um diese Schwierigkeiten zu beheben. Die Schwierigkeit besteht angeblich darin, daß hier eine Satzungsänderung notwendig wäre, die einen solchen Umfang wie die bisherige Satzung annehmen soll. Ich möchte dazu bemerken: Selbst wenn das zutreffen sollte — unsere bisherige Satzung umfaßt ganze vier Seiten, und die sind noch nicht einmal voll —, selbst wenn eine solche „umfassende“ Aenderung der Satzung notwendig wäre, dann sollte man an solcher Schwierigkeit das Lebensinteresse der Angestellten nicht scheitern lassen. Das Lebensinteresse eines Herrn Dezerenten stand bekanntlich eben bei dem vorangegangenen Punkte wesentlich höher angeschrieben.

Es handelt sich hier insbesondere darum — darin scheint sich bisher die Mehrheit nicht hineingedacht zu haben —, den Angestellten der Sozialversicherungsanstalten oder Krankenkassen, die hier bei dieser Ruhegehaltskasse sind, die Möglichkeit zu geben, im Falle ihres Ausscheidens aus ihrer Dienststelle Mitglieder der Klasse zu bleiben, um ihre Anrechte auf Ruhegehalt zu bewahren. Nun braucht dieses Ausscheiden durchaus nicht irgendwelchen Umständen zuzuschreiben zu sein, die in der Person des Betreffenden insoweit liegen, daß er für die Verwaltung ungeeignet ist, sondern wir haben leider zu verzeichnen, daß einer großen Reihe von Angestellten gerade bei den Trägern der Sozialversicherung keine genügenden Aufstiegsmöglichkeiten gegeben sind. Wir haben heute noch eine außerordentliche Zersplitterung in der Sozialversicherung gerade bei den Krankenkassen. Wenn ein solcher Angestellter vorankommen will, ist es meistens notwendig, daß er seine Stelle wechselt. Da nun aber nicht alle Klassen Mitglieder der Ruhegehaltskasse der Rheinprovinz sein können — denn die Grenzen der Rheinprovinz sind schließlich auch recht eng —, scheidet er unbedingt aus seiner bisherigen Anwartschaft für die Ruhegehaltskasse aus. Aber selbst innerhalb der Rheinprovinz sind eine große Reihe Klassen bei anderen Ruhegehaltskassen rückversichert. Also bei jedem Wechsel der Anstellung wechselt auch der betreffende Angestellte seine Ruhegehaltsanwartschaft. Aus dem Grunde werden schließlich recht viele Angestellte davon abgehalten, die Aufstiegsmöglichkeiten bei anderen Klassen zu suchen, und dadurch ist der Drang, Besseres und mehr zu leisten, in der Sozialversicherung wesentlich hintangehalten. Man mag es ja bedauern, daß sich Angestellte davon leiten lassen, weil sie ihrer Ruhegehaltsanwartschaft verlustig geben können, auf die Aufstiegsmöglichkeit verzichten, aber es ist leider nicht zu vermeiden.

Ich bin also der Meinung, bei einigermaßen gutem Willen hätte es möglich gemacht werden können. Hoffentlich findet sich in der Zukunft, vielleicht in dem Nachfolger des Herrn Westermann, eine Kraft, die auch in der Lage ist, hier einen Ausweg zu finden und eine solche Weiterversicherungsmöglichkeit zu schaffen.

Die Belastung der Ruhegehaltskasse kann gar nicht so groß sein. Wir haben gleiche Einrichtungen, die ebenfalls solche Rückversicherungs- oder Weiterversicherungsmöglichkeiten für ausscheidende Beamte geschaffen haben. Ich nenne u. a. die Ruhegehaltskasse des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen. Dort ist einmal die Möglichkeit des korporativen Anschlusses der betreffenden Krankenkasse und zum anderen die Möglichkeit der Weiterversicherung der ausscheidenden Angestellten bei einer Krankenkasse gegeben. Das, was dort möglich ist, sollte zum mindesten auch bei der Provinz möglich sein. Aber es scheitert anscheinend an der vielgerühmten Schwerfälligkeit nach der Richtung hin. Ich hoffe also, daß wir doch möglichst in der Zukunft, in

einem späteren Provinziallandtag, diese Möglichkeit für die Angestellten schaffen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner hat es für richtig befunden, die vorliegende Vorlage mit der Wahl, die eben getätigt worden ist, in Zusammenhang zu bringen. Ich will ihm auf diesem Gebiete nicht folgen, denn sonst könnte ich auch seinen Standpunkt in Zusammenhang bringen mit seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Krankenkassenverbandes, wenn ich nicht irre (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr gut!), und die Abstimmung bei der vorigen Vorlage damit, daß der Krankenkassenverband bei dem Dezernat des Herrn Landesrats Westermann nicht das von ihm gewünschte Entgegenkommen gefunden hat. (Aha-Nuse rechts. Zuruf des Abgeordneten Hauck: Das sind Rätsel, Herr Landeshauptmann!)

Was die Sache selbst angeht, so muß ich zunächst bemerken: Es handelt sich nicht um eine Vorlage des Dezernenten, sondern um eine Vorlage des Provinzialausschusses. Wenn Sie eine Person dafür in Anspruch nehmen wollen, dann bin ich zunächst als verantwortlich dafür in Anspruch zu nehmen. Ich stehe selbst voll und ganz hinter der Vorlage.

Es ist in keiner Weise richtig, daß etwa als einziger Grund in der Vorlage angegeben worden sei, wenn man das durchführen wolle, müsse man eine lange Satzungsänderung mit vielen Paragraphen machen. Es ist allerdings in der Vorlage gesagt: Die Sache geht nicht so einfach mit einem Paragraphen zu machen, wie das die Antragsteller glauben. Man könnte aber — und da ist gleich der Ausweg angegeben — sich mit einem Paragraphen begnügen und das übrige dem Provinzialausschuß zur Regelung überlassen. Dann sind hier in der allerdeutlichsten Weise unter Nummer 1, 2, 3, 4, 5, 6 ausführliche materielle Gründe angegeben, die dagegen sprechen. Es ist also in keiner Weise richtig, daß etwa, wie hier angedeutet wurde, die Bequemlichkeit des Dezernenten, der keine lange Satzungsänderung machen will, der Grund gewesen ist, sondern es sind hier sechs verschiedene, durchaus durchschlagende Gründe angegeben.

Mit Recht klagen heute schon die der Ruhegehaltskasse angeschlossenen Kreiskommunalverbände und Stadtgemeinden über die Höhe der Beiträge, die sie nicht mehr aufbringen können. Die Ruhegehaltskasse ist in erster Linie für die Kreiskommunalverbände und Stadtgemeinden gegründet. Aus Entgegenkommen haben wir Korporationen bei uns zugelassen, obwohl wir Geld bei ihnen zulegen. Nun soll durch diese Bestimmung den Angestellten der Korporationen noch eine günstigere Situation als den Beamten, für die eigentlich die Kasse da ist, eingeräumt werden, und es soll eine Mehrbelastung der Kasse geschaffen werden,

die hinterher von den Kreiskommunalverbänden und Stadtgemeinden wieder mitzutragen ist.

Meine Herren! Die Gründe sind so ausschlaggebend, daß ich Sie bitten möchte, den ablehnenden Standpunkt auch Ihrerseits sich zu eigen zu machen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Ich muß doch erklären: Der Standpunkt des Herrn Landeshauptmanns ist zunächst einmal in Rätseln gehalten. Ich bin nicht Vorsitzender des Krankenkassenverbandes, kann also irgendeine Stellung nach der Richtung hin nicht eingenommen haben. Wohl bin ich Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Düsseldorf. Das ist aber nicht identisch mit dem Krankenkassenverbände. Mir ist irgendeine Stellungnahme nach der Richtung nicht bekannt geworden.

Wenn hier erklärt wurde, daß gerade die Rückversicherung der Krankenkassen — ich glaube, so die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns auffassen zu müssen — die höhere Belastung verursacht hat, so kann ich dem nicht ganz folgen, es sei denn, daß mir hierüber anderweitiges statistisches Material vorgelegt würde. Wie könnte es sonst sein, daß eine Ruhegehaltskasse, welche ausschließlich Krankenkassen rückversichert, mit einem bedeutend niedrigeren Prozentsatz an Umlage die Versicherung durchführen kann wie die Provinzialverwaltung? (Zuruf des Herrn Landeshauptmanns: Dann gehen Sie doch zu dieser Kasse!) Herr Landeshauptmann, das scheidet zunächst daran, daß wir nach den bestehenden Bestimmungen bis 1931 gebunden sind, also aus dem Grunde schon nicht weggehen können. Wenn wir dann aber weggehen, müssen wir alle bisher erworbenen Rechte bei der Provinzialkasse fahren lassen und bei der neuen Kasse natürlich die rückliegenden Dienstjahre nachversichern. Das wäre vielleicht ein recht gutes Geschäft für die Ruhegehaltskasse der Provinz, aber kein Geschäft für die betreffende Korporation.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Limbourg. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Limbourg: Ich verzichte!) Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte dann diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Punkt 55: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. Menderung der Satzungen der Ruhegehaltskasse der Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Rheinprovinz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Der II. Sachausschuß empfiehlt unveränderte Annahme des Antrages des Provinzialausschusses.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gräf.

Abgeordneter Gräf: Der Provinzialausschuß stellt in seiner Vorlage fest, daß es den Landgemeinden außerordentlich schwer wird, die ungeheuer hohen Beiträge für die Ruhegehaltskasse aufzubringen. Wenn man aber nun beantragt, daß die Landgemeinden, falls sie ausscheiden — z. B. bei Verleihung des Städterechts — und sie vielleicht schon eine lange Reihe von Jahren die Beiträge zur Ruhegehaltskasse bezahlt haben, ohne weiteres dieser Beiträge verlustig gehen sollen, so muß man doch hierbei feststellen, daß mit der Verleihung des Städterechts in diesen früheren Landgemeinden keine besseren Finanzverhältnisse eingetreten sind. So ist es zweifellos eine Härte, von der sie hier betroffen werden. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß man ihnen den Uebergang zur Ruhegehaltskasse der Städte erleichtert, genau so, wie man bei anderen Versicherungsarten auch diese Möglichkeit hat, um nicht die neue Stadt vor die Tatsache zu stellen, daß sie vielleicht in zwei Jahren für eine ganze Reihe älterer Beamten die Pension selbst zahlen muß.

Zu den hohen Beiträgen auch ein kurzes Wort. Wir müssen feststellen, daß die Beiträge zu den Ruhegehaltskassen der Städte sowohl wie auch der Landgemeinden sich in der Nachkriegszeit ganz ungeheuerlich erhöht haben. Mittlere Städte sind es fast nur, die die Beiträge zur Ruhegehaltskasse zahlen, weil die größeren Städte durch den Beamtenabbau es selbst in der Hand behalten haben, die Pensionen aus ihrer eigenen Kasse zu zahlen. Mittlere Städte sind daher fast durchweg nur Mitglieder. Wir können feststellen, daß wir heute in diese jährlich bis vier Bürgermeistergehälter, entsprechend dem Gehalt der Stadt, mehr zahlen müssen als 1913. (Hört, hört! rechts.) Das hat seine Ursache vor allen Dingen in den unsinnigen Abbaumaßnahmen, die eine ganze Reihe von Städten in den letzten Jahren durchgeführt haben, indem sie eine Reihe von Beamten zum Teil mit Abfindungen bis zu einem Jahresgehalt pensionierten, trotzdem die Beamten noch in voller Arbeitskraft standen. Das hat heute dazu geführt, daß diese außerordentlich hohen Beiträge zu den Ruhegehaltskassen, die z. B. bei den Landgemeinden 23 Proz. betragen, gezahlt werden müssen. Ein Beweis dafür, daß dasjenige, was wir Ihnen damals gesagt haben, wahr ist, daß der Beamtenabbau keine finanzielle Entlastung, sondern eine ganz gewaltige Belastung ist. Hinzu kommt, daß in der letzten Zeit alle diejenigen, die abgebaut haben — sogar Preußen —, dazu übergehen müssen, neue Beamte einzustellen. Man sieht, daß man dasjenige, was man damals in der Öffentlichkeit breitgetreten und dem Volke schmackhaft zu machen versucht hat, heute als einen Betrug ansehen muß.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich lasse dann abstimmen und bitte

diesjenigen, die für den Antrag sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Punkte 56—62 zusammen zu behandeln, weil sie dieselbe Materie betreffen. Ich glaube, wir können die Verhandlungen dadurch wesentlich fördern, daß wir die Punkte zusammenziehen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Es ist bisher eine Kontingentierung der Redezeit für die einzelnen Fraktionen nicht festgelegt. Aber bei den einzelnen Punkten haben sich die Fraktionen verpflichtet, ihre Ausführungen auf 15 Minuten zu beschränken. Angesichts der Wichtigkeit des Stats der Fürsorgeerziehung und mit Rücksicht darauf, daß wir zu diesem Punkte 5 Urträge gestellt haben, sind wir natürlich nicht in der Lage, in dieser Redezeit zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir sind nicht gegen die Verbindung an und für sich, möchten aber wünschen, daß hier eine längere Redezeit gewährt wird.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das halte ich für selbstverständlich. Ich möchte vorschlagen, daß wir versuchen, mit einer halben Stunde Redezeit für diese Punkte zusammen auszukommen. Die Redezeit soll nicht besonders beschränkt werden. Ich möchte dann aber empfehlen, damit noch die Drucksache 119 zu verbinden, den Entschließungsantrag Herrmann, Kohl und Wedershoven, wonach die Beseitigung der Wohnungsnot dringend geboten ist und die Reichsregierung aufgefordert wird, baldigst ein Gesetz vorzulegen, demzufolge die Erträge der Hauszinssteuer, solange diese Steuer erhoben wird, restlos zur Förderung des Wohnungsbaues verwandt werden müssen. Das ist im II. Sachausschuß bei dieser Gelegenheit mitbehandelt worden. Ich nehme an, daß die Herren Antragsteller damit einverstanden sind, daß Drucksache 119 hiermit verbunden wird. Das ist der Fall.

Ich stelle fest, daß das Haus mit der Verbindung der Punkte 56—62 und Drucksache 119 einverstanden ist.

Ich gebe dann zunächst den Herren Berichterstattern zu den einzelnen Punkten das Wort. Dann wird die Erörterung über alle Dinge zusammen stattfinden. Zu Punkt 56, 58 und 59 ist Berichterstatter Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter Jansen, Lammersdorf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Sachausschuß II hat sich, wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahre mit dem Etat der Fürsorgeerziehung und mit der Gesamtaufgabe des Fürsorgeerziehungswesens eingehend befaßt. Es sind so manche schwierige Fragen durchgesprochen worden, die, wie auch in anderen Jahren, auch diesmal nach Auffassung der bei weitem

großen Mehrheit des Sachausschusses eine befriedigende Beantwortung und Erledigung gefunden haben.

Sie wissen, daß wir bei dem Kapitel Fürsorgeerziehung vor der großen Frage der Erziehung derer stehen, die entgleist oder gefährdet sind und die wieder als ordentliche Menschen in die Volksgemeinschaft zurückgeführt werden sollen.

Der Sachausschuß hat mit Bedauern davon Kenntnis genommen, und auch Sie werden das tun, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge sich so erheblich vermehrt hat, daß die Zahl, die vor dem Kriege regelmäßig ungefähr 10 000 war, in der Nachkriegszeit sich auf 15 000 erhöht hat. An sich liegen für diese Vermehrung auch automatisch wirkende Gründe vor. Und zwar ist es zunächst das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das heute auch solche Entgleiste oder Gefährdete der Fürsorgeerziehung überweist, die bereits das achtzehnte Lebensjahr erreicht haben, die aber früher unter der alten gesetzlichen Ordnung nicht mehr in die Fürsorgeerziehung hineinkommen konnten. Es kommt weiter hinzu, daß auch die Kosten der vorläufigen Fürsorgeerziehung heute vom Provinzialverbande zu tragen sind, während diese früher, wenn die vorläufige nicht in die endgültige Fürsorgeerziehung überging, von den Gemeinden bzw. Antragstellern zu tragen war. Wenn es an sich auch erfreulich sein mag, daß zeitig und ohne Furcht vor den Kosten die Fürsorgeerziehung beantragt wird, um einen armen Gefährdeten so in Schutz zu nehmen, daß er ohne Entgleisung wieder zurückgeführt wird, so ist doch auch wohl zu vermuten, daß infolge der leichteren Aufbringung der Kosten resp. der Abwälzung derselben auf den Provinzialverband sicherlich ein Mehr an Fürsorgeüberweisungen eingetreten ist. Und der letzte mag wohl der tiefste Grund sein für die im letzten Jahre um 1000 vermehrte Zahl der Fürsorgezöglinge, nicht ganz so zweifellos die Erwerbslosennot und zu gleicher Zeit auch die Wohnungsnot.

Der Sachausschuß II hat sich auch mit diesen Gründen beschäftigt. Ich muß das ausdrücklich deshalb feststellen, weil es zeitweise zu einem Tadel auf den Vorsitzenden zu kommen schien, als ob er die Geschäfte nicht korrekt führe, da er die ganz eingehende Erörterung der Gründe für die Fürsorgeerziehung nicht hätte zur Behandlung kommen lassen wollen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Das ist nicht der Fall. Ich kann im Namen des Ausschusses mitteilen, daß dieser Tadel nicht gerechtfertigt war. Der Vorsitzende wie auch der Ausschuß hatten die Gründe schon von der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Der Vorsitzende und mit ihm die überwiegende Mehrheit des Ausschusses waren aber der Auffassung, daß eine eingehende Behandlung dieser Gründe resp. die Behebung der Erwerbslosennot und auch die Wohnungsfürsorge nicht Aufgabe des Sachausschusses II sei und daß deshalb von einer weiteren Erörterung dieser Gründe abzusehen sei.

Wir bedauern alle auf das tiefste, daß derartige soziale Gründe tatsächlich Ursachen für die Verwahrlosung so mancher Jugendlicher sind. Und sicherlich sind alle Mitglieder des Sachausschusses II gerne bereit, jedes Mittel zu unterstützen, das aus diesem hohen Hause geboten wird, um sich diesen sozialen Gründen entgegen zu stemmen. Aber das kann uns doch nicht davon abhalten, für uns als Ausschuß zu erklären, daß wir ohnmächtig sind, diese sozialen Gründe zu beheben.

Wenn auch die wachsende Zahl unerfreulich ist, so ist doch erfreulich die Mitteilung der Verwaltung, daß die Zahl der geschlechtskranken Fürsorgezöglinge sich erheblich vermindert hat, und zwar, daß die Anzahl der geschlechtskranken Mädchen seit 1924 von 58 Proz. auf 30 Prozent im Jahre 1926 gesunken ist und daß weiter die Zahl der geschlechtskranken männlichen Fürsorgezöglinge zur Zeit bloß noch 9 beträgt. Diese Feststellungen werden vom ganzen Hause sicherlich mit Freuden begrüßt werden.

Der Ausschuß empfiehlt Ihnen die Annahme des Etats der Fürsorgeerziehung.

Ich kann noch hinzufügen, daß bei den Beratungen des Sachausschusses II die meisten Redner immer wieder hervorgehoben haben, daß wir den Beamten und Beamtinnen der Verwaltung zu Dank verpflichtet sind, weil sie sich dieser schwierigen Aufgabe mit Fleiß und hingebender Liebe gewidmet haben. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig! Zuruf eines Kommunisten: Das ist ja nicht wahr!) Es handelt sich hier um eine Aufgabe, die wesentlich wichtiger ist als das Rechnen mit Zahlen (Sehr richtig!), die auch für uns viel wichtiger ist als bloß die Beschaffung von Geld, als alle möglichen materiellen Dinge. Wir stehen allen diesen Erziehungsfragen der armen Entgleisten und Gefährdeten mit außerordentlicher Wärme und Liebe gegenüber. Darum freuen wir uns, daß der Ausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit immer wieder gerne anerkannte — und ich glaube, daß auch das hohe Haus sich dieser Auffassung anschließen wird —, das allen Beamten und Beamtinnen der Verwaltung, die sich mit der Fürsorgeerziehung beschäftigen, ein besonderer Dank zukommt für die Liebe und Wärme, mit der sie sich der armen Gefährdeten annehmen. (Beifall rechts und in der Mitte.) Dieser Dank gilt nicht nur der Verwaltung, er erstreckt sich auch auf die fleißigen Bienen draußen im Lande, auf die Fürsorger und Fürsorgerinnen, die mit eben solcher Liebe und solchem Fleiß sich der armen Verwahrlosten annehmen.

Der Ausschuß bittet sie, den Fürsorgeerziehungsetat unverändert anzunehmen.

Ich komme nun zu Punkt 58, dem Antrage der Fraktion der SPD., der folgendermaßen lautet:

„Den konfessionellen Erziehungsvereinen wird die Aufsicht über die Fürsorgezöglinge entzogen und den Organen der Provinz überwiesen. Der Landeshauptmann hat sich zur Durchführung der Aufsicht der örtlich zuständigen Jugendämter zu bedienen. Die

Jugendämter dürfen mit der Durchführung der Aufsicht nur ihre eigenen Organe beauftragen."

Der Sachausschuß II und das Hohe Haus sehen hier einen alten Bekannten vor sich (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr richtig!), einen Antrag, dessen Gesicht wir schon häufiger gesehen und mit dem wir uns schon häufiger befaßt haben, für dessen Ablehnung überhaupt keine Gründe vorzubringen sind, weil sie bereits in früheren Jahren hier im Hause vorgebracht wurden und unverändert fortbestehen. (Sehr gut! rechts.)

Reglement und Gesetz bestimmen, daß die Organe, deren sich der Landeshauptmann für die Fürsorgeerziehung zu bedienen hat, ihm unterstellt sein müssen. Die Jugendämter sind das nicht. Darum kann schon aus diesem Grunde, aber auch noch aus anderen Gründen, von einer Annahme dieses Antrages keine Rede sein. Der Sachausschuß bittet Sie, den Antrag ablehnen zu wollen.

Genau so verhält es sich auch mit Punkt 70 der Tagesordnung: Antrag der KPD-Fraktion:

„Für alle schulpflichtigen Fürsorgezöglinge ist sofort nach der Einlieferung in die Fürsorgeerziehung eine sechswöchige Erholungskur durchzuführen.

Schulpflichtige Fürsorgezöglinge erhalten Ferien im Umfang der Ferienordnung für die Volksschulen am Orte der jeweiligen Anstalt. Sie dürfen während dieser Zeit auch nicht mit Hausarbeit beschäftigt werden.

Schulentlassene Fürsorgezöglinge erhalten alljährlich in zwei Abschnitten Ferien auf die Dauer von 4 Wochen. Während dieser Zeit dürfen sie zu keiner Arbeitsleistung herangezogen werden.

Auch dieser Antrag erscheint im alten Gewande und mit dem alten Gesicht. Wir haben ihn bereits behandelt und abgelehnt, aber nicht deshalb, weil das Hohe Haus den Fürsorgezöglingen nicht dieses Erbetene oder vielleicht noch mehr gewähren wollte, wenn es möglich wäre (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Weil Sie dafür kein Verständnis besitzen, deshalb lehnen Sie es ab!), sondern deshalb, weil die meisten dieser Forderungen bereits erfüllt sind (Lachen links, Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das stimmt ja gar nicht!) und sich infolgedessen der Antrag völlig erübrigt. Meine Damen und Herren! Die Verwaltung hat festgestellt, daß alle eingelieferten Fürsorgezöglinge zunächst auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden und daß sie dann je nach dem Befunde wochenlang, manchmal noch länger, als hier verlangt ist, in dem Aufnahmeheim bleiben und hier zunächst eine Erholungszeit durchmachen. Immer erst dann, wenn der Gesundheitszustand es erlaubt, wenn sich bei schwächeren Kindern der Zustand so gekräftigt hat, daß sie mit den andern in einer Reihe gehen können, kommt die Angliederung an eine Fürsorgeerziehungsanstalt. Ich betone, damit Sie nicht ein Mißverständnis mit nach Hause nehmen, nochmals, alles, was hier verlangt wird, ist nach der Auffassung

des Ausschusses gewährt. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Darum ist der Antrag überflüssig, und der Ausschuß bittet Sie, auch diesen Antrag abzulehnen. (Erregte Zurufe links.) Ich bin leider schwerhörig und verstehe nicht alles, was Sie mir zurufen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat als Berichterstatter Herr Abgeordneter Hölken zu den Punkten 57, 61 und 62.

Abgeordneter Hölken: Meine Damen und Herren! Der Antrag der Kommunisten will, daß die Unterbringung von Fürsorgezöglingen oder sonstigen Pflanzlingen durch die Provinz nur in solchen Anstalten erfolgen soll, die den Mitgliedern des Provinziallandtags jederzeit die Besichtigung der Anstalten und ihrer Einrichtungen gestatten. Im Sachausschuß wurde festgestellt, daß keinem Mitgliede dieses Hauses die Besichtigung irgendeiner Anstalt verwehrt worden ist. Der Sachausschuß bittet deshalb, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag der Kommunisten, betreffend die Unterbringung von Fürsorgezöglingen oder sonstigen Pflanzlingen in Privatanstalten hat dem Provinziallandtag schon im vorigen Jahre in demselben Wortlaut vorgelegen. Der vorigjährige Provinziallandtag hat den Antrag abgelehnt. Der Sachausschuß empfiehlt auch jetzt wiederum Ablehnung, weil ein Teil der Forderungen durchgeführt ist, andere sich nicht verwirklichen lassen.

Zu Punkt 57, dem Antrage des II. Sachausschusses zu den Haushaltsplänen, beantragt der Ausschuß unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort als Berichterstatterin zu Punkt 60 hat Frau Abgeordnete Blumberg.

Abgeordnete Frau Blumberg: Der Antrag der Kommunistischen Partei auf Schließung der Anstalten in Summersbach wird von dem II. Sachausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit abgelehnt, nachdem wir den Bericht der Provinzialkommission entgegen genommen, die Sache eingehend beraten und keine Gründe gefunden haben, diese strenge Maßnahme durchzuführen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Herr Abgeordneter Jansen hat vorhin gesagt: Sie sehen hier einen alten Bekannten vor sich. Er meinte damit den kommunistischen Antrag. Ich aber, Herr Kaiser, meine mit dem alten Bekannten den Herrn Abgeordneten Jansen. Er ist nämlich derjenige, der auch heute wieder im Auftrage seiner Fraktion den breiten Mantel der christlichen Nächstenliebe über die Mißstände in den Fürsorgeerziehungsanstalten im Namen des ganzen Bürgerblocks decken möchte. (Zuruf des Abgeordneten Jansen: Ich habe nur Bericht erstattet!)

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß der Provinziallandtag, so lange die heutigen Verhältnisse bestehen, so lange die reaktionäre, die Dunkelmänner-

Auffassung (Hu!-Hu!-Rufe) in unserem Staate maßgebend ist, Fürsorgeerziehung in unserem Sinne treiben wird. Zuruf des Abg. Dr. Dichgans: Dann stellen Sie doch keine Anträge mehr! Auch wenn für den Wasserkopf ein Strohkopf nach Berlin kommt, der derselben Richtung angehört, so wird das absolut nichts ändern. Selbst wenn das Durch- und Uebereinander von Regierungen noch durch eine Ueberregierung im Vatikan verstärkt wird, wird das Dunkelwesen in dieser Beziehung noch viel stärker werden. (Unruhe im Zentrum.) Es wird in keiner Weise nachlassen. Es scheint wehe zu tun, daß Sie alle zugleich Zwischenrufe machen. Ich hätte nur gern einen einzigen gehört, um darauf eingehen zu können.

Herr Pfarrer Jansen stellt sich hierhin und sagt: Die armen Gefährdeten müssen nachher wieder einem ordentlichen Lebenswandel zugeführt werden. (Zuruf des Abgeordneten Jansen: Das ist doch wohl auch Ihre Auffassung?) Es ist unsere Auffassung, aber in der Tat, Herr Pfarrer Jansen, und Ihre Auffassung ist es nur in Redensarten.

Das kann ich Ihnen beweisen. Gestern hat noch eine Notiz in der Zeitung unser Aufsehen erregt, wonach die Reichswehr nun Fragebogen herausgibt, auf denen auch steht: Waren Sie schon einmal in Zwangserziehung? Dabei behaupten Sie immer, daß diejenigen, die nicht wegen subjektiver Fürsorge in eine Anstalt kommen — zum mindesten diese — den übrigen Menschen gleichwertig zu erachten sind. Wer also wegen objektiver Fürsorge, weil vielleicht bei den Eltern oder Erziehern etwas nicht stimmt, in eine Anstalt kommt, ist nach diesem Fragebogen mit einem Makel behaftet, wenn er in Zwangserziehung oder in der Fürsorge gewesen ist. Gewiß, Sie haben damit nichts zu tun. Aber der Einfluß, den Ihre Partei bei der maßgebenden Stelle hat, der hat damit zu tun, Herr Pfarrer Jansen. Es ist eine berühmte Taktik, die Sie heute schon oft angewandt haben, nicht nur Sie, sondern auch die Sozialdemokraten im Falle des Herrn Söllmann heute morgen, zu sagen: Bin ich denn etwa verantwortlich für das, was die da oben machen? Jawohl, eine Partei ist verantwortlich in ihrer Gesamtheit, nicht nur die einzelne Person. (Zuruf von der SPD.: Dann ginge es Ihnen ja schlecht, dann wären Sie ja verantwortlich für die Sowjetgranaten!). Die Sowjetgranaten hat die SPD. gedreht, und für diese Drehfertigkeit wird sie auch den klingenden Lohn in Gestalt von Aemtern, Posten und Würden empfangen. Wenn aber wahr ist, was Sie immer behaupten, dann haben die Sozialdemokraten damals die Gelder für die Sowjetgranaten bewilligt; sie sollten daher heute Ruhe halten. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Der Fragebogen stammt vom preussischen Innenminister, von einem Sozialdemokraten!) Was hat das letzte Endes mit der Fürsorgeerziehung zu tun, wenn die SPD. Granaten dreht. Wenn sie aber schon einmal dazu übergeht, Zwischenrufe zu machen, dann muß

ich auch sagen, was zur Fürsorgeerziehung gestern die Volkszeitung schrieb: Die SPD. brachte neben einigen Anträgen, die sie aus dem früher von der SPD. vorgebrachten Material zusammengeklaut hat usw. Ich glaube, der Berichterstatter ist Herr Bert Schreiner, der vor einem Jahr oder zwei noch sehr radikale Töne in der Internationalen Arbeiterhilfe gefunden hat. Der Umgang, den er damals mit Kommunisten hatte, hat ihn wahrscheinlich zu der Ueberzeugung gebracht, daß die Ansichten, die er mal irgendwo gehört hat, sozialdemokratisch seien, und er hat nun geglaubt, wir hätten der SPD. das Material geklaut. (Zuruf des Abgeordneten Görlinger: Der hat doch etwas gelernt!) Sie machen immer ausgezeichnete Zwischenrufe. Sie haben auch vorher gesagt, Marx sei tot; und damit ist er auch für Sie vergessen. Karl Marx ist tot; dafür haben Sie den Wilhelm Marx adoptiert. Ich möchte Ihnen nur sagen, und das verdient auch der Öffentlichkeit gesagt zu werden: Wenn diese Anträge wirklich aus dem Material der Sozialdemokraten geklaut sind, warum haben denn die Sozialdemokraten diese Anträge gestern restlos niedergestimmt? (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Weil sie ihr eigenes Material nicht mehr aufrechterhalten wollen oder weil sie die Öffentlichkeit bewußt irre führen.

Herr Abgeordneter Herrmann hat eine Entschliebung zu diesem Punkte eingebracht, und diese Entschliebung ist durchaus richtig. Sie besagt, daß das Elend der Fürsorgeerziehungspflichtigen nicht in diesen Kleinigkeiten, die da vorgebracht wurden, zu suchen ist, sondern daß es tiefere Ursachen hat. Auch der Herr Landesrat, der zu der Sache im Ausschuß berichtet hat, hat selbst zugeben müssen, daß die Wohnungsnot und das soziale Elend zunächst einmal die Quellen dieser Notwendigkeiten sind. Da ist es doch durchaus richtig, und nicht, wie der Herr Berichterstatter namens des Ausschusses gesagt hat, etwas, was hier nicht zur Sache gehört, daß diese Verhältnisse mitberücksichtigt werden. Auch da machen Sie eine geschickte Arbeitsteilung. Sie sagen im Ausschuß, wo das Elend zur Sprache kommt: Bedauere sehr, der Sachausschuß II hat sich mit dem Wohnungselend usw. nicht zu befassen. Wir aber sagen, daß der Sachausschuß II betonen mußte: Hier liegt der Grund des Elends der Fürsorgeerziehung. Infolgedessen muß mehr Wert auf die Bautätigkeit und die Behebung des sozialen Elends gelegt werden. Aber das wollen Sie nicht, weil dann herauskommen würde, daß Sie niemals zustimmen, wenn wir eine vermehrte Bautätigkeit oder die Behebung des sozialen Elends verlangen. Wenn man das eine sieht, muß man das andere zugeben. Aber das ist eben das, was Sie nicht wollen.

Genau so, wie die Wohnungsnot auf der ganzen Linie die Verhältnisse im Gefolge hat, die zur Fürsorgeerziehung führen, genau so hat die Lage dieser Familien oft zur Folge, daß die Kinder in Fürsorge kommen. Ich habe im letzten Jahre schon — und muß

es auch heute noch einmal tun — dargelegt, wie häufig solche Verhältnisse zustande kommen, insbesondere jetzt, wo die Miete noch einmal gestiegen ist, muß man mit dem Herrn Landeshauptmann sagen, daß die Not nicht proportional mit der Steigerung der Miete, sondern progressiv fortschreitet. Ebenso muß natürlich auch die Zuweisung zur Fürsorge progressiv fortschreiten.

Wir können heute in allen Städten feststellen, daß diejenigen, die nicht in der Lage sind, von ihrer Unterstützung die Miete aufzubringen, daß diejenigen, die nur ein geringes Einkommen, manchmal überhaupt kein Einkommen und keine Unterstützung haben, gezwungen sind, in den Auschußvierteln, die die Städte zu diesem Zwecke eingerichtet haben, unterzukommen. Jede Stadt hat so ein Asyl — möchte ich fast sagen —, wo die grauenhaftesten Verhältnisse herrschen. Es ist kein Zufall, wenn in solchen Wohnungen, wo 10 Personen in einem Raume haufen, den sie als Küche, Schlafzimmer, Keller und Aufbewahrungsraum benutzen, solche Fälle vorkommen. Wir haben gerade in diesen Verhältnissen nicht wenig Fälle, wo die Erwachsenen abends betrunken nach Hause kommen, wo Jugendliche verschiedenen Geschlechts von 10 bis 20 Jahren zusammenhaufen müssen und wo auch noch ein Teil unmündiger Kinder dabei ist, wo bis zu 10 Personen in der dumpfen Atmosphäre einer feuchten und verlaufenen Bude in zwei nebeneinanderstehende Betten kriechen müssen. Was folgt daraus? Daraus folgt die Erziehung zur Blutschande, die Erziehung zu unsittlichen Verhältnissen, die Sie nachher in ihrer Auswirkung bekämpfen, aber mit unrichtigen Mitteln, worauf ich noch kommen werde. Aber nicht in der Ursache fassen sie diese Verhältnisse an. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir weisen Ihnen nach, wie die Sache sich entwickelt. Mit 9 und 10 Jahren laufen die Kinder in diesen Asylen herum. Es sind zum Teil minderwertige Menschen, die durch ihre Verhältnisse zum größten Teil zum Lumpenproletariat herabgedrückt und vielleicht auch geistig nicht mehr ganz auf der Höhe sind. Die vergreifen sich an den Kindern in diesem Alter in unsittlicher Weise. Daß natürlich ein Kind, das unter solchen Verhältnissen, wo es überhaupt keine Erziehung haben kann, aufwächst, nachher in die Fürsorge muß, ist genau so selbstverständlich, wie, daß aus dem kapitalistischen System solche Dinge geschehen müssen. Was für einen Ausweg wollen Sie? Zeigen Sie ihn uns. Sie haben im vergangenen Jahr keinen Ausweg gefunden als den einen, daß die Mädchen nachher, wenn es gut geht, mit 18 oder 19 Jahren vielleicht heiraten. Augenblicklich ist es so, in allen diesen Familien sind die Kinder, wenn sie nicht in die Fürsorge kommen, gezwungen, vom 14. Lebensjahre ab etwas zu verdienen. Dann vollzieht sich im Fabrikbetriebe die körperliche und seelische Reife. Was kann dabei herauskommen, wenn solche Verhältnisse der Untergrund für solche Erziehung gewesen sind? Es kommt vielleicht heraus, daß sie dann eben früh heiraten.

Und wen? Einen Erwerbslosen oder einen, der vielleicht in vier Wochen auf der Straße liegt. Und diese Verhältnisse nehmen Sie als Grund für objektive Fürsorge. Die Kinder können nicht erzogen werden. Dann sind sie, wenn die Fürsorge einmal eingetreten ist, von der übrigen Menschheit isoliert, und dann müssen sie nachher, wenn sie irgendwo hin wollen, den Fragebogen ausfüllen, daß sie in der Fürsorgeerziehung waren.

Darum sagen wir, daß in dieser Beziehung Ihre Fürsorge etwas ganz anderes ist als Fürsorge. Es ist ein Zwang aller schlimmster Sorte.

Nun komme ich zu den Anträgen an sich. Wir haben in dem früheren Punkte Nr. 62, 15 oder 17 Anträge zusammengezogen. Das sind die Anträge, von denen die Sozialdemokraten behaupten, sie seien die ihren, denen sie aber nicht zugestimmt haben. (Zuruf eines sozialistischen Abgeordneten: Das ist gelogen!) Das ist insoweit gelogen, als Sie dem Punkt 2 bei der Familienpflege zugestimmt haben; ich komme darauf noch. Aber alle anderen Anträge sind abgelehnt worden (Zuruf eines sozialdemokratischen Abgeordneten: Dann haben Sie nicht aufgepaßt!), obwohl in vielen Fällen — wir haben auch den Beweis erbracht — außerordentlich rigoros verfahren wird.

Ich will hier einen Fall von Wiesdorf anführen. Da ist ein Schreiben, das die Frauen aus der Nachbarschaft unterschrieben haben. Es sind, soviel ich hier sehen kann, über 50 an der Zahl, keine Ueberschlagung, nicht ein paar einzelne willkürlich herausgegriffen, sondern der Reihe nach haben sämtliche Frauen und Familien der Nachbarschaft Einspruch erhoben, daß man der Witwe Schutkowski ihre Kinder im Alter von 12, 6 und 3 Jahren ungerechterweise entzogen hat. Die Polizei hat die Kinder weggenommen. Dann waren sie verschwunden. Welche Gründe da oft maßgebend sind, haben wir im Ausschuß schon gesagt. Ich will hier nicht in die Einzelheiten gehen. Aber ich beziehe mich auf eine Anzahl von Fällen, wo es genügte, daß ein Familienangehöriger Mitglied des Roten-Frontkämpferbundes war, um die anderen wegen sittlicher Gefährdung in die Fürsorge hineinzustecken. (Hört, hört! bei den Kommunisten. Lachen bei den übrigen Parteien.) Das kommt Ihnen lächerlich vor, aber es ist eine bitterernste Tatsache. Es wird Ihnen nicht mehr so lächerlich vorkommen, wenn die Arbeiter sich einmal dagegen wehren.

Wir beantragen: „Die Unterbringung fürsorgeerziehungsbedürftiger Minderjähriger in privaten Fürsorgeanstalten ist einzustellen. Diese privaten Anstalten sind möglichst umgehend in den Besitz und die Verwaltung der Provinz bringen.“

Es ist typisch und wird nachher bei dem Fall von Niederseßmar noch auseinandergesetzt werden, wie die privaten Fürsorgeanstalten christliche Nächstenliebe betreiben. In Niederseßmar ist mit dem Fürsorgeheim auch räumlich und gebäulich eine Fabrik verbunden,

eine Zanellafabrik und eine Weberei. Hier arbeiten die weiblichen Färborgezöglinge 9 Stunden; so ist von der Verwaltung gesagt worden. Von uns wird behauptet, 9½ Stunden. Sie verdienen dort 75 Prozent des gewerkschaftlichen Lohnes, also des Tarifs. Dann kommen sie natürlich hinterher wieder in die Anstalt. Wenn sie diese Arbeit nicht tun wollen oder sie nicht ganz einwandfrei tun, bekommen sie die Prämie, die sage und schreibe pro Stunde 1 Pfennig im günstigsten Falle beträgt, nicht. Nun wäre doch eigentlich anzunehmen, daß in einer solchen Anstalt, wo die Mädchen 75 Proz. des gewerkschaftlichen Lohnes verdienen, wo sie außerdem noch pro Kopf 1,60 Mark Zuschuß von der Provinzialverwaltung bekommen, sie davon wirklich ein anständiges Leben führen könnten. Man sagt nun: Das Essen ist ausgezeichnet, es sind sogar Gewichtszunahmen zu verzeichnen. Ich bin dem auch im Zuschuß bereits entgegengetreten. Es ist häufig, auch wenn jemand ins Gefängnis kommt, eine Gewichtszunahme zu verzeichnen. Das liegt aber nicht an der Güte der Kost in den Gefängnissen, die Sie ja einmal probieren können, sondern es liegt an der Regelmäßigkeit, mit der sie da mit Sachen aufgepäppelt werden, die keinen Gehalt haben. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dichgans: Was ist das für eine Logik!) Sie können gleich sehen, daß die Logik richtig ist, und dann weiter mit dem Kopfe schütteln. Man sagt, das Essen sei ausgezeichnet, sagt aber im gleichen Atemzuge: Man kann den Schwestern und den Kräften, die da sind, nicht zumuten, daß sie dieses ausgezeichnete Essen jahrelang verdauen. Diese Schwestern und Angestellten sitzen im gleichen Raum, in dem die Zöglinge sitzen, die durch neunstündige Arbeit Geld verdienen, und bekommen eine andere Kost, während die Anstaltsinsassen zusehen können. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Arbeiten die denn nicht?) Wenn sie arbeiten, arbeiten sie bestimmt nicht mehr als diejenigen, die neun Stunden in der Fabrik arbeiten, Herr Kaiser, und man müßte nach normalem Ermessen ihnen dasselbe zubilligen. Das tut man aber nicht. Im Gegenteil, man zeigt es denen da in sehr feiner Weise, wie man für andere etwas tun kann.

Wenn man das besieht und sieht, welche Gewinne da herausgezogen werden, dann muß man doch sagen, daß besonders in dieser Anstalt die Fürsorge nur den Zweck haben kann, billige und willfähige Arbeiter dem Betriebe zuzuschicken. Deswegen sagen wir schon: Diese Arbeiter, die mit den freien Arbeitern zusammen da im Betriebe stehen, müssen die Möglichkeit haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren und auch mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten, damit sie ihre primitivsten Menschenrechte geltend machen können. Wenn man glaubt, daß darin, daß sie mit den übrigen zusammenkommen, eine Gefahr liegt, soll man die Gefahr auch darin sehen, daß sie im Betriebe mit ihnen zusammenkommen. Aber dort schaffen sie Werte, und infolgedessen besteht da keine Gefahr. (Zuruf des Ab-

geordneten Dr. Dichgans: Sie lehnen doch die Gewerkschaften ab! Antwort eines kommunistischen Abgeordneten: Das würde Ihnen wohl so passen!) Haben Sie eine Ahnung, Sie sind wahrscheinlich noch im Mittelalter.

Wir stellen fest, daß das System in diesen Anstalten häufig zu allerhand Weiterungen führt. In dieser Anstalt wird, wie ich eben schon sagte, 1 Pfennig Prämie pro Stunde gezahlt. Kommt dann eine Platte im Gewebe, so wird sie abgezogen. Es gibt andere Anstalten, die geben einen Punkt für gutes Verhalten, und für diesen Punkt bekommt das Mädchen am Ende der Woche 20 Pfennig ausbezahlt. Daß die frommen Schwestern natürlich auch die Punkte etwas nach der religiösen Betätigung verleihen, ist wohl jedem, der die Verhältnisse kennt, klar. Vor allem aber bekommen diejenigen Punkte, die zum Nachteil ihrer Mitzöglinge es ausgezeichnet verstehen, diese anzuschwärzen oder sonst irgendwelche Geschichten anzubringen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Ich habe eine Sache persönlich geprüft, die absolut nicht zu bestreiten ist. Danach kamen in dieselbe Familie zwei Mädchen von einem solchen Heim zur Arbeitsleistung. Das eine Mädchen, verlogen und durchtrieben bis dort hinaus, hat fortgesetzt eine Menge von Punkten in dieser Anstalt bekommen. Das andere Mädchen aber, welches nach der übereinstimmenden Ansicht derjenigen, mit denen es zusammenarbeitete, einwandfrei war, hat keinen Punkt bekommen. Das eine mit den vielen Punkten ist inzwischen wieder ausgerückt, weil die Schwester festgestellt hatte, daß das Mädchen eines abends bis 10 Uhr heraus war, und sie am anderen Tage schon genau wußte, mit wem und wohin das Mädchen gewesen war. Aber das andere Mädchen, das keinen Punkt bekommen hat, weiß auch, warum es keinen erhalten hat. Die Sache liegt so: Hier handelt es sich um einen Fall von objektiver Fürsorge. Augenblicklich ist die Fürsorge deswegen noch nötig, weil der Vater des Mädchens, der katholisch ist, wider den Willen der Schwestern — das kann man sich ja denken, nicht wahr? — nochmals geheiratet hat. Das darf der Vater nach katholischer Auffassung nicht. Infolgedessen ist das Mädchen fürsorgepflichtig. (Widerspruch im Zentrum.) Diese Tatsache kann ich belegen, sie ist absolut nicht zu bestreiten. Sie, meine Herren, die Sie das anzweifeln, scheinen wirklich die Verhältnisse auf dem Gebiet absolut nicht zu kennen. Weil die Herren von wegen Schmutz und Schund den Heinrich Heine nicht mehr hören dürfen, den ich im vergangenen Jahre zitiert habe, muß ich heute einen christlichen Dichter zitieren: Friedrich Wilhelm Weber in Dreizehnlinden:

„Dienen muß der kaltenreiche Kirchenmantel  
hundert Zwecken:

Ehrsucht, Habsucht, Machtgelüste, Haß und Rache  
muß er decken.“

Gefällt Ihnen das, Herr Pfarrer Jansen? (Abgeordneter Jansen: Das ist sehr schön!) Ich habe das

nicht zu dem Zwecke auswendig gelernt. Ich kenne noch mehr solcher Sprüche. Wenn ich die aber zitieren würde, bekäme ich vielleicht einen Ordnungsruf. Z. B.: das eine Zitat, meine Herren, ist ausgezeichnet:

„Königsknecht, geschornes Fasel,  
Staune, hält der Molch, dein Vetter,  
dir die Pfütze vor als Spiegel.“

(Seiterkeit.) Aber das wende ich nicht an, weil ich sonst einen Ordnungsruf bekommen könnte. (Seiterkeit.) Tatsache ist jedenfalls, daß man in diese kindliche Fürsorge einmal hineinleuchten müßte, um festzustellen, welche Charaktererziehung da getrieben wird.

Dann fordern wir: „Die hilfsbedürftigen Jugendlichen sind möglichst im Bereich des für sie zuständigen Jugendamtes unterzubringen. Bei Unterbringung außerhalb des Bezirks des Jugendamtes liegt die Verantwortung für den Minderjährigen weiter dem fürsorgepflichtigen Jugendamt ob.“

Das will ich nicht mit weiteren Tatsachen belegen.

Es hat sich bei dem Fall von Niederseßmar gezeigt, daß monatelang dem Mädchen, das da in den Tod gesprungen ist, die Post deswegen verweigert wurde, weil die Mutter geschrieben hatte, daß Einspruch gegen ihre Fürsorgeerziehung eingelegt worden sei. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Diese Tatsache wird durch Briefe der Schwester bestätigt.

Es ist gestern auch von den Fachleuten, die man hinzugezogen hat, behauptet worden, daß es sich bei den Böglingen zu 50—80 Prozent um pathologische und psychopathische Schüler handelt. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Pathologisch!) Gerade, weil es sich um solche Schüler handelt, besteht eine außerordentliche Gefahr darin, daß man ihnen die Post vorenthält.

Herr Kaiser, wenn es einem auch einmal passiert, daß man ein Fremdwort nicht direkt richtig ausspricht, so sage ich Ihnen: Sie kennen einen großen Teil deutscher Wörter noch nicht; das sind: Hunger, Elend, Erwerbslosigkeit usw. (Beifall bei den Kommunisten.)

Es liegt nicht nur ein solcher Fall vor, sondern auch in einem Falle, wo ein Mädchen aus dem Fenster gesprungen ist und ein Bein gebrochen hat, haben das die Eltern erst nach weit über einem Monat erfahren. Deswegen fordern wir, daß die Verbindung aufrechterhalten wird, damit die Angehörigen unterrichtet sind und man nicht nachher, wenn ein Mädchen im Hemd mit nackten Füßen bei Nacht und Nebel aus dem Fenster springt und die Anstalt mitten im Walde liegt, sagt: Das war ein Fluchtversuch.

Wir fordern weiter: „Körperlich und geistig erkrankte Minderjährige werden in besonderen Fürsorgeheimen untergebracht.“ Es wurde gesagt, das sei alles schon geschehen. Aber uns ist mitgeteilt worden, daß man weibliche Insassen auf Lues mit Quecksilber und Salvarsan behandelt hat, obwohl durch Fachleute mit Urtesten festgestellt worden ist, daß absolut keine Infektion vorlag. Meine Herren! Ich weiß, daß die Fachleute in dieser Frage noch streiten. Einmal streiten

die Fachleute darüber, ob nicht Salvarsan- oder Quecksilberbehandlung schädlicher sei als der Erfolg, der damit erzielt wird. Zum andern streitet man auch über die Methode der Untersuchung. Aber die Wassermannsche Methode ist doch allgemein als gültig anerkannt, und nur sie wird auch meines Wissens in der Anstalt angewandt. Wird nun nach dieser Methode die Feststellung getroffen, daß der Befund negativ ist, so bedeutet es doch eine außerordentliche Gefährdung eines Menschen auf Lebenszeit, wenn eine Behandlung stattfindet, ohne daß er krank ist. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Dighans: Eine negative Reaktion ist immer noch kein Beweis!) Ich unterstelle einmal, daß bei einer Untersuchung, die an Ihnen vorgenommen wird, die Reaktion negativ sein würde. Aber das wäre doch bestimmt kein ausreichender Grund, Sie nun positiv zu behandeln. (Seiterkeit.)

Der nächste Punkt lautet: „Die Fürsorgeheime sind zu sozialen Arbeitsschulen auszugestalten. Die Schüler und Schülerinnen sind möglichst kooperativ im Geiste gesellschaftlicher Solidarität zu erziehen.“ Das ist eine Forderung, die wir stellen. Bei dieser Forderung ist etwas außerordentlich interessant, was verdient, der Deffentlichkeit mit auf den Weg gegeben zu werden. Als die Forderung auftauchte, diese Leute nun zu praktischen Menschen im Leben zu erziehen, indem man ihnen eine handwerksmäßige Ausbildung gibt, kamen Zuschriften von allen möglichen, die angaben, sie seien in ihren Interessen irgendwie gefährdet. Eine besonders interessante Zuschrift besagte: Die jungen Leute sollen Möbel herstellen und, wenn sie die Möbel hergestellt haben, sollen sie sie wieder zerschlagen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Das ist eine Forderung, die natürlich nur in einem bürgerlich-kapitalistischen Zeitalter gestellt werden kann. Warum geschieht das? Weil man fürchtet, daß diese Kräfte nachher den Profit beeinträchtigen können, oder weil man fürchtet, daß diese gelernten Arbeiter sich vielleicht nicht so alles bieten lassen werden wie der ungelernete Arbeiter, den man überall verwenden kann. Aber es liegt auch noch eine wesentliche Frage auf der anderen Seite: Viele machen heute schon ihr Meisterexamen im Handwerk nur deswegen, um das Recht zu haben, Lehrlinge auszubilden, weil die drei Jahre Lehrzeit eine ausgezeichnete Gelegenheit sind, diese jungen Leute auszubeuten. Nicht zuletzt deswegen wendet man sich gegen die Ausbildung in den Anstalten.

„Bei gewerblichen Arbeitsleistungen ist tariflicher Lohn zu zahlen. Kinder unter 14 Jahren dürfen mit gewerblichen Arbeiten nicht beschäftigt werden. Die Verpflegung und Bekleidung muß gut und ausreichend sein.“

Ich habe vorhin schon gesagt, wie in Niederseßmar die Verhältnisse aussehen.

„Die Lehrer und Angestellten der Fürsorgeheime müssen besonders pädagogisch befähigt und geschult und in der Jugendbewegung erfahren sein. In jedem

Heim muß mindestens ein Arzt oder eine Ärztin haupt- oder nebenamtlich angestellt sein."

Hier beziehe ich mich auf die Gründe, die ich vorhin angeführt habe.

Im übrigen möchte ich zu all diesen Punkten noch sagen: Wenn Herr Pfarrer Janßen sagt, diese Sachen seien schon alle eingerichtet, dann wäre es doch eine leichte und bequeme Tätigkeit für ihn, nachher zu erklären: Wir stimmen diesen Forderungen zu. Es bestände dann eben nur die Gefahr, daß einer Sache zugestimmt würde, die schon ist. Meine Herren! Ist denn diese Gefahr wirklich so groß? Wir behaupten, daß kein einziger dieser Punkte erfüllt ist und daß diese Beste nur sehr bequem ist, um nach außen hin die Ablehnung in irgendeiner Weise zu begründen.

"Strafen dürfen nur mit Zustimmung der Schülerräte verhängt werden. Prügelstrafen, Haftstrafen, sowie Kostentziehung sind unzulässig, ebenso Entziehung der Arbeit als Strafmittel."

Ueber die Prügelstrafe haben wir schon sehr viel gesagt. Wir betonen heute, daß sich in der letzten Zeit in der Presse die Fälle gehäuft haben, wo sadistisch veranlagte Erzieher jeder Richtung mit den Schülern Mißbrauch getrieben haben. Der Antrag des Zentrums gegen Schmutz und Schund wünscht natürlich nicht die tendenziöse Aufmachung solcher Gerichtsurteile. Er möchte auch darüber den Mantel der christlichen Nächstenliebe breiten. Wir aber sagen, daß die Deffentlichkeit nicht genug auf solche Dinge aufmerksam gemacht werden kann. Und sie werden immer wieder vorkommen, wenn der Prügelstrafe keine Hemmungen entgegengesetzt werden.

Ich habe hier einen praktischen Fall aus Düsseldorf. Ein ärztliches Attest:

"Es erscheint bei mir in der Sprechstunde der Knabe Jakob Ganssen, 13 Jahre alt, Kaserne Pinoipp wohnhaft, mit der Angabe, vor zehn Tagen von seinem Hauslehrer Stein mißhandelt zu sein, weil er aus Heimweh nach Hause gelaufen sei.

Befund: Im wesentlichen stark zurückgebliebener Knabe. An der linken Gefäßhälfte sieht man eine etwa männerfaustgroße, gleichmäßig blaurot verfärbte Schwellung; über und unter der Schwellung befinden sich noch Reste von 10 bis 12 etwa 15 bis 20 Zentimeter langen Striemen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Auf der rechten Gefäßhälfte sieht man noch eine gleichartige kinderfaustgroße Schwellung mit Striemen darüber und darunter. In Anbetracht dessen, daß trotz zehntägigen Zurückliegens noch so bedeutende Spuren der Mißhandlung zu sehen sind (Hört, hört! bei den Kommunisten), ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Züchtigungen des Hauslehrers in unzulässiger und äußerst brutaler Weise ausgeführt worden sind.

Dr. med. Arnold Willmer."

Also, es ist ausnahmsweise kein Kommunist, der das festgestellt hat. (Abgeordneter Gerlach widerspricht.) Herr Gerlach, Ihre Leute scheinen auch wieder Prügel

nötig zu haben, daß sie ihren alten Forderungen nicht mehr zustimmen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Sie wissen ja gar nicht, was los ist! Sie haben behauptet, Dr. Willmer sei kein Kommunist, und er ist doch Kommunist! Pöbeln Sie doch nicht die Versammlung an! Das ist der kommunistische Stadtverordnete!) Ich lasse mich gerne belehren. Wenn sogar Ärzte und Akademiker, die das Elend jeden Tag sehen können, schon zur kommunistischen Auffassung kommen, so ist das ein Beweis dafür, wie die Zustände fortgeschritten sein müssen. (Zuruf: Lesen Sie doch die Antwort des Landeshauptmanns!) Die Verwaltung hat folgendes mitgeteilt:

"In der Angelegenheit des Bögling's Jakob Ganssen sind die angestellten Ermittlungen nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Dabei hat sich folgendes ergeben: Von einer Mißhandlung des Bögling's in dem St. Vinzenzhaus in Oberhausen durch den Hauslehrer Stein kann keine Rede sein. (Zuruf rechts: Na, also!) Ganssen hat vielmehr verdiente körperliche Züchtigungen im Rahmen der behördlich genehmigten Strafordnung erhalten." (Hört, hört! links.) — Also ist diese behördlich genehmigte Strafordnung ein Ausweis zu brutaler Mißhandlung. — „Die letzten Züchtigungen vor der Untersuchung durch Dr. Arnold Willmer in Düsseldorf lagen 2 bzw. 2½ Tage zurück. Sie sind am 21. September nachmittags bzw. 22. September morgens erfolgt, während das Attest des Dr. Willmer am 24. September 1926 ausgestellt ist.

Ganssen ist ein selten stark verwahrloster Junge mit verbrecherischen Anlagen, dem Lügen und Durchtriebenheit zur zweiten Natur geworden sind." (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die Eigenschaft kriegt er mit Prügeln ausgetrieben!) „Bereits zweimal hat er die Anstalt eigenmächtig für längere Zeit verlassen. Am 20. September d. J. wieder eingeliefert, entließ er am 22. September 1926 wiederum.

Trotz seines jugendlichen Alters ist er nach seinem ganzen Verhalten nicht mehr als Kind anzusehen und auch durchaus nicht entlassungsreif. Er gehörte vielmehr nach seiner Veranlagung und seiner Führung in Anstaltszucht. Lediglich aus dem Grunde, weil mir zur Unterbringung dieses noch schulpflichtigen, aber derart früh reifen Jungen keine Anstalt zur Verfügung steht, wenn nicht die Mitzöglinge durch ihn aufs äußerste gefährdet werden sollen, habe ich von einer Rückführung nach Oberhausen Abstand genommen und will ihn vorläufig als beurlaubt bei seinen Eltern lassen."

Was ergibt sich aus dieser Antwort? Daß eine derartig brutale Mißhandlung durchaus in den heutigen Gesetzen und Vorschriften verankert liegt. Wenn aber hier gesagt wird, daß es ein im Wachstum stark zurückgebliebener Knabe sei, dann stellen wir fest, daß in diesem Falle wieder ganz deutlich in die Erscheinung tritt, daß Kinder, die durch die sozialen Verhältnisse, die ich zu Anfang meiner Ausführungen geschildert

habe, zurückgeblieben und heruntergekommen sind, nun in dieser Anstalt zu anderen Menschen geprügelt werden sollen. In Wirklichkeit hätte diese Prügel jeder Abgeordnete verdient, der für die heutigen kapitalistischen Verhältnisse verantwortlich ist. (Zustimmung bei den Kommunisten. Zuruf links: Vor allen der, der soeben „Na, also!“ gerufen hat!) Sie werden sie eines Tages bekommen. (Lachen.) Lachen Sie nur, wir haben die Beweise. Sie haben auch gelacht, als wir in Rußland gesagt haben, daß die Kommunisten das Heft in die Hand nehmen. Es kommt alles einmal anders.

Dann außer Prügelstrafen Kostentziehung. Die Pädagogen behaupten immer, daß die Strafe eine Besserungsmaßnahme sei, nicht aber eine Rache für die Tat, die vorher erfolgt ist. Kostentziehung für so zurückgebliebene Fürsorgebedürftige, Kostentziehung für 50—80 prozentige pathologische und psychopathische Menschen, das ist noch etwas ganz anderes als mittelalterliche Tortur, das ist eine Unverschämtheit sondergleichen. Entziehung der Arbeit als Strafmittel ist ebenso zu bewerten. Das primitivste Recht, das der Mensch hat, ist das Recht auf Arbeit. Wenn man ihnen dieses Recht nehmen will, darf man nachher nicht sagen, daß die Leute ihrer Veranlagung nach aus Grübeln gekommen sind und deswegen aus irgendeiner Umwandlung impulsiv aus dem Dachfenster gesprungen sind, sondern man muß dann dieses mittelalterliche Strafsystem verantwortlich machen.

Vom Briefwechsel habe ich vorhin schon dargelegt, wie weit man da einschreitet, daß man sogar so weit geht — wie bei dem Mädchen, das den Tod gefunden hat —, die Briefe monatelang zurückzuhalten, weil die Mutter geschrieben hatte: Es ist Einspruch gegen deine Fürsorgeerziehung erhoben. Man sollte doch froh sein, daß dem Mädchen das geschrieben wurde, weil es dann doch damit rechnen konnte, daß die Fürsorgeerziehung bald aufgehoben wurde.

„Fürsorgeheime unterliegen neben der Aufsicht durch die Jugendämter, der Kontrolle durch das Gewerkschaftskartell (Gewerkschaftskartelle) des nächstliegenden Ortes.“ Das ist unsere Auffassung. Dann müssen die Zöglinge, wie ich schon sagte, das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Das Recht haben sie, wir müssen nur Beamte aus den Gewerkschaften anstellen! Was Sie vorschlagen, ist falsch!) Das ist nicht richtig, Herr Hoffmann. In Niederseßmar ist die Sache so, daß die Mädchen mit den anderen freigewerkschaftlich organisierten zusammenarbeiten. Ist denn da ein Beamter dafür notwendig, daß diese Mädchen sich gewerkschaftlich organisieren oder daß sie eine Gewerkschaftsversammlung besuchen? Sie suchen hier nur einen Grund, um ablehnen zu können. (Abgeordneter Hoffmann: Nein!) Machen Sie ihn nicht so, daß er zu durchsichtig ist; sonst merkt man sofort, was Sie wollen.

Zu den anderen Punkten ist schon das meiste gesagt worden. Vor allen Dingen auch hier tarifmäßigen

Lohn! Kinder unter 14 Jahren nicht gewerblich beschäftigen! Dann: „Familienerziehern, die ihre Pflegerlinge mißhandeln oder sie nicht in ausreichender Weise beköstigen, bekleiden und erziehen, dürfen Minderjährige nicht wieder in Pflege gegeben werden.“ Wir fordern natürlich, daß nicht nur in besonders krassen Fällen die Betreffenden weggeholt werden, sondern daß auch diese Leute nie wieder Kinder in Erziehung bekommen.

Dann fordern wir, daß den Familienerziehern ausreichende Entschädigung gewährt wird. Da ist im Sachausschuß II gesagt worden, daß die Landesverwaltung gar nichts dagegen hätte; sie würde das tun. Aber der Widerstand sei von anderen Kreisen gekommen, die das nicht wünschen. Das sind wahrscheinlich die untergeordneten Bezirksverbände, die sich heute noch darauf stützen können, daß sie sagen: Die Landesverwaltung zahlt nicht mehr, also können wir das auch nicht tun, um eine Gleichmäßigkeit herbeizuführen. Wenn die übergeordnete Behörde, die Landesverwaltung, zunächst einen Anfang damit machte, so wäre das sehr gut, und es hätte noch einen weiteren Vorteil: Es ist absolut nicht zu befürchten, daß nun ein Geschäft daraus gemacht wird. Wenn Sie selbst schon zugeben, daß eine Anstalt, die 75 Prozent des Lohnes einzieht und außerdem noch 1,60 Mark Zuschuß bekommt, kein Geschäft machen kann, dann wird doch bestimmt in der Familien-erziehung, auch wenn etwas mehr gezahlt wird, kein Geschäft gemacht werden können. Aber der Zögling hat ein Recht, zu verlangen, daß er nicht, wie das in vielen Fällen geschehen ist, zu nichts anderem verwendet wird als zum Schrubbieren und zum Putzen und zu solchen Hausnechtsarbeiten. Der Familienanschluß schiebt in vielen Fällen so aus, daß diese Zöglinge den Dreck für die ganze Familie zu fegen haben. Wir verlangen Familienanschluß und andere Behandlung für die Zöglinge. Dazu verlangen wir, daß die Pflegeeltern ausreichend bezahlt werden und nicht nur einige Pfennige bekommen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaken: Ich mache den Herrn Redner darauf aufmerksam, daß er die von dem Herrn Vorsitzenden in Aussicht genommene Redezeit bereits um zehn Minuten überschritten hat.

Abgeordneter Haack: Ich mache den Herrn Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß ich gerade fertig bin. (Weiterkeit.)

Zusammenfassend möchte ich sagen: Sie, meine Herren vom Zentrum, haben besonders kein Recht, sich hierhin zu stellen und von den armen Zöglingen, Gefährdeten usw. zu sprechen, wenn Sie nicht bereit sind, die Ursachen dieser Verhältnisse abzuschaffen. Wir werden in der Öffentlichkeit alle Phrasen, auch die, die Herr Pfarrer Jansen heute noch finden wird, als elende Heuchelei brandmarken, wenn Sie nicht mit für unsere Forderungen eintreten. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Herr Abgeordneter Haack hat in seinen Ausführungen gegen einen Vertreter der Presse, der anwesend ist, polemisiert und ihn namentlich genannt, was gegen allen parlamentarischen Brauch verstößt. Der betreffende Vertreter der Presse ist ja nicht in der Lage, sich dagegen zu wehren. Hiergegen muß doch Einspruch erhoben werden. Der Vorsitzende hätte dagegen einschreiten müssen.

Der Redner hätte ja die Möglichkeit gehabt, gegen eine Zeitung, wenn er sich dazu veranlaßt fühlte, zu polemisieren. Dazu hat er jederzeit das Recht. Aber gegen jemand, der sich nicht verteidigen kann, hier eine Polemik zu eröffnen, das geht nicht an. Deswegen ist es zu begrüßen, daß die Vertreter der Presse gemeinsam dagegen Protest einlegen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Nachdem Herr Abgeordneter Hoffmann festgestellt hat, daß der namentlich genannte Herr ein Vertreter der Presse und nicht, wie ich annahm, ein Mitglied des Hauses ist, rüge ich diesen Angriff seitens des Herrn Abgeordneten Haack.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Herrmann.

Abgeordneter Herrmann: Meine Damen und Herren! Es war eine rechte Philippika, die uns da eben gehalten wurde. (Zuruf: Herr Haack ist aber kein Cicero!). Man mag vieles von dem, was Herr Haack ausgeführt hat, für übertrieben halten. Aber es werden wohl alle in diesem Hause zugestehen, daß vieles auch unbedingt richtig war. Ich meine, wir Bürgerlichen dürfen nicht den Fehler machen, daß wir unsere Ohren gegen eine Wahrheit verschließen, wenn sie aus kommunistischem Munde kommt. Wahrheit muß Wahrheit bleiben, auch wenn ein Kommunist sie ausspricht. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Endlich einmal ein bißchen Verständnis!) Ich meinerseits muß wenigstens ein ganz Teil von dem, was Herr Haack hier ausführte, unterschreiben, namentlich was er im Anfang seiner Ausführungen uns bezüglich des großen Elends auf dem Gebiete des Wohnungswesens sagte.

Das Kapitel der Fürsorgeerziehung ist eines der wichtigsten, die uns hier beschäftigen, nicht nur, weil das Fürsorgewesen uns viele, viele Millionen kostet, sondern auch, weil es sich hier um unsere Jugend, um werdende Menschen, um Kinderseelen, um den Bestand unseres Volkes, also um hohe sittliche Werte handelt. Es ist eine außerordentlich schwere Aufgabe, die da zu erfüllen ist. Wir erkennen gerne an, daß die Kreise, die in der Fürsorge amtlich tätig sind, sich redlich Mühe geben, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Wir schließen uns unsererseits daher gerne dem Dank an, den Herr Abgeordneter Jansen der Verwaltung und den Beamten und Beamtinnen in der Fürsorgetätigkeit gezollt hat. Da tritt uns in der Tat das ernste Be-

streben entgegen, die ganze Hingabe und Opferwilligkeit aufzubringen, die dieser Beruf erfordert.

Das schließt nun aber nicht aus, daß doch noch nicht alles stimmt, daß auch hier Mißgriffe und Fehlgriffe gemacht werden und vielleicht Uebelstände zu beseitigen sind. Ich möchte auf einen Punkt besonders hinweisen, ohne im übrigen bereits Gesagtes zu wiederholen.

Wir haben im vorigen Jahre uns schon über den Wert der Familienerziehung im Gegensatz zur Anstalts-erziehung unterhalten. Es herrschte meines Wissens im Hause völlige Einmütigkeit in der Auffassung, daß die Familienerziehung der Anstalts-erziehung unbedingt vorzuziehen ist. Wir baten damals die Verwaltung, daß sie bestrebt sein möge, möglichst viele Fürsorgezöglinge in Familien unterzubringen. Meine Damen und Herren! Ich will damit keine Vorwürfe gegen die Anstalts-erziehung erheben. Ich weiß, daß auch dort sehr viel innere Hingabe und Opferwilligkeit im Dienste der unglücklichen Zöglinge an den Tag gelegt wird. Aber die Anstalt bringt es ihrem Wesen nach schon mit sich, daß bei dem in ihr herrschenden Massenbetrieb, bei dem innigen und ständigen Zusammensein der aus aller Welt zusammengekommenen, vielfach zweifelhaften Elemente neue Gefahren entstehen, die bei der Familienerziehung von vornherein ausgeschlossen sind. Wenn man diesen unglücklichen Kindern das Elternhaus nimmt, so sollte man nach Möglichkeit ihnen doch wieder eine Familie schenken, die als Ersatz für das Elternhaus eintritt, und diesen Ersatz kann die Anstalt mit dem besten Willen nicht bieten. Wir wünschen also stärkere Berücksichtigung der Familienerziehung.

Meine Damen und Herren! Unsere ganze Arbeit hier ist auf Sparsamkeit eingestellt. Der Sparsamkeits- gesichtspunkt aber fordert unbedingt die Familien-erziehung in höherem Maße, als sie bisher geübt worden ist. Ein Kind in Familienerziehung kostet uns jährlich 360 Mark, in den Anstalten aber insgesamt 1900 Mark. Ich meine, diese beiden Zahlen zeigen, daß wir, rein kaufmännisch gerechnet, das beste Geschäft dabei machen würden, wenn wir, soweit es an- gängig ist, die Kinder aus den Anstalten heraus- nähmen und sie in Familien unterbrächten.

Nun hat man uns im vorigen Jahre gesagt, es fehle an geeigneten Familien, die solche Kinder bei sich aufnehmen wollen. Wir haben damals gemeint, daß man die Familien finden könnte, wenn man unter anderem die Pflegesätze etwas erhöhte. Auch jetzt haben wir diese Forderung im Ausschuß erhoben. Meine Damen und Herren! Machen Sie sich bitte einmal klar: Wenn bis zum sechsten Jahre in der Familie 1 Mark als Pflegesatz gezahlt wird, so läßt sich das noch hören. Bis zum 12. Jahre werden dagegen nur 75 Pfennig gezahlt und bei 12- bis 14-jährigen Zöglingen nur 50 Pfennig. Nun bitte ich Sie um alles in der Welt. Wer ist denn in der Lage, einen 12- bis 14-jährigen Knaben als Pflegling in seinem Hause

liebevoll und sorgfältig zu halten und zu pflegen, wenn ihm 50 Pfennig täglich für seine Auslagen ersetzt werden? (Zuruf des Abgeordneten Oberdörfer: Und für Bekleidung jährlich = 13 Mark!) Das ist einfach nicht möglich. Wir, die wir Familien haben, wissen doch, was der Unterhalt einer Familie kostet.

Nun wendet man ein, wenn diese Pflegesätze erhöht würden, würde man dadurch bei den Pflegeeltern den Geschäftsgeist wecken, und sie würden leicht aus der Haltung der Kinder ein Geschäft machen wollen. Ich halte den Einwand nicht für stichhaltig. Meine Damen und Herren! Wer statt der 50 Pfennig täglich 1 Mark bekäme, würde damit auch noch nicht auf die Bahn des Schiebers und des Geschäftemachers kommen. (Sehr gut! links.) Er würde aber vielleicht mit größerer Freude sich seiner Aufgabe an dem Bögling widmen und vielleicht auch seine Ernährung etwas freundlicher gestalten. Die Provinz könnte ruhig diese Mark hingeben. Sie würde dann noch immer ein Bombengeschäft an jedem einzelnen Bögling machen, den sie in der Familie unterbringt. Ich möchte daher auch heute der Verwaltung dringend die Bitte ans Herz legen, doch zu versuchen, ob nicht in dieser Richtung etwas mehr geschehen könnte.

Es ist uns freilich gesagt worden, daß die Fürsorgeerzieher und Fürsorgerinnen im Lande sich gegen eine Erhöhung der Pflegesätze aus den erwähnten Gründen aussprechen, und daß jetzt auch ein hinreichendes Angebot von Familien vorhanden sei, die solche Böglinge bei sich aufnehmen wollen. Wenn dem so ist, meine Damen und Herren, dann steht ja nichts im Wege, daß die Verwaltung nun einmal in großem Maßstabe anfängt, Kinder aus den Anstalten herauszunehmen und sie in gute Familien hineinzubringen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Handhabung dieser Frage so etwas die Tatsache mitwirkt, daß nun die Anstalten einmal da sind und deshalb auch gefüllt werden sollen. Wenn dem so sein sollte — ich weiß es nicht —, dann würde ich das für eine ganz verkehrte Politik halten. Wir müssen also wünschen, daß die Familienerziehung in größerem Maßstabe als bisher angewandt wird.

Aber noch eins. Wir hören, daß in diesem Jahre die Zahl der Fürsorgezöglinge wieder gewaltig gestiegen ist. Im nächsten Jahre wird sie weiter gestiegen sein, und so geht das weiter. Meine Damen und Herren! Wo soll das hinführen? Es ist schon richtig, daß man wirklich die Besorgnis einer Stelle teilen kann, die da meint, daß wir Abgeordnete schließlich auch der Reihe nach in Galkhausen landen werden, wenn die Verkommenheit in dem gegenwärtigen Tempo zunehmen sollte. Ich meine, wir müssen dem Uebel nachgehen und es von Grund auf auszurotten suchen. Wir müssen die Quellen auffuchen, aus denen dieses Gift kommt, und müssen sie verstopfen. In diesem Stücke müßten wir hier alle einig sein, denn wir alle lieben doch unsere Jugend und unser Volk und haben Mit-

leid mit diesen armen, unglücklichen Kindern, die aus dem Elternhause herausgerissen werden und Gott weiß welchem Schicksal entgegengehen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist die kapitalistische Raubwirtschaft!)

Nun komme ich kurz auf die Wohnungsfrage. Was Herr Abgeordneter Had darüber sagte, trifft wörtlich zu. Ich glaube, behaupten zu können, daß von denen, die eine behagliche Wohnung besitzen, die wenigsten eine Ahnung von der herrschenden Wohnungsnot haben. (Sehr richtig! links.) Es ist schon so, wie es gesagt wurde. Lesen Sie, bitte, nur einmal eine Mieterzeitung und gehen Sie dann hin und besichtigen Sie die Häuser, die Ihnen dort namentlich aufgeführt werden. Da finden Sie 10, 12 und mehr Menschen in einem Raum beisammen. (Sehr richtig!) Wohnraum, Schlafraum, Küche, alles in einem, zwei bis drei Betten für ein Duzend Menschen, Ledige und Verheiratete, oft zwei Ehepaare und mehr. Da brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn eine verderbte Jugend aus diesen Kreisen herauskommt. Und nun bauen wir Fürsorgeanstalten und bewilligen jedes Jahr neue Millionen, um dem Uebel zu steuern, anstatt hier einmal auf den Grund zu gehen und die Quellen des Elends richtig zu verstopfen.

Meine Damen und Herren! Nun wird mir wahrscheinlich entgegengehalten: Wir an dieser Stelle können leider die Wohnungen nicht schaffen; wir wissen, daß das Wohnungselend besteht, aber wir können ihm nicht abhelfen. Ich bin der Meinung, wir können doch etwas dagegen tun, und zwar etwas ganz Nachhaltiges. Wenn wir uns energisch und zielbewußt dafür einsetzen, daß hier etwas Neues und Großes geschieht, dann werden auch die maßgebenden Stellen im Reiche sich vielleicht eines Tages bewogen fühlen, ernstlich die Wohnungsnot abzustellen. Man hört immer wieder Klagen über das Wohnungselend. Aber man sieht nicht, daß einmal ein energischer Schritt getan wird, um das Elend wirklich zu beseitigen.

Daher habe ich mit meinen Freunden Ihnen eine Entschliebung zu unterbreiten, dahin lautend, daß wir an die Reichsregierung gehen und sie ersuchen, die Erträgnisse der Hauszinssteuer reiflos zur Förderung des Wohnungsmarktes zu verwenden.

Meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort über die Hauszinssteuer. Sie ist die ungerechteste Steuer, die es gibt, und sie wird eines Tages verschwinden müssen. Sie ist aber nicht deshalb ungerecht, weil sie überhaupt erhoben wird, sondern sie ist deshalb ungerecht, weil sie in eine verkehrte Tasche hineinfließt. Wenn man schon einmal eine Hauszinssteuer erheben will, dann müßte sie anderen Leuten zukommen, den Gläubigern, denen die Hypotheken gehörten und die um ihr schönes Geld zu 75 Prozent betrogen worden sind. Die Hauszinssteuer ist eine Steuer auf geraubtes Gut. (Sehr richtig! rechts.) Deshalb ist sie unmoralisch und muß eines Tages verschwinden. Solange sie aber

besteht, sollte man wenigstens einen nützlichen Zweck damit erfüllen und sie nicht dem Staate geben, der gar kein Verdienst dabei hat und kein Recht, diese Steuer für sich in Anspruch zu nehmen. Wenn man diese 2 Milliarden und was noch mehr da herauskommt, nun einmal verwendet, um wirklich im Lande Wohnungen zu bauen, meine Damen und Herren, dann würden selbst die Hypothekengläubiger sich damit einigermaßen abfinden können, weil sie dann wenigstens merken, daß die Öffentlichkeit an dieser Stelle einen Vorteil von dem Jammer hat, der ihnen selbst zugefügt worden ist.

Also schließen Sie sich uns an, meine verehrten Damen und Herren, da Sie ja in der Sache mit uns einig gehen müssen, und nehmen Sie unsere Entschliebung an, die da lautet:

„Der Rheinische Provinziallandtag erblickt in dem zur Zeit herrschenden Wohnungselend eine Hauptursache der schweren gesundheitlichen und sittlichen Schäden, unter denen unser Volksleben leidet. Er hält deshalb die schleunige Beseitigung der Wohnungsnot für dringend geboten und fordert die Reichsregierung auf, baldigst ein Gesetz vorzulegen, demzufolge die Erträge der Hauszinssteuer, solange diese Steuer erhoben wird, restlos zur Förderung des Wohnungsbaues verwandt werden müssen.“ (Bravo! links.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saßen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Kenner.

Abgeordneter Kenner: Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß die Ausführungen meines Vorredners, des Vertreters einer bürgerlichen Partei, eine fast hundertprozentige Bestätigung der Ausführungen waren, die unser Fraktionsgenosse über die Verhältnisse in den Erziehungsanstalten und die Ergebnisse der Provinzial-Fürsorgeerziehungsmethoden gemacht hat. Diese Rede stand in einem erfreulichen Gegensatz zu den Ausführungen des Berichterstatters des II. Sachausschusses, des Zentrumsabgeordneten, Herrn Pfarver Jansen. Ich stelle auch das fest. Man kann eben nicht auf die Dauer Wahrheiten dadurch aus der Welt schaffen, daß man mit eherner, um nicht zu sagen, mit frecher Stirn einfach die Zustände, die vorbanden sind, ableugnet.

Ich will mich auf die Punkte 58 und 60 der heute vorliegenden Tagesordnung beschränken.

Das Aufsichtsrecht über die Fürsorgezöglinge in der Hand der konfessionellen Erziehungsvereine ist natürlich eine wertvolle Waffe der herrschenden kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse. Es ist eine wertvolle Waffe, die die herrschende Klasse durch ihre getreuen Lakaien, die Organe der Kirche, führen läßt. Wenn man die Ueberweisungsurteile durchläßt, geht einem ein Verständnis dafür auf, von welchen weltfremden Gesichtspunkten aus die Organe der Kirchen beider Richtungen Urteile abgeben, die die zwangsweise Ueberweisung eines Kindes in die Fürsorgeanstalt nach sich ziehen. Im vorigen Jahr bei der Etatsverabschie-

dung hat Herr Landeshauptmann Dr. Horion ausdrücklich festgestellt, daß bei der Verhängung der Fürsorgeerziehung oft — sagen wir einmal — zu leichtfertig verfahren wird. Er hat gesagt, es müsse das Bestreben der Verwaltung sein, im kommenden Jahr die Verhängung der Fürsorgeerziehung viel, viel besser auf ihre Notwendigkeit hin nachzuprüfen. Solange die konfessionellen Erziehungsvereine für die Verhängung der Zwangserziehung maßgebend sind, wird an dieser Sache nichts zu ändern sein. Von all den Dingen, die ursächlich die Ueberführung in die Fürsorgeerziehung bedingen, haben die Organe der konfessionellen Erziehungsvereine glatterdings nicht die Spur einer Abnung. Weltfremd, pharisäerhaft und verlogen, urteilen sie aus einer Einstellung heraus, die den wahren Ursachen, die auch der bürgerliche Sprecher hier treffend aufgezeigt hat, nicht im entferntesten nahekommt.

Wenn wir uns deswegen dagegen wehren, daß die konfessionellen Erziehungsvereine über die Fürsorgeerziehung eines Kindes bestimmen, und verlangen, daß diese Frage durch die Jugendämter geprüft werden soll, so ist der Einwand des Herrn Berichterstatters gegen diesen Antrag meines Erachtens nicht stichhaltig. Ihre konfessionellen Erziehungsvereine unterstehen ja auch nicht der Aufsicht des Herrn Landeshauptmanns. Aber die Jugendämter, Herr Pastor Jansen, bieten in ihren Beiräten, in denen leider auch das konfessionelle, das kirchliche Element eine allzu große Rolle spielt, immerhin bessere Garantien bezüglich der Verhängung der Fürsorgeerziehung. Zudem sind die Beiräte bei den Jugendämtern auch politisch etwas anders zusammengesetzt; da sitzen auch Vertreter der Arbeiterschaft, wenn auch in verschwindendem Maße. Wir sind überzeugt, daß eine Besserung in dieser Frage nur zu erzielen ist, wenn man die Beiräte der Jugendämter zur Prüfung der Frage der Verhängung der Fürsorgeerziehung heranzieht.

Wenn wir neben unserer grundsätzlichen Einstellung zu der Frage der Unterbringung Fürsorgeberechtigter in privaten, konfessionellen Anstalten einen speziellen Antrag eingereicht haben, der sich mit der Anstalt Niedersefmar beschäftigt, so sind die hier oft und breit besprochenen Vorgänge in der Anstalt dafür maßgebend gewesen.

Meine Damen und Herren! Ich habe an der Besichtigungsfahrt teilgenommen. Ich will meine Eindrücke so vermitteln, wie ich sie der Reihe nach empfangen habe.

Wir kommen in die Anstalt hinein. Es wird uns der Selbstmord dieses Kindes vorgetragen. Es spricht über den Fall der Spezialist für nervenkrankte Fürsorgezöglinge, der Leiter der Anstalt in Guskirchen. Er erklärt uns zweierlei Möglichkeiten. Entweder Fluchtversuch oder Selbstmordversuch, aus der pathologischen Veranlagung des Kindes resultierend. Er war aber der überwiegenden Meinung, daß es sich um

einen Selbstmordversuch handele. Dann hat man uns die Zelle gezeigt, in der das Kind untergebracht war, und zwar einen Raum in der 1. Etage. Dieser Raum war frisch getüncht. Er machte, als wir ihn sahen, einen durchaus sauberen Eindruck. Aber nachher habe ich erfahren, daß das Kind in diesem Raum nicht untergebracht war, sondern in einem Raum unter dem Dachgebälk, in der Arrestzelle, in der die Kinder, die bestraft werden, immer untergebracht werden. Es handelt sich hier also um einen klar faßbaren Betrug der Anstaltsleitung gegenüber dem Ausschuß, der die Besichtigung mitgemacht hat. Und wer mir abstreiten will, daß man uns nicht gesagt hat, daß das Kind aus der Zelle in der 1. Etage entwichen sei, den nenne ich hier öffentlich einen Lügner. Entweder hat man uns bewußt belogen mit Duldung der Provinzialverwaltung — das will ich nicht unterstellen — oder aber aus dem Interesse der Anstaltsleitung heraus.

Die Darstellung der Vorgeschichte. Die Schwester hat mit vor Aufregung zitternder Stimme zu uns gesprochen und folgendes vorgetragen: „Wir sind zur Kirche gewesen. Beim Heimgang habe ich das Kind ermahnt, die verbotene Mütze, die es und auch andere Kinder aufhatten, abzunehmen. Darauf hat es ohne jede Ueberleitung und ohne jeden vorbereitenden Schritt mir ins Gesicht geschlagen.“ So sagt die Schwester. Die Schwester hat ausdrücklich zugegeben, daß mehrere Kinder des öfteren schon derartige Mützen aufgesetzt haben. Herr Pastor Jansen, Sie mögen es abstreiten, das spielt aber keine Rolle. Die Schwester hat gesagt: „Der Vorgang resultiert aus dieser Geschichte mit der Mütze. Dann ist das Kind in die Anstalt gebracht worden. Dann haben wir es in diese Zelle hineingebracht. Am selben Abend ist der Herr Anstaltsarzt gekommen. Dem sagte das Kind: Sie brauchen mich nicht zu untersuchen, ich bin nicht verrückt. — Und am andern Abend macht das Kind den Selbstmordversuch, der den unheilvollen Ausgang nahm.“

Ich muß gestehen, daß ich bei dem Vortrag in der Anstalt, wie ihn die Schwester uns gab, vor einem Rätsel stand. Ich habe mich verzweifelt gefragt: Wie kann aus einer so kleinen Ursache ein derartiger Endeffekt resultieren? Wie kann das Kind nach einem derartig leichten Vorfall sich dazu hinreißen lassen, der Schwester ins Gesicht zu schlagen? Das war mir damals unerklärlich. Aber es ging mir schon ein Licht auf, als ich nachher die Beschäftigungsart der Kinder sah. Ich stelle hier fest, daß die Verwaltung zugegeben hat, daß die Kinder nicht neun, sondern 9½ Stunden pro Tag in dieser Weberei arbeiten, in der das Geräusch so groß ist, daß es ein Mensch mit gesundem Nerven dort nicht aushalten kann. In dieser Anstalt müssen also diese von vornherein seelisch und in bezug auf ihr Nervensystem gefährdeten und zerrütteten Kinder 9½ Stunden pro Tag arbeiten. (Hört, hört! links.) Ich muß dazu sagen: Bei keiner Anstalt, die ich

bisher zu sehen Gelegenheit hatte, ist mir die Verquickung privatwirtschaftlicher kapitalistischer Interessen mit dem von Ihnen vorgeschobenen Zweck einer Fürsorgeerziehung so brutal deutlich zum Bewußtsein gekommen wie in dieser Anstalt. So brutal, wie da der Zweck Ihrer Fürsorgeerziehung vor die Augen demonstriert wird, habe ich es noch nicht gesehen. Da steht das große Fabrikgebäude an der Straße und hindrandan dunkel, schmal und hoch das Erziehungsheim. Wir wissen heute, was die Erziehungsmethode, die dort angewendet wird, bezweckt: drei Viertel des Larifs, 9½ stündige Arbeitszeit und 21 bis 27 Pfennig pro Stunde. Begründung? Die Kinder, die in der Fürsorge sind, leisten weniger.

Dann, meine Damen und Herren! Etwas über die übrigen Eindrücke. Man nennt dort die Kinder „Heimchen“. Ich muß gestehen: Innerlich verlogener als der Ausdruck „Heimchen“ im Munde dieser Fürsorgeschwestern kommt mir platterdings nichts vor. „Heimchen“ ist im Munde dieser Leute deplaciert. Sie sollten zu den Kindern sagen: Ihr Sklaven! Etwas mehr sind die Kinder nämlich in deren Augen nicht.

Nun etwas zu dem Fall, wie wir ihn heute hier altemäßig vor uns liegen haben. Zugegeben, das Kind mag in bezug auf sein Nervensystem gefährdet gewesen sein; es mag krank gewesen sein. Das geht aus der Vorgeschichte in etwa hervor. Das Kind ist auf eigenen Antrag der Eltern dahin gekommen. Aber wie hat man das Kind in der Anstalt behandelt? Vor mir liegen zwei Briefe an die Mutter eines Bögling dieser Anstalt, einer vom 2. Juli 1926, der andere vom 11. November 1926, also von der Anstaltsleitung wenige Monate vor dem Tode des Kindes geschrieben.

Etwas aus den Briefen: „Ihre Karte vom 25. d. M. an Ihre Tochter haben wir derselben ihres Inhaltes wegen nicht aushändigen können und müssen Sie auch bitten, an Sie nicht wieder in dieser Weise zu schreiben. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Erstens hat W. im letzten Schreiben — Sonntag — an Sie geschrieben und wird Ihre Zuschrift wohl schon in Ihren Händen sein. Unsere Heimchen schreiben in der Regel alle vier Wochen an ihre Angehörigen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Aber wenn einmal etwas dazwischen kommt, z. B. wenn wir an einem solchen Sonntag einmal etwas anderes vorhaben, so verschiebt sich der Termin etwas.“

In Klammern füge ich persönlich noch hinzu: „Ober wenn wegen irgendeines Verstoßes gegen die Hausordnung die Kinder zufälligerweise mit dem Entzug des Schreibrechts bestraft sind.“

Ferner heißt es hier: „Weiter schreiben Sie: „Auch ist eine Befreiungseingabe schon bei der Behörde.“ Solche Mitteilungen müssen wir Sie bitten zu unterlassen, denn sie sind nur geeignet, W. zu beunruhigen und unsere Erziehung an ihr zu stören (Hört, hört! bei den Kommunisten) und würden höchstens Hoffnungen bei ihr erwecken, die sich wohl kaum erfüllen dürfen.“

Das ist der eine Brief.

Nun aus dem zweiten Brief: „Auf Ihre beiden Briefe an Ihre Tochter vom 18. Oktober und 5. November d. J. teilen wir Ihnen mit, daß wir Ihrer Tochter beide Briefe nicht aushändigen können.“ (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Es folgen dann dieselben Gründe, die in dem vorher verlesenen Schreiben auch angeführt sind.

Nun etwas über das Kind. Man hat nicht gewagt, uns in der Anstalt zu sagen, daß gerade dieses betreffende Kind ein übermäßig freches, unartiges, schlechtes und verdorbenes Kind gewesen sei. Ich habe hier Briefe des Kindes an seine Mutter. Ich muß offen und ehrlich gestehen: Aus diesen Briefen geht m. E. hervor, daß an diesem Kinde der Erziehungsziel mehr als erfüllt und erreicht war. Ein Kind, das solche Briefe an seine Mutter schreibt, kann nicht so schlecht sein, wie Sie immer die Fürsorgezöglinge hinstellen. Aus diesen Briefen klingt soviel Herzenswärme, soviel Bitten und Flehen um Vergebung an seine Mutter heraus, soviel Ausdrücke der Reue über das, was es bisher der Mutter angetan hat, daß es eine Brutalität ist, wenn eine Ordensschwester erklärt: Wir geben dir die Briefe nicht, weil deine Mutter dir ankündigt, daß sie versucht, dich aus der Anstalt herauszubekommen. Für eine Schwester, die so etwas verantwortet, die aus dem Profitinteresse dieses Privatkapitalisten heraus dieses Kind über Gebühr in der Anstalt gehalten hat, ist kein Wort des Tadelns scharf genug.

Darüber hinaus etwas. Meine Damen und Herren! Denken Sie sich einmal als Eltern in die Lage eines Kindes, das in der Fürsorgeerziehung eingesperrt ist, das in seinen Briefen klagt, daß es allein ist, daß es Heimweh hat, daß es keine Gesellschaft hat, niemanden hat, dem es sein Herz ausschütten kann. Stellen Sie sich einmal als Vater oder Mutter vor, was Sie wohl tun würden, wenn Ihr Kind Ihnen solche Briefe schriebe. Würden Sie nicht auch den Himmel einreißen, um das Kind heraus zu bekommen? Und diese Schwester schreibt kaltlächelnd: Der Erziehungsziel ist noch nicht erreicht. Kaltlächelnd geht man über die Not eines armen, getretenen Kinderherzens brutal hinweg. Das ist die Situation.

Wer von Ihnen nun noch wagen sollte, unseren Antrag abzulehnen, dem streite ich jedes Gefühl menschlichen Empfindens ab; das muß dazu gesagt werden.

Wir haben konkrete Anträge gestellt. Wir haben verlangt, daß erstens einmal dieser Anstalt Niederseymar keine Fürsorgekinder mehr anvertraut werden dürfen, daß zweitens die in der Anstalt untergebrachten Kinder aus der Anstalt herausgenommen und in provinzeigene Anstalten übergeführt werden. Drittens verlangen wir generell, daß Kinder, die die Provinz in Heil- oder Fürsorgebehandlung tut, nicht mehr in die Behandlung von privaten Fürsorgeerziehungs- oder Heilanstalten kommen.

Nun, meine Herren, ein abschließendes Wort. Dieser besprochene Fall ist kein Einzelfall. Er beweist aber, daß von der Liebe und dem Sonnenschein, den Herr Landeshauptmann Dr. Horion nach seinen Ausführungen im vorigen Jahr in die Fürsorgeerziehungsanstalten hineintragen wollte, in diesen Anstalten noch recht wenig zu spüren ist. Hier liegt ein Fall vor, wo man systematisch ein Kind gequält hat, bis es den letzten Weg aus seiner Not ergriffen hat, den Ausweg, selbst den Tod zu suchen. Damit harmoniert nicht das, was Sie sonst über den Geist in den Anstalten sagen. Damit harmoniert nicht Ihre christliche Moral, die Sie sonst immer als Richtschnur in Ihren Reden voranstellen.

An unseren Anträgen gibt es kein Vorbeidrücken. Als Menschen, als Väter und Mütter gibt es für Sie kein Ausweichen diesen Anträgen gegenüber. Man muß hier Rede und Antwort stehen, sonst kommt man dabei unter den Schlitten.

Der Sprecher der bürgerlichen Parteien hat gesagt: Die Quellen müssen aufgedeckt werden; wir Bürgerliche dürfen nicht so dumm sein, die Quellen des Elends zu verkennen. Meine Damen und Herren! Die Quellen des Elends liegen in Ihrem System. Die Quellen des Elends resultieren aus der Situation, die Sie heraufbeschworen haben. Die Quellen des Elends liegen in der Wirtschaftsform, die Sie dem arbeitenden Volk aufgenötigt haben. Die Quellen des Elends werden Sie nicht zuschütten, werden Sie nicht beseitigen. Sie werden höchstens unter dem Druck der klassenbewußten Arbeiterkraft, die sich aufbäumt, dazu gezwungen werden können, Zugeständnisse zu machen, die schlimmsten Schäden auszumerzen. Licht und Sonne diesen seelisch und moralisch verkrüppelten Kindern bringen, ihnen neue Lebensformen geben, ihrem Leben einen Inhalt geben, das kann Ihre Klasse nicht, auch nicht mit dem Palliativmitteln der Religion, das Sie immer vorschoben. Licht und Sonnenschein den Kindern geben, sie hinausführen in eine freie Zukunft, kann nur die Arbeiterklasse. An dem Tage wird es wahr werden, wo wir im zielklaren Kampf um die Macht mit Ihnen ringen. An dem Tage, wo sich die Lage des gesamten Proletariats entscheiden wird, werden auch endgültig die Quellen dieses Elends zugeschüttet werden durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse! (Beifall bei den Kommunisten.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a h e n : Das Wort hat Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Frau Becker : Meine Damen und Herren! Zuerst muß ich mich dem Protest meines Kollegen Hoffmann anschließen. Es ist fleißig, daß Herr Sad hier einen Journalisten angreift, der sich nicht zur Wehr setzen kann.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a h e n : Ich muß Sie zur Ordnung rufen, weil Sie das Verhalten eines Abgeordneten fleißig nennen.

Abgeordnete Frau Becker: Ich möchte aber im Interesse unseres Berichtstatters zur Aufklärung folgendes sagen: Herr Schreiner war, wie in Düsseldorf noch kein Ortsausschuß der Arbeiterwohlfaht sich gebildet hatte, der Internationalen Arbeiterhilfe beigetreten, weil er glaubte, es sei eine parteilose, neutrale Institution und man könne damit der notleidenden Bevölkerung helfen. Er hat sich aber nach vierwöchigem Arbeiten überzeugen müssen, daß das nicht so war, sondern daß dies eine kommunistische Einrichtung ist, daß dort Sachen vorkommen, die kein ehrlich denkender Mensch mitmachen kann. Aus diesem Grunde ist Herr Schreiner aus der Internationalen Arbeiterhilfe ausgetreten und hat natürlich auch in der Presse enthüllt, was er in diesen vier Wochen gesehen und gehört hatte. Das zur Berichtigung.

Nun zur Sache selber. Ich will mich gleich zu den Anträgen wenden. Ich will nicht in eine solche Schimpftanonade verfallen, wie die Genossen von der kommunistischen Fraktion. Ich will nur das sagen, was wir zum Punkte der Fürsorgerziehung zu sagen haben.

Wir haben gestern in der Ausschusssitzung die Anträge besprochen, die von der kommunistischen Fraktion eingereicht worden sind. Darin ist vieles enthalten, was wir als Sozialdemokraten annehmen können. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Aber nicht dürfen!) Lassen Sie mich doch reden. — Es sind fast alles Anträge, die wir als Sozialdemokraten hier in jedem Landtage gestellt haben. Sie sind von den Kommunisten aufgenommen worden, und man hat noch etwas Unsinniges daran gehängt, was wir nicht annehmen können. Ich habe schon gestern im Ausschuß zum Ausdruck gebracht, daß wir in dieser Formulierung den Anträgen nicht zustimmen können. Wenn das Tragbare herausgeschält würde, dann stände natürlich dem nichts entgegen.

Zu Unbetracht der Geschäftslage des Hauses kann ich natürlich nicht jeden einzelnen Antrag oder Absatz durchgehen. Ich sage nochmals: Für das, was gut ist, sind wir zu haben. Ich möchte deswegen bitten, den Sammelantrag dem Provinzialausschuß und der Kommission für das Fürsorgewesen zu überweisen. Diese mögen die Angelegenheit noch einmal prüfen und sehen, was von den Anträgen verwendbar ist und im Interesse unserer Fürsorgezöglinge in den Anstalten durchgeführt werden kann.

Ueber die Anträge, welche die Aufsicht über die Fürsorgezöglinge, die sechswöchige Kur, die Ferien und dergleichen betreffen, gibt es doch gar keine Frage; dafür haben wir auch gestimmt.

Dann möchte ich mich zu etwas anderem wenden. Ich habe schon im vorigen Landtag in meinen Worten zum Ausschußbericht gewünscht, daß in den Privatanstalten viel mehr im Interesse der Ausbildung der Jugendlichen getan wird. Ich habe dabei besonders die Mädchen im Auge. Wir haben auch bisher immer den Ruf nach Einrichtung einer Provinzialanstalt für Mädchen erschallen lassen. Das ist ja bis jetzt noch

nicht geschehen. Auch heute möchten wir diesen Wunsch wieder laut werden lassen. Wir werden auch im gegebenen Moment wieder mit einem solchen Antrag kommen.

Die Berufsausbildung der Mädchen läßt noch viel zu wünschen übrig. Während für unsere Jungen in den Anstalten, wo ein Handwerksbetrieb angeschlossen ist, die Möglichkeit besteht, daß sie eine Prüfung machen und als qualifizierte Arbeiter später ins freie Leben hinausgehen und den Arbeitern draußen gleichwertig sind, ist das bei den Mädchen nicht der Fall. Die Mädchen werden zum größten Teil nur in der Hauswirtschaft ausgebildet; ganz wenige nur werden in andere Berufe eingeführt. Wenn diese Mädchen nun hinauskommen, sind sie eben darauf angewiesen, Dienstmädchen zu sein.

Wenn Frau Landesverwaltungsrat Hopmann in Nummer 9 der „Wohlfahrtspflege“ die Ausbildung der weiblichen Fürsorgezöglinge in den Anstalten bespricht, so stimmt das doch nicht alles. Es ist schon von unserem Fraktionsredner kritisiert worden. Ich muß etwas näher darauf eingehen.

Frau Landesverwaltungsrat Hopmann meint in ihren Ausführungen, daß den Mädchen in den Anstalten nicht nur die Gelegenheit gegeben wäre, mit den Kenntnissen einer tüchtigen Hausfrau die Anstalt zu verlassen, sondern auch näher zu lernen, um als selbständige Schneiderin später ihren Beruf auszuüben. Bis heute ist mir noch nicht bekannt geworden, daß ein Mädchen mit einer Abschlußprüfung aus der Anstalt herausgekommen ist, die es berechtigt, später Lehrmädchen anzunehmen und sie auszubilden.

Es sind ja wohl viele Berufe diesen Mädchen verschlossen. Aber man müßte doch auch die Berufe, die unseren Mädchen noch verschlossen sind, die auch in diesem Artikel angeführt sind, unseren Mädchen öffnen. Dazu wäre es natürlich notwendig, daß diese Mädchen außerhalb der Anstalt lernten; sie könnten als Verkäuferinnen, als Kassiererinnen, bei der Post und in den Bureaus beschäftigt werden. Sie haben auch die nötige Intelligenz dazu. Freilich können die Mädchen dann nicht in einer geschlossenen Anstalt wohnen und schlafen, weil sie dort nicht alle untergebracht werden können. Die Verwaltung müßte mehr als bisher dafür sorgen, daß Heime in Form von Lehrlingsheimen eingerichtet werden, wie sie für die Jungen bereits in Angriff genommen sind. Auch den Mädchen müßte Gelegenheit gegeben werden, später, wenn sie aus der Fürsorge entlassen werden, in dieselben Berufe hineinzugehen wie die Mädchen draußen im freien Leben. Schon aus folgendem Gesichtspunkte müßte dies betrieben werden. Wir wissen doch, daß wir einen Frauenüberschuß von drei Millionen haben. Nicht alle Mädchen werden später einmal durch die Ehe wirtschaftlich sichergestellt sein. Sie müssen später in den Arbeitsprozeß, in den Betrieb, müssen sich eine Existenz suchen. Aus dem Grunde müssen Möglich-

keiten geschaffen werden, daß auch diese Berufe für die Mädchen offenstehen.

Dann beschäftigt sich Frau Landesverwaltungsrat Hopmann in einem anderen Artikel, in Nr. 5 der „Wohlfahrtspflege“, mit der Gefährdung der Dienstmädchen. Wir streiten es wirklich nicht ab, daß die Dienstmädchen am meisten von allen Kategorien von Jugendlichen gefährdet sind. Die Gründe aber hier anzuführen und zu untersuchen, ist wohl nicht der gegebene Ort. Wir wissen das ja auch so. Es stimmt schon, daß die Dienstmädchen unter allen Kategorien von Hilfsbedürftigen und mit Fürsorge zu Betreuenden stark vertreten sind. Ich erinnere an diejenigen, die von den Pfllegeämtern betreut werden müssen, an diejenigen, die wegen Geschlechtskrankheiten in die Kliniken und die Krankenanstalten eingeliefert werden, an diejenigen, die uneheliche Geburten zu verzeichnen haben. Vor allem unter den Prostituierten sind die meisten Dienstmädchen. Das ist traurig, aber wahr. Das bedingt die Lage des Dienstmädchens an und für sich, die Verhältnisse, in denen es lebt. Es ist schutzlos, hat kein Heim, hat die Eltern nicht an dem Ort, es hat nicht den Schutz, den andere Mädchen haben. Es hat auch nicht den Umgang, den gesellschaftlichen Verkehr, den andere Mädchen, die im Bureau oder in sonstigen Betrieben tätig sind, haben. Nun kann ich es aber wirklich nicht begreifen, daß man dann diese Mädchen in den Fürsorgeanstalten ausschließlich zu Dienstmädchen heranbildet. Aus diesem Grunde ist es unbedingt nötig, daß Mittel und Wege gesucht werden, diesen Mädchen eine andere Ausbildungsmöglichkeit zu geben. Ich glaube, die Verwaltung wird wohl dankbar sein, wenn immer und immer wieder Anregungen aus den Reihen der Fürsorger und Fürsorgerinnen kommen. Wir gehen wohl alle von dem einen Gedanken und dem einen Wunsche aus, daß auch alle diese Anregungen befolgt und verwirklicht werden.

Noch eins zu der Arbeit der Mädchen in den Anstalten. Wir haben ja auch schon sehr viele Anstalten beschäftigt, u. a. auch die Anstalt Niederseßmar, wo eine Weberei angeschlossen ist. Ich weiß auch, daß die Arbeit das erste Erziehungsmittel ist und daß die Arbeit den Inhalt des ganzen Lebens bilden soll. Aber so ganz kann ich mich mit diesem Arbeitsbetrieb nicht einverstanden erklären. Es ist hier schon wiederholt zum Ausdruck gekommen: es ist eine furchtbar monotone, unruhige und geräuschvolle Arbeit. Aber ich will darauf nicht das Hauptgewicht meiner Ausführungen legen. Ich weiß, daß das im gegebenen Moment nicht anders zu machen ist. Aber das eine hat mir doch gar nicht zugesagt, daß die Mädchen in einem kapitalistischen Betriebe beschäftigt werden, dessen Teilhaber, also Mitbesitzer, zugleich wieder Mitglied des Kuratoriums der Anstalt ist, wo die Mädchen wohnen und verpflegt werden. Er ist am Geschäft und am Profit interessiert. Das verträgt sich nicht ohne weiteres mit dem, was wir wollen. Ich will hier nicht diesem Herrn Sommerfeld oder Sonnenberg — ich weiß im Moment

den Namen nicht genau — unterschieben, daß er nicht das Interesse der Mädchen im Auge hat. Ich will ihm auch nicht das soziale Verständnis absprechen. Aber wir müßten doch dieser Sache etwas mehr Wert beilegen. Es ist nicht angängig und sieht nicht vertrauenerweckend nach außen aus, wenn ein Profitinteressierter, ein finanziell Interessierter auch zugleich über das leibliche und seelische Wohl der Kinder, die für ihn arbeiten, bestimmen soll. Ich möchte doch bitten, auch da einmal nach dem Rechten zu sehen.

Dann steht auch in dem Artikel, der Vermittlung von Dienstmädchen müsse größere Sorgfalt zugewendet werden. Die Stellen müßten erst kontrolliert werden, erst nach einer Rundfrage dürfte ein Mädchen zugewiesen werden. Was mir auch nicht zusagt, ist der Absatz in diesem Artikel, wonach die Meldeämter aufgefordert werden sollen, den freien Wohltätigkeitsverbänden Mitteilung zu machen, wenn ein Dienstmädchen aus irgendeiner Stadt oder vom Lande zieht, um den Konnex mit diesem Mädchen zu finden; persönlich sei besser als schriftlich. So sehr ich es gutheißen kann, daß man den Mädchen, die vom Lande kommen und unerfahren sind, beisteht und ihnen mit Rat und Tat hilft, so kann ich es doch nicht billigen, daß die Meldeämter sich hierzu hergeben und daß auch die privaten Organisationen Stellen versorgen. Dafür haben wir doch heute die städtischen Arbeitsnachweise mit ihren Abteilungen und den Fachauschüssen für weibliches Hauspersonal. Ich spreche da aus Erfahrung. Bei den städtischen Arbeitsnachweisen wird bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage des Dienstbotenstandes auch immer und immer wieder über das sittliche Niveau dieser Mädchen und über die Weiterbildung auf geistigem und kulturellem Gebiete beraten. Das möchte ich nicht befürworten. Ich glaube auch nicht, daß das so schnell in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Wir haben jedes Jahr gesehen und sehen es auch in diesem Jahre wieder, daß die Zahl der Fürsorgezöglinge furchtbar in die Höhe schnellt. Dies kommt auch daher, weil nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz auch Kinder über 18 Jahre eingeliefert werden können, was früher nicht der Fall war. Es war eine ganz erhebliche Zahl. Wenn ich nicht irre: 289 im letzten Jahr. Dann aber ist es schuld der Bezirksfürsorgeverbände, die, wie dies auch schon angeführt worden ist, die Kinder auch schon im vorschulpflichtigen Alter einfach der Fürsorge überweisen, um sich vor den Kosten zu schützen. Da muß die Provinzialverwaltung mit allen Mitteln den Bezirksfürsorgeverbänden Hinweise geben und stramm durchgreifen, daß dies nicht geschieht. Die vorbeugende Fürsorge in den Bezirksfürsorgeverbänden ist das wirksamste Mittel, welches eine Einlieferung in die Fürsorgeanstalt verhüten kann. (Abgeordneter Hoffmann: Sehr richtig!) Die Fürsorge, ob sie nun beruflich oder ehrenamtlich in den Bezirken und den Kommunen ausgeübt wird, muß noch mehr ausgebaut werden, namentlich durch Einrichtungen, wo die

arbeitenden Frauen und Mütter ihre Kinder während der Arbeitszeit hinbringen können, damit sie nicht der Strafe ausgeliefert sind. Vor allen Dingen muß dahin gewirkt werden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ändern. Schuld an der Ueberführung der vielen Fürsorgezöglinge, schuld an der Verwahrlosung ist erstens der Krieg und seine Folgen, dann die furchtbare Wohnungsnot und die Erwerbslosigkeit, ferner der Ausschluß der Jugendlichen von der Erwerbslosenunterstützung. Alle Familien sind nicht wirtschaftlich so gestellt, daß sie die erwerbslosen Jugendlichen — es sind oft zwei oder drei in den Familien — immer mit durchschleppen können. Auch hier liegt ein großer Teil Schuld an der Verwahrlosung. Dies kann nur behoben werden und die Ueberweisung der Fürsorgezöglinge wird sich nur vermindern können, wenn die Verhältnisse sich ändern. Wenn die Verhältnisse sich einmal ändern, werden sich auch die Menschen und auch unsere Jugendlichen ändern. Ich möchte daher bitten, daß wir uns gemeinsam von dem schönen, hehren Gedanken leiten lassen, daß die Jugend das Beste ist, was wir haben, daß es eine Generation werden soll, die nicht die furchtbaren Zustände und Mißstände erlebt, wie wir sie hinter uns haben. Dafür können wir sorgen, wenn wir der Jugend das geben, was sie braucht: Arbeit und Brot.

Ich möchte auch den Antrag unterstützen, den Herr Herrmann bezüglich der Verwendung der Hauszinssteuer gestellt hat. Unsere Fraktion hat sich im Landtag immer für die Verwendung der Hauszinssteuer am richtigen Ort eingesetzt. Wir wissen auch, daß die Hauszinssteuer nicht eine soziale Steuer ist. Sie wird aber eingezogen. Folglich soll sie auch für die Zwecke gebraucht werden, für die sie entrichtet wird. Wenn bis heute immer noch die Behörde dazu übergeht, 20 Prozent von der Hauszinssteuer für Verwaltungszwecke zu benutzen, so ist das ein furchtbares Unrecht. Ich möchte bitten, daß der Landtag sich diesem Antrage anschließt.

Die Wohnungsnot muß behoben werden, es muß Arbeit geschaffen werden. Dann wird sich auch das kulturelle Niveau, das Erziehungsniveau unserer Jugend heben. Ich glaube, daß wir dann im Laufe der Jahre durch gemeinsamen guten Willen, durch gemeinsame Arbeit und durch gemeinsames Erkennen unserer Fehler und durch Besserung dieser Fehler das Beste für unsere Jugend herbeiführen. (Beifall links.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat der Vertreter des Herrn Landeshauptmanns.

Landesrat Dr. W o s s e n : Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht auf alle Einzelheiten eingehen, die hier in der Debatte zur Sprache gekommen sind. Ich darf mich auf das beziehen, was wir über diese Dinge in der Kommission schon sehr eingehend ausgeführt haben. Ich möchte nur auf einen Punkt eingehen, den Herr Abgeordneter Herrmann hier nochmals erwähnte, die Frage der Familienunterbringung und die Pflegefälle, die wir den Familien zahlen.

Ich habe schon in der Kommission ausgeführt, daß wir der Frage der Familienunterbringung seit Jahren die größte Aufmerksamkeit widmen und daß wir uns angelegen sein lassen, möglichst viel Kinder und Jugendliche in geeigneten Familien unterzubringen. Ich darf, um mich kurz zu fassen, nur auf zwei Zahlen in dieser Beziehung hinweisen: Wir haben am 1. Januar 1925 64 Prozent der Zöglinge in Anstalten und die übrigen in Familien untergebracht gehabt. Bis zum 1. Januar 1927 hat sich diese Zahl stark zugunsten der Familienfürsorge verschoben: Wir hatten am 1. Januar 1927 bloß 51 Prozent in Anstalten und alle übrigen in Familienerziehung untergebracht. Sie sehen aus diesen einfachen Zahlen, wie wir ständig bestrebt sind, unsere Zöglinge aus den Anstalten in gute Familien zu bringen, einmal, weil es dem Zweck der ganzen Sache besser entspricht, und zweitens, weil es auch in finanzieller Hinsicht erheblich billiger und besser ist.

Dann zu dem Fall, der uns hier im Plenum wiederum so eingehend beschäftigt hat, obwohl er in der Sachkommission sowohl als auch in Ihrer Provinzialkommission für die Fürsorgeerziehungsanstalten am Orte selbst, in Niederseßmar, in der eingehendsten Weise stundenlang behandelt worden ist. Ich halte mich für verpflichtet, auch hier in der Öffentlichkeit noch einmal kurz auf den Fall einzugehen.

Es handelt sich um zwei Fürsorgeheime, die unmittelbar in Verbindung mit der Arbeitsstätte der betreffenden Mädchen in Gummersbach und Niederseßmar errichtet sind, in dem einen Falle einer Wollspinnerei und in dem anderen Falle einer Zanella-weberei. Geleitet werden diese Heime von Schwestern des evangelischen Diakonievereins in Berlin-Zehlendorf. Sie bilden den Fabriken gegenüber eine selbstständige G. m. b. H. mit eigenen Einnahmen und Ausgaben. Belegt werden sie mit schulentlassenen evangelischen Mädchen schon seit einer großen Reihe von Jahren, ich glaube, gleich nach Inkrafttreten des Preussischen Fürsorgeerziehungsgesetzes von 1900, und zwar nicht nur von dem Herrn Landeshauptmann der Rheinprovinz, sondern auch von dem Herrn Landeshauptmann von Westfalen. Es handelt sich um kleine Heime mit etwa 40 bis 50 Insassen, bei denen gerade, weil es kleine Heime sind, eine mehr individuelle Behandlung der Zöglinge möglich ist (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Mit dem Stock!) und das mehr Familienmäßige hervortritt und das Anstaltsmäßige zurücktritt, also gerade das, was wir in der Erziehung der Mädchen anstreben.

Durch die Verlegung der Arbeitsstätte aus dem eigentlichen Heim heraus in die unmittelbare Nähe des Heims erreichen wir auch, daß die Insassen bei der Arbeit nicht vollständig von der übrigen Welt abgeschlossen sind, sondern daß sie dort mit den freien Arbeitern zusammenkommen (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Sie haben Sprechverbot!), jedenfalls ein nicht zu unterschätzender Vorteil, namentlich mit Rücksicht

auf die spätere Entlassung der Mädchen. Die Heime bieten auch dadurch einen Vorteil für die Fürsorgeerziehungsbehörde, daß wir einen gewissen Prozentsatz von Mädchen, die wir von vornherein nicht für Hausarbeit und häusliche Zwecke allein ausbilden können, dort in der Fabrikarbeit ausbilden können. Wir haben einen großen Prozentsatz von Mädchen, die sich von vornherein nicht zu hausfraulichen Arbeiten eignen, die auch später ohne weiteres in die Fabrikbetriebe übergehen. Gerade hier können wir sie in ihrer späteren Berufsarbeit in sehr zweckentsprechender Weise vorbilden.

Die Löhne der Mädchen, meine Damen und Herren, betragen 75 Prozent der ortsüblichen Tariflöhne, die mit den Gewerkschaften dort vereinbart worden sind. Mehr als 75 Prozent können die Fabriken wohl mit Rücksicht darauf in diesen Fällen nicht zahlen, weil es sich doch im Durchschnitt um weniger wertvolle Arbeitskräfte handelt. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Das ist nicht wahr! Die arbeiten mehr als die freien Arbeiter!) Sie haben aus dem Munde des Landespsychiaters, Herrn Lückerath, gehört, daß wir bei unseren Fürsorgezöglingen etwa 60 bis 70 Prozent psychopathische Mädchen haben.

Die Arbeitszeit, meine Damen und Herren, ist ebenfalls ganz konform der Arbeitszeit der freien Arbeitskräfte dort geregelt. Sie beträgt allerdings heute, wie wir uns damals mit der Kommission, die in Niedersefmar war, überzeugt haben, mit Rücksicht auf die Hochkonjunktur in der Weberei 9½ Stunden. Das ist aber die Arbeitszeit, die auch für die freien Arbeiter dort festgesetzt ist. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die Mädchen werden als Lohnbrüder benutzt!)

Was die Haltung der Mädchen in den Heimen selbst anbelangt, so hat sie in den langen Jahren des Bestehens dieser Heime niemals zu Klagen Anlaß gegeben. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Weil sie unterdrückt wurden!) Die Mädchen machen, wie bei der kürzlichen Besichtigung auch von dem Herrn Vertreter der kommunistischen Fraktion festgestellt worden ist, einen frischen und gesunden Eindruck. Ihre Beköstigung ist gut und ausreichend. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das haben wir aber nicht bemerkt!) Die regelmäßigen Kontrollen, die wir ausüben, und auch die unvermuteten Revisionen, die unser ärztlicher Sachverständiger, Herr Dr. Lückerath, vorgenommen hat, haben ergeben, daß das Essen gut ist und daß eine ständige Gewichtszunahme der Mädchen festgestellt werden kann.

Die Behandlung durch die Schwestern in den Heimen ist eine durchaus liebevolle. (Sehr richtig! rechts.) Ich möchte das hier besonders hervorheben. Die Schwestern geben sich eine unendliche Mühe mit diesen schwierigen Mädchen, und jeder, der die Schwestern dieses evangelischen Diakonissenheims kennt, weiß, daß gerade diese Schwestern niemals etwas tun, was diesen Kindern irgendwie schaden könnte. (Zuruf

eines kommunistischen Abgeordneten: Sie schlagen sie jeden Tag!)

An dem bedauerlichen Unglücksfall — ich will noch kurz auf diesen Fall eingehen, der in einer wirklich ungläublichen Weise aufgebauscht worden ist —, der sich Ende vorigen Jahres in der Anstalt Niedersefmar ereignet hat und den wir auf das allerlebhafteste bedauern, trägt die Anstalt nach den sehr eingehenden, wiederholten Untersuchungen von gänzlich unparteiischen Stellen nicht die geringste Schuld. (Hört, hört!) Es handelt sich nach der Ansicht von Herrn Dr. Lückerath in diesem Falle um ein schwer psychopathisches Mädchen (Zuruf des Abgeordneten Hoffmann: Dann durfte es aber nicht in diese Anstalt!), was schon daraus hervorgeht, daß es aus einem sehr geringen Anlaß, einem Anlaß, der darin bestand, daß man ihm verbot, eine Autokappe zu tragen, sich unmittelbar ohne Befinnen zu einer so schweren Disziplinverletzung hat hinreißen lassen, daß es seiner Oberin auf öffentlicher Straße angesichts der übrigen Zöglinge mit großer Bestigtheit rechts und links ins Gesicht geschlagen hat. (Hört, hört! rechts.)

Sie ist daraufhin, nachdem sie das getan hatte, in einen Einzelraum, der neben dem Schlafraum der übrigen Mädchen auf der zweiten Etage des Heims sich befand, verbracht worden. Als sie dann am Abend von einer Schwester zu dem ebenfalls auf derselben zweiten Etage gelegenen Klosett geführt wurde, hat sie sich durch einen Sprung aus dem Klosettfenster ins Freie zu befreien versucht und ist hierbei so unglücklich gefallen, daß sie zu Tode gekommen ist. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Das ist glatt gelogen, was Sie da sagen!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafsen: Ich rufe den Herrn Abgeordneten Kohl zur Ordnung, weil er die Ausführungen des Vertreters des Herrn Landeshauptmanns als glatt gelogen bezeichnet hat. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Ich habe die Sache selbst untersucht!)

Landesrat Dr. Boffen: An derselben Stelle ist vor einem halben Jahre ein Mädchen aus dem Fenster gesprungen, ohne sich dabei lebensgefährlich zu verletzen. Das Gelände steigt an dem Fenster etwas an, so daß man sehr wohl den Sprung aus dem Fensterwagen kann. Er beträgt etwa 5½ Meter vom Bord des Fensters gemessen bis zu der Stelle, wo das Mädchen angekommen ist. (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Im Hemd ist sie hinunter gesprungen!) Wir nehmen also an, daß es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um einen Fluchtversuch gehandelt hat (Zuruf des Abgeordneten Kohl: Im Hemd um 8 Uhr nachts!), und nicht um einen Selbstmordversuch. Es kann allerdings ja Selbstmordversuch nicht absolut bestritten werden. Es ist auch möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich, daß es sich um einen Selbstmordversuch gehandelt hat. Aber auch wenn das letztere der Fall wäre, meine Damen und Herren, so würde dies keineswegs einen Rückschluß auf eine etwa unzulässige

Behandlung in der Anstalt zulassen. Wie schon erwähnt, ist durch die regelmäßigen und unvermuteten Revisionen der Heime und die Aussage der Böglinge selbst nur Gutes über die Behandlung der Inassen in den vielen Jahren ermittelt worden.

Ich darf vielleicht eine allgemeine Bemerkung über die Selbstmorde bei unseren Fürsorgezöglingen hier einschalten. Keine auch noch so gute Anstalt kann unter allen Umständen garantieren, daß nicht einmal irgendwo und irgendwie ein Selbstmord bei ihr vorkommt. (Zuruf links: Das stimmt allerdings!) Aber die allgemeine Statistik der Selbstmorde, sowohl im Reich als auch in Preußen, weist eine erheblich höhere Ziffer an Selbstmorden auf, wie sie bei unseren Fürsorgezöglingen vorkommt. Wir haben auf 10 000 Einwohner in Preußen im Jahre 1927 2,27 Selbstmorde gehabt. Bei unseren 15 000 Böglingen haben wir im Jahre 1924 überhaupt keinen Selbstmord gehabt, im Jahre 1925 hatten wir einen Selbstmord und im Jahre 1926 zwei. Das sind im Höchsthalle 1,33 auf 10 000 Einwohner gegenüber 2,27 in ganz Preußen. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Sie müssen die Kinder selbstmorde vergleichen!) Ich spreche hier von allen Selbstmorden, die überhaupt vorgekommen sind. Dabei möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß zu beachten ist, daß wir einen hohen Prozentsatz psychopathischer und sonstwie schwer belastete Kinder haben, so daß wir eigentlich eine viel höhere Ziffer der Selbstmorde erwarten dürften.

Der Unglücksfall in Niederseßmar ist nun in der unglaublichsten Weise in der Öffentlichkeit aufgebauscht und entstellt worden, wobei wir ermittelt haben, daß die Informationen derjenigen, die diese unwahren Behauptungen in die Öffentlichkeit brachten (Zuruf des Abgeordneten Mohl: Versuchen Sie es doch einmal mit einer Klage, ich habe die Sache aufgebracht!), hauptsächlich von einem sehr schwer belasteten Mädchen stammen, das auch in der Fürsorgeanstalt gewesen ist. Es handelt sich da um ein Mädchen, dessen Vater wegen Mordes zu 15 Jahren Gefängnis sowie wegen schweren Einbruchsdiebstahls zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt war, der dieses Mädchen und seine übrigen Kinder andauernd zu Diebstählen veranlaßte. Die Mutter dieses Zeugen, auf den diese Informationen hauptsächlich zurückgeführt worden sind, befindet sich schon seit mehreren Jahren vorübergehend in einer Heil- und Pflegeanstalt. (Hört, hört! rechts; erregte Zurufe links.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Ich bitte, den Herrn Redner nicht immer zu unterbrechen.

Landesrat Dr. B o s s e n : Meine Damen und Herren! Was aber eine wirklich große Erschwerung unseres Erziehungswerks an diesen verwahrlosten und gefährdeten Kindern und Jugendlichen mit sich bringt, ist diese kritiklose Veröffentlichung sog. Einzelfälle der Fürsorgeerziehung und namentlich deren wahrheitswidrige Veröffentlichung. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch wird ein ganz falsches Bild in der Öffentlich-

keit hervorgerufen und die ohnehin so schwere und aufopferungsvolle Aufgabe unserer Anstalten und Fürsorge noch mehr erschwert. Wir haben in der vorletzten Nummer unserer „Wohlfahrtspflege der Rheinprovinz“ Gelegenheit genommen, auf diese falschen Darstellungen in der Presse einmal Bezug zu nehmen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Geben Sie doch gegen die Presse vor!) Ich möchte dies nicht weiter ausführen und mich auf diese Ausführungen in unserer „Wohlfahrtspflege“ beziehen. Sie werden daraus ersehen, wie falsch gewöhnlich diese Fälle dargestellt werden und wie anders sie sich nachher in Wirklichkeit herausstellen.

Es ist mir aber — und damit möchte ich schließen — ein Bedürfnis, hier öffentlich den zahlreichen Heimen und Anstalten, namentlich auch den Heimen in Gummersbach und Niederseßmar, die sich mit der gefährdeten und verwahrlosten Jugend jahrelang befassen, unseren aufrichtigen Dank auszusprechen. (Erregte Zurufe: Hui! Hört, hört! Unehört! bei den Kommunisten.) Ich möchte diesen Dank hier namens der Verwaltung in aller Öffentlichkeit aussprechen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das ist eine Schande!), nicht nur den Leitern unserer Provinzialerziehungsheime, sondern auch den vielen Privat- anstalten und Erziehungsheimen (Zuruf eines Kommunisten: Den Ausbeuterheimen!), die in nie versagendem Opfermut und selbstloser Hingabe sich Tag und Nacht, jahraus, jahrein abmühen, um ihre Schützlinge wieder zu brauchbaren Menschen heranzubilden, nicht um Geld und Gut, sondern aus echtischen Gründen (Zuruf eines Kommunisten: Um Gotteslohn!), aus einem höheren sittlichen Gebot und dem Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber diesen Unglücklichen, gegenüber der Gesellschaft und gegenüber der Zukunft unseres Volkes. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren, ohne Unterschied der Parteien, uns diese an sich schwere Aufgabe nicht noch weiter zu erschweren. Wenn Sie Fälle haben — ich habe es schon oft ausgeführt —, wir stehen jederzeit bereit, mit Ihnen die Fälle aufzuklären. Aber ich möchte Sie bitten, keine Veröffentlichungen zu machen, ohne vorher den einfachen Weg zum Herrn Landeshauptmann zu gehen und ihn zu fragen: Wie liegt der Fall? Wo Fehler sind, werden wir sie gewiß gerne mit Ihnen abstellen. Nur so dienen Sie wirklich den Interessen unserer Jugend. (Beifall.)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter H o f f m a n n : Ich werde veranlaßt, das Wort zu nehmen zu den Ausführungen des Herrn Abg. Hack zu seinen Anträgen, besonders zu dem Antrag der Fraktion der kommunistischen Partei, wonach durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle die nächstliegende Kontrolle usw. in der Frage der gesamten Fürsorgeerziehung erfolgen solle. Auf meinen Zuruf wurde seinerseits dargelegt, daß das Ge-

eignete sei, während wir demgegenüber nichts Geeignetes hätten. Ich verweise darauf, daß unsere Fraktion schon seit einigen Jahren das Verlangen stellt, daß etatsmäßige Stellen für Beamte geschaffen werden sollen, die von den freien und christlichen Gewerkschaften einzustellen sind, die die Aufgaben in dieser Richtung zu erfüllen haben, die also auch hier — um mit den Worten meines Vorredners, des Herrn Landesrats Dr. Vossen, zu sprechen — einem höheren sittlichen Gebot Rechnung tragen und die wirtschaftliche Seelsorge herbeiführen. Wir wünschen, daß den Fürsorgezöglingen das gesetzlich zustehende Koalitionsrecht gewährt wird, um ein Bindeglied zwischen den Berufsorganisationen der christlichen und freien Gewerkschaften und den Fürsorgezöglingen männlichen und weiblichen Geschlechts zu schaffen. Wir haben alle Veranlassung, auf diesem Gebiete tätig zu sein. Unsere Verhandlungen haben noch nicht zu dem Ziel geführt, eine Mehrheit in diesem Hause für unseren Antrag zu gewinnen. Mit den Vertretern des Zentrums haben wir im Laufe dieser Verhandlungen wiederholt eingehend Fühlung genommen, um die Mehrheit des Hauses für diesen Antrag zu erhalten. Aber die Arbeitervertreter der Zentrumsparterie haben in ihrer Fraktion noch nicht die Mehrheit für diesen Antrag. Wir wünschen, daß Herr Pfarrer Jansen auf diesem Gebiete mitwirkt, um endlich neben seiner Seelsorge auch die wirtschaftliche Seelsorge durch die Vertreter der christlichen und freien Gewerkschaften herbeizuführen.

Ich bitte dringend, dem Vorschlage meiner Parteifreundin, der Abgeordneten Frau Becker, Rechnung zu tragen, die wünscht, daß diese Nachprüfung erfolgt und daß wir für den nächsten Landtag mit einem positiven Antrag seitens unserer Fraktion, (zum Zentrum gewandt) seitens Ihrer Fraktion und seitens des ganzen Hauses kommen, oder daß die Verwaltung mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze selbst den Antrag vorschlägt, um endlich auf diesem Gebiete das praktisch werden zu lassen, was schon seit Jahren notwendig ist, damit auch hier die Reform eintritt, die die Ausbeutung ausschließt und gute Ausbildung herbeiführt, Qualitätsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Fürsorgezöglingen männlichen und weiblichen Geschlechts werden läßt, die dann in der Zukunft nützliche Glieder der Gesellschaft sein werden. So, wie jetzt die Verhältnisse liegen, werden die Zöglinge, wenn sie nicht mehr in der Fürsorgeerziehung sein können, wenn sie das großjährige Alter erreicht haben, der Gesellschaft zurückgegeben, und sie haben dann nicht so Fühlung, wie wenn sie durch ihre Berufsorganisation und ihre Berufszeitung schon in der ganzen Zeit der Fürsorgeerziehung eine wirkliche Ausbildung genossen hätten. Gerade das Jugendwohlfahrtsgesetz, gerade die neuen Gesetze geben die Grundlage dafür, weil durch diese endlich der Mensch in den Vordergrund gestellt wird. Wir sollten in dieser Richtung unter allen Umständen endlich dazu kommen, daß der Antrag, der

von uns mehrfach gestellt, in den letzten Jahren aber jedesmal abgelehnt wurde, endlich zu einem positiven Ergebnis führt. Dann wird die wirtschaftliche Fürsorge praktisch werden. Was hier in der Beziehung von der kommunistischen Fraktion vorgeschlagen worden ist, ist völlig ungeeignet.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Jansen.

Abgeordneter J a n s e n, Lammersdorf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst erwidere ich Herrn Kollegen Hoffmann, der mich soeben apostrophiert hat, daß es an sich sehr leicht ist, Herren aus einer anderen Fraktion für irgendeine Idee zu gewinnen, wenn man sich Herren aussucht, die noch nicht so eingehend mit der Materie vertraut sind wie diejenigen, die in der Sachkommission sind. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten.) Ich habe das nicht von mir behauptet; ich erkenne Ihre Qualität an. Aber die Herren haben sich unseren überzeugenden Gründen angeschlossen. So kann ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir wirklich in dem Sinne arbeiten, um dem wahren Wohl der Fürsorgezöglinge zu dienen. Infolgedessen muß ich Ihnen leider die Hoffnung zerbrechen, die Sie eben auf meine Wirksamkeit gesetzt haben.

Dann darf ich noch hier sagen, daß ich jetzt nicht als Berichterstatter das Wort ergriffen habe, sondern als Mitglied des Hauses. Herr Kollege Renner hätte als Abgeordneter wissen müssen, daß man, wenn man als Berichterstatter auftritt, das zu sagen hat, was der Sachausschuß in seiner Mehrheit zu beschließen für gut befunden hat. Ich habe außer der Ueberzeugung des Sachausschusses keiner einzigen anderen Meinung Ausdruck gegeben. Vor mir hatte zu der Frage der Fürsorgeerziehung noch niemand gesprochen, weder Herr Herrmann noch Herr Kollege Haack. Sonst würde ich, genau so wie Herr Herrmann, Ihnen zugestanden haben, daß wir die Wahrheit hernehmen, wo wir sie finden, auch dann, wenn von der äußersten Linken wirklich wahre Dinge hier vorgebracht werden, werden wir uns der Einsicht in keiner Weise verschließen. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die sind vorgebracht worden! Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Sind Ihnen Gewissensbisse gekommen?) Vielleicht pocht Ihnen das Herz lauter als mir, da Ihnen sofort der Gedanke an Gewissensbisse kommt. (Heiterkeit.) Aber, meine sehr verehrten Herren, nochmals: Wenn Sie uns einen gangbaren Weg zeigen zur Behebung der Nöte und der Grundursachen, die wir mit Ihnen ebenso tief beklagen wie die gesamte Welt, dann werden wir im Interesse dieser armen Menschen den Weg auch gehen, auch dann, wenn Sie ihn uns zeigen. Vielleicht würden Sie nicht dieselbe Bereitwilligkeit zeigen, Wege zur Behebung von Not zu geben, wenn sie nicht von Ihnen aufgezeigt werden. (Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Wir sind jeder Vernunft zugänglich!) Wenn man von Herrn Renner sofort hören muß, daß er den Berichterstatter mit seinem

Parteinamen und seinem Berufsnamen nennt, daß er ihn ausdrücklich als Zentrumsmann und als Pfarrer, als Vertreter einer Konfession charakterisiert, dann kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Bezeichnung ganz tendenziös geschieht, in ganz bestimmter Absicht, um damit nicht nur eine Person, sondern eine Religion und eine Parteirichtung zu brandmarken. (Zuruf links: Warum denn nicht, sind Sie denn zweierlei in einer Figur?) Ich hatte Herrn Renner aus den Verhandlungen, die wir mitgemacht haben, für ehrlicher gehalten, als daß er auf diesem Umwege irgendetwas andeutet, was er nicht gerade heraus sagen will.

Zu dem Fall von Niederseimar, über den Herr Renner in weitgehender Weise auch als Kommissionsmitglied gesprochen hat, kann ich nicht verstehen, daß man aus einem Einzelfalle, der ein beklagenswertes Unglück ist und bleibt, solche Anträge herleitet und derart verallgemeinernde Anklagen erhebt, die durch einen Einzelfall wirklich nicht zu begründen sind.

Das Kind, von dem Herr Renner dauernd spricht, ist ein Mädchen von 18½ Jahren. Ob er diese Leute immer noch der Kinderwelt zurechnet, weiß ich nicht; ich will ihm das Urteil darüber selbst überlassen. Aber wenn er dann sagt, daß die Kommission nicht das Zimmer gesehen habe, in welchem dieser Fürsorgezögling eingesperrt war, sondern ein anderes, dann will ich zwar nicht soweit gehen wie er, und denjenigen, der eine andere Behauptung aufstellt, als Phariseer und Heuchler bezeichnen, sondern dann will ich bloß sagen, daß er einen objektiven Irrtum ausgesprochen hat. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Herr Mohl hat am anderen Tage das Zimmer von der Schwester selbst gezeigt bekommen!) Ich rede gar nicht von dem Besuche, den Ihr Herr Kollege in der Anstalt gemacht hat, sondern von dem Besuche, den die Anstaltskommission gemacht hat. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Da haben Sie doch nicht mehr gesehen als ich auch!) Da betone ich, daß wir jedenfalls in dem Raum auf der zweiten Etage gewesen sind, in welchem das Mädchen eingeschlossen war (Widerspruch bei den Kommunisten), in dem Raum, von dem aus es den Weg zu dem Fenster gefunden hat, aus dem es sich hinausgestürzt hat. Alles andere, was Herr Renner hier darstellt, ist mindestens Irrtum; einen anderen Ausdruck will ich dafür nicht gebrauchen. Es ist wirklich nicht konsequent und schlüssig, wenn man aus einem solch vereinzelteten Unglücksfall solche Folgerungen ziehen will, wie Sie sie hier gezogen haben.

Bei dem Besuche in der Anstalt ist uns nichts verheimlicht worden, gar nichts. (Widerspruch bei den Kommunisten.) Ich glaube, sowohl Frau Becker wie auch die anderen Damen und Herren nehmen bei solchen Besuchen immer die Gelegenheit zur Information wahr; wir geben uns nicht mit den Darlegungen, die die Schwestern und die Beamten machen, zufrieden, sondern jeden Besuch benutze ich persönlich, um, soweit ich das kann, jeden der Zöglinge, ob das

Mädchen oder Jungen sind, abseits einmal auszufragen, ob ihnen etwas an ihrer Erziehungsweise nicht gefällt. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Die sind viel zu ängstlich!) Sonderbar, daß sie nur den Mut haben, zu sprechen, wenn Sie fragen. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Bitte, Frau Becker und ich haben versucht, ein Mädchen zu sprechen, da ist die Schwester nicht von uns weggegangen!) Sie werden mir nicht verargen, daß es mir sehr gut gelang, eine ganze Reihe von Mädchen zu fragen, ob ihnen die Behandlungsweise in der Fabrik und auch in der Anstalt gefalle. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Das glauben wir, das ist auch verständlich!) Obschon die Mädchen keine Schwester bei sich hatten, haben sie mir übereinstimmend gesagt, daß zu besonderen Klagen kein Anlaß vorliege. (Zuruf des Abgeordneten Renner: Aber, Herr Pfarrer Janßen, Ihnen etwas zu erzählen, ist für die Kinder nicht gefährlich! Sie sind doch Blut von dem Blute, das dort herrscht!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saanen: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Renner, sich zum Wort zu melden, wenn er etwas zu sagen hat.

Abgeordneter Janßen (fortfahrend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich anerkenne Ihre Selbstgefälligkeit und Ihren großen Anspruch darauf, daß nur Sie fähig sind, die Wahrheit zu erforschen. (Abgeordneter Dr. Kaiser: Sehr gut!) Wir haben, wie ich eben schon gesagt habe, eine solche Selbstbeweihräucherung nicht für notwendig gehalten, sondern Ihnen andauernd ausdrücklich zuerkannt, daß wir die Wahrheit auch dann glauben, wenn Sie sie aussprechen. Aber weil Sie eine derartige selbstgefällige Methode lieben, mit der Selbstbeweihräucherung, daß nur Sie die richtigen Wege zum Ziele zeigen und daß nur Sie allein imstande seien, die Wahrheit zu erforschen und zu ermitteln, weil Sie diesen Anspruch dauernd für sich erheben, darum können wir Ihnen nicht folgen, sondern darum obliegt es uns, vor der weitesten Öffentlichkeit darzutun, daß dort in Niederseimar zu einem besonderen Tadel keine Veranlassung vorlag, daß wir die Pflicht haben, wie die Verwaltung es ausgesprochen hat, vor der Welt zu bekennen, daß die Erzieherinnen, die Schwestern dort, sich mit wirklich liebevoller Hingabe der Erziehung ihrer Zöglinge gewidmet haben und widmen werden. (Sehr gut! im Zentrum. Zuruf des Abgeordneten Schröder, Essen: Wie Sie es verstehen!)

Meine Damen und Herren! Wir lehnen deshalb diese Anträge ab, selbst auf die Gefahr hin, daß wir in der kommunistischen Presse irgendwie anders dargestellt werden, als wir zu arbeiten entschlossen sind. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Pfaffenpiegel!) Es scheint, daß Sie derartige Bücher mit besonderer Vorliebe lesen. (Heiterkeit.) Das beweist höchstens, daß man das Geseh zur Bekämpfung von Schmutz und Schund auch auf andere als bloß die Jugendlischen ausdehnen muß.

Ich möchte noch auf einen Einzelfall eingehen, den der Etatsredner der SPD., Herr Hölken, am ersten Tage hier erwähnte. Es war ein Bericht der Frau Landesverwaltungsrat Hopmann über die Erziehung der weiblichen Fürsorgezöglinge. Mit einem außerordentlich niedlichen und vornehmen Lächeln glaubte Herr Hölken, einem Zentrumsorgan, dem „Volksfreund“ in Lachen, und damit auch zu gleicher Zeit der Zentrumsparterie so einen kleinen Wischer geben zu können, weil in einem Bericht des „Volksfreundes“ (Zuruf links: Lügenfreundes!) ein Geistlicher sich abfällig geäußert hat. (Zuruf des Abgeordneten Hölken: Aber ich habe es nicht gesagt!) In dem Bericht — Sie haben ihn wahrscheinlich nicht ganz gelesen — steht jedenfalls, daß ein Geistlicher den Bericht der Frau Landesverwaltungsrat Hopmann ablehnt und sich in mißliebiger, gehässiger Weise über die Art äußert, wie Frau Hopmann die Erziehung darzustellen beliebte. Erstens steht noch lange nicht alles in dem Artikel der „Wohlfahrtspflege“ drin, was der Artikelschreiber hineingelegt hat. Er nennt sich einen Geistlichen. Wenn ich sage, es stehe nicht alles drin, so bezeichne ich damit diesen Geistlichen, der dort in dem „Volksfreund“ schreibt, als einen Lügner. Wenn Sie weiter lesen, daß derselbe Geistliche zehn Zeilen weiter seine Tochter demnächst in einer solchen Erziehungsanstalt erziehen lassen will, bekommen Sie erst einen gelinden Zweifel an der Echtheit der Berufsbezeichnung. (Zuruf des Abgeordneten Dunder: Es kann doch Geistliche geben, die Kinder haben!) Ich habe weiter feststellen können, daß es auch kein evangelischer Pfarrer ist, der diesen Artikel geschrieben hat, sondern, meine sehr verehrten Herren, wenn ich Ihnen den Schreiber dieser Zeilen, der hier zum „Volksfreund“, einem Zentrumsorgan, seine Zuflucht genommen hat, näher bezeichnen würde, wie ich es könnte, dann würden Sie mit mir der Ueberzeugung sein, daß der Herr eine rote Maske trägt (Weiterkeit. Zuruf links: Die Schwarzen haben oft eine rote Maske vor!), daß er also, um ein Zentrumsorgan benutzen zu können, absichtlich und irreführend einen anderen Beruf angibt, um zu einem mißliebigen Urteil über das, was Frau Hopmann gesagt haben soll, zu kommen. Sie sehen, so wird berichtet, und so werden Schlußfolgerungen gezogen, wenn man nicht ganz vorsichtig Zeile für Zeile durchliest.

Damit möchte ich meine Ausführungen schließen. Herr Landesrat Boffen hat ja das Notwendige über die Familienziehung und das Wachsen der Zahl der untergebrachten Kinder gesagt. Ich bitte nochmals, wie ich es bereits als Berichterstatter getan habe, die Anträge im Sinne der Fachausschüsse anzunehmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a s e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölken.

Abgeordneter H ö l k e n : Meine Damen und Herren! Die Bemerkung des Herrn Kollegen Jansen bezüglich meiner Ausführungen zu dem Artikel von Fräulein Hopmann veranlaßt mich, denn doch zu erklären, daß

ich mit keinem Worte davon geredet habe, daß der Artikel von einem Geistlichen geschrieben ist. Ich habe lediglich den „Volksfreund“, das Zentrumsorgan, zitiert. Ob der Artikelschreiber Geistlicher ist, weiß ich nicht, ist mir auch gleich. Wenn Sie aber, verehrter Herr Kollege Jansen, von einer roten Maske sprechen, so muß ich schon sagen: Dann scheint der „Volksfreund“, das offizielle Zentrumsorgan, sehr gute Beziehungen zu den roten Masken zu haben; sonst würde er doch die Aufgabe der roten Masken nicht aufnehmen. (Zuruf des Abgeordneten Jansen: Es fallen nicht bloß Schwarze, sondern auch Rote einmal herein! Weiterkeit. Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser.) Herr Kollege Kaiser meint, man habe dem „Volksfreund“ ein Kuckucksei ins Nest gelegt.

Aber nun zum Thema selbst!

Dem Antrage (Drucksache Nr. 69), der vom Herrn Landeshauptmann verlangt, daß er sich zur Durchführung der Aufsicht über die Fürsorgezöglinge der örtlich zuständigen Jugendämter bedienen soll und die Jugendämter mit der Aufsicht nur ihrer eigenen Organe beauftragen sollen, stimmen wir zu. Er entspricht ja einer Anregung, die wir wiederholt in diesem Hause gegeben haben. Ich hätte aber an den Herrn Landeshauptmann oder an seinen Vertreter, Herrn Landesrat Boffen, eine Frage. In der Sitzung des II. Fachausschusses wurde gestern erklärt, daß es einem Abgeordneten des Hauses noch nicht verwehrt worden sei, eine Provinzialanstalt oder eine private Anstalt zu besichtigen. Unsere Stellungnahme zu dem Antrage (Drucksache 102), wonach Fürsorgezöglinge nur in solche Anstalten überwiesen werden sollen, die auch den Mitgliedern des Landtages Gelegenheit geben, die Anstalten zu besichtigen, müssen wir davon abhängig machen, daß uns die Verwaltung erklärt, daß auch für die Folge den Abgeordneten, die den Wunsch haben, eine Provinzialanstalt oder eine Privatanstalt zu besichtigen, keine Schwierigkeiten gemacht werden und ihnen die Besichtigung gestattet wird. Ich betone, daß uns bisher der Zutritt zu den Anstalten noch nicht verwehrt worden ist. Aber unsere Stellungnahme zu dem Antrage müssen wir von einer solchen Erklärung, die uns vielleicht Herr Landesrat Boffen geben kann, abhängig machen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. S a a s e n : Das Wort hat Frau Abgeordnete Niediek.

Abgeordnete Frau N i e d i e c k : Es ist zu der Fürsorgeerziehung schon soviel vorgebracht worden, daß ich wirklich nicht auch noch dazu das Wort ergreifen würde, wenn es mich nicht drängte, meinem Befremden darüber Ausdruck zu geben, daß der Vertreter der kommunistischen Fraktion, der an der Besichtigung in Niedersefmar mit teilgenommen hat, an Ort und Stelle keinerlei ernstliche Mängel vorgebracht hat. (Zuruf links: Da hatte er noch nichts gehört!) Er hat dort im Gegenteil gesagt, aus diesem einen Unglücksfalle könne man der Anstalt keine Vorwürfe

machen (Hört, hört! rechts), derartige Fälle könnten in den besten Familien vorkommen. (Zurufe von kommunistischer Seite.) Erlauben Sie, lassen Sie mich mal zu Wort kommen, Sie können nachher reden. — Er hat darauf hingewiesen, daß auch Abiturienten und Schüler aus besseren Familien schon mal Selbstmordversuche machten. (Hört, hört! im Zentrum.)

Nachdem sich gezeigt hat, daß bei der Besichtigung der Anstalt, wo alles an Ort und Stelle besprochen worden ist, nichts vorgebracht wurde, daß aber in der Öffentlichkeit hier dieser Unglücksfall so ausgeschlachtet wird, daß wir uns stundenlang in wenig schöner Weise über die Dinge unterhalten haben, weiß ich nicht, ob es Zweck hat, in Zukunft überhaupt noch die Anstalten zu besichtigen. (Zuruf des Abgeordneten Kemmer: Sie wollen sie wohl zusperren, damit wir gar nichts sehen!) — Ich habe Ihnen eben gesagt: Sie können ja gleich reden. — Ich möchte jedenfalls meine Zustimmung nicht dazu geben, daß in Zukunft jedem Landtagsmitglied jederzeit die Besichtigung einer jeden Anstalt gestattet werden soll. (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: Dann wissen Sie auch, warum!) Wohin das führen sollte, weiß der Himmel.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a f e n : Das Wort hat Herr Abgeordneter Rohl.

Abgeordneter R o h l : Ich muß mich wirklich über die Art und Weise wundern, wie Herr Landesrat Boffen versucht, die Sache zuzudecken. Ich habe ihm mit Absicht den Zuruf gemacht: Das ist eine freche Lüge! Nachdem Herr Landesrat Boffen erklärte, die Dinge lägen nicht so, wie ich sie schildere, erkläre ich hier nochmals: Für jeden Satz in dem Artikel, der mit der Photographie des Heims veröffentlicht wurde, stelle ich 20, 30 und 40 Zeugen zur Verfügung, wenn Sie es haben wollen. Herr Landesrat Boffen wird es nicht wagen, einen Prozeß deshalb zu führen. Ich habe 20 Jahre lang fünf Minuten von dem Heim entfernt gewohnt; viermal am Tage bin ich auf dem Wege zur Fabrik an dem Heim vorbeigegangen. Ich habe Dinge gesehen, die noch hundertmal schlimmer sind als die, die hier vorgebracht wurden.

Der Anstaltsarzt, der meinen Namen trägt, erklärte im ersten Fall, wie das Mädchen unten lag, mit gebrochenen Beinen und Armen: Es wäre richtig gewesen, wenn du tot geblieben wärest. Das sind die Anstaltsärzte. Das hat der Mann nicht abzustreiten gewagt. Das sind Ihre Vertrauensleute, bei denen Sie Ihre Auskünfte holen.

Wenn mein Vertreter damals nicht Bescheid wußte, so sage ich: Er ist genau so beschwindelt worden wie die Herren Kommissionsmitglieder. Wenn ich dabei gewesen wäre, wäre das den Herrschaften nicht passiert. (Weiterkeit.) Ich bin an dem Tage nach dem Todesfall zu dem Heim gegangen; da hat die Oberin Elli Werdemann Wort für Wort bestätigt, was in dem Artikel gesagt und von uns vorgebracht wurde. Sie hat auch nicht gewagt, mir einen anderen Raum im zweiten Stockwerk zu zeigen, sondern sie ist sofort mit

mir auf die Zelle gegangen da oben unter dem Dachsparren. Der Speicher ist nicht in Zimmer eingeteilt, sondern in Ecken und Zellen. In eine dieser Zellen hat man das Mädchen nackt eingesperrt, ohne jede Decke, ohne alles; man hat ihm alles weggenommen bis auf das Hemd. Und das Mädchen ist aus dem Fenster gesprungen, das nicht vergittert war, abends um 8 Uhr, als alles dunkel war, obwohl das Heim direkt im Walde liegt. Es ist aus Verzweiflung hinunter gesprungen.

In dem ersten Falle — der Beweis ist ganz offenkundig — haben die Schwester Elli Werdemann und die andere Schwester — Hanni mit Vornamen — dem Mädchen das Kleid vom Leibe gerissen, weil es sich geweigert hatte, sich auszuziehen und nackt in der Zelle zu bleiben. Dieses Kleid kann ich Ihnen noch zeigen, es ist in unserem Besitz. Vorn ist ein breiter Zanella-Streifen eingenäht; den hat das Mädchen sich selbst einnähen müssen, als es noch einen Arm im Gipsverband hatte.

Wir können Ihnen noch Dutzende von Fällen bringen. Es sind Mädchen, die in der Gegend geheiratet haben; wenn wir die als Zeugen vor Gericht laden, dann werden Sie nicht mehr den Mut haben, mit einer solch eisernen Stirn zu behaupten: Es handelt sich hier nicht um einen Selbstmordversuch, sondern um einen Unglücksfall.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a f e n : Das Wort hat Herr Landesrat Boffen.

Landesrat Dr. B o f f e n : Meine Damen und Herren! Auch nach den Ausführungen des Herrn Vorredners habe ich meinen vorherigen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Ich möchte nur auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Hölken antworten, daß uns bisher kein Fall bekannt geworden ist, in dem einem Abgeordneten der Zutritt zu irgendeiner Anstalt unserer Böglinge verweigert worden wäre. Wir müssen grundsätzlich daran festhalten, daß der Leiter der Anstalt selbst beurteilen muß, ob er einen Besuch mit Rücksicht auf den Charakter der Anstalt zulassen kann oder nicht. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Aber, wie gesagt, Klagen darüber, daß ein Besuch als unzulässig abgewiesen worden sei, sind mir bisher nicht vorgekommen. Sie können mit dem hellsten Scheinwerfer in unsere Anstalten hineinleuchten. Wir sind jederzeit bereit, sofort, wenn Sie zu uns kommen, mit Ihnen in die Anstalten zu fahren. Wir haben nichts zu verbergen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a f e n : Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter D ö r r : Meine Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende hat vorhin die Anregung gegeben, bei Erledigung der Punkte 56 bis 62, die uns in der Drucksache vorliegende Entschließung der Herren Herrmann, Rohl und Wedershoven mit der Drucksache 56 zu verbinden. Ich beantrage, die Abstimmung

über diese Entschliebung heute auszusprechen, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen, damit zunächst die zuständige Sachkommission Gelegenheit hat, sich damit zu beschäftigen. Außerdem werden wahrscheinlich auch die Fraktionen dazu Gelegenheit haben wollen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a s e n : Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Ha c k.

Abgeordneter Ha c k : Das Theater, das jetzt aufgezogen wird, ist wirklich nicht mehr zu überbieten. Herr Abgeordneter Herrmann hat im Ausschuss bereits gesagt, daß er diese Entschliebung stellt. Da hat ihm aber der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Kaiser, gesagt, das könne er nicht. In der Geschäftsordnung ist aber nirgendwo etwas zu finden, wonach er das nicht kann. Wohl aber sagt die Geschäftsordnung deutlich, daß Abänderungsanträge und Anträge auf Annahme einer Entschliebung im Anschluß an die Verhandlungen über einen bestimmten Gegenstand bis zum Schlusse der Besprechung des Gegenstandes, auf den sie sich beziehen, gestellt werden können. Die Materie, die die Entschliebung betrifft, ist im Ausschuss behandelt worden. Es ist also nur die Absicht vorhanden, sich von einer Abstimmung zu drücken, wenn man heute Vertagung beantragt. Sachliche Gründe können überhaupt nicht vorliegen, weil, wie ich schon sagte, die Entschliebung beraten worden ist. Infolgedessen muß jeder, der an diesem Theater kein Interesse hat (Zuruf rechts: Das Theater machen Sie doch!), dieser Vertagung bzw. Abschiebung widersprechen. Es ist eine Entschliebung, die der Bürgerblock nicht verdauen kann. Deswegen soll sie noch einmal in die Dunkelkammer.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a s e n : Zu einer sachlichen Berichtigung Herr Abgeordneter Dr. Kaiser.

Abgeordneter Dr. Kaiser : Ich möchte zu der Bemerkung des Herrn Vorredners, da ich der Vorsitzende war, erklären, daß von meinen Freunden kein Widerspruch entgegengesetzt wird, wenn jetzt über die Sache abgestimmt wird.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Sa a s e n : Zu einer sachlichen Richtigstellung und einer Erklärung Herr Abgeordneter Kemmer.

Abgeordneter Kemmer : Ich bin zu einer Richtigstellung gezwungen, einmal auf Grund der Ausführungen des Herrn Dr. Vossen, dann auf Grund der Bemerkungen der Frau Abgeordneten von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. (Zuruf: Frau Niedel!) — Der Name tut nichts zur Sache.

Ich stelle nochmals sachlich fest: Die Zelle, die man uns, dem Ausschuss, der den Besuch gemacht hat, gezeigt hat, lag in der ersten Etage des Hauses, war ein Raum, der groß genug gewesen wäre, ein Bett und ein Menschenkind auf einige Zeit zu beherbergen. Der Raum war frisch gestrichen. Dem Abgeordneten Nohl hat am folgenden Tage die Oberin des Hauses, als er im Anschluß an den Selbstmord die Anstalt besich-

tigte, eine andere Kammer gezeigt, die unter dem Dachsparren lag. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Das ist die richtige Kammer!) Ich behaupte nun folgendes: Entweder hat man den Ausschuss belogen oder man hat den Abgeordneten Nohl belogen. (Zuruf des Abgeordneten Nohl: Ich kannte das Loch, mich konnte niemand betrügen!) Aber belogen worden ist jemand. Ich nehme an, daß man uns belogen hat, Herr Landesrat Vossen.

Die 9½stündige Arbeitszeit pro Tag hat selbst Herr Landesrat Vossen zugegeben. Ich halte es für eine Kulturschande, daß man seelisch und körperlich Krank täglich 9½ Stunden zum Segen des Profits des Unternehmers in einer Provinzialanstalt arbeiten läßt.

Dann hat es sich nicht um eine Autokappe gehandelt. Die Schwester hat uns erzählt, daß die Kinder schon des öfteren einmal solche Extramühen aufleben. In diesem Falle handelte es sich um eine Lederkappe, die die Mutter des Kindes geschickt hat, nicht um eine Autokappe.

Herr Dr. Lüderath hat bei den Beratungen es für wahrscheinlicher gehalten, daß es sich um einen Selbstmord handele; den Fluchtversuch hat er erst als zweite Möglichkeit hingestellt.

Dem Herrn Pfarrer Jansen möchte ich sagen: Mein Zwischenruf bezog sich nicht auf das, was man ihm unterlegt hat. Ich habe damit sagen wollen, und rufe die Frau Becker von der Sozialdemokratie als Zeugin an: Als wir beide versuchten, einige der Kinder zu separieren, ist die Schwester, die uns begleitete, nicht von uns weggegangen; sie ist so ostentativ stehen geblieben, daß wir es nicht wagten, durch Fragen den Kindern nachher allerlei Unheil an den Hals zu bringen.

Ich bin davon überzeugt, daß Herr Pfarrer Jansen ohne Folgen und ungestraft mit einem Kinde sprechen kann, d. h. ungestraft in bezug auf das Kind. Aber wenn wir fragen, und das, was wir hören, verwenden, so ist höchstwahrscheinlich, daß die Kinder, wenn wir das Gehörte in ihrem Interesse verwenden, nachträglich zu leiden haben.

Nun zu der Frau Abgeordneten. Ich habe in der Anstalt auf Grund dessen, was man uns gezeigt hat, folgendes gesagt und halte das selbstverständlich auch heute noch aufrecht: Kinderselbstmorde kommen vor in Anstalten und im privaten Haushalt. Aus der Tatsache allein, daß in einer Anstalt ein Selbstmord passiert ist, Schlüsse in der Richtung zu ziehen, daß eine Anstalt schlecht oder gut in ihrer Gesamtleitung ist, halte ich für abwegig. Wenn das, was ich da gesagt habe, nicht dem gesunden Menschenverstand entspricht, so weiß ich nicht, was man unter dem Begriff versteht. Aber was wir nachher sahen und was nicht besprochen wurde: die 9½stündige Arbeitszeit, die wir selbst hinterher feststellten, das hat mich in der Fabrik schon stutzig gemacht. Und als ich dann die Vorgeschichte hörte und vernahm, daß man in ähnlichen Fällen monatelang den Kindern den Schriftverkehr mit den Eltern unterbunden hat, ging mir ein Verständnis

dafür auf, welche Dinge das Kind in den Tod getrieben haben. Also kein Einzelfall, Herr Landesrat. In der Anstalt sind in der Frist von sechs Monaten drei Selbstmordversuche vorgekommen. Das Kind, das jetzt zu Tode gekommen ist, hat angeblich einige Monate vorher versucht, sich in einem Teich neben der Anstalt zu ertränken. Also nicht ein Selbstmordversuch, kein einzelner Fall, sondern eine Häufung von Fällen.

Meine Damen und Herren! Wenn noch eine Spur von Verantwortlichkeitsgefühl in Ihnen ist, dann werden Sie unsere Anträge nicht abwürgen, sondern dann werden Sie zum mindesten verlangen, daß untersucht wird, wer belogen worden ist, ob die Kommission oder der Abgeordnete Kobl, es sei denn, daß Sie dem Abgeordneten Kobl, der ja Kommunist und als solcher immerhin verdächtig ist, von vornherein unterschieben, daß er bewußt die Unwahrheit sagt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaßen: Zur Abwehr persönlicher Angriffe hat Herr Abgeordneter Haack das Wort.

Abgeordneter Haack: Ich möchte zu den Ausführungen Stellung nehmen, die in bezug auf meine Worte gegenüber einem Vertreter der Presse gemacht worden sind. Es ist doch allgemein üblich, daß auf Ausführungen der Presse, soweit sie Tagungen betreffen, auch der Abgeordnete Bezug nehmen kann. Als gestern ein Abgeordneter der bürgerlichen Richtung lange Zeit zur „Kölnischen Zeitung“ sprach, hat sich niemand etwas daraus gemacht. Wenn aber die sozialdemokratische Zeitung behauptet, wir hätten die Anträge, die wir gestellt haben, von früheren Anträgen der Sozialdemokratie zusammengeklaut, wenn man uns also sozusagen des geistigen Diebstahls bezichtigt, muß man doch das Recht haben, gegen eine solche Zeitung zu polemisieren. Wenn die Zeitung keine Möglichkeit hat, sich zu wehren, dann tut sie mir leid. Wenn es nicht eine Zeitung ist, die nicht gelesen wird, so hat sie doch die Möglichkeit, in ihren Spalten etwas zu tun. Ich gebe allerdings zu, daß ich die Zeitung in dieser Beziehung nicht hätte anzugreifen brauchen, weil eine geistige Anleihe bei der SPD. heute wirklich nicht mehr zu machen ist.

Was aber die Person anbetrifft, Herr Schreiner, so möchte ich doch feststellen, daß auf Verbot der Sozialdemokratischen Partei und weil man Sie in der Internationalen Arbeiterhilfe nicht mehr Ihren Bedürfnissen entsprechend gewürdigt und ernst genommen hat, Ihr Austritt erfolgt ist.

Die Abgeordnete Becker hat Verdächtigungen gegen die Internationale Arbeiterhilfe ausgesprochen, die in keinem Wort und in keinem Satz bewiesen sind oder bewiesen werden können. Damit sind sie genug gekennzeichnet. Die Verdächtigungen treffen die sozialdemokratischen Arbeiter, die zu einer großen Anzahl in der Internationalen Arbeiterhilfe mitarbeiten, von denen allerdings Sie sich ideologisch längst getrennt haben.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaßen: Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Abgeordneter Dörr.

Abgeordneter Dörr: Meine Damen und Herren! Nachdem ich festgestellt habe, daß der zuständige Sachausschuß bereits die Unzuständigkeit der Entscheidung im Zusammenhang mit der hier behandelten Materie anerkannt hat, ziehe ich meinen Antrag als gegenstandslos zurück. (Zuruf links: Das ist auch besser!)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaßen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Besprechung ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über Punkt 56 der Tagesordnung abstimmen. Wer für die unveränderte Annahme des Haushaltsplans der Fürsorgeerziehung Minderjähriger ist, den bitte ich, aufzustehen. (Zuruf: Das ist nicht verstanden worden!) Dann bitte ich, etwas ruhiger zu sein, damit ich mit meiner Stimme durchdringen kann. — Ich frage nochmals: Wer ist für die unveränderte Annahme des Haushaltsplans der Fürsorgeerziehung? — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung zu Punkt 57. Wer für unveränderte Annahme des Haushaltsplans, betreffend die Provinzial-Erziehungsheime, ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Punkt 58: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Aufsicht über die Fürsorgezöglinge. Wer für den Antrag der SPD. ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist abgelehnt.

Punkt 59: Antrag des II. Sachausschusses zu dem Antrage der SPD.-Fraktion, betr. Erholungskur für schulpflichtige Fürsorgezöglinge nach ihrer Einlieferung.

Zur Abstimmung Herr Abgeordneter Gerlach.

Abgeordneter Gerlach: Es ist von einem unserer Redner bereits beantragt, hier absatzweise abzustimmen. Die sozialdemokratische Fraktion wird für den ersten Absatz des Antrages 70 zu Ziffer 59 stimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaßen: Ich lasse also über den Antrag in Drucksache 70 nach Absätzen abstimmen.

Der erste Absatz lautet: „Für alle schulpflichtigen Fürsorgezöglinge ist sofort nach der Einlieferung in die Fürsorgeerziehung eine sechswöchige Erholungskur durchzuführen.“ Wer hierfür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist abgelehnt. (Zuruf: Gegenprobe!) Die Gegenprobe wird erledigt. — Der Antrag ist abgelehnt.

Absatz 2: „Schulpflichtige Fürsorgezöglinge erhalten Ferien im Umfang der Ferienordnung für die Volksschulen am Orte der jeweiligen Anstalt. Sie dürfen während dieser Zeit auch nicht mit Hausarbeit beschäftigt werden.“ Wer für die Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Abgelehnt!

Abſatz 3: „Schulentlaſſene Fürſorgezöglinge erhalten alljährlich in zwei Abſchnitten Ferien auf die Dauer von vier Wochen. Während dieſer Zeit dürfen ſie zu keiner Arbeitsleiſtung herangezogen werden.“ Wer für dieſen Antrag iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. — Auch Abſatz 3 iſt abgelehnt. Damit iſt der geſamte Antrag abgelehnt.

Punkt 60: Antrag des II. Sachauſchusses zu dem Antrage der K.P.D.-Fraktion, betreffend Einweiſung von Fürſorgezöglingen in das evangelische Fürſorgeheim II in Niederſeimar und in das Fürſorgeheim I in Summersbach. Wer für den Antrag der kommunistiſchen Fraktion iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. — Der Antrag iſt abgelehnt.

Punkt 61: Antrag des II. Sachauſchusses zu dem Antrage der K.P.D.-Fraktion, betreffend die Unterbringung von Fürſorgezöglingen oder ſonſtigen Pfléglingen in Privatanſtatten. Wer für den Antrag der kommunistiſchen Fraktion iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. — Der Antrag iſt abgelehnt.

Zu Punkt 62 liegt ein Antrag der Frau Abgeordneten Becker vor. Sie beantragt, den Antrag auf Drucksache 72 der Provinzialkommiſſion und dem Provinzialauſchuß zur Erledigung und Berichterſtattung an den nächſten Provinziallandtag zu überweiſen.

Punkt 62 befaßt ſich mit dem Antrage des II. Sachauſchusses zu dem Antrage der K.P.D.-Fraktion, betreffend Durchführung der Fürſorgeerziehung. Es handelt ſich um den langen Antrag mit den einzelnen Punkten.

Ich laſſe zunächſt über den Antrag der Frau Abgeordneten Becker auf Ueberweiſung an die Provinzialkommiſſion und den Provinzialauſchuß abſtimmen. Wer für dieſe Ueberweiſung iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. — Der Antrag iſt abgelehnt.

Dann laſſe ich über den Antrag der K.P.D.-Fraktion ſelbſt abſtimmen. Wer für den Antrag iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. — Auch der Antrag ſelbſt iſt abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abſtimmung über die Entſchließung auf Drucksache 119: „Der Rheinische Provinziallandtag erblickt in dem zur Zeit herrſchenden Wohnungſelend eine Haupturſache der ſchweren geſundheitlichen und ſittlichen Schäden, unter denen unſer Volksleben leidet. Er hält deſhalb die ſchleunige Beſeitigung der Wohnungsnot für dringend geboten und fordert die Reichsregierung auf, baldigſt ein Geſetz vorzulegen, demzufolge die Erträge der Hauszinsſteuer, ſo lange dieſe Steuer erhoben wird, reſtlos zur Förderung des Wohnungsbaues verwandt werden müſſen.“

Wer für dieſe Entſchließung iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. Die Entſchließung iſt abgelehnt. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Gegenprobe!) Es wird die Gegenprobe gewünscht. Wer gegen die Annahme der Entſchließung iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. Die Annahme der Entſchließung iſt abgelehnt.

Wir kommen zu

Punkt 63: Antrag des II. Sachauſchusses zu dem Haushaltsplan für das Landesjugendamt für das Rechnungsjahr 1927.

Das Wort hat der Berichterſtatter, Herr Abgeordneter Dr. Kaiſer.

Abgeordneter Dr. Kaiſer: Meine Damen und Herren! Der Sachauſchuß II hat die Entwicklung begrüßt, die das Landesjugendamt genommen hat. Er hat auch gleichzeitig anerkannt, daß das Landesjugendamt in der verhältnismäßig kurzen Zeit, in der es eingerichtet iſt, gute Arbeit geleistet hat.

Bei der Erörterung wurde aber ganz im Einklang mit den Ausführungen, die der Herr Landeshauptmann in ſeiner Haushaltsrede gemacht hat, auf folgendes hingewieſen: Man habe die Erfahrung gemacht und mache dieſe Erfahrung fortwährend, daß die Aufgaben des Landesjugendamtes dadurch ausgehöhlt würden, daß man ſtaatliche Behörden mit denſelben Aufgaben betraue, die dem Landesjugendamt geſetzlich zugewieſen ſind.

In dem Auſſchuſſe wurde dann von einer Seite noch weiter gewünscht, daß man prüfen möge, ob das Landesjugendamt nicht mehr wie bisher ſeine Mittel auf die neuen, ihm zugewieſenen Aufgaben verwende, ſtatt, wie das bisher zum großen Teile geſchehe, ſie zur Unterſtützung an die beſtehenden Einrichtungen zu überweiſen. Der Sachauſchuß ſelbſt hat zu dieſer Anregung keine Stellung genommen. Er war der Meinung, daß man dieſe Anregung zweckmäßig dem Landesjugendamt ſelbſt zur Beratung und Entſcheidung überweiſe.

Im übrigen empfiehlt der Sachauſchuß die unveränderte Annahme deſſen Haushaltsplans.

Stellvertretender Vorſitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abſtimmung über Punkt 63. Wer für den Antrag des Sachauſchusses iſt, den bitte ich, ſich zu erheben. Der Antrag iſt angenommen.

Punkt 64: Antrag des II. Sachauſchusses

a) zu dem Bericht und Antrag des Provinzialauſchusses, betreffend Bereitstellung eines Betrages von 250 000 Mark zum Ausbau deſſen rheinischen Jugendherbergſnetzes;

b) zu dem Antrage der K.P.D.-Fraktion auf Erhöhung dieſes Betrages auf 500 000 Mark.

Das Wort hat derſelbe Herr Berichterſtatter.

Abgeordneter Dr. Kaiſer: Der II. Sachauſchuß hat die Förderung und Aufmerkſamkeit, die die Verwaltung den Jugendherbergen zuteil werden läßt, gern anerkannt. Er hält auch den eingeschlagenen Weg für richtig. Er billigt und unterſtützt auch die Abſicht der Verwaltung, planmäßig dieſe Herbergen an den Wanderwegen einzurichten. Es hat ihn beſon-

ders gefreut, von der Verwaltung, wie es auch in der Denkschrift niedergelegt ist, zu hören, daß sie nunmehr, nachdem sie in der Eifel angefangen, ihre Bestrebungen auch auf den Hunsrück, die Sieg, die Agger und den Niederrhein ausdehnen will.

Trotz allem Wohlwollen, das der Sachausschuß den Bestrebungen entgegenbringt, hat er doch geglaubt, angesichts der finanziellen Lage der Provinz, den Antrag der kommunistischen Fraktion, der das Doppelte vorsieht, eine Erhöhung von 250 000 Mark auf 500 000 Mark, ablehnen zu müssen.

Der Sachausschuß empfiehlt Ihnen daher die unveränderte Annahme des Vorschlages des Provinzialausschusses unter Ablehnung des kommunistischen Antrages.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Ich möchte nur feststellen, daß der Nebenausschuß, der Zweigausschuß, der für die Jugendherbergen errichtet ist, selbst die Forderung von 500 000 Mark aufstellt. Wenn man sieht, was für Kunstidentmaler und solche seriöse Geschichten ausgeworfen wird, muß man doch mindestens erwarten, daß für Hygiene, Jugendpflege usw. das aufgewandt wird, was von den Ausschüssen, die da Bescheid wissen, gefordert wird. Ich möchte aber auch noch darauf hinweisen, daß in anderen Ländern, auch in den Nachbarprovinzen — Westfalen usw. — das Jugendherbergswesen längst weiter ausgebaut ist als im Rheinland und daß unser Antrag nur die Absicht hat, eine Sache nachzuholen, die längst durchgeführt sein müßte.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den weitergehenden Antrag auf Bewilligung von 500 000 Mark abstimmen. Wer für diesen Antrag der kommunistischen Fraktion ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse dann über den Antrag unter a, 250 000 Mark zu bewilligen, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Ich glaube, wir haben bisher schon ein ganz anständiges Arbeitspensum erledigt. Die Feststellung der Tagesordnung für morgen wird vielleicht auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da bei dieser Gelegenheit noch Fragen behandelt werden, die die Zuständigkeit betreffen. Aus diesem Grunde verlangen wir jetzt Vertagung und bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Meine Damen und Herren! Ich habe im Auftrage des Herrn ersten Vorsitzenden Ihnen mitzuteilen, daß doch gebeten wird, im Interesse der Geschäftslage noch

solange zu tagen, als auch der Provinzialausschuß noch versammelt ist.

Vielleicht empfiehlt es sich, um in der Tagesordnung weiterzukommen, die Punkte jetzt vorweg zu nehmen, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen. Es ist geschäftsordnungsmäßig in der Einleitung zur heutigen Tagesordnung auf diese Möglichkeit hingewiesen worden. Ich glaube, da nur noch zu wenigen Punkten Wortmeldungen vorliegen, können wir eine große Anzahl dieser Punkte heute noch erledigen. Wir brauchen dann die morgige Sitzung nicht damit zu belasten.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Maus.

Abgeordneter Maus: Meine Freunde bitten dringend, so zu verfahren, wie es der Herr Vorsitzende vorgeschlagen hat.

Abgeordneter Oberdörster: Unter diesen Umständen ziehen wir zunächst den Vertagungsantrag zurück.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Dann kommen wir zu

Punkt 65: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Hochbauabteilung für das Rechnungsjahr 1927.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. Angenommen! Ich bitte um Entschuldigung, der Herr Berichterstatter ist nicht zu Wort gekommen. (Weiterkeit.)

Punkt 66: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Anstaltsfürsorge für Geisteskranke usw. für das Rechnungsjahr 1927.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Giedmann, Köln: Der III. Sachausschuß empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme der Vorlage.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 67: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Bau eines Hauses für ansteckende Krankheiten in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bedburg-Hau.

Derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Giedmann, Köln: Der Ausschuß empfiehlt die unveränderte Vorlage zur Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 71, da für die Zwischenpunkte Wortmeldungen vorliegen.

Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Krüppelfürsorge für das Rechnungsjahr 1927.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter. (Zuruf: Nicht da!) Dann nehme ich an, daß der Berichterstatter verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 72: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Erlaß neuer Bestimmungen über die Aufnahme von Krüppeln nach dem Gesetz vom 6. Mai 1920 und die Aufnahme in die Orthopädische Provinzial-Kinderheilanstalt Süchteln.

Als Vertreterin für den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Bierwirth, hat das Wort die Frau Abgeordnete Gosewinkel.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der III. Sachausschuß empfiehlt die Annahme des Antrages, wie er Ihnen in der Drucksache Nr. 116 vorliegt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 116. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Punkt 73: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan der Orthopädischen Provinzial-Kinderheilanstalt Süchteln für das Rechnungsjahr 1927.

Das Wort hat dieselbe Frau Berichterstatterin.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der III. Sachausschuß bittet, den Haushaltsplan so anzunehmen, wie er Ihnen vorliegt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 76: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Antrage der Zentrumsfraktion, betreffend Prüfung der Frage des Neubaus eines Frauenlazarets bei der Arbeitsanstalt Brauweiler.

Das Wort hat dieselbe Frau Berichterstatterin.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der III. Sachausschuß bittet, den Antrag der Zentrumsfraktion nicht, wie hier steht, unverändert anzunehmen, sondern ihn dem Provinzialausschuß zu überweisen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Ich lasse abstimmen über den von der Frau Berichterstatterin vorgetragenen Antrag, den Antrag der Zentrumsfraktion dem Provinzialausschuß zu überweisen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 77: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Austausch von Grundstücken zwischen der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler und dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk.

Dieselbe Frau Berichterstatterin.

Abgeordnete Fräulein Gosewinkel: Der III. Sachausschuß bittet, den Antrag so anzunehmen, wie er vorliegt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 78. (Zurufe: Dazu liegen Wortmeldungen vor!) Also stelle ich Punkt 78 zurück.

Punkt 81: Antrag des III. und V. Sachausschusses zu dem Antrage der S.P.D.-Fraktion, betreffend Vorlage einer Aufstellung über die Größe der landwirtschaftlichen Flächen bei den einzelnen Provinzialanstalten, Zahl der Insassen usw.

Als Berichterstatter für den III. Sachausschuß hat das Wort Herr Abgeordneter Rath.

Abgeordneter Rath: Meine Damen und Herren! Der III. Sachausschuß empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme des Vorschlages der Sozialdemokratischen Partei.

Aus der Mitte des Hauses heraus wurde noch geltend gemacht, daß die Aufstellung, die seitens des Herrn Landeshauptmanns dem Provinziallandtag im nächsten Jahre vorgelegt werden soll, noch dahin zu ergänzen sei, daß auch die Bewertung der einzelnen Güter in diese Aufstellung hineingenommen werden solle. Auch mit dieser Abänderung hat sich der III. Sachausschuß einstimmig einverstanden erklärt.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Als Berichterstatter für den V. Sachausschuß hat das Wort Herr Albers.

Abgeordneter Albers: Auch der V. Sachausschuß empfiehlt Ihnen unveränderte Annahme des Antrages, steht aber auf dem Standpunkt, daß diese statistischen Erhebungen so vollständig wie möglich gemacht werden sollen. Zweifel bestanden in dem Ausschuß darüber, ob die Folge des Antrages sein würde, später Grundbesitz in das Eigentum der Provinz überzuführen. Darüber waren die Meinungen im Sachausschuß geteilt. Im allgemeinen empfiehlt er unveränderte Annahme.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Wir kommen zur Abstimmung über Punkt 81. Wer für die Annahme ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 82: Antrag des III. und V. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag

des Provinzialausschusses, betreffend die Erwerbung der Nettemühle in Weibenthurm und Verwendung eines Teiles dieses Anwesens zur Errichtung einer Kolonie für 50 weibliche Geistesranke.

Als Berichterstatter für den III. Sachausschuß Herr Abgeordneter Rath.

Abgeordneter Rath: Meine Damen und Herren! Der III. Sachausschuß hat, soweit seine Zuständigkeit in Frage kommt, gegen die Unterbringung der 50 weiblichen Geistesranke in dem umgestalteten Herrenhause der Nettemühle keine Bedenken gehabt. Im Gegenteil hat er, dem Antrage des Provinzialausschusses entsprechend, es für die Kranken für durchaus zuträglich gehalten, daß sie in diesem, wie uns geschildert wurde, sehr schönen Besitztum untergebracht werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Das Wort hat der Berichterstatter des V. Sachausschusses, Herr von Stedman.

Abgeordneter von Stedman: Auch der V. Sachausschuß empfiehlt unveränderte Annahme. Es waren Meinungsverschiedenheiten darüber, ob man eventuell die 350 000 Mark streichen könnte. Nachdem sich herausgestellt hat, daß es sich nicht um den ordentlichen, sondern um den außerordentlichen Haushaltsplan handelt, sind die Bedenken hinfällig geworden. Annahme wird empfohlen.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer für den Antrag des Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 83: Antrag des III. Sachausschusses zu der Eingabe des Viehhändlervereins für den Regierungsbezirk Düsseldorf e. B. in Greifath wegen Einkaufs von Vieh für die Provinzialanstalten.

Das Wort hat derselbe Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Rath: Der eben von dem Herrn Präsidenten genannte Viehhändlerverein für den Regierungsbezirk Düsseldorf beantragt, daß das Vieh für die Provinzialanstalten nicht unmittelbar bei den Landwirten, sondern bei den Viehhändlern gekauft wird. Der Sachausschuß war einstimmig der Ansicht, daß auf die Provinzialverwaltung ein derartiger Zwang in wirtschaftlicher Hinsicht nicht ausgeübt werden könne, und empfiehlt dem Hohen Hause in Übereinstimmung mit dem Provinzialausschuß einmütig die Ablehnung dieses Antrages.

Ich glaube, wenn es auch nicht ausdrücklich im Ausschuß zum Ausdruck kam, daß manches Ausschußmitglied sich zum mindesten gedacht hat: *Difficile est, satyram non scribere.*

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer für den Antrag des III. Sachausschusses ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist angenommen.

Punkt 84: Antrag des I. Sachausschusses zu der Eingabe der Stadtverordnetenversammlung Mörz, Verkehrsverband „ linker Niederrhein“, betreffend Wiederaufnahme der infolge Botschafternote vom 27. Mai 1922 eingestellten Bauarbeiten an der Reichsbahlinie Mörz—Geldern.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Abgeordneter Dr. Carl: Herr Dr. Vielhaber ist verhindert. Er hat mich gebeten, ihn zu vertreten.

Der I. Sachausschuß befürwortet die Wiederaufnahme der Bauarbeiten an der Reichsbahlinie Mörz—Geldern. Die Einstellung ist auf Anforderung der Besatzungsbehörde erfolgt. Es ist zu erhoffen, daß die Widerstände jetzt fallen werden.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des I. Sachausschusses. Wer dafür ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Auch dieser Antrag ist angenommen.

Nummehr sind die Punkte, zu denen Wortmeldungen nicht vorliegen, erledigt. Ich frage nummehr das Hohen Haus, ob es die wenigen zurückgestellten Punkte auch noch erledigen will.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Ich wiederhole meinen Antrag auf Vertagung, weil einmal diejenigen, die wirklich den Verhandlungen gefolgt sind, abgesehen sind, und weil zum anderen meiner Ueberzeugung nach den Stenographen nicht mehr zugemutet werden kann, als ihnen bisher zugemutet worden ist. Ich werde mir, wenn dem Antrage nicht stattgegeben wird, vorbehalten, durch namentliche Abstimmung feststellen zu lassen, ob das Haus noch beschlußfähig ist.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saafen: Ich frage zunächst, ob der Antrag auf Schluß der Sitzung die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung von 15 Abgeordneten findet. Wer unterstützt den Antrag? — Die notwendige Mehrheit ist da. Wer für den Antrag auf Schluß der Sitzung ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist abgelehnt. (Zurufe: Wir bezweifeln das! Gegenprobe!) Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Präsidium ist sich über das Ergebnis der Abstimmung nicht einig. Ich bestimme die Abgeordneten Haack und Dr. Kaiser als Stimmzähler. Ich bitte zunächst diejenigen, aufzustehen, die für den Schluß der Sitzung sind. (Es werden 29 Stimmen gezählt.) Ich bitte nummehr um die Gegenprobe. Wer gegen den Antrag auf Schluß der Sitzung ist, den bitte ich, sich zu erheben. (Es werden 52 Stimmen gezählt.) Nach den übereinstimmenden Feststellungen der beiden Herren Stimmzähler ist der Schlußantrag abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Haack.

Abgeordneter Haack: Zunächst einmal protestiere ich gegen die Abstimmung. Ich stelle dabei fest, daß Herr Kaiser 10 Mann mehr gezählt hat als Herr Haack.

Das wird vielleicht daher rühren, daß Herr Kaiser bei der Abstimmung die Abgeordneten aufgefordert hat, sich hinzusetzen. Das ist eine unzulässige Beeinflussung der Wahl. (Weiterkeit.) Ich bitte infolgedessen, die Abstimmung noch einmal vorzunehmen. (Zuruf des Abgeordneten Gerlach: Wer hat sich denn beeinflussen lassen?)

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: § 38 der Geschäftsordnung sieht vor, daß nur dann das Ergebnis der Stimmzählung nicht angefochten werden kann, wenn die Zählung der Stimmen gleiche Ergebnisse hatte. Das trifft in diesem Falle sicher zu, da sich beide Stimmzähler darin einig waren, daß die Mehrheit nicht für den Schlusstrag war. Sind Sie darüber einig, daß es 52 sind? (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Daß wenigstens 52 da waren! Weiterkeit.) Herr Abgeordneter Kaiser, Sie müssen in Übereinstimmung mit Herrn Haack Ihre Feststellung treffen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das Ergebnis der Abstimmung doch nicht mehr zweifelhaft sein kann. Ich bitte die Herren, den Widerspruch gegen die Abstimmung fallen zu lassen, damit wir in der sachlichen Beratung fortfahren können. Ich glaube, wir hätten inzwischen schon mehrere Punkte erledigen können. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Dann aber ohne Beschränkung der Redezeit!) Meinertwegen. Widerspruch ist nicht erhoben. Wir kommen dann zu

Punkt 68: Antrag des III. Sachausschusses zu dem

a) Haushaltsplan der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten einschließlich der Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme und des Provinzial-Fürsorgeheims für psychopathische Mädchen (Fürsorgezöglinge) für 1927 und in Verbindung hiermit

b) Antrag der K.P.D.-Fraktion.

Das Wort als Berichterstatter hat Herr Abgeordneter Eickmann, Köln.

Abgeordneter Eickmann, Köln: Der Ausschuß empfiehlt die unveränderte Annahme des vorgelegten Haushaltsplans.

Stellvertretender Vorsitzender Dr. Saaben: Das Wort hat Herr Abgeordneter Deppe.

Abgeordneter Deppe: Dieser Punkt ist mit einem Antrag der kommunistischen Fraktion verbunden, der dahin geht, in den Haushalt der Heil- und Pflegeanstalt Bonn einen Betrag von 50 000 Mark zur Errichtung einwandfreier Arbeitsräume usw. einzusetzen. Es hat sich gezeigt, daß die Auswirkungen der kapitalistischen Mißwirtschaft in allen Gebieten Platz greifen und sogar in die Heil- und Pflegeanstalten übergreifen. In der Anstalt Bonn sind Arbeitsräume vorhanden, die nicht den Anforderungen entsprechen. Aber die Anstaltsinsassen bedürfen Arbeits-

räume. Ein Teil davon ist im Kellergehoß untergebracht. Zeitweise muß in diesen Räumen über Tage bei Licht gearbeitet werden. Ferner herrscht in der Anstalt eine große Fliegenplage. (Stoche des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Dr. Farres: Darf ich um etwas Ruhe bitten?

Abgeordneter Deppe (fortfahrend): Das kommt daher, weil auf dem Hof dieser Anstalt das Dekonomiegebäude errichtet worden ist. Dort sind Ställe vorhanden, wo Misthaufen herumliegen. Im Sommer ist die Fliegenplage so groß, daß die Anstaltsinsassen davon peinlich berührt werden. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Leute, die dort als Geisteskrante untergebracht sind, und solche, die überhaupt kränzlich veranlagt sind, in solchen Arbeitsräumen ihre Arbeit verrichten können, die auch hygienisch einwandfrei sind und vor allem genügend Licht haben. In den Kellerräumen ist niemals soviel Luft wie in den Räumen, die über der Erde liegen. Es ist klar, daß in solchen Räumen eine muffige Luft herrscht, die den Arbeitern, die darin arbeiten, Schaden an der Gesundheit zufügt. Ganz besonders aber schadet das Leuten, welche als krank zu bezeichnen sind.

Ferner macht diese Anstalt in Bonn nicht den Eindruck einer Heil- und Pflegeanstalt, weil an vielen Fenstern noch Gitter vorhanden sind, die eher den Eindruck erwecken, als ob es ein Gefängnis wäre. Es muß verlangt werden — wir verlangen es wenigstens —, daß die Gitter von den Fenstern beseitigt werden. In dieser Anstalt sind nicht solche Kranke untergebracht, von denen anzunehmen ist, daß sie eventuell ausbrechen.

Deshalb ist es notwendig, daß hier eine Aenderung geschaffen wird, die dahin geht, daß zunächst einmal die Arbeitsräume so umgestaltet werden, wie es notwendig ist, daß aber auch die Gitter entfernt werden.

Ein anderes Uebel ist, daß die Kochküche, die in der Anstalt vorhanden ist, auch nicht den Anforderungen entspricht. Während der Kriegszeit hat man in dieser Küche die besseren, wertvollen Messing- und sonstigen Teile herausgenommen, die nicht so leicht oxydieren, und dafür Eisenteile eingesetzt, die leicht vom Rost angefressen werden.

Ueberhaupt sind hier Zustände, die beseitigt werden müssen. Die Zustände, die da herrschen, hätten längst beseitigt sein müssen. Natürlich wird die Provinzialverwaltung von selbst nicht daran denken, solche Aenderungen zu treffen. Darum haben wir als Kommunistische Partei den Antrag gestellt, den ich eben vorgelesen habe. Die Notwendigkeit zu diesem Antrage ergibt sich aus dem, was ich eben vorgelesen habe. Der III. Sachausschuß hat zwar empfohlen, den Antrag einfach dem Provinzialausschuß zu überweisen. Wir müssen aber darauf bestehen, daß unser Antrag, so wie er gestellt ist, jetzt verhandelt und nicht auf die lange Bank geschoben wird. Hier ist Abhilfe dringend er-

forderlich. Deshalb empfehlen wir dem Provinziallandtag die Annahme unseres Antrages.

Vorsitzender Dr. Jarres: Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Eickmann, hat noch das Wort zu Punkt 68 b.

Abgeordneter Eickmann, Köln: Die neuzeitlichen Anforderungen der Irrenpflege sind weitergehend, als die baulichen Verhältnisse der verschiedenen Anstalten es gestatten. Aus dem Grunde ergeben sich Unzuträglichkeiten, die im Interesse der Anstalten zu beseitigen sind. Der III. Sachausschuß empfiehlt, den Antrag der SPD-Fraktion dem Provinzialausschuß zu überweisen, weil es nicht möglich ist, hier durch einen Beschluß alle die Einzelheiten aufzuklären, was notwendig ist, um sachgemäß den Unzuträglichkeiten abzuwehren.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesmedizinalrat Dr. Wiehl.

Landesmedizinalrat Dr. Wiehl: Meine Damen und Herren! In der gestrigen Kommissions-Sitzung wurden die Angelegenheiten, die eben Herr Deppe vorgebracht hat, besprochen, und auf Antrag der Kommunistischen Partei wurde der Beschluß gefaßt, diese Angelegenheit dem Provinzialausschuß zur weiteren Bearbeitung zu überweisen. Es ist deshalb jetzt etwas verwunderlich, daß Herr Deppe dem Antrage, den sein eigener Parteigenosse gestern gestellt hat, nicht beistimmt, sondern ganz andere Anträge stellt.

Um zur Sache selbst zu kommen, so liegt uns natürlich die kapitalistische Wirtschaft in unseren Anstalten, soweit es die Beschäftigung der Kranken anbelangt, völlig fern. Wenn wir rein rechnerisch das, was die Arbeit der Kranken einbringt, aufstellen würden, dann würden wir mit einem großen Defizit abschließen. Wir treiben diese Beschäftigung auch nicht des Verdienens wegen, sondern, weil sich herausgestellt hat, daß die Beschäftigung der Kranken ein Nutzen für die Kranken selbst ist, weil sie von ihren krankhaften Ideen und Neigungen abgelenkt und dadurch leichter der Besserung zugeführt werden. Sie können auch, wenn sie an eine regelmäßige Arbeit, mag sie noch so leicht sein, gewöhnt sind, eher entlassen werden. Das ist das Ziel der Beschäftigungstherapie.

Was nun die Räume anlangt, in denen die Kranken arbeiten, so sind allerdings sogenannte Untergeschosse in Benutzung. Aber diese Geschosse sind durchschnittlich von zwei Seiten belichtet; sie können also luftig gehalten werden. Bei Durchschnittswetter sind sie auch hell genug und entsprechen den Anforderungen, die die Polizeiverordnungen an den Bau von Anstalten stellen.

Infolge der raschen Ausdehnung der Arbeitsbeschäftigung der Kranken sind vielleicht da und dort jetzt Räume in Benutzung, die nicht in allem dem entsprechen, was verlangt werden muß. Hier wird Abhilfe geschaffen, entweder dadurch, daß man Räume in den Stockwerken zur Verfügung stellt, oder aber, daß

durch Ausbau der Fenster und Erweiterung der Lichtöffnungen genügend Licht und Luft geschaffen wird.

Richtig ist, daß in einigen Anstalten — es sind die Anstalten Bonn und Düren — die Dekonomiegebäude nahe bei den Krankengebäuden liegen. Das wissen wir schon lange. Diese Weisheit brauchte uns der Herr Abgeordnete Deppe nicht erst zu bringen. Wir haben das auch schon in dem Bericht über das Irrenwesen, der in der Festschrift von 1925 steht, erwähnt. Aber es ist nicht so einfach, diese Dekonomiegebäude wegzuschaffen. Zunächst muß ein neuer Platz dafür gefunden werden, und es muß ein neues Gelände gekauft werden, das nicht so weit von der Anstalt ist, um überhaupt die Dekonomie betreiben zu können. Aber unser Bestreben geht darauf hin, das zu erreichen. Das ist nicht von heute auf morgen zu schaffen. Deshalb ist es auch das einzig Richtige, die Anträge dem Provinzialausschuß zur weiteren Bearbeitung zu übergeben.

Was nun die Gitter an den Anstaltsfenstern anlangt, so ist es richtig, daß besonders in den neueren Anstalten, die durchschnittlich nur ein oder zwei Stockwerke haben, die Gitter weggelassen worden sind. Ich möchte aber dabei doch erwähnen, daß die Abteilungen, wo die unzuverlässigen Kranken untergebracht sind, deren Tun und Lassen man nicht ohne weiteres voraussehen kann, keine Fenster haben, die die Kranken öffnen können, wie sie wollen. Die Fenster sind meist als Drehfenster eingerichtet, so daß der Kranke mit seinem Körper nicht durchkommen kann. Meiner Auffassung nach ist es immer noch besser, wir haben da und dort, wo es unbedingt notwendig erscheint, ein Gitter und lassen die Fenster von den Kranken öffnen. Sie können dann wenigstens ins Freie hinausschauen und einmal frische Luft bekommen, was ihnen bei den anderen Fenstern unmöglich ist.

Im übrigen muß ich dazu noch sagen: Unsere Anstalten haben teilweise drei Stockwerke. Infolge der zahlreichen Entlassungen und infolge des Umstandes, daß wir alles, was nicht unbedingt mehr anstalts-pflegebedürftig ist, was einigermaßen zuverlässig ist, möglichst in das öffentliche Leben zurückzubringen versuchen, müssen diese im dritten Stock gelegenen Abteilungen teilweise auch mit unzuverlässigen Kranken belegt werden. Nachdem bei der Abteilung Fürsorge-erziehung der Selbstmord eines Bögling's so schwer kritisiert worden ist, ist es natürlich für uns höchst bedenklich, uns nun auch noch den Selbstmord von Geisteskranken zur Last legen zu lassen dadurch, daß wir die Gitter entfernen, ohne daß wir Möglichkeiten treffen, daß die Kranken nicht durch die Fenster können. Wo die Gitter entfernt werden können, sind sie größtenteils schon entfernt. Wo es nicht möglich ist, müssen sie eben bleiben. Für die einzelnen Abteilungen kann darin natürlich nicht der Abgeordnete, der einmal durchgeht, entscheidend sein, sondern darüber müssen doch letzten Endes die Ärzte entscheiden.

Die Kochküche in Bonn — ich kann das wohl auch gleich noch anfügen — ist erst in den letzten Jahren — ich glaube, vor Kriegsausbruch — wesentlich erweitert worden und entspricht in hygienischer Beziehung allen Ansprüchen, die zu stellen sind, was Räumlichkeiten anbelangt. (Zuruf des Abgeordneten Oberdörster: Das Kochgeschirr ist aber ziemlich verrostet!) Wichtig ist, daß die Kessel nicht mehr schön aussehen. Infolge der Kriegsbestimmungen mußte die Nideleinlage der Kessel abgegeben werden, und es mußten Eisentessel eingesetzt werden. Diese werden aber jetzt schon allmählich in allen Anstalten ersetzt, und in einigen Jahren wird der Ersatz vollständig sein, so daß auch da das, was Sie wünschen, vorhanden ist.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Man wird bei der Kritik der Verhältnisse in den einzelnen Anstalten natürlich berücksichtigen, ob es eine neue oder eine alte Anstalt ist. Aber die Zustände, die heute in Bonn noch bestehen, sind meiner Meinung nach durchaus unwürdig und müssen geändert werden.

Es ist schon richtig, daß diese Kellergeschosse von beiden Seiten Licht bekommen. Aber es frage nur keiner, wieviel Licht sie bekommen. Es kann dort nur eine Mordluft herrschen, und bei trübem Wetter muß den ganzen Tag Licht gebrannt werden. Es ist unmöglich, daß das geeignete Arbeitsräume für Leute sind, die man immerhin als krank bezeichnen muß. Deshalb ist dort vor allem dringend Abhilfe geboten.

Nun aber zur Beschäftigung in den Anstalten noch etwas weiteres. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeit für diese Kranken, die, wenn sie nicht arbeiten, unter einem gewissen Druck leiden, eine Arznei sein kann. Aber jeder Zwang zur Arbeit muß auf den Zustand dieser Leute ungünstig einwirken. Deshalb muß jeder Zwang zur Arbeit verurteilt werden. Wenn das auch nach den Vorschriften geschieht, so ist doch die Praxis so, daß allerhand Mittel angewandt werden, um die Leute auch durch Zwang zur Arbeit zu bringen. Sie werden z. B. tage- und wochenlang ins Bett gepackt, wenn sie eine bestimmte Arbeit nicht verrichten. Das muß auch unterbunden werden. Andererseits muß verlangt werden, daß die Arbeit keine Schädigung der Gesundheit nach sich zieht, was beim Zupfen der Koffhaarmatratzen sicherlich der Fall sein wird, auch wenn vorher eine Desinfektion dieser Matratzen stattgefunden hat. Die Staubwolken, die sich bei dieser Arbeit entwickeln, sind direkt unheimlich. Wo man hier Maschinen für diese Arbeit hat, ist es unverantwortlich, daß die Kranken lediglich, um sie zu beschäftigen, mit einer solch staubigen Arbeit beauftragt werden, wenn auch die Sachen keimfrei gemacht sind.

Aber auch die Dauer der Arbeitszeit ist keineswegs in Ordnung. Ich habe festgestellt, daß in Grafenberg in der Bäckerei die Leute länger als acht Stunden arbeiten. Wenn schon in den Bäckereien ein Teil der

Kranken mitbeschäftigt wird, so muß wenigstens verlangt werden, daß der Maximalarbeitsstag nicht über acht Stunden hinausgeht.

Auch hinsichtlich der Ernährung ist noch nicht alles so, wie es sein müßte. Das Essen selbst mag als genügend bezeichnet werden können. Soweit wir es selbst probiert haben, ist es immerhin genießbar. Aber ich behaupte, daß bisher dem Geschmack nicht in der Weise Rechnung getragen wird, wie man es unbedingt verlangen muß, daß zwar eine gewisse Speisenfolge vorhanden ist, daß aber die Zubereitung der Speisen nicht in der schmackhaften Form erfolgt, wie es gefordert werden muß und wie es auch möglich ist. Auf diesem Gebiete müssen sicherlich die Dinge noch geändert werden.

Wenn bei den verschiedensten Arbeiten der Zweck nicht nur darin bestehen soll, etwas herzustellen, sondern die Leute auch zweckentsprechend zu beschäftigen, so, glaube ich, muß man insbesondere bei den großen Anstalten in der Bäckerei usw. mit den modernsten Produktionsmitteln arbeiten. Es ist wirklich rückständig, wenn heute in der Bäckerei nicht alle Maschinen von vorn bis hinten vorhanden sind und insbesondere die Brotherstellung noch mit den Händen erfolgt, wie das heute, mit Ausnahme der Knetbottiche, in den Bäckereien der Heil- und Pflegeanstalten restlos geschieht. Auch da müssen die Mittel bereit gestellt werden, um die Bäckereien in maschineller Hinsicht regelrecht auszugestalten.

Wir wünschen, daß bei dem Beschluß, unseren Antrag dem Provinzialausschuß zu überweisen, herauskommt, daß einmal die Arbeitsräume zweckentsprechend geändert werden, daß zum anderen auch Mittel und Wege gefunden werden, um die Fliegenplage in Bonn zu beseitigen und die Wirtschaftsgebäude außerhalb der Anstalt zu legen, damit innerhalb der Anstalt Licht und Luft in größerem Maße geschaffen wird.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Ich lasse abstimmen und bitte diejenigen, die für den Antrag zu a sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Wer ist zu b für den Antrag des Sachausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß?

Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Zur Geschäftsordnung möchte ich sagen, daß es nicht nur heißt „zur Beschlußfassung“, sondern auch „zur Berichterstattung“. In Anbetracht der Mängel, die ja zugegeben sind, hat der Provinziallandtag natürlich auch ein Interesse, nun zu erfahren, was in der Zukunft geschieht. Deshalb bitte ich um Berichterstattung an den nächsten Provinziallandtag.

Vorsitzender Dr. Farres: Also Herr Abgeordneter Hauck ist für den Antrag des Sachausschusses auf Ueberweisung an den Provinzialausschuß mit dem Zusatz, daß dem nächsten Provinziallandtag darüber Bericht erstattet wird. Wer für diesen Antrag und

den Zusatz Haude ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Punkt 69: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Haushaltsplan des Landesfürsorgewesens für das Rechnungsjahr 1927 in Verbindung mit dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Aenderung des Entwurfs des Haushalts 1927.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ruhnen.

Abgeordneter Ruhnen: Der Sachausschuß III schlägt Ihnen die Annahme des Haushaltsplans mit der Maßgabe vor, daß entsprechend der Drucksache 107, die Sie vor sich haben, die Ansätze bei Nr. II der Ausgabe, bei Position „Gesamtausgabe“ und bei der Position „Zuschuß“ um je 500 000 Mark erhöht und daß der Titel II der Ausgabe um 100 000 Mark ermäßigt und Titel III (Beihilfen an unermögende Bezirksfürsorgeverbände usw.) um 100 000 Mark zwecks Fürsorge für notleidende Winzer erhöht werden.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Wir sind nicht in der Lage, dem vorgelegten Etat in dieser Position zuzustimmen.

Der Herr Berichterstatter hat gesagt, daß in dem Titel II eine Herabminderung um 100 000 Mark eingetreten ist, um welchen Betrag man den Titel III (Beihilfen an unermögende Bezirksfürsorgeverbände) erhöht hat. Diese Reduzierung einer Etatsposition können wir nicht mitmachen. Aber diese Heruntersetzung hat eine interessante Geschichte. Der zuständige Herr Landesrat — ich weiß im Moment nicht, wer es war — hat uns berichtet, daß der preußische Innenminister — oder war es der Reichsinnenminister oder der Wirtschaftsminister? — zur Hebung der Not der Winzer einen Betrag von 400 000 Mark, wenn ich nicht irre (Zuruf: 800 000 Mark!), bereitgestellt hat. Wir erleben hier, daß eine Etatsposition verringert wird, um damit den aus dem Hause kommenden Wünschen, die Not der Winzer zu lindern, entgegenzukommen. Aber nun benutzt man die 100 000 Mark nicht etwa zur persönlichen Fürsorge für den Einzelfall, sondern nach den Ausführungen des zuständigen Herrn Landesrats sollen mit diesem Geld Wegebauten in den Weinbergen durchgeführt werden.

Wir protestieren gegen die Herabsetzung. Wir sind der Auffassung, daß man diese Etatsposition nicht reduzieren darf, wenigstens nicht mit der Begründung, die uns gegeben worden ist. Wenn man die Aufwendungen für die landeshilfsbedürftigen Personen reduziert und diese 100 000 Mark für sächliche Zwecke auswirft, die indirekt den Winzern zugute kommen, dürfte man diesen Abstrich nicht in diesem Etatsposten vornehmen. Das ist es, was wir dazu zu sagen haben.

Was man hier den Winzern auf der einen Seite gibt, gibt man ihnen nicht direkt, sondern man hilft

ihnen nur indirekt. Und auf der anderen Seite nimmt man den Landeshilfsbedürftigen die 100 000 Mark weg. Man reißt also ein Loch auf und stopft ein anderes ein bißchen zu. Nichts anderes ist es im Prinzip, Herr Pastor Hansen.

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Landesrat Bönsmann.

Landesrat Bönsmann: Meine Damen und Herren! Ganz so, wie der Herr Abgeordnete Renner die Sache dargelegt hat, ist sie nicht. Vielmehr sind von dem Etatstitel II 100 000 Mark abgesetzt, um dem Etatstitel III zugeführt zu werden, der die Verpflichtung des Landesfürsorgeverbandes betrifft, an hilfsbedürftige Landesfürsorgeverbände Beihilfen zu leisten. Wir haben dieses Mittel aus dem Grunde ergreifen müssen, um nicht in die Notwendigkeit veretzt zu werden, die Erhöhung der Provinzialumlage beantragen zu müssen. Der Grund ist folgender: Der preußische Minister für Landwirtschaft hat zur Linderung der Not der Winzer an der Mosel, Saar usw. 800 000 Mark zur Verfügung gestellt, um auf diese Weise den bedürftigen Kreisen Mittel in die Hand zu geben, ihre Weinbergswegen in Ordnung zu bringen; es sollen daraus die Arbeitslöhne gezahlt werden, die notwendig sind, um diese Arbeiten auszuführen. Der preußische Minister hat aber daran die Voraussetzung geknüpft, daß der Provinzialverband in diesem Falle auch etwas tue. Wenn die Kreise die Gelder nicht bekommen, dann können sie die Wegebauten nicht ausführen lassen und auch die Leute, die sonst bei dem Wegebau beschäftigt werden können, nicht beschäftigen. Das würde zur Folge haben, daß die Leute hilfsbedürftig werden und vom Kreise einfach unterstützt werden müssen, wodurch der Kreis leicht in eine sehr schwierige Lage geraten könnte; er würde möglicherweise soviel Mittel aufwenden müssen, daß seine eigene Kraft dazu nicht ausreichte und der Landesfürsorgeverband dann doch eintreten müßte. Der Herr Landeshaupmann hat daher geglaubt, dem Provinzialausschuß empfehlen zu sollen, aus dem Titel II des Landesfürsorgewesens 100 000 Mark herauszunehmen, damit ihnen nicht die 800 000 Mark, die der Herr Landwirtschaftsminister in Aussicht stellt, entgehen. Durch die Herausnahme dieser 100 000 Mark aus dem Titel II wird kein Hilfsbedürftiger geschädigt. Der Titel II stellt nur schätzungsweise den Betrag dar, den der Landesfürsorgeverband an die Bezirksfürsorgeverbände zu zahlen hat, die Antägen auf Erstattung von Aufwendungen armenrechtlicher Art bei ihm stellen. Der Titel II stellt nicht etwa die Aufwendungen dar, die direkt an Hilfsbedürftige gezahlt werden. Sollte sich nun herausstellen, daß die Summe, wie sie der Titel heute vorsieht — 1 500 000 Mark rund —, im laufenden Jahre nicht ausreicht, so werden wir eben, da es sich um gesetzliche Verpflichtungen handelt, gezwungen sein, Etatsüberschreitungen vorzunehmen. Das läßt sich nicht vermeiden, weil man ja die Verhältnisse im laufenden Jahre nicht mit Sicherheit im voraus be-

urteilen kann. Es ist möglich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so ändern, daß wir mit der Summe, die heute vorgesehen ist, auskommen werden. Es ist aber auch möglich, daß das nicht der Fall ist. Jedenfalls ist die Ausführung des Herrn Abgeordneten Renner nicht richtig, daß wir dadurch irgendwelchen Hilfsbedürftigen Mittel entziehen, um sie den Winzern an der Mosel usw. gewissermaßen ungeschädlich zuzuführen. Es handelt sich um eine durchaus rechtmäßige Maßnahme.

Vorsitzender Dr. Farres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Ich ziehe die Meldung zur Geschäftsordnung solange zurück, bis Herr Renner gesprochen hat.

Vorsitzender Dr. Farres: Dann Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner: Ganz so, wie der Herr Landesrat die Geschichte dargestellt hat, ist sie nicht. Der preussische Landwirtschaftsminister hat einen Vertrag von 800 000 Mark unter einer bestimmten Voraussetzung gegeben. Die Voraussetzung war die, daß die Provinz ihrerseits auch etwas für die notleidenden Winzer tut. Und da man hier zugegebenermaßen an eine Erhöhung der Provinzialumlage nicht herangehen will, hat man eben auf diesen hierfür mit etwas Dialektik verwendbaren Postionsposten zurückgegriffen und da den Abstrich vorgenommen. Also ein kleiner Versuch in der Linie, den großen Bruder da oben in Berlin zu betrügen und übers Ohr zu hauen. Nichts anderes ist es. Wenn man allerdings mit so großer Dialektik, wie soeben der Herr Landesrat, den Abstrich begründet, so mag das in etwa begründet klingen.

Nun zu der Sache selber. Diese 1 592 000 Mark sind Mittel für die Bezirksfürsorgeverbände. Sie kommen in den Bezirken in Gestalt von individuellen Zulagen zur Verteilung. Damit bestreiten die Armenverbände, die ihre Ortsarmen nicht versorgen und vor allen Dingen die sozialen Lasten nicht aus eigener Kraft tragen können, ihre Ausgaben. Wenn man aus einem Aufgabenkreis einen anderen Aufgabenkreis deckt, der nicht direkt Einzelpersonen zugute kommt, sondern in der Auswirkung erst in Jahren oder Jahr-

zehnten für die Allgemeinheit sich bemerkbar macht, so ist das ein Durchbrechen des Prinzips des Landesfürsorgewesens. Es ist natürlich auch leicht, so zu argumentieren: Was wir hier abstreichen, kommt dort indirekt Einzelpersonen zugute, weil wir diese Einzelpersonen vor einer Verarmung bewahren und sie davon abhalten, die heutigen Fürsorgestellen in Anspruch nehmen zu müssen. Das ist aber doch eine abwegige Begründung. Was wir gesagt haben, daß man hier eine Bestimmung der Preussischen Regierung hintergehen will, trifft ins Schwarze.

Vorsitzender Dr. Farres: Zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Nach der Abstimmung über den Vertagungsantrag haben sich die Bänke des Hauses wesentlich geleert, und man kann vielleicht zu dem Schluß kommen, daß diejenigen, die vorhin den Vertagungsantrag niedergestimmt haben, sich jetzt irgendwo erholen. Aus dem Grunde zweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Wenn sie hier sind, sollen sie wenigstens den Verhandlungen folgen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Bei Ihnen fehlen sie ja auch!) Ich brauche bloß fünf Mann, um diesen Antrag zu stellen. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Farres: Es ist die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt worden. Hat der Antrag die genügende Unterstützung? — Es sind fünf Mitglieder, die Zahl ist da. Ich bitte, dann auszusprechen. Das Haus ist beschlußfähig, wenn  $163 : 2 = 82$  Mitglieder anwesend sind. — Der Vorstand ist sich über das Ergebnis nicht einig. Ich bitte die Herren Abgeordneten Hauck und Dr. Kaiser, die Auszählung vorzunehmen, und bitte die Mitglieder des Hauses, sich zu erheben, damit richtig gezählt wird. — Es sind 80 Mitglieder da. 82 sind notwendig. Das Haus ist also beschlußfähig. Nach § 42 der Geschäftsordnung hat bei Beschlußunfähigkeit der Vorsitzende die Sitzung sofort aufzuheben und nur noch Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung zu verkünden. Ich hebe die Sitzung auf. Die nächste Sitzung ist in fünf Minuten, die Tagesordnung bleibt dieselbe.

(Schluß 7 Uhr 40 Minuten.)

### (Wiederbeginn 7 Uhr 45 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Farres: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich darf zunächst feststellen, daß der elektrische Strom versagt hat. Vielleicht ist das auch eine gute Vorbedeutung für das Versagen des Redestroms. (Heiterkeit.)

Wir treten in die Tagesordnung wieder ein und kommen zur Schlußabstimmung über Punkt 69.

Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Von verschiedenen Fraktionen ist mir die Anregung gegeben worden, die Vertagung der Verhandlung um 8 Uhr eintreten zu lassen. Ist das Haus damit einverstanden? (Zustimmung.) Das ist der Fall.

Wir kommen zu

Punkt 70: Antrag des III. Sachausschusses zu dem Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend die Fürsorge für arbeits- und mittellose jugendliche Wanderer.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Ruhnen.

Abgeordneter Ruhnen: Der III. Sachausschuß schlägt unveränderte Annahme vor.

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Renner hat das Wort.

Abgeordneter Renner: Wir haben in der gestrigen Ausschußsitzung uns mit dem Bericht und Antrage des Provinzialausschusses, betreffend die Fürsorge für arbeits- und mittellose jugendliche Wanderer recht breit und lang unterhalten. Wir haben gegen den Bericht und Antrag des Provinzialausschusses Bedenken, die sich in erster Linie um den zweiten Absatz auf Seite 3 der Vorlage drehen. Es heißt da: „Diese Abmachung soll sich auf alle Wanderer bis zu 18 Jahren ohne weiteres beziehen, für die bis zum 20. Lebensjahre aber, wenn sie mit dieser Art der Betreuung einverstanden sind oder wenn sie so verwahrloßt sind, daß auf Grund der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Maß und Art der Fürsorge auch gegen ihren Willen eingeschritten werden darf.“ Wir sind der Auffassung, daß in diesem Bericht ein Gedanke enthalten ist, den wir nicht ohne weiteres gutheißen können. Eine Fürsorge für Jugendliche muß unserer Meinung nach so getrennt sein, daß sie auf die bei den Wanderern zu machenden Unterschiede Rücksicht nimmt.

Ich will zur Verdeutlichung folgendes sagen: Unserer Auffassung nach muß zwischen den einzelnen Wanderern ein gewisser Unterschied gemacht werden. Ein Teil der jugendlichen Wanderer ist auf die Straße gekommen, ist dort vielleicht auf der Suche nach Arbeit und ist bisher mit keiner gesetzlichen Bestimmung irgendwie in Konflikt gekommen. Diese Jugendlichen kommen vielleicht aus Süddeutschland und suchen sich hier im Industriegebiet Arbeit. Sie werden nun vielleicht hier in Düsseldorf aufgegriffen. Unseres Erachtens muß man diese jungen Leute etwas pfleglicher behandeln und sie, wenn man den Zweck der Vorlage erreichen will, von vornherein von solchen Leuten trennen, auf die man die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge, also § 19 der Verordnung, anwendet.

Wir sind zudem der Auffassung, daß diese Anregung, so erfreulich ihr Erscheinen ja an sich ist, so, wie sie in der Vorlage ihren Niederschlag gefunden hat, nicht das ist, was wir wünschen müssen.

In der Begründung, die der Provinzialausschuß gibt, ist zu lesen, daß unter den heute auf der Straße befindlichen Wanderern über 50 Prozent Jugendliche sich befinden. Wir gehen von dem Gedanken aus, daß eine Fürsorge, wenn sie den Zweck erfüllen soll, Jugendfürsorge zu sein, sich nicht auf den Aufgabekreis beschränken darf, der in diesem Vorschlage aufgezeigt ist. Hier spricht man davon, daß die Kosten des Rücktransports des Jugendlichen und etwaige Ergänzung der Kleiderausrüstung zur Erstattung in Betracht kommen, im Einzelfalle auch über den Betrag von

10 Mark hinaus. Unserer Meinung nach sind diese jungen Leute auf Grund der Verhältnisse in ihrem Elternhause, in ihrer Heimatgemeinde auf die Wanderschaft getrieben worden. In sehr vielen Fällen sind unter den jugendlichen Wanderern junge Menschen, in deren Elternhause, vielleicht durch Erwerbslosigkeit des Vaters so schlimme soziale Verhältnisse eingetreten waren, daß sie es eben nicht mehr mitmachen konnten, daß sie die Verantwortung nicht mehr dafür übernehmen wollten, ihren eigenen Eltern auf der Tasche zu liegen. Vielleicht sind auch unter den Jugendlichen solche, die überhaupt noch nicht in Arbeit gestanden haben, die also aus der Schule entlassen und anschließend daran erwerbslos geworden sind, die keine Lehrstelle gefunden haben und nun auf gut Glück einmal durch Deutschlands Gauen hindurchwandern, um irgendwo vielleicht Arbeit zu finden. Die dritte Kategorie der jugendlichen Wanderer sind unserer Meinung nach die, die zu Hause in irgendeiner Beziehung schon einmal mit den gesetzlichen Bestimmungen in Konflikt gekommen sind und, um den Konsequenzen zu entgehen, auf die Straße gegangen sind. Diese jungen Leute müssen unbedingt pfleglicher behandelt werden als die andere Kategorie. Ihr Vorschlag löst nicht das Problem, was aus den Kindern werden soll, wenn sie wieder in ihre Heimatgemeinde zurücktransportiert werden. Da liegt doch die Ursache des Uebels. Wenn man wirklich eine vorbeugende Fürsorge treiben und die Kinder vor Verwahrlosung bewahren will, wenn man nicht dulden will, daß sie in absehbarer Zeit zu denen zu rechnen sind, auf die man den § 19 der Fürsorgepflichtverordnung anwendet, dann muß man, bevor man sie abtransportiert, die Verhältnisse zu Hause untersuchen und in der Heimatgemeinde die Verhältnisse so umgestalten, daß das Kind auch aufgenommen werden kann. Das erfüllt diese Vorlage nicht. Es ist uns wohl gesagt worden, daß man mit der Heimatgemeinde in Verbindung treten solle und daß der Rücktransport der Jugendlichen erst dann erfolgen solle, wenn zu Hause, in der Heimatgemeinde durch Nachfrage beim Jugendamt festgestellt worden ist, daß das Kind, ohne Schaden zu nehmen, zurückgebracht werden kann. Aber wir halten es für richtiger, daß eine Provinz, die wohl wie keine zweite in Deutschland das Ziel jugendlicher Wanderer ist — die hierher kommen, weil hier eine recht ausgedehnte Industrie ist, und weil sie vielleicht auch die Schönheit des rheinischen Landes einmal sehen wollen —, daß eine Provinz wie die unsrige auf diesem Gebiete etwas über den Rahmen hinausgeht.

Wenn man bedenkt, daß über die Höhe der Unkosten, die aus dieser neuen Aufgabe erwachsen, zahlenmäßig überhaupt nichts gesagt ist, wenn man ferner bedenkt, daß die Gelder zur Durchführung dieser Aufgabe aus derselben Position — Titel II des Landesfürsorgewesens — herausgenommen werden sollen, was eine erneute Reduzierung dieser Position bedeutet, so erscheint uns das doppelt bedenklich. Wir halten es für

richtiger, wenn man die Lösung des Problems etwa in der Linie anstrebt, daß man hier in unserem Gebiete, wo doch immerhin noch bessere Arbeitsmöglichkeiten sich bieten und sich schaffen lassen, wie in anderen Gebieten Deutschlands, ehe man die Frage des Rücktransports erwägt, dem jungen Menschen zunächst einmal Arbeitsgelegenheit gibt. Außerdem bin ich ganz im unklaren darüber, wie man die jungen Leute, ehe sie abtransportiert werden können, hier beschäftigen und unterbringen will. Sie können doch nicht etwa für diese Tage der Polizei übergeben werden. Man muß sie also irgendwo in einer Fürsorgeerziehungsanstalt oder in einer Arbeitsanstalt unterbringen. Man muß ihnen irgendwie bei den Arbeitsstätten für Wanderer eine Arbeitsgelegenheit geben. Meiner Meinung nach besteht durchaus die Möglichkeit, diese Jugendlichen hier in ordnungsmäßige Arbeit zu bringen. Die Provinzialverwaltung kann ja den örtlichen Fürsorgeverband regreßpflichtig machen. Ich bin der Meinung, wenn man für die Jugendfürsorge etwas tun will und wenn die Verwaltung diese Absicht mit der üblichen großen Handbewegung nach außen hin demonstriert, hätte man auch dieses Problem etwas mehr durchdenken sollen.

Uns scheint vor allen Dingen auch noch etwas wichtig: Der Antrag nimmt auf das kommende Verwahrungsgesetz keine Rücksicht; er berücksichtigt nicht, daß ein Teil der Jugendlichen, auf die man den § 19 der Fürsorgepflichtverordnung anwenden will, von den übrigen Jugendlichen getrennt werden muß, daß also eine Fürsorge für jugendliche Wanderer nicht in Verbindung gebracht werden kann mit einem anderen Fürsorgezweig, mit der Fürsorge für — um ein deutsches Wort zu gebrauchen — Tüppelbrüder, Leute, die schon heruntergekommen sind, daß sie zum Lumpenproletariat gehören. Wir wünschen eine scharfe Trennung solcher Leute von den jungen Leuten, die sich bisher keinen Verstoß haben zuschulden kommen lassen. Darüber hinaus ist zu überlegen, wie man auch die anderen von der Straße herunter bringt. Das ist meiner Meinung nach wichtiger. Ich glaube, daß die Lösung eines derartigen Aufgabenkreises für eine Provinz wie die unsrige wirklich nötig ist.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Landesrat Bönsmann.

Landesrat Bönsmann: Meine Damen und Herren! Die Vorlage bezweckt nicht, das ganze Problem der Wandererfürsorge zu lösen; sie bezweckt nur, Mittel zur Verfügung zu stellen, daß in Zukunft die Jugendämter an Stelle der Wohlfahrtsämter sich der jugendlichen Wanderer annehmen können. Diese Jugendlichen sollen aus der Reihe der Wanderer sofort herausgenommen werden, wo man sie erfährt, und es soll versucht werden, sie vor dem Umgang mit den alten Wanderern zu bewahren. Sie sollen zunächst nicht in der Fremde in Arbeit untergebracht werden, sondern der Grundgedanke ist der, sie baldigst wieder auf den Boden zurückzuführen, von dem sie gekommen

sind, in die Heimat. Weiter will die Vorlage nichts. Sie geht nur darauf hinaus, auf die Landesfürsorgeverbände die Mittel für diese vorbeugende Art der Fürsorge zu übernehmen, über die die Jugendämter nicht verfügen.

Vorsitzender Dr. Farres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Die Vorlage wird in keiner Weise dem gerecht, was man zu erreichen hofft. Wenn heute die Zahl der jugendlichen Wanderer so erschreckend groß ist, so deshalb, weil die Jugend zum Teil heute arbeitslos auf der Straße liegt, weil man in den meisten Fällen jede Erwerbslosenunterstützung verweigert und die Jugendlichen aus dem Grunde gezwungen sind, irgendwo eine Arbeitsgelegenheit zu suchen. Ich habe die Auffassung, wenn man hier versucht, diese jugendlichen Wanderer zu erfassen, und das Ziel ist, sie in die Heimat zurückzuführen, so muß man auch wissen, was man nun mit ihnen in der Heimat machen soll. Wenn man ihnen dort keine Arbeitsgelegenheit gibt, dann haben die aufgewendeten Kosten durchaus keinen Wert. Dann ist der betreffende Jugendliche wiederum gezwungen, in einer anderen Richtung seine Wanderung fortzusetzen. Aber ich befürchte — das ist, glaube ich, der Pferdefuß an der Geschichte —, daß man alle diejenigen, die sich auf der Wanderschaft befinden und von denen man annimmt, daß sie auf der Wanderschaft unter die Räder kommen können, das sie dort gefährdet sind, nicht in die Heimat bringen will, sondern in irgendeine Fürsorgeerziehungsanstalt und von dort als billige Arbeitskräfte zu den Bauern. Das ist, meiner Meinung nach, der ganze Zweck der Geschichte.

Wir würden damit einverstanden sein, wenn diese Fürsorge sich wirklich so auswirkte, daß insbesondere in größeren Orten ordnungsmäßige Unterkunftsgelegenheit geschaffen würde, wo diese jugendlichen Wanderer eine angemessene Verpflegung erhielten und wo man versuchte, von dort aus ihnen geeignete Arbeitsstellen zu vermitteln. Das wäre etwas, womit man sich einverstanden erklären könnte. Aber hier steckt meines Erachtens der Pferdefuß darin, daß man sie über den Weg der Fürsorgeerziehung als billige Arbeitsobjekte dahin bringen will, wo man sonst keine Arbeitskräfte halten kann, weil man nicht eine entsprechende Bezahlung zu geben gewillt ist. Deshalb muß man hier aufzeigen, in welcher Richtung gearbeitet werden soll.

Vorsitzender Dr. Farres: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte diejenigen, die für den Antrag des Ausschusses sind, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt 8 Uhr. Es ist eben beschlossen worden, um 8 Uhr die Vertagung eintreten zu lassen.

Zwischenzeitlich sind noch die Anträge Nr. 125, 126 und 127 eingegangen, die Ihnen auf den Tisch gelegt

worden sind. Ich brauche sie nicht zu verlesen. Ich beantrage, die Anträge 125 und 127 dem Sachausschuß I und den Antrag 126 dem Sachausschuß V zu überweisen.

Endlich ist ein Antrag von Herrn Abgeordneten Dr. Creutz eingegangen, der noch nicht im Umdruck verteilt worden ist; er lautet:

„Der Kreisauschuß des Kreises Adenau bittet den Provinzialauschuß um ein verbilligtes Darlehen zum Bau des Nürburgerings in Höhe von 300 000 Mark. Dieses Darlehen ist vorwiegend erforderlich, um dem Kreis Adenau, dem ärmsten der Rheinprovinz, die Tragung der Grunderwerbskosten für den Nürburgering zu ermöglichen.“

Dieser Antrag ist als eine Abänderung des vor zwei Monaten gestellten Antrages aufzufassen. Die Begründung bleibt jedoch dieselbe.“

Der Provinzialauschuß hat, soviel ich weiß, dazu noch nicht Stellung genommen, hat aber den Antrag dem Landtage überwiesen. Ich beantrage, diesen Antrag dem Sachausschuß I zu überweisen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Nun habe ich zu einer persönlichen Bemerkung Herrn Abgeordneten von Detten das Wort zu geben.

Abgeordneter von Detten: Der Herr Abgeordnete Bitard hat heute morgen gesagt, ich sei Amateur auf dem Gebiete des Weinbaues. Ich stelle fest, daß ich seit 26 Jahren Weinbau und Weinhandel treibe. Die Bemerkung des Amateurs fällt also auf Herrn Bitard zurück, insbesondere da er selbst nie Weinbau getrieben hat. Ich freue mich aber, den Schluß aus der Ansicht des Herrn Bitard ziehen zu dürfen, daß seine Partei, die Sozialdemokratische, in Zukunft nur noch gelehrte Fachleute, z. B. als Oberbürgermeister, Landräte usw., auch als Landesräte, zu präsentieren bereit ist. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Ich schlage vor, die Sitzung morgen um 10 Uhr beginnen zu lassen. Vorher sollen die Sachausschüsse noch tagen, und zwar der Sachausschuß V, wie der Vorsitzende mitzuteilen bittet, um 9½ Uhr, der Sachausschuß I ebenso um 9½ Uhr. Die Vollsitzung würde dann, wie gesagt, um 10 Uhr beginnen. Tagesordnung: Der Rest der Tagesordnung von heute, und zwar sind das die Punkte 74, 75, 78, 79, 80 und 85. Dann habe ich die Tagesordnung für morgen festzustellen, es sind noch 37 neue Punkte. Wünschen Sie, daß ich die einzelnen Punkte vorlese? (Zurufe: Nein!) Es wird ja wohl genügen, daß die Punkte auf die Tagesordnung kommen. Sie haben ja die Kontrolle, daß der Rest am Sonnabend auf die Tagesordnung kommt. (Zuruf des Abg. Oberdörster: Ich frage, ob die Entschliebung wegen China und Ungarn auf der Tagesordnung steht!) Darauf komme ich gleich zu sprechen. Sie wünschen die Verlesung nicht, sondern ermächtigen mich, die Tagesordnung festzusetzen.

Der Ältestenrat hat sich sodann heute morgen mit den Entschliebungen der kommunistischen Fraktion in Drucksache 66 und 93 befaßt, welche einen Protest gegen die an den Greueln in China beteiligten Mächte und einen Protest gegen die Standurteile gegen ungarische Arbeiter behandeln. Es waren Zweifel entstanden, ob diese Gegenstände zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehören. Nach § 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist in solchem Falle wie folgt zu verfahren:

„Bestehen Zweifel darüber, ob der Gegenstand einer Vorlage, einer Eingabe oder eines Antrages zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehört, so beschließt der Ältestenrat darüber, ob die Angelegenheit auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Entgegen einem Beschlusse des Ältestenrats ist die Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen, wenn ein Drittel der Abstimmenden dies verlangt. Eine Erörterung ist nur im Rahmen der Geschäftsordnungsbesprechung zulässig.“

Der Ältestenrat ist mit großer Mehrheit der Auffassung, daß die beiden Gegenstände nicht zur Zuständigkeit des Landtages gehören. Ich werde sie also nicht auf die Tagesordnung setzen, wenn nicht ein Drittel der Abstimmenden gegenteiliger Auffassung sein sollte.

Herr Abgeordneter Oberdörster.

Abgeordneter Oberdörster: Es besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, da sich der Provinziallandtag bei früheren Gelegenheiten auch mit allgemein wirtschaftlichen und politischen Fragen beschäftigt hat. Das wird allgemein anerkannt. Wir haben eine andere Auffassung hinsichtlich der Zuständigkeit dieser beiden Entschliebungen als die Mehrheit des Ältestenausschusses. Wir sind der Auffassung, daß einmal aus rein menschlichen Gründen, dann aber auch aus weitgehenden wirtschaftlichen und politischen Gründen sowohl die chinesische Frage wie die Dinge, die in Ungarn vor sich gehen, zur Zuständigkeit des Provinziallandtages gehören. Für jeden, der auch nur ein klein wenig politisches Denkvermögen besitzt, sind die Zusammenhänge zwischen unserer allgemeinen Wirtschaftspolitik und dem, was in China vor sich geht, von allergrößter Bedeutung. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Carl: Woher wissen Sie denn, was da vorgeht?) Wir wissen, was da vorgeht. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß eine solche Allgemeinpolitik eingeschlagen wird, die unseren wirtschaftlichen Interessen dient, die in erster Linie dazu beiträgt, um hier vielleicht die Erwerbslosigkeit teilweise zu überwinden.

Wenn wir bisher auf Grund der allgemeinen Lage Deutschlands, zu dem auch das Rheinland gehört, in China einen sehr günstigen Boden hatten, im Gegensatz zu anderen Ländern, so werden wir alles daran setzen müssen, um durch eine kluge Politik gerade dort unseren Einfluß zu verstärken, wo wir auf allen Gebieten des Marktes, wo deutsche Waren abgesetzt werden sollen, ungeheure Schwierigkeiten haben. Das

ist hier eine sehr günstige Gelegenheit. Die Gefahren, die hier für die deutsche Wirtschaft und damit auch für die gesamte rheinische Wirtschaft und die rheinischen Arbeiter bestehen, zeigen sich dadurch, daß jetzt England versucht, Deutschland in sein Schlepptau zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Sie dürfen hier nur über die geschäftliche Behandlung sich verbreiten und nicht zur Sache sprechen.

Abgeordneter Oberdörster: Ich bin der Auffassung, daß das, was ich zur Sache gesagt habe, durchaus im Rahmen der Geschäftsordnung lag. Aber wir werden uns in vielen Punkten nicht verständigen; was bei Ihnen Idee ist, werden Sie bei uns als Tendenz bezeichnen. Ich glaube, es ist durchaus im Rahmen der Geschäftsordnung, wenn ich versuche, nachzuweisen, daß diese Geschichte, wenn auch nicht eine unmittelbare, so doch eine mittelbare wichtige Angelegenheit auch der rheinischen Bevölkerung ist und damit auch eine Angelegenheit des Rheinischen Provinziallandtages. Das ist meiner Meinung nach durchaus im Rahmen der Geschäftsordnung. Ich habe sachlich zur Entschliebung bisher mit keinem Ton gesprochen, sondern lediglich versucht, die Brücke vom Rheinland zu den Dingen, die in China vor sich gehen, zu schlagen. Oder gibt es vom Rheinland nach China keine Wege, Herr Kaiser? Ich glaube, gerade mit Rücksicht darauf, daß wir im Rheinlande hier unter den gleichen Verhältnissen gelitten haben, die heute in China in die Erscheinung treten, daß wir berufen sind, in einem solchen Augenblick auch einer anderen Bevölkerung unsere Sympathie zu bekunden. Sie haben damals im besetzten Gebiet treulich jede Sympathieumgebung aufgegriffen, die von irgendeiner Stelle kam. Wir sind deshalb durchaus zuständig, diese Dinge hier zu behandeln.

Worum handelt es sich? Es wird jetzt von seiten des englischen Großkapitals, das China unter allen Umständen in seinen Klauen behalten will, das dort die Domäne des Absatzes und der Ausbeutung behalten will — — —

Vorsitzender Dr. Farres (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich muß Sie zur Sache rufen. Sie sprechen nicht zur Geschäftslage.

Abgeordneter Oberdörster: Ich will versuchen, wenigstens nachzuweisen, daß der Provinziallandtag für diese Angelegenheit zuständig ist, vielleicht in einem höheren Maße als bei anderen Fragen früherer Tagungen, wo er sich für zuständig erklärt hat.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, die Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen eine Zeitdauer von fünf Minuten nicht übersteigen. Die fünf Minuten sind verfloßen.

Abgeordneter Oberdörster: Darf ich zu Ungarn noch etwas sagen? (Zuruf des Abgeordneten Dr. Kaiser: Sie haben zuviel Zeit auf China verwandt!)

Vorsitzender Dr. Farres: Nein. Ich entziehe Ihnen das Wort.

Abgeordneter Oberdörster: Dann möchte ich im Weggehen noch sagen, daß in Ungarn (Zuruf eines kommunistischen Abgeordneten: dieselben Banditen regieren, die bei uns regiert haben!) . . .

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter, Sie haben nicht mehr das Wort.

Wird ein Antrag nach § 11 gestellt?

Abgeordneter Oberdörster: Ich beantrage, darüber abzustimmen, daß diese beiden Punkte auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden.

Vorsitzender Dr. Farres: Die Punkte können nur auf die Tagesordnung gestellt werden, wenn ein Drittel der Abgeordneten sich dafür einsetzt.

Wer ist für den Antrag des Herrn Oberdörster? Das ist das Drittel der Abstimmung nicht. (Zuruf des Abgeordneten Hack: Die haben gestern die Parole von Breitscheidt aus dem Reichstage bekommen!) Herr Schriftführer Hack, ich muß Sie darauf aufmerksam machen: Als Schriftführer überschreiten Sie Ihre Zuständigkeit, wenn Sie von hier aus derartig in die Debatte eingreifen.

Wird sonst noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung.

(Schluß 8 Uhr 12 Minuten.)